

ARCHIV MITTEILUNGEN

Zeitschrift für Archivwesen
archivalische Quellenkunde und
historische Hilfswissenschaften

Aus dem Inhalt:

Archivarische Bewertung in Deutschland, u.a.

Anforderungen der Bewertungspraxis an die archivische Theorie
Theorie, Instrumentarien und Praxis der Bewertung in der
ehemaligen DDR und deren kritisches Bedenken

Schriftgutbewertungsverzeichnis und Rahmenverzeichnis für die
vereinfachte Kassation

Auswahlverfahren und Bewertungskriterien im Archiv des
Stadtstaates Hamburg

Paläographische Forschungen aus der Sowjetunion

ISSN 004-038X · AM · POTSDAM · 41 (1991) 3 · S. 101-150 · Einzelheft 9,50 DM

3/91

INHALT

Archivarische Bewertung in Deutschland	101
MENNE-HARITZ, A.: Anforderungen der Bewertungspraxis an die archivische Theorie	101-109
BRACHMANN, B.: Theorie, Instrumentarien und Praxis der Bewertung in der ehemaligen DDR und deren kritisches Bedenken	109-114
MALEK, R.: Schriftgutbewertungsverzeichnis und Rahmenverzeichnis für die vereinfachte Kassation. Erfahrungen bei ihrer Anwendung im Zuständigkeitsbereich des Dresdener Staatsarchivs	114-117
ECKARDT, H. W.: Auswahlverfahren und Bewertungskriterien im Archiv des Stadtstaates Hamburg	117-123
PAPENDIECK, H.: Das Territorialprofil – methodischer Ansatz zur Bewertung	123-125
ENDERS, L.: Herausforderung und Aufrechter Gang – ein Wort zur Bewertung	125-126
Diskussionsbericht	126-130
TACENKO, T.: Die Entwicklung der neugotischen Kursive in Riga während des 16. Jahrhunderts. Dargestellt auf der Grundlage der Stadtbücher des Rigaer Magistrats	130-133
KISELEVA, L.: Sowjetische Forschungen zur gotischen Schrift in Westeuropa	133-135
PETRAK, H. L.: Das „Handbuch der historischen Buchbestände in Deutschland“	135-136
RUDNIK, Chr.: Bestandsabgrenzungen und Bestandsaustausch zwischen dem Goethe- und Schiller-Archiv in Weimar und dem Staatsarchiv Potsdam sowie dem Zentralen Staatsarchiv Potsdam	136-137
MAENECKE, M.: Spezialinventare als theoretisches Problem. Begriffsklärung	137-138
WURZER, M.: Rostocker Sammelbände. Ein Bericht	138-140
BUCHWALD, A.: „Gemischter Schriftwechsel“ zum Thema „Verschiedenes“. Arbeiten am Bestand der Technischen Lehranstalten Dresden im Archiv des Informatikzentrums an der TU Dresden	140

Berichte

Zweite Veranstaltung des Kultusministeriums, Abt. Archivwesen, der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern (M. KRIECK)	141
Tagung der Kommunalarchivare in Mecklenburg-Vorpommern am 26. Juni 1991 in Stralsund (M. KRIECK)	141-142

Literaturbesprechungen

Arhiven pregled. – Sofiá 12(1989)1-4 ; 13(1990)1-2 (G. GRAHN)	142-144
Izvestia na dyřavnite arhivi. – Sofia 57(1989) (G. GRAHN)	144-145
The Hendrik Witbooi Papers (K. PFULLMANN)	145
Przybylski, Peter: Tatort Politbüro (A. BRESAN)	145-146
Schabowski, Günter: Das Politbüro (M. SCHILLER)	146

Informationen

Dokumentarausbildung künftig in Potsdam	147
Abschlußarbeiten 1990 an der Fachschule für Archivwesen Potsdam	147
Ausschreibung eines Preises für 1992 von PRO CIVITATE AUSTRIAE	147
62. Deutscher Archivtag	148

„Archivarische Bewertung in Deutschland“ war das Thema des ersten gemeinsamen Kolloquiums von Archivaren aus den alten und neuen Bundesländern in Berlin. Es war der Versuch einer ersten Bilanz der Erfahrungen und des Forschungsstandes auf dem Gebiet der Bewertung in beiden Teilen Deutschlands. Die Materialien dieser ertragreichen Veranstaltung werden den Archivaren, die keine Gelegenheit zur Teilnahme hatten, hier zugänglich gemacht. Zugleich soll damit der Auftakt zu einer fruchtbaren Diskussion gegeben werden, denn alle Beteiligten waren sich einig, daß dies erst der Anfang der Auseinandersetzung mit der vielfältigen Problematik der Bewertung war. Ein weiterer Komplex besteht aus zwei Beiträgen aus der UdSSR, die sich mit Forschungen zur lateinischen Paläographie befassen.

Redaktionsschluß: 20. Juni 1991

Die Beiträge geben die Ansichten ihrer Verfasser wieder und müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen.

Die Zeitschrift ARCHIVMITTEILUNGEN wird von der Redaktion im Eigenverlag herausgegeben.

REDAKTION

Dieter Hebig (Chefredakteur)
Horst L. Petrak (Redakteur)
Ursula Richter (Redaktionsassistentin)

REDAKTIONSBEIRAT

Botho Brachmann, Gertraude Gebauer, Erhard Hartstock, Peter Langhof, Isolde Scharf, Eberhard Schetelich, Werner Vogel, Volker Wahl

Anschrift der Redaktion:

Redaktion ARCHIVMITTEILUNGEN
Heckenstr. 5
O-1572 Potsdam-Bornim

Die Zeitschrift erscheint zweimonatlich.

Bestellungen sind beim AM-Leserservice (PF 208, O-1563 Potsdam), bei sämtlichen Postämtern (nur in den neuen Bundesländern, Art.Nr. 224) und beim örtlichen Buchhandel möglich. Interessenten im Ausland wenden sich an den internationalen Buch- und Zeitschriftenhandel des jeweiligen Landes oder direkt an den AM-Leserservice (PF 208, O-1563 Potsdam, Bundesrepublik Deutschland).

Preise:

Jahresabonnement 54,- DM
(Bei Bezug durch den Postzeitungsvertrieb in den neuen Bundesländern für 1991: 42,- DM) Einzelverkaufspreis: 9,50 DM

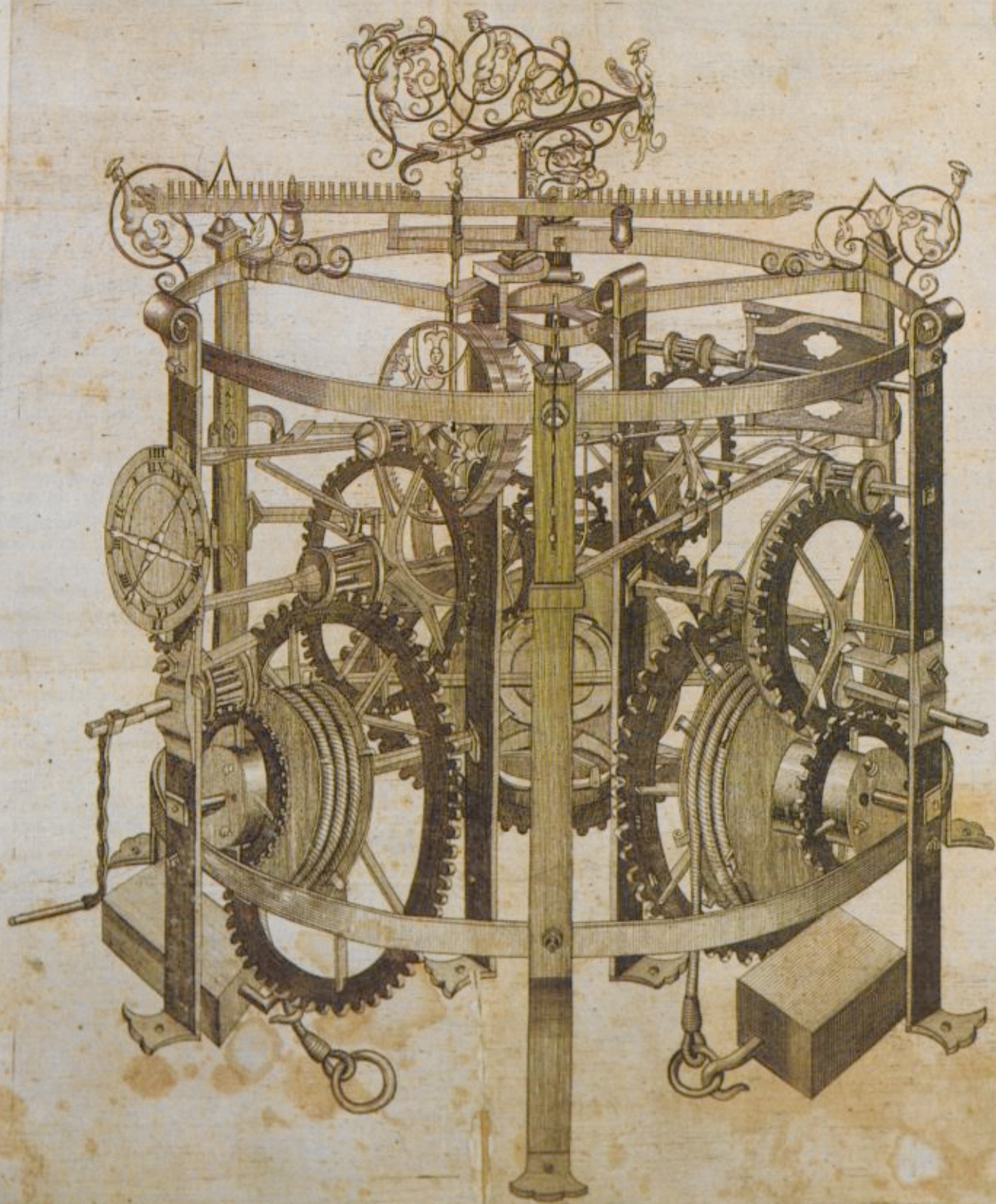
Anzeigen können direkt bei der Redaktion aufgegeben werden. Z.Zt. gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1.3.1991 (bitte anfordern).

Herstellung: SYNANON INTERNATIONAL, Bernburger Str. 24/25, PF 610244, D-1000 Berlin 61

* * *

Berichtigung

Der Bericht „Zum Stand der Papiergeschichtsforschung. Gründung des Deutschen Arbeitskreises für Papiergeschichte“ (H. 1/91, S. 36-37) wurde nicht von W. Schlieder/Leipzig, sondern von Dr. Frieder Schmidt, Mannheim, verfaßt.



Schätze aus deutschen Archiven

Zeichnung des Uhrwerkes der Schloßuhr des Meininger Residenzschlosses, 1718

Staatsarchiv Meiningen

Die Baugeschichte des Schlosses Elisabethenburg in Meiningen ist im Staatsarchiv Meiningen, das selbst in einem Flügel des Schlosses untergebracht ist, gut überliefert. Zu den bemerkenswertesten Dokumenten gehören die Materialien über die Konstruktion und den Einbau der Schloßuhr und eines Glockenspiels in den Turm des Schlosses aus dem Jahre 1718.

* * *

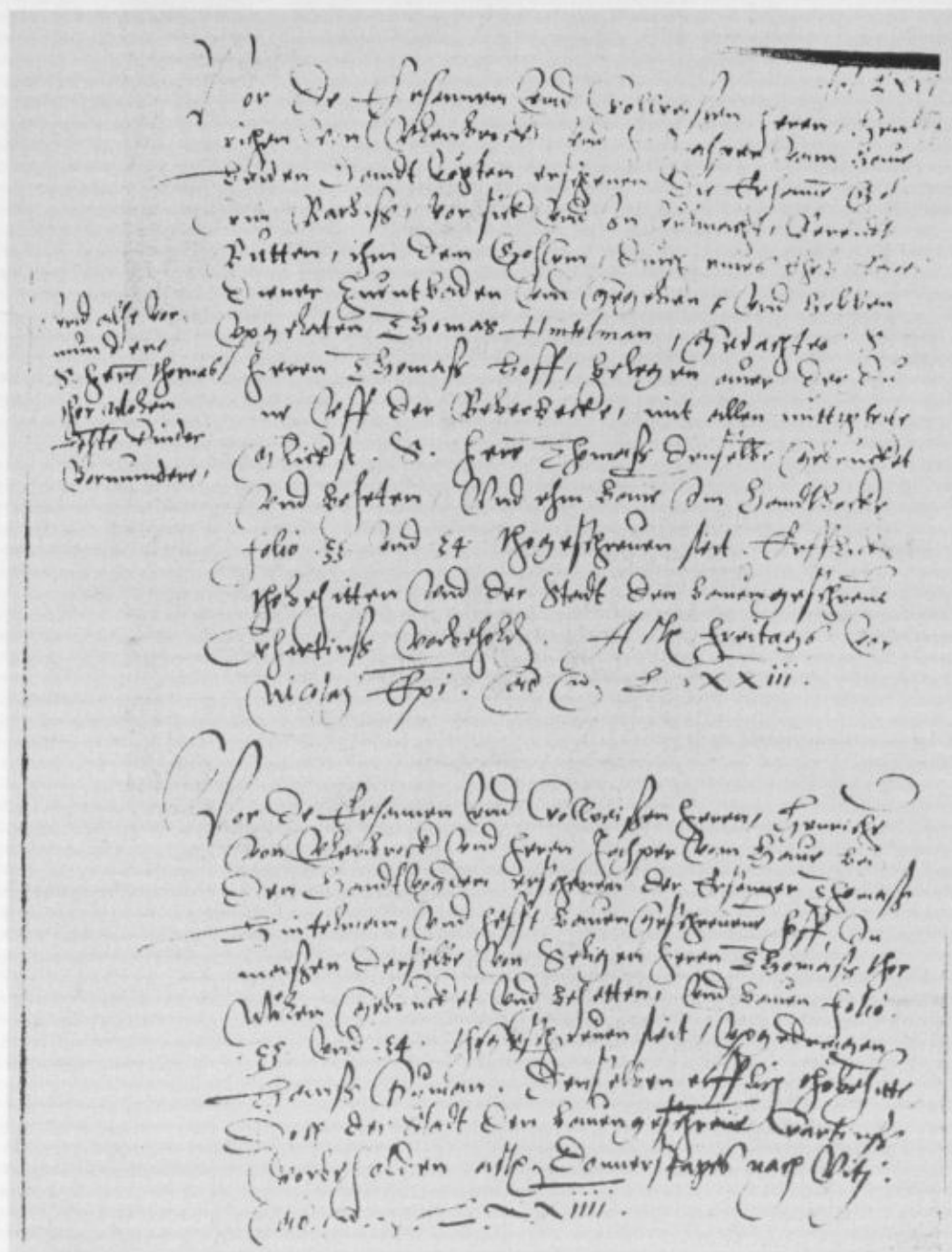


Abbildung zum Beitrag von Tamara N. Tacenko, Die Entwicklung der neugotischen Kursive in Riga während des 16. Jahrhunderts

Handschrift des Schreibers Johann Tattius, 1573. Liber praefecturae ruralis 1438-1693, Zentrales Staatliches Historisches Archiv Lettlands, F. 8, Op. 1, Nr. 19, l. 71

ARCHIV MITTEILUNGEN

Zeitschrift für Archivwesen, archivalische Quellenkunde
und historische Hilfswissenschaften

41. Jahrgang

ISSN 004-038X

Heft 3/1991

Archivarische Bewertung in Deutschland – Bilanzen und Perspektiven

Vom 6.-8.3.1991 fand am Lehrstuhl für Archivwissenschaft der Humboldt-Universität zu Berlin, Institut für Geschichtswissenschaft, ein Kolloquium zur Bewertung archivischer Quellen in der Bundesrepublik Deutschland statt.

Von den 79 Teilnehmern konnten etwa 20 aus Archiven der alten Bundesländer und Westberlins begrüßt werden. Über 60 Wortmeldungen zeigten anschaulich, mit welcher Intensität die fachliche Diskussion während der drei Veranstaltungstage geführt wurde.

Der vorliegende Bericht beschränkt sich darauf, den Stand der Diskussion in knapper Form zu skizzieren, um Anhaltspunkte für ihre Fortsetzung auf dem 62. Deutschen Archivtag in Aachen anzubieten. Der Gastgeber, B. BRACHMANN, schilderte in seiner Begrüßungsansprache, wie das Kolloquium entstanden war.

In dem Bemühen, archivwissenschaftlichen Forschungsproblemen eine stärkere Förderung durch Forschung und Lehre zuteil werden zu lassen, als es bisher der Fall war, hatten sich die Studienleiterin der Archivschule Marburg, A. Menne-Haritz, B. Uhl als Vertreter der Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns sowie der Inhaber des Lehrstuhls für Archivwissenschaft an der Humboldt-Universität zu Berlin, B. Brachmann, als Initiatoren eines Kolloquiums zusammengefunden, das Theorien, Instrumentarien und Praxis der Bewertung archivischer Quellen der alten wie der neuen Bundesländer zum Gegenstand haben sollte.

Angesichts der Vereinigung beider deutscher Staaten bedeutete diese Themenwahl nicht nur ein Anknüpfen an eine Bewertungsdiskussion, die seit den 60er Jahren mit wechselnder Intensität und unterschiedlichen Resultaten in der Bundesrepublik und in der DDR geführt wurde; vielmehr erhielt die Problematik durch die Flut von Schriftgut, die gegenwärtig vor allem auf die ostdeutschen Archive zukommt, eine hochaktuelle Dimension. Es war notwendig geworden, daß sich die Archivare aus Ost und West darüber verständigen, welche Herangehensweisen an die Bewertung von Schriftgut archivwissenschaftlich fundiert und praktikabel sein können. In diesem Sinne sollte das Kolloquium dem gegenseitigen Kennenlernen der ost- und westdeutschen Archivare ebenso dienen, wie es dem aktuellen Diskussionsbedarf zwischen den deutschen Archivtagen gerecht werden wollte.

Der erste Tag der Veranstaltung war den Theorien der Bewertung gewidmet, die in der Bundesrepublik bzw. der DDR von Archivaren entwickelt und rezipiert wurden. Hauptreferenten waren die Initiatoren des Kolloquiums: A. MENNE-HARITZ sprach zu den *Anforderungen der Bewertungspraxis an die archivarischen Theorien und Methoden*. Danach referierte B. BRACHMANN über *Theorie, Instrumentarien und Praxis der Bewertung in der ehemaligen DDR und deren kritisches Bedenken*. Im Anschluß wurden beide Referate gemeinsam diskutiert. B. UHL stellte in seinem Hauptbeitrag *Bewertungsinstrumente in den alten Ländern der Bundesrepublik Deutschland* vor. Auch zu diesem Referat entwickelte sich eine lebhafte Diskussion.

Sie wurde am zweiten Tag des Kolloquiums primär unter dem Aspekt der Praxiswirksamkeit der vorhandenen Bewertungsinstrumentarien, der Umsetzung theoretisch-methodologischer Erkenntnisse in den Bewertungshilfsmitteln der alten und neuen Bundesländer, fortgeführt. Der Vormittag gehörte der Darlegung von Erfahrungen des DDR-Archivwesens. Es stellten sich H. PAPENDIECK (LHA Magdeburg) mit einem Vortrag *Das Territorialprofil – methodischer Ansatz zur Bewertung* sowie R. MALEK (HStA Dresden) mit einem Bericht über *Erfahrungen mit der Anwendung von Schriftgutbewertungsverzeichnissen und des Katalogs für die vereinfachte Kassation im Zuständigkeitsbereich des Staatsarchivs Dresden* zur Diskussion. Der Nachmittag blieb dem Referat H.W. ECKARDTs (StA Hamburg) *Auswahlverfahren und Bewertungskriterien – Theorie und Praxis im Archiv eines Stadtstaates* und einer weiterführenden Debatte vorbehalten.

Die Podiumsdiskussion des letzten Veranstaltungstages wurde durch Statements der sechs Referenten eingeleitet, in denen die verschiedenen Herangehensweisen an das Bewertungsproblem nochmals zum Ausdruck gebracht sowie der Versuch eines Resümees unternommen wurde. Danach setzte ein kontroverser Dialog zwischen Podium und Publikum ein, der in der Hauptsache das Für und Wider des in der ehemaligen DDR entwickelten Bewertungssystems zum Gegenstand hatte. Die Diskussionsleitung übernahm B. BRACHMANN.

Die Referate des Kolloquiums sind nachfolgend veröffentlicht (der Beitrag von B. Uhl folgt in einem der nächsten Hefte).

*

Anforderungen der Bewertungspraxis an die archivarische Theorie

Angelika Menne-Haritz

Bewertung ist eine tägliche, praktische Aufgabe von Archivarinnen und Archivaren. Entscheidungen müssen gefällt werden. Kassationen sind nötig, um Bestände benutzbar zu machen, um Schneiden in das Dickicht des Altpapiers zu schlagen. Anhand von Aussonderungslisten, bei der Besichtigung von Aktenkellern oder bei der Verzeichnung wird immer wieder über pauschale oder einzelne Kassationen entschieden, und zwar endgültig. Einmal vernichtetes Material kann nicht wieder beschafft werden. Die Verantwortung wiegt schwer. Begründungen und Maßstäbe sind nötig, um die Entscheidungen nachvollziehbar und auch über den Berufsstand hinaus transparent und verständlich zu machen. Die Bewertung ist die wichtigste und verantwortungsvollste Tätigkeit im Archiv. Sie benötigt Theorie und wissenschaftliche Erläuterung, damit sie sich methodisch weiterentwickeln kann. Die Anforderungen der Bewertung an die archivarische Theorie stehen deshalb im Zentrum der Archivwissenschaft.

Bewertungstheorie und Archivwissenschaft

Die folgenden Ausführungen zu den Anforderungen der Bewertungspraxis an die archivische Theorie begründen gleichzeitig, warum Grundsatzentscheidungen in der archivischen Arbeit von immanenter Voraussetzungen aus möglich sind. Das heißt auch, daß es tatsächlich allgemeingültige und übertragbare Maßstäbe gibt, auf deren Grundlage Einzelentscheidungen nachvollzogen und begründet werden können. Mit anderen Worten, Argumente für eine Bewertungstheorie begründen gleichzeitig, so sie denn stichhaltig sind, die Theoriefähigkeit und damit die Autonomie der Archivwissenschaft als eigenständiger Disziplin. Ich kann und will hier zwar keine fertigen Antworten liefern, möchte aber versuchen, bestimmte Wege für die mögliche Annäherung vorzuschlagen.

Die Wissenschaftlichkeit des Archivarsberufs wird häufig lieber aus der historischen Betätigung abgeleitet als aus einer immanenten Theorie. Mit Santes Feststellung von 1954, daß eine Archivwissenschaft nicht vorstellbar sei, verpflichtet man den Beruf allein auf die historische Wissenschaft. Allenfalls eine „Kunde“, nämlich eine „Archivkunde“, die dazu noch reduziert wird auf „die Summe geläuterter Erfahrungen“ (1) gesteht man dem Beruf zu, sicherlich jedoch keine eigene Wissenschaft. Die berufliche Identität wird bei dieser Vorstellung durch die historische Qualifikation begründet, nicht jedoch durch die als Zusatz empfundene, keinesfalls konstitutiv gesehene Berufsausbildung. Eine solche Einstellung wird meist begleitet von einem Pragmatismus, der nur Regeln und Handwerkszeug zulassen will. Wie Otto Merker in der Festschrift für Hans Booms 1989 formulierte, wird dann alles, was vom Gewohnten abweicht und „die Zukunft mit in den Blick zu nehmen“ versucht, als praxisfern und „am grünen Tisch entwickelt“ verurteilt (2).

Wird also im Westen die Beschäftigung mit einer wissenschaftlichen Theorie der Archive mit der Begründung des Primats der Geschichtsforschung in den archivischen Tätigkeiten abgelehnt, besteht im Osten die Gefahr, als Antwort auf die Erfahrungen mit einem politisch instrumentalisierten Archivwesen in der DDR jede Theorie von vornherein als technokratisch abzutun und der Archivwissenschaft als solcher die Schuld an den Deformationen in der Zeit der SED-Herrschaft zu geben. Solche Reaktionen mögen vor allem vor dem Hintergrund des sozialistischen Wissenschaftsbegriffs und einer inhaltlichen Bestimmung verständlich sein, wie sie in der Definition des Begriffs *Archivwissenschaft* im „Lexikon Archivwesen der DDR“ enthalten ist (3). Jetzt zurück in die 50er Jahre zu wollen oder eine lfa-Nostalgie zu entwickeln, kann jedoch weder für den Westen noch für den Osten eine Zukunftsperspektive bieten.

Das Bewertungsproblem

Die Übernahme von Schriftgut aus Behörden, die Auswahl der für eine Archivierung in Frage kommenden Teile, also die Bewertung, braucht Theorie. Denn hier ist es am allerwenigsten angebracht, nur der eigenen Intuition zu vertrauen. Jeder, der mit Aussonderungen und Übernahmen befaßt ist, kennt das bedrückende Gefühl, entscheiden zu müssen, ohne sich über die Richtigkeit der Entscheidung vollständig im klaren zu sein. Meisner hat sich schon 1939 sehr deutlich gegen das „Fingerspitzengefühl“ oder die Theorie der archivischen Intuition gewandt, denn, so formulierte er, „das Kassieren von Akten ist nicht eine Angelegenheit des Gefühls, sondern des Verstandes“ (4). Es werden Argumente benötigt, die gegeneinander abgewogen werden können und die eine rationale Entscheidung begründbar und nachvollziehbar machen. Es müssen Grundlagen für Folgenabschätzungen vorhanden sein. Die Entscheidungen sollten im vollen Bewußtsein der Tragweite und Konsequenz gefällt werden können.

Die Entwicklung in der Bundesrepublik

Bei der archivischen Bewertung existiert ein besonders großer Bedarf an Erklärungen, methodischen Anleitungen für Analysen und an theoretischen Begründungen. Doch trotzdem hat in der Bundesrepublik fast 20 Jahre lang kaum eine Auseinandersetzung zum Thema Bewertung stattgefunden. Seit dem viel beachteten Vortrag von Hans Booms über den Zusammenhang von Gesellschaftsbild und Bewertung von 1971, der 1972 als Aufsatz publiziert wurde (5), hat es kaum weitere Äußerungen zu dem Thema gegeben. Erst mit der Festschrift für Hans Booms, die 1989 erschien und mit dem Beitrag von Bodo Uhl

beim Südwestdeutschen Archivtag (6) im gleichen Jahr wurde ein Neuanfang gemacht.

Bis dahin galt in verschiedenen Ausprägungen der fast schon dogmatisch feststehende Lehrsatz, daß Grundlage für eine archivische Werttheorie eine abstrakte philosophische, allgemein menschliche Wertvorstellung sein müsse. So wurde die Bewertung mit dem Aufbau von Auslesearchiven verglichen (7). Sie wurde wie eine Sammlungstätigkeit angesehen, die besonders wertvolle Stücke zusammenträgt. Die Zerstörung der Entstehungszusammenhänge müsse dabei notwendigerweise in Kauf genommen werden. Fritz Zimmermann bekräftigte in Anlehnung an Hans Booms und Carl Haase 1979 noch einmal, daß „im tiefsten Grunde die Pertinenzen ... den eigentlichen Archivwert bestimmen“ (8). Die Wissenschaft von der Geschichte erhielt in diesen Diskussionen den Rang einer Instanz zur Festlegung der Werte, nach denen Archivalien für die dauernde Aufbewahrung auszuwählen sind. Entweder als Ganze oder verkörpert im einzelnen Archivar sollte sie den Quellenbedarf anmelden, der dann als Wertmaßstab zugrunde gelegt wird.

Die Geschichtsforschung verfügt jedoch nicht mehr über einen einheitlichen Kanon an Wissen und Verfahren. Neue Methoden und Fragestellungen haben sich herausgebildet. Man interessiert sich zunehmend für den Alltag oder die konkrete Geschichte kleiner Räume. Laiengruppen als *Barfußhistoriker* oder *Geschichtswerkstätten* treten auf. Chronikalische Beschäftigungen haben sich zu einer beliebten Freizeitgestaltung entwickelt. Und auch die universitäre Forschung fand immer wieder neue Quellengattungen, die Aussagen für spezielle Fragestellungen enthalten. Verschiedene Forschungsansätze treten in Konkurrenz zueinander, werten Quellen unterschiedlich aus und entfalten Methodendiskussionen. Gerade auch von diesen unterschiedlichen Auffassungen zum methodischen Vorgehen bei der Forschung lebt die Geschichte als Wissenschaft und bringt immer wieder neue Erkenntnisse hervor.

Ein einzelner Archivar, und wenn er sich noch so bemüht, kann nicht alle Richtungen und Spielarten der Geschichtsforschung kennen und ihren Quellenbedarf berücksichtigen, genausowenig wie eine von wem auch immer installierte Gruppe dazu die nötige Autorität beanspruchen könnte (9). Vor allem kann er nicht die Wissenschaftskontroversen in sich selbst miteinander versöhnen und sie alle gemeinsam antizipieren. Der Versuch dazu führt unweigerlich zur Bevorzugung einer bestimmten Richtung und hat damit zumindest eine Einschränkung der Zugänglichkeit von Quellen für andere Forschungsrichtungen oder methodische Ansätze zur Folge. In den Grundsatzvorträgen verschiedener Archivtage, in denen Sozialhistoriker ihren spezifischen Quellenbedarf schilderten, wurde völlig konsequent Archivaren vor allem aus der Sicht der quantifizierenden Forschung grundsätzlich die Kompetenz abgesprochen, Archivgut als potentielle Quelle für die Forschung auszuwählen zu können.

Doch die immer wieder zu erfahrende Unzulänglichkeit bei der Anstrengung, alle möglichen Forschungsfragen vorherzuzuhnen, hat zu einer relativ großen Hilflosigkeit in der täglichen Übernahme- und Aussonderungsarbeit geführt und offensichtlich eine Sprachlosigkeit über die Probleme begünstigt.

Es gibt weder eine Theorie noch ein System der Bewertung in der Bundesrepublik. Alle Versuche von Wertvorgaben nach philosophischen oder historisch-wissenschaftlichen Kriterien haben sich nicht soweit konkretisieren lassen, daß sie tatsächlich eine Hilfe bei der Entscheidung über einzelne Akten gewesen wären.

In der Praxis jedoch müssen Archive und Archivarinnen tagtäglich irreversible Entscheidungen treffen. Und das geschieht in vielen Fällen auf sehr gut fundierten Grundlagen, die jedoch aus der Praxis abgeleitet sind und den Anspruch auf Verallgemeinerung kaum erheben wollen. Dazu gehört z.B. der spontan einleuchtende Grundsatz, Schriftgut nur bei der Stelle zu archivieren, bei der es federführend bearbeitet wurde (10). In der Praxis setzt sich dann das durch, was Bodo Uhl in seinem Vortrag beim Südwestdeutschen Archivtag 1990 in Biberach als „Dokumentation der Aufgabenwahrnehmung in der Behörde“ (11) charakterisierte. Doch trotz dieser manifestierten Entwicklung in der Praxis galt bis vor kurzem der theoretische Anspruch unwiderrprochen, die Bewertung habe sich nach dem Quellenbedarf der Geschichtsforschung zu richten.

In dieser Situation entstehen Unsicherheiten, die den Bedarf an Anleitungen, Richtlinien und methodischen Erläuterungen fördern. Er ist offensichtlich vorhanden und sogar ausgesprochen groß. Die Bewertungsrichtlinien, die in der DDR entwickelt wurden, üben eine besondere Attraktivität auf eine Reihe von westdeutschen Archivaren aus. Das geschieht offenbar gerade deshalb, weil sie an die Stelle der als ungenügend empfundenen individuellen Entscheidung eine scheinbar rationale, objektive Vorgabe setzen (12). Außerdem kommen sie einer pragmatischen Grundhaltung entgegen, weil sie ihrem Anspruch nach Analysen und theoretische Reflexion erübrigen. Der erklärte Absicht, Arbeitsaufwand zu reduzieren, entsprechen sie sicherlich. Doch wenn der gesparte Arbeitsaufwand gerade die schöpferische Eigeninitiative, nämlich die konkrete Analyse umfaßt, ist die Rationalisierung kontraproduktiv und erzeugt bei der tatsächlichen Anwendung das Gefühl der Gängelung. Regeln und Kataloge ersetzen keine Theorie. Sie gründen sich vielmehr auf theoretische Vorstellungen, die notwendigerweise, auch wenn sie nicht ausgesprochen sind, in die Anwendung der Instrumente bei der Bewertung einfließen.

Natürlich hat es derjenige bei der Antizipation von Forschungsfragen leichter, der von einem festgefügtten Weltbild ausgeht und behauptet, die Bewertungsfrage ließe sich nur auf der Basis des Marxismus-Leninismus lösen (13). Diese scheinbare Sicherheit ist jedoch durch die Geschichte zerstört worden. Denn in Zukunft werden sicherlich andere Forschungsfragen an die Archive in den neuen Bundesländern herangetragen werden, als sie von den Archivaren hier bei der Bewertung hätten überhaupt antizipiert werden können oder dürfen. Letztlich verantwortlich ist doch der einzelne Archivar. Auf sich allein gestellt, muß er individuell die Entscheidung treffen. Und selbst, wenn sie von einer übergeordneten Stelle bestätigt wird, nimmt ihm niemand die Verantwortung ab.

Die Entwicklung in der DDR

Das System der Bewertung in der DDR machte, allerdings in frappler Übereinstimmung mit westlichen Theorien, wenn auch mit anderen Inhalten, ebenfalls das historische Forschungsinteresse zur Grundlage der Bewertung. Hier fand eine politische Instrumentalisierung statt, die das Archivwesen auf die Ziele des Klassenkampfes ausrichtete und sich dazu unter den fachlichen Einflußmöglichkeiten vorrangig des Hebels der Bewertungstheorie bediente. Zu diesem Ziele wurden archivwissenschaftliche Methoden verdrängt durch Wertmaßstäbe, die aus einem legitimatorischen Geschichtsbild abgeleitet waren. Der Archivwissenschaft, die in den Anfangsjahren der DDR wichtige neue Impulse entwickelte, wurde ihre Autonomie genommen, und dadurch konnten fremde, von außen bestimmte und immanent nicht überprüfbare Kriterien und Verhaltensweisen verordnet werden.

Diese Feststellungen lassen sich an den verschiedenen Publikationen der ehemaligen Staatlichen Archivverwaltung, der zentralen Steuerungs- und Kontrollbehörde des Archivwesens der DDR, von den ersten Publikationen 1947/48 bis zur Veröffentlichung des Rahmendokumentationsprofils 1985 belegen.

In der historischen Entwicklung der Instrumente und des Systems der Bewertung in der DDR ist der Widerspruch zwischen einer funktions- und aufgabenorientierten Bewertung einerseits und einer Bewertung nach historischen Tatsachen andererseits ständig präsent. Ein besonders deutliches Dokument dieses Widerspruchs sind die „Grundsätze der Wertermittlung“ von 1965.

Einerseits heißt es dort, daß die Aufgabenerledigung im Vordergrund der Bewertungskriterien stehe und daß „die Funktion eines Registraturbildners entscheidend den Wert des Schriftguts, das aus seiner Tätigkeit stammt, bestimmt“ (14). An anderer Stelle wird „die objektive Bedeutung der gesellschaftlichen Erscheinung, auf die sich das Schriftgut bezieht“ als Maßstab für den Archivwert genannt (15). In § 46 werden als wichtigste Kategorien von zu archivierendem Schriftgut in der Reihenfolge der Priorität aufgezählt: 1. „Gesetze, Verordnungen, Statuten, grundlegende Anweisungen und Beschlüsse“, 2. „Pläne“, 3. „Jahresberichte“, 4. „Übersichten und Statistiken und andere Zusammenfassungen“ und schließlich 5. „Schriftwechsel über grundlegende und wichtige Fragen“. Da steht also an letzter Stelle das Schriftgut, das die Funktionsweise und Aufgabenerledi-

gung nachweist. Dieser Widerspruch wird nicht aufgelöst, sondern verdrängt. Wenn man sich das Heft genauer ansieht, entdeckt man eindeutige Anzeichen dafür, daß dort beide eigentlich konträren Positionen unvermittelt nebeneinander stehen. Eine argumentative Auseinandersetzung hat offensichtlich nicht stattfinden können. Allerdings hat die Bewertungstheorie, die die Bewertung von historischen Fakten zu ihrer Grundlage macht, dort wo es um Anleitungen für die konkrete, praktische Arbeit geht, wie es die Gewichtung der Schriftgutkategorien zeigt, eindeutig das Übergewicht.

Ein Aufsatz von Ingo Rösler von 1967 schlägt eine noch weitergehende theoretische Neuorientierung vor, die sich zwar nicht voll durchsetzen ließ, aber doch ihre Spuren im Archivwesen der DDR hinterlassen hat. Er will das Provenienzprinzip durch ein „Historisches Prinzip“ ersetzen. Die Hauptaufgabe der Archivwissenschaft bestimme sich vom „Auswertungszweck für eine sozialistische Ordnung“ und dem stünden die organischen Analogien des zweckfreien Provenienzprinzips entgegen. Er fordert ein „aktives Verhalten gegenüber der Quelle“, „ein zweckvolles Verhältnis zu den Erfordernissen der aktuellen gesellschaftlichen Praxis“. Er schlägt konsequenterweise vor, die archivische Erschließungsarbeit ganz in das „Vorfeld“ zu verlagern, nämlich „in die Ebene der Registraturbildner und ihrer Archive“. Die Archive selbst sollen sich zu wissenschaftlichen Dokumentations- und Forschungszentren umgestalten, die ihr Material zweckbestimmt auswählen und thematisch katalogisieren. Organologische Vorstellungen müßten endlich überwunden werden (16). Auch wenn sich diese Theorie nicht vollständig durchsetzte und das Provenienzprinzip durchaus weiterhin – zumindest verbal – gültig blieb, entsprechen doch die Trennung der Arbeitsbereiche in den Staatsarchiven nach Bestandsergänzung, Erschließung und Auswertung, die Mechanisierung der Bewertung durch Dokumentationsprofile und nicht zuletzt auch die Reduzierung des Provenienzprinzips auf eine Anleitung zur Bestandsabgrenzung, nicht jedoch für die innere Ordnung der Bestände, den damals entwickelten Vorstellungen.

Die Verwirklichung der politischen Ziele für das Archivwesen wurde offenbar durch eine autonome Archivwissenschaft und eine immanente Bewertungstheorie behindert. Es waren neue Legitimationen nötig. In den folgenden Jahren wurden offenbar als Reaktion auf Ingo Röslers Beitrag einige grundsätzliche Äußerungen sowie Beschreibungen von einzelnen Fällen der Praxis in den Archivmitteilungen veröffentlicht. Dabei zeigt sich interessanterweise eine ähnliche Erscheinung wie in der Bundesrepublik. Je mehr die praktischen Probleme angesprochen werden, um so mehr ist von Funktionen und Aufgaben als Bewertungskriterien die Rede. Je abstrakter die Artikel sind, um so gewichtiger wird der inhaltliche Quellenbedarf der Geschichtsforschung vertreten.

Abgeschlossen wurde diese Diskussion 1977 mit einem Beitrag eines Kollektivs der Staatlichen Archivverwaltung. Darin wurde zunächst festgestellt, daß die Nichtanerkennung der Gesetzmäßigkeit in der Geschichte, also des Klassenkampfes als beherrschenden gesellschaftlichen Prinzips, eine Parteinahme für den Imperialismus sei und im nächsten Satz eben diese Anerkennung zum Grundprinzip der Bewertung erhoben. Die Bewertung sollte den „Informationsbedarf der entwickelten sozialistischen Gesellschaft und der kommunistischen Gesellschaft als Maß des Bedarfs an Informationen, die aus Archivgut zu gewinnen sind, ins Auge fassen“ (17). Damit fällt jeder Zweifel an den theoretischen Grundlagen dem Verdikt des Klassenverrats anheim. So wird ausgegrenzt. Das ist Rohstoff für die Schere im Kopf. Akten sollten damit zum Lieferanten von Belegen für die aus der Gesetzmäßigkeit der Geschichte abgeleiteten Fakten und Entwicklungen reduziert werden.

Gleichzeitig wurde an anderer Stelle appelliert, die Wertkriterien der Grundsätze für die Wertermittlung „umfassender als bisher zu untersuchen und genauer zu fixieren, um Mißverständnisse und Fehlinterpretationen auszuschließen“. Denn „die Ausarbeitung von allgemeingültigen und anwendbaren Wertmaßstäben sowie die Schaffung eines umfassenden Systems der Informationsbewertung ist nur in einer sozialistischen Gesellschaft möglich“, und „die Bewertung muß von der Bedeutung der historischen Tatsachen ausgehen“ (18). Ebenso wurde versucht, den Widerspruch – ohne ihn zu benennen – aufzuheben, indem man argumentierte, auf Grund von bestimmten Funktionen sei eben die Widerspiegelung wichtiger Ereignisse zu erwarten (19).

Sehr deutlich zeigt sich in der geschilderten Entwicklung der Archivtheorie der DDR, soweit sie sich aus Veröffentlichungen von außen her rekonstruieren läßt, daß der vorgebliche Quellenbedarf der Geschichtswissenschaft als weit geöffnetes Einfallstor für die politische Inanspruchnahme des Archivwesens zu legitimatorischen Zwecken diente. Gerade mit der politisch und nicht fachlich begründeten Prämisse der historischen Maßstäbe für die Bewertung wurde in der DDR die Autonomie der Archivwissenschaft, die schon zuvor ständigen Angriffen ausgesetzt war, bestritten. Gleichzeitig damit sollte sie in abgehobene Höhen abgedrängt und zum Glasperlenspiel ohne praktische Relevanz (20) degradiert werden.

Wenn heute in den neuen Bundesländern aus der Erfahrung der „besonders ausgeprägten Deformation im Rahmen des stalinistischen Kommandosystems“ (21) die angeblich technokratische Archivwissenschaft angegriffen wird und man in der Rückkehr zum Historiker-Archivar, dessen erste Aufgabe die landesgeschichtliche Forschung sein soll, eine Zukunftsperspektive sucht, läuft man Gefahr, die Vergangenheit zu tabuisieren, der Auseinandersetzung mit 40 Jahren DDR auszuweichen und mit den negativen Seiten auch die positiven Ansätze der ersten Jahre zu vergessen.

Es ist gerade nicht die autonome Archivwissenschaft, die den Weg zur politischen Instrumentalisierung geebnet hat. Sondern die mit dem Verdikt des Klassenverrats erzwungene Aufgabe dieser Autonomie, das Sich-Einlassen auf das Übergewicht aus der Geschichtswissenschaft und damit von außen herangetragen und von innen nicht beeinflussbarer oder überprüfbarer Kriterien hatte wesentlichen Anteil an der Deformation des Archivwesens.

Die Praxis der Bewertung

Doch was ist konkret nötig? Benötigt wird eine Theorie der Bewertung, die aus der Praxis kommt, die tägliche Probleme erklären kann und auf den Einzelfall konkretisierbar ist. Ein solches Postulat bedeutet keine prinzipielle Ablehnung von Richtlinien oder Katalogen. Sie müssen sich und ihre Prämissen nur der ständigen Überprüfung stellen und sich immer wieder bewähren, wenn sie gültig sein sollen. Sie dürfen kein Dogma sein und nicht der Praxis Beschränkungen auferlegen, die die schöpferische Arbeit bei der Analyse und Herausarbeitung der organischen Zusammenhänge belasten und vielleicht unmöglich machen. Die Analyse und Abwägung der Argumente liegt in der Verantwortung des einzelnen. Die Entscheidung kann ihm nicht abgenommen werden. Allerdings können Methoden an die Hand gegeben werden, die Sicherheit im Vorgehen begründen und die helfen, alle notwendigen Aspekte zu erkennen und abzuwägen.

Die archivische Bewertung ist ein besonders kreativer, produktiver Arbeitsprozeß. Sie ist keinesfalls nur wegen äußerer Zwänge, wie z.B. Raumknappheit, nötig, sondern sie ist konstitutiver Bestandteil archivischer Arbeitsmethodik. Ordnung und Verzeichnung allein machen aus abgelegtem Altpapier noch kein Archivgut. Erst die gezielte Vernichtung von überflüssigem Ballast macht die Archivierung vollständig (22).

Archive stehen an einer Schnittstelle von Verwaltung und Öffentlichkeit. Sie machen die Informationen zugänglich, die aus der Verwaltung und ihren historischen Vorgängern stammen oder dort zusammengestellt wurden. Jeder Bürger ist in der einen oder anderen Form, als Individuum oder als Gruppe, Gegenstand von Verwaltungshandeln und hat deshalb ein Anrecht darauf, sich über die Arbeit der Verwaltung zu informieren. Der Anspruch auf größtmögliche Offenheit der Verwaltung bei bestmöglichem Schutz vor parteilicher, individueller Einflußnahme auf einzelne Entscheidungen ist eine wichtige Basis für die Arbeit der Archive. Allgemeine Zugänglichkeit von Information hat als Bürgerrecht einen hohen Stellenwert erhalten. Datenschutz- und Archivgesetzgebung sind deutliche Hinweise auf die Position der Archive bei der Regulierung des Zugangs zu Informationen. Auch in der Verwaltung nimmt Information einen zunehmend hohen Rang ein. Sachlich angemessene Entscheidungen können nur von gut informierten Mitarbeitern gefällt werden. Mit dem Schlagwort von der *Informationsgesellschaft* wird gerne der Prozeß charakterisiert, in dem das allgemeine Bewußtsein der Notwendigkeit von Information für angemessene und richtige Entscheidungen mit deren größerer Reichweite stetig zunimmt.

In dieser Situation zeigen sich die Grundlagen der archivischen Arbeit in einem neuen Licht. Sie müssen nicht allein retrospektiv, also für abgeschlossene Bestände gültig sein. Es muß möglich sein, auch die nicht abgeschlossenen Bestände archivisch zu bearbeiten und die rechtlich freizugebenden Teile zugänglich zu machen, also ihre archivische Bearbeitung abzuschließen. Und auch die zukünftige Entwicklung der Bestände, die schon jetzt z.T. eine Laufzeit von 40 Jahren umfassen, muß mit den archivischen Arbeitsmethoden vorhersehbar und planbar sein.

Bruno Delmas hat vor diesem Hintergrund die Forderung aufgestellt, die Archivwissenschaft von einer beschreibenden zu einer funktionalen Wissenschaft weiter zu entwickeln (23). Das Provenienzprinzip diente im Grunde bisher dazu, die Herkunft im physischen Sinne festzuhalten. In diesem Verständnis konnte es auch auf die Abgrenzung der Bestände voneinander reduziert werden (24). Dagegen bedeutet ein funktionales Verständnis der Provenienz, die Herkunft von Informationen aus Strukturen und Kontexten zu analysieren. Es ist also nicht auf die Organisationsstruktur der Behörden bezogen, sondern direkt auf die Aufgaben und Funktionen. Provenienz bedeutet dann eine eher abstrakte Kategorie von Zusammenhängen bei der Entstehung der Information. Die Aufgabenzusammenhänge sind nicht notwendig identisch mit der Organisation der Aufgabenverteilung, wenn sie auch nicht unbedingt im Widerspruch dazu stehen müssen. In bestimmten Fällen können sie sogar durchaus mit der Organisation identisch sein. Daß sie es zum größten Teil sind, war und ist die Basis für die praktische Brauchbarkeit des beschreibenden Provenienzprinzips. Wenn jedoch Organisationsstrukturen und Aufgabenhierarchien nicht identisch sind – und sie werden im Zuge z.B. der Aufgabenintegration und bei der Ablösung der bisher gewohnten linearen Hierarchien durch komplexere Verantwortungsstrukturen in zukünftigen Behörden zunehmend weniger identisch sein –, muß hinter die bisher beobachtete Oberfläche gesehen werden. Das funktionale Provenienzprinzip eröffnet die Möglichkeit, die Gründe für die Aufgabenverteilung zu analysieren und die Ergebnisse in die archivische Bearbeitung des Schriftguts mit einzubeziehen. Damit wird die Voraussetzung dafür geschaffen, die Bewertung auf die Analyse von Funktionen und Aufgaben, nämlich von Kontexten zu gründen und ihr damit eine wissenschaftlich nachvollziehbare Grundlage zu geben. Allerdings handelt es sich dann weniger um Informationsbewertung sondern mehr um Bewertung von Aktionen und Prozessen als repräsentativ oder nicht für die zu überliefernde Gesamtinformation. Nicht die Information an sich wird also in der Konsequenz einer solchen Bewertung vernichtet, sondern die Redundanz, die den Blick auf das Wesentliche verstellen würde.

Das funktionale Verständnis der archivischen Arbeitsprinzipien bedeutet keine Veränderung, sondern eine Erweiterung des Blickwinkels und der Anwendungsmöglichkeiten archivischer Methoden. Wie diese Ausweitung aussehen kann, soll mit drei Thesen zum Charakter archivischer Information erläutert werden. Danach werden die Konsequenzen für die archivische Bewertungstheorie und -praxis abgeleitet.

Prämisse für die folgenden Ausführungen ist, daß Archivalien deshalb archiviert und aufbewahrt werden, weil sie Informationen enthalten. Die Archivierung hat also das Ziel, Informationen für eine Nutzung durch dritte zugänglich zu machen, ob sie in mittelalterlichen Urkunden, in Rechnungsbüchern, neuzeitlichen Akten oder elektronischen Unterlagen vorhanden sind. Es gibt in Archiven einen Anteil von Informationen, die ähnlich strukturiert sind wie Bücher oder Zeitschriften. Doch der größte Teil sträubt sich gegen eine bibliothekarische oder dokumentarische Behandlung. Er hat einen anderen Charakter.

Was ist archivische Information?

1. Archivische Information ist prozeßgenerierte Information.

Archivische Information erhält ihren besonderen Charakter dadurch, daß sie in Aufgabenerledigungsprozessen entsteht.

Man kann sie als prozeßgenerierte (25) Information im Gegensatz zur autorengenerierten Information in Büchern und Zeitschriften bezeichnen. Akten sind in Behörden deshalb nötig, weil mit ihrer Hilfe die Art und Weise der Aufgabenerledigung gesteuert und kontrolliert wird, unabhängig davon, welche Personen an der Arbeit beteiligt sind. Sie entstehen und wachsen in dieser Arbeit an. Ihre Funktion ist die eines

Werkzeugs, das, während es genutzt wird, die Spuren der Arbeit aufnimmt. Akten bestehen deshalb idealtypisch aus vier Grundbestandteilen, die jeweils eine besondere Werkzeugfunktion ausüben:

- Das *eingehende Schreiben* benennt ein Problem, initiiert eine Aktion.
- Der *Aktenvermerk* formuliert das Problem in der Sprache der Aufgabenstellung, konkretisiert es also und macht es besser bearbeitbar.
- Die *Verfügung* gliedert die benannte Aufgabe in einzelne Schritte und weist die Teilaufgaben einzelnen Stellen zu.
- Das *ausgehende Schreiben* oder vielmehr sein Durchschlag in den Akten zeigt die getroffene Entscheidung und die beabsichtigte Außenwirkung. Wenn diese Wirkung nicht eintritt, wird vermutlich wieder ein Vorgang einsetzen, der auf diese vier Funktionen reduzierbar ist.

Diese vier Elemente charakterisieren die Grundfunktionen der Schriftlichkeit in Behörden, auch wenn sie nicht immer genau in dieser Form auftreten. Die Schriftlichkeit ist nötig für eine an Sachnotwendigkeiten orientierte Arbeitsweise, die von persönlichen Interessen absieht. Sie unterstützt die Arbeitsteilung, die jeder beteiligten Stelle entsprechend der Qualifikation des Stelleninhabers und nach Aufgabenbeschreibung in die Arbeit einbezieht. Der Anteil einzelner am Erledigungsprozeß wird deutlich, die Verantwortlichkeit ist eindeutig und damit wird die in demokratischen Gesellschaften unerläßliche Transparenz des Verwaltungshandelns geschaffen. Sonstige behördeninterne Informationssysteme spielen für den Ablauf der Tätigkeiten eine untergeordnete Rolle.

Schriftgut, das diese Funktionen erfüllt hat, das also tatsächlich als Werkzeug eingesetzt wurde und zu diesem Zweck entstanden ist, enthält authentische Informationen über den Ablauf der Aktionen, allerdings nicht in beschreibendem Text, sondern in der Form von Indizien. Informationen werden in Akten nicht gesucht – etwa als Volltextrecherche –, sondern ermittelt. Obwohl oder vielleicht sogar gerade weil der Ablauf der Aktionen nicht beschrieben wird, ist er eindeutig erkennbar. Gerade dann, wenn Akten nicht für dritte geschrieben wurden, sind sie authentisch und aussagekräftig. Akten argumentieren nicht, sondern sie zeigen. Um ihre Zeichen erkennen zu können, braucht man Zusatzinformationen.

2. Archivische Information hat verbale und nichtverbale Anteile.

Die eigentlichen Gegenstände archivischer Bearbeitung sind Zusammenhänge und Kontexte, nicht das Material auf dem sie fixiert sind, sei es Pergament, Papier oder Magnetband, und nicht einmal die Texte, die verbal in diesen Zusammenhängen erstellt wurden. Die aufgezählten Schriftstückarten sind nicht wegen ihrer Texte interessant, sondern wegen ihrer Funktion. Für diese Funktion wurden die Texte formuliert, nicht zur Information der Nachwelt über bestimmte Sachverhalte. Jahres- und Monatsberichte einer Behörde über ihre eigene Arbeit können nicht die gleichen Informationen liefern wie die Akten mit den beschriebenen vier Funktionen, weil sie nicht Arbeitsinstrumente waren, sondern für dritte geschrieben wurden. Sie erreichen in keinem Fall die Authentizität von Unterlagen, die für die Aufgabenerledigung im Prozeß der Tätigkeit erstellt wurden und die aufeinander aufbauend eine Einheit bilden. Auch aus dem Zusammenhang entfernte Dokumente sind nicht mehr aussagekräftig. Meisner nennt deshalb zu Recht das Auseinanderschneiden von Akten Vivisektion (26). Archivische Bearbeitung erschließt die Zusammenhänge und macht sie als neue produzierte Information nutzbar. Diese Information ist tatsächlich neu. Der Verwaltung selbst war sie nicht zugänglich. Dort wurde sie auch nicht benötigt.

Zusammenhänge und Strukturen spielen zwar auch in der Verwaltung selbst eine Rolle. Doch sind sie dort Gegenstand prospektiver Planung z.B. in der Organisationsabteilung. Deshalb enthalten Aktenpläne und Geschäftsverteilungspläne, die Instrumente nämlich für die Planung zukünftiger Abläufe, nützliche und wichtige Hinweise auf die Behördenstruktur. Doch Sicherheit über die tatsächliche Funktionsweise der Behörde geben nur die als Werkzeug genutzten Unterlagen. Es wird also bei der archivischen Erschließung nichtverbale Information erarbeitet. Sie wird wiederum hauptsächlich in nichtverbaler Form zugänglich gemacht, nämlich in erster Linie durch die Klassi-

fikation der Findbücher. Jede verbale Beschreibung der Struktur eines Bestandes ist eine Interpretation dessen, was man sehen kann und kann deshalb nie genauso vollständig sein wie die Anschauung, die die Repräsentation der Bestandsstruktur in der Anordnung der Aktentitel in einem Findbuch sie ermöglicht.

3. Archivische Information besteht aus Evidenz und Inhalt.

Die Klassifikation eines Findbuchs macht Informationsstrukturen evident. Die Anschaulichkeit der Zusammenhänge von Informationen, wie sie die archivische Erschließung ermöglicht, beruht auf der Rückführung der Informationsinhalte auf ihre Entstehungsursachen. Gegenstand der Analyse sind Aufgabenerledigungsprozesse. Sie werden anhand des bewerteten und geordneten Bestandes evident.

Archivische Arbeit bedeutet, Evidenz über organisierte Aufgabenerledigungsprozesse herzustellen. Damit entsteht der Rahmen, in dem die Inhalte der Texte eine Bedeutung erhalten. Im Kontext der Aufgabe hat jede Behörde in größerem oder kleinerem Umfang Informationen gesammelt, die Grundlage für ihre Entscheidungen waren. Diese Informationen sind aber wiederum in ihrer Auswahl und Zusammenstellung auf die jeweilige Aufgabe bezogen. Sie sind als nützlich für eine spezielle Aufgabe bewertet worden. Ohne das jeweils spezifische Interesse an der gesammelten Information zu kennen, kann die Information als solche nicht eingeordnet werden. Ihre Bedeutung und der Zusammenhang sind unklar. Es ist nicht einsehbar, wieso gerade diese und keine andere Information erhoben wurde, ob das Fehlen anderer Information auf tatsächliches Fehlen in der Realität oder auf mangelndes Interesse deutet. Akten spiegeln nicht die Realität so wider, wie sie war, sondern so, wie die Verwaltung sie wahrgenommen und geformt hat.

Jede Information in Verwaltungsunterlagen kann durch einen spezifischen Erhebungszweck relativiert werden (27). Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Volkszählung, das eindeutig die Verwendung von Informationen über Personen ausschließlich auf den Erhebungszweck begrenzt, gründet sich auf diese Erkenntnis. Denn persönliche Informationen, die in einen anderen Zusammenhang als den Erhebungszweck gebracht werden, können völlig neue Bedeutung erhalten, die aber demjenigen, der seine Daten preisgab, dann nicht bekannt wäre. Deshalb ist auch die Archivierung von Volkszählungsunterlagen und anderem statistischen Primärmaterial, die ihren ursprünglichen Erhebungszweck deutlich macht, nicht jedoch verändert, keine Veränderung des Nutzungszwecks. Er wird erst durch die Auswertung verändert, die deshalb an Sperrfristen gebunden sein muß.

Reine, zweckfreie Inhalte gibt es nicht in Verwaltungsakten. Nur in den ursprünglich beabsichtigten Kontexten und Funktionen sind die im Verwaltungshandeln entstandenen Informationen weiterhin aussagekräftig. Darin liegt eine der Ursachen, weshalb eine allein auf Inhalte orientierte Erschließung diesem Material nicht angemessen ist. Sie läuft immer Gefahr, wesentliche Informationsgehalte zu verschließen. Akten werden nur dann unparteilich und offen ihre Information preisgeben, wenn sie in den Kontext der Aufgabenerledigung gestellt werden, damit sind sie für jede Auswertung, der sie etwas zu sagen haben, offen. Den erschließenden Archivaren und Archivarinnen bleibt gleichzeitig der unerfüllbare und zu fort dauernder Frustration führende Anspruch erspart, schon bei der Erschließung und Bewertung den kompletten Katalog aller möglichen Auswertungsinteressen vor dem geistigen Auge erstehen zu lassen.

Verschiedene Publikationen, die als Vermittlungsversuche der Widersprüche zwischen Geschichtsforschung und Verwaltung angesehen werden können, zeigen den zunehmenden Bedarf an Klärung dieser Fragen. Die Grundsätze der Wertermittlung von 1965 sind ein solcher Versuch. Doch konnte in der Verfassergruppe offensichtlich über diese Fragen kein Konsens hergestellt werden. Beide Positionen finden sich nebeneinander in dem Text, allerdings ohne den Widerspruch selbst zu benennen. Der Aufsatz von Hans Booms von 1972, als Reaktion auf Entwicklungen in der DDR verfaßt, versucht seinerseits eine Vermittlung von historischem und Verwaltungsanspruch. Er lehnt zwar kategorisch das Provenienzprinzip als Bewertungsgrundlage ab. Mit seiner Vorstellung jedoch, Wertmaßstäbe durch ein überparteiliches Gremium von Zeitgenossen entwickeln zu lassen, bringt er trotzdem den Kontext und die Entstehungszusammenhänge ins Spiel, auf die auch ein funktionales Provenienzprinzip

gerichtet ist. Ebenso versuchte Carl Haase eine Vermittlung, wenn er trotz der Ablehnung provenienzbezogener Bewertung einen rechtssichernden Beweiswert als sichere Vorstufe für Archivwürdigkeit annimmt (28). Besonders jedoch der Stellenwert, den für Johannes Papritz die Entstehungszusammenhänge von Schriftgut einnehmen (29), weist in die Richtung einer Alternative zum mechanisch verstandenen Provenienzprinzip. Die schon 1956 von Theodore R. Schellenberg entwickelte Theorie der Unterscheidung von Primärzweck und Sekundärzweck von Verwaltungsschriftgut scheint jedoch auf der Grundlage eines funktional verstandenen Provenienzprinzips (30) am nützlichsten für die Entwicklung einer Bewertungstheorie.

Konsequenzen für die Bewertung

1. Prozeßgenerierte Information hat einen Primär- und einen Sekundärzweck.

Das heißt, daß die Differenzierung von Primärwert und Sekundärwert von Verwaltungsschriftgut eine notwendige Prämisse für die Bewertung ist.

Unterlagen, die bei der Aufgabenerledigung in einem organisierten Zusammenhang, also z.B. einer Behörde, entstanden sind, wurden dort als Werkzeug benötigt und geschaffen. Sie erfüllen primär den Zweck (31) als Instrument bei der Koordination und Kontrolle der Arbeit. Sie haben darüber hinaus den zweiten Effekt, als Evidenz über die Art der Arbeit dienen zu können. Zu dem Primärzweck als Werkzeug tritt ein Sekundärzweck als Evidenz über die Tätigkeit. Akten werden zu Spuren, die um so deutlicher sind, je besser sie ihrem Primärzweck nachkamen. Die Feststellung des Unterschieds von Primär- und Sekundärzweck ist nicht allein die Grundlage für die Archivfähigkeit, sondern ebenso für jede Untersuchung über den Ablauf der Tätigkeit in einer Verwaltung, auch z.B. durch den Rechnungshof oder einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß.

Die Feststellung kann auch in der Negation begründet werden: Unterlagen ohne Primärzweck können auch durch eine archivische Behandlung keinen Sekundärzweck erhalten. Schriftgut, das keinem Verwaltungszweck genügt hatte, das nicht zur Erledigung von Aufgaben im organisierten Zusammenhang entstanden ist und keine Rolle für bestimmte Aufgaben gespielt hat, ist nicht prozeßgeneriert. Deshalb kann es auch nicht zu Archivgut aufbereitet werden. Es muß als Sammlung behandelt werden und mit bibliothekarischen oder dokumentarischen Methoden erschlossen werden. Die Provenienz kann zwar als physische Herkunft festgehalten werden; sie enthält jedoch keine zusätzlichen Informationen, die zur Interpretation und zum Verständnis der Texte nötig wären. Der ursprüngliche Zweck der Zusammenstellung kann erhalten bleiben oder durch einen neuen Zweck ersetzt werden. Er wird sich jedoch nicht in einen Sekundärzweck verwandeln können.

Die Unterscheidung von praktischem und historischem Wert in den Grundsätzen der Wertermittlung kennt den Primärzweck als Werkzeug nicht. Dort wird ein „praktischer Wert“ von Schriftgut definiert durch die „Eigenschaft als Beweismittel und Gedächtnisstütze“ (32), also eine reine Informationsfunktion. Ein „historischer Wert“ wird angenommen, wenn der praktische Wert sich erledigt hat. Doch ist die Unterscheidung von praktischem und historischem Wert als zeitliche, nicht funktionale Kriterien nicht besonders nützlich, zumal auch der Wert für die historische Forschung sehr praktisch sein kann (33). Die zwei unterschiedlichen Funktionen für den Primärzweck und den Sekundärzweck sind ein wesentliches Charakteristikum von Verwaltungsschriftgut. Wird dieser Aspekt in der Konzeption der archivischen Bewertung vernachlässigt, dann werden Informationsgehalte aufs Spiel gesetzt. Die formalistische Auffassung des Provenienzprinzips, die die rigide Wiederherstellung der ursprünglichen Ordnung fordert, kann dazu führen, daß der Sekundärzweck nicht erfüllt wird, wenn nämlich die ursprüngliche Ordnung den organischen Charakter des Schriftgutes nicht ausdrückt (34). Genauso kann andererseits die Vorverlegung des Sekundärzwecks, nämlich der Anspruch an die Registraturen, Informationssammelstellen zu sein, die Erkenntnismöglichkeiten über den Primärzweck und damit die Evidenz über das Verwaltungshandeln verdecken.

Die Begriffe *Registraturbildner* und *archivisches Vorfeld*, die zwar aus der DDR stammen, aber durchaus auch zum westlichen Sprachgebrauch gehören, deuten solche Vorverlegungen an. Eine Behörde,

die ihre Aufgabe möglichst gut und effizient erledigt und dazu ihre Registratur als Hilfsmittel nutzt, läßt sich kaum in ihrer Tätigkeit freiwillig auf die Produktion von Akten reduzieren (35). Die Menge des Papiers galt zu Recht noch nie als Maßstab für die Qualität der Arbeit einer Behörde. Der Aufbau eines Schriftgutkörpers ist notwendiger Begleitumstand der Aufgabenerledigung, aber nicht primäre Tätigkeit der Behörde. Wenn sie darüber hinaus noch als Vorfeld für eine andere Behörde angesprochen wird, der sie also zuzuarbeiten hat und deren Anweisungen sie quer durch alle Ressorts (36) befolgen muß, wird ein solcher Anspruch die Sympathie für das Archiv sicher nicht erhöhen und die Zusammenarbeit eher stören. Es ist eine objektiv unerfüllbare Forderung an Behörden, den Sekundärzweck ihres Schriftgutes bei der Erfüllung des Primärzwecks mit zu beachten. Diese typisch archivische Aufgabe kann nicht in ein „Vorfeld“ abgeschoben werden. Das Interesse der Archive liegt vielmehr darin, daß die Behörden ihr Schriftgut wirklich als ein Werkzeug ansehen, daß sie es einsetzen und effektiv damit arbeiten. Je nützlicher es ist, um so genauere Spuren wird es tragen. Und genau das macht es brauchbar für den Sekundärzweck.

2. Die Analyse des Primärzwecks ist Voraussetzung für die Nutzung zum Sekundärzweck.

Die Arbeit bei der Bewertung besteht in erster Linie aus Analyse. Sie erarbeitet die nichtverbalen Informationen, die in den Strukturen und Zusammenhängen enthalten sind, und macht sie einleuchtend und offensichtlich, indem sie sie auf das Wesentliche konzentriert. Die Bewertung konzentriert Information in Akten. Sie schlägt Schneisen in das Dickicht des Altpapiers. Sie rodet sozusagen die für den neuen Zweck der Akten, nämlich als historische Quellen zu dienen, überflüssigen Gewächse und läßt so die Entstehungszusammenhänge deutlich werden. Sie eliminiert Redundanz, nicht Informationen. Die den Akten zugrunde liegenden Tätigkeiten werden nach ihrem Stellenwert als repräsentativ oder nicht für die Aufgabenerledigung der Verwaltung bewertet und für die Überlieferung ausgewählt (37). Archivische Bewertung ist deshalb keine Quellenbewertung. Quellenbewertung wird von Forschern angestellt, wenn sie die jeweils für ein Forschungsthema interessanten Materialien zusammenstellen. Konsequenz der Quellenbewertung ist nicht die Vernichtung der ausgeschiedenen Anteile, sondern die Aufbewahrung für andere Fragen. Archivische Bewertung untersucht die Möglichkeit der Aussagekraft und der Informationsvermittlung, die in einer Akte aufgrund ihrer Zusammensetzung und des umgebenden Kontextes angelegt sind. Der potentielle Informationsgehalt, die Aussagekraft, ist Begründung für die Vernichtung oder Archivierung, nicht aber der Inhalt, also die Antwort die eine Akte auf eine Frage gibt.

Die Archivierung von Verwaltungsschriftgut ist, obwohl eine kreative Tätigkeit, unparteiisch. Sie verfolgt das Ziel, die Aussagekraft des Bestandes zu erhöhen. Sie ist ein schöpferischer Prozeß, der dem Bestand im Zusammenspiel von Bewertung, Erschließung und Ordnung sein endgültiges Bild gibt. Dabei wird die einem Bestand immanente Struktur herausgearbeitet (38). Behördenübergreifende Bewertungskataloge kann es also nur bei fast identischen Verwaltungen geben. Die Entscheidungen fußen immer auf einer jeweils neu vorgenommenen Analyse der konkreten Bedingungen. Jede Einzelinformation wird in den Kontext ihrer Zweckbestimmung gestellt, und so werden die der prozeßgenerierten Information eigenen nichtverbalen Informationsgehalte für eine Auswertung nutzbar gemacht.

3. Anforderung der Praxis an die Theorie: Methoden und Grundlagen für die Analyse bereitzustellen.

Die Anforderungen der Bewertungspraxis an die Theorie sind also Anleitungen für die Analyse von Beständen. Als Ergebnis der Analyse kann festgestellt werden, welche Aussagekraft den zu archivierenden Informationen im Gesamtkomplex der Bestände eines Archivs zukommt. Eine für die frühere Aufgabenerledigung repräsentative Informationsstruktur kann damit im Archiv geschaffen werden ohne Antizipation der Auswertung.

Dann ist aber der Archivwert von Verwaltungsschriftgut keine allgemein-menschliche oder philosophische Größe. Eine archivische Werttheorie erübrigt sich demnach. Der Wert bestimmt lediglich, ob bestimmte Verwaltungsunterlagen Aussagekraft haben, also ob sie für den Sekundärzweck geeignet sind oder nicht.

Das Prinzip der positiven Wertaussage, dessen Formulierung als kopernikanische Wende des Archivwesens beurteilt wurde (39), ist häufig so mißverstanden worden, daß es die Bestimmung eines positiven Werts in einer allgemeinen Werttheorie fordert, um ihn dann auf das Archivgut zu übertragen. Dann wird allerdings der Informationswert von Schriftgut für die Verwaltung und für die historische Auswertung gleichgesetzt – ohne Berücksichtigung des Werkzeugcharakters des Schriftguts (40). Die ursprüngliche Formulierung von Hermann Meisner zielt eindeutiger als die spätere Rezeption des Begriffs auf eine theoretische Formulierung der Bewertungsgrundlagen. Er wollte damit die Notwendigkeit von Prinzipien bewußt machen, nicht jedoch dazu auffordern, eine Liste positiver Werte aufzustellen (41).

Der Wert einzelner Teile des potentiellen Archivguts wird immer mit Blick auf das Ganze beurteilt. Sowohl die negative Abgrenzung als auch die positive Bestimmung der Archivwürdigkeit muß mit den genauesten Maßstäben, über die wir verfügen, vorgenommen werden, wenn wir der Verantwortung für die Überlieferungsbildung der Gegenwart für die Zukunft gerecht werden wollen.

Die Entwicklung des Provenienzprinzips in der preußischen Archivverwaltung und in den Niederlanden war schon vor 100 Jahren eine Konsequenz aus der Erkenntnis, daß die Einsicht in die Entstehungszusammenhänge von elementarer Bedeutung für die archivische Arbeit ist. Auch wenn man es nicht so nannte, hatte man damit den prozeßgenerierten Charakter von Verwaltungsinformationen theoretisch erfaßt und eindeutig beschrieben. Seitdem ist der archivische Beruf von dem Widerspruch zwischen dem Primat der Geschichtsforschung und dem der Verwaltungsinteressen geprägt. Erschließung von Archivgut wird häufig als eine wenig Ruhm versprechende „Kärrnerarbeit“ (42) angesehen, die dem nicht-wissenschaftlichen Personal zukommt. Dabei wird dem Berufsbild des Historiker-Archivars als abschreckende Alternative das eines Registrator-Archivars gegenübergestellt.

Doch zeigt gerade die Diskussion um die Bewertung, daß es nicht um die Alternative Historiker-Archivar oder Registrator-Archivar geht. Weder der eine noch der andere braucht tatsächlich eine Theorie der Bewertung. Sie wird benötigt und kann auch nur dann entwickelt werden, wenn der Archivarsberuf als eigenständig ohne Präfixe angesehen wird, der auf der Grundlage der Theorien und Methoden der Archivwissenschaft als autonomer Disziplin arbeitet.

Die Auseinandersetzung zwischen den beiden Richtungen in dieser für das berufliche Selbstverständnis zentralen Frage bestimmt viele Publikationen in den Fachzeitschriften. Allerdings hat sie sich in den letzten Jahren verschärft, wozu es verschiedene Erklärungen geben kann. Nicht zuletzt ist dafür sicherlich die Tatsache verantwortlich, daß die kontinuierliche Entwicklung seit dem zweiten Weltkrieg ohne Umbrüche in der Aufgabenwahrnehmung der Behörden zu einem für die Archivwissenschaft neuen Problem führt. Bestände von noch arbeitenden Behörden, die ständig weiteren Zuwachs erhalten, werden in den Archiven schon benutzt. Moderne Akten sind nicht allein historisch, sondern erklären die Ursprünge des aktuellen Zustands. Archive erhalten neue Aufgaben, weil sie mit dieser Entwicklung zusätzlich zu einem Instrument politischer Transparenz werden.

Perspektiven für die Archivwissenschaft

Die neuen Entwicklungen in den Techniken der Schriftgutverwaltung schaffen für die Archive eine Situation, die den Druck verstärkt, Klarheit über die Grundlagen und Methoden der Bewertung zu gewinnen. Elektronisch gespeichert ändert das Schriftgut seine Form, seine Aussagekraft und seine Lebensdauer. Allein schon die Flüchtigkeit von Informationen auf ständig neu beschriebenen Speichern zwingt zu frühzeitigen Bewertungsentscheidungen. Außerdem müssen die veränderten Aussagemöglichkeiten durch die elektronische Flexibilität, durch Sortiervorgänge, vereinfachte Änderungen, getrennte Speicherung zusammengehörender Elemente und andere Auswirkungen erkannt werden und in der Bewertungstheorie Berücksichtigung finden. Elektronisches Schriftgut ist in seiner quasi Dreidimensionalität nicht in zweidimensionaler Form auf Papier reproduzierbar. Die Verwaltungen werden zudem dauernd von Firmen mit den Versprechungen größerer Schnelligkeit bei der Informationsbeschaffung zur Umstellung ihrer Registraturen gedrängt. Die Effizienz des Schriftgutes für den Primärzweck, also die Funktion als Werkzeug,

wird in den auf dem Markt angebotenen Konzepten kaum berücksichtigt. Damit sind aber gravierende Änderungen in der Eignung des Schriftguts für den Sekundärzweck verbunden und folglich ist die archivische Überlieferung für die Zukunft in ihrer Aussagekraft bedroht. Es ist also durchaus ein archivarisches Anliegen, auch wenn es selbstlos aussieht, sich für den effizienten Einsatz von Schriftlichkeit in der Verwaltung auch mit neuen technischen Instrumenten stark zu machen. Wir werden aber nur auf der Basis einer eigenständigen Bewertungstheorie, die Teil einer autonomen Archivwissenschaft ist, die angemessenen Reaktionsmöglichkeiten finden. Das Verständnis für die Entwicklung von Organisationen, für die Entstehung, Verteilung und Erledigung von Aufgaben für und in Verwaltungen, ist eine wichtige Voraussetzung für eine überlegte und rationale Bewertung. Dazu reichen Kenntnisse über den Quellenbedarf der Geschichtsforschung ebenso wenig wie die eigene Forschungserfahrung aus. Verwaltungswissenschaft und Informationswissenschaft überschneiden sich in weiten Bereichen. Archivwissenschaft könnte als drittes Element eine nützliche methodische und theoretische Ergänzung dazu liefern. Methoden für die Analyse von historisch gewachsenen Entstehungszusammenhängen von Information sind in der Informationswissenschaft nicht entwickelt worden, werden dort aber zunehmend eingefordert (43). Aber auch die Archivwissenschaft selbst könnte Anregungen erhalten und so selbst von einer Annäherung profitieren. Schließlich wird auch die Geschichtsforschung von einer eigenständigen Archivwissenschaft mit einer rationalen, analytischen Bewertungstheorie profitieren. Denn die Informationen, die die archivische Kontextanalyse gewinnt und die mit den archivischen Darstellungsformen zugänglich gemacht werden, sind für eine Geschichtswissenschaft, die ihre Forschungswege offenlegt und ihre Ergebnisse zur Diskussion stellt, unverzichtbar.

(1) Sante, Georg Wilhelm: Die Archive zwischen Verwaltung und Wissenschaft. – In: Der Archivar 7(1954). – Sp. 1-12, hier: 1.

(2) Merker, Otto: Zur Bildung archivischer Überlieferung: unvorgreifl. prakt. Gedanken aus Landessicht. – In: Aus der Arbeit der Archive: Beitr. zum Archivwesen, zur Quellenkunde u. zur Geschichte; Festschr. für Hans Booms /hrsg. von Friedrich P. Kahlenberg. – Boppard a.Rh., 1989. – S. 142-152, hier: 142. – (Schriften des Bundesarchivs; 36). – Ähnlich argumentiert auch Artur Zechel in seinem Plädoyer für eine autonome Archivwissenschaft unter dem Titel: Probleme einer Wissenschaftstheorie der Archivistik mit bes. Berücks. d. Archivwesens d. Wirtschaft (in: Tradition: Zeitschr. für Firmengeschichte u. Unternehmerbiographie 5/6(1965). – S. 285-300); S. 287: „Gerade dem, der das wissenschaftliche Rüstzeug am sichersten zu handhaben versteht, ist oftmals nicht mehr bewußt, daß das, was er praktisch vollzieht, seine Begründung letzten Endes in komplizierten Denkvorgängen hat“.

(3) „Die Archivwissenschaft ist nach Gegenstand, Funktion und Aufgaben eine marxistisch-leninistische Gesellschaftswissenschaft. Sie hat sich nach der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution herausgebildet.“ (Lexikon Archivwesen der DDR. – Berlin, 1977. – S. 64.)

(4) Meisner, H. O.: Schutz und Pflege des staatlichen Archivguts mit bes. Berücks. d. Kassationsprobleme. – In: Archivische Zeitschrift (AZ) 45(1939). – S. 34-51, hier: 47. – Es heißt dort weiter: „Wer sich nicht rationale Rechenschaft zu geben vermag, warum er in einem Fall konserviert, im anderen skartiert, dessen Entscheidung wird immer anfechtbar sein“.

(5) Booms, Hans: Gesellschaftsordnung und Überlieferungsbildung: zur Problematik archiv. Quellenbewertung. – In: AZ 68(1972). – S. 1-40.

(6) Uhl, Bodo: Der Wandel der archivischen Bewertungsdiskussion. – In: Der Archivar 43(1990). – Sp. 529-538.

(7) „Ziel der Bewertung ist die Auslese, darin liegt die eigentliche Aufgabe des Archivars – von jeher und auch heute.“ (Meisner, Hermann: Von archivischer Kunst und Verantwortung. – In: Der Archivar 9(1956). – Sp. 281-286, hier: 283.)

(8) Zimmermann, Fritz, W.: Theorie und Praxis der archivischen Wertlehre. – In: AZ 75(1979). – S. 263-280, hier: 272. – Seine Konsequenz ist, daß alles, was wenig benutzt wird, wenig wert ist, und daß nach der Auswertung, die vor allem bei Massenakten schon in der Verwaltung erfolgen sollte, die Akten vernichtet werden können (vgl. S. 276).

(9) Büttner, Siegfried: Ressortprinzip und Überlieferungsbildung. – In: Aus der Arbeit der Archive (wie Anm. 2), S. 153-162.

(10) So Edith Ennen schon 1958: „Ich habe aber kein Amt ganz kassiert, habe das auch nicht vor, sondern halte es für richtig, die Breite der städtischen Verwaltungstätigkeit auch dadurch für alle Zeit sichtbar zu machen, daß alle je vorhandenen Ämter – wenn auch mitunter mit sehr kleinen Beständen – im Archiv vertreten sind“. (Die praktische Handhabung der Kassation städtischer Akten im Stadtarchiv Bonn. – In: Der Archivar 11(1958). – Sp. 322-324.)

(11) Uhl (wie Anm. 6), Sp. 531.

(12) Enders, Lieselott: Stand und Probleme der Ausarbeitung des Rahmendokumentationsprofils der Staatlichen Archive der DDR. – In: AM 32(1982)5. – S. 173-175, hier: 174. – Kluge, Reinhard: Das Dokumentationsprofil – Schlüssel zur positiven Auswahl von Dokumenten als Archivgut. – In: AM 29(1979)3. – S. 98-101, hier: 99. – Gold, Hans-Sigismund; Müller, Günter: Dokumentationsprofil und Rahmen-Nomenklatur als Grundlagen der Bestandsergänzung der Kreis- und Stadtarchive. – In: AM 32(1982)5. – S. 166-172, hier: 166.

- (13) Schreckenbach, Hans-Joachim: Stand der Informationsbewertung in kapitalistischen Ländern. – In: AM 19(1969)5. – S. 179-182, mit dem Schlußsatz: „Eine echte Lösung des Massenproblems ist letztlich nur möglich unter den Bedingungen der sozialistischen Gesellschaft“. – Booms hatte 1971 Schreckenbach als Sprecher des ideologischen Grundtenors, der im Archivbereich seit 1965 verstärkt angeschlagen wurde, kritisiert. Weite Teile seines Aufsatzes richteten sich gegen die marxistisch-leninistische Anschauung; vgl. Booms (Anm. 5), S. 4.
- (14) Grundsätze der Wertermittlung. – Berlin, 1965. – S. 15.
- (15) Ebenda, S. 13.
- (16) Rösler, Ingo: Zu einigen Fragen der marxistischen Archivwissenschaft. – In: AM 17(1967)6. – S. 222-229.
- (17) Enders, Lieselott; Kluge, Reinhard: Stand und Aufgaben der Bewertung archivalischer Information / unter Mitw. von G. Börner u. S. Kuntsche. – In: AM 27(1977)1. – S. 13-19, hier: 14.
- (18) Schreckenbach, Hans-Joachim: Einige Bemerkungen zur bürgerlichen Wertlehre. – In: AM 27(1977)4. – S. 130-132, hier: 132.
- (19) Kuntsche, Siegfried: Registraturbildnerbewertung und Archivgutverzeichnis für den Bereich Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft. – In: AM 27(1977)2. – S. 65-70, hier: 66.
- (20) Schmid, Gerhard: Prolegomena zur Archivgeschichte der DDR: e. Wortmeldung zur Einheit im dt. Archivwesen. – In: Der Archivar 43(1990). – Sp. 501-517, hier: 512.
- (21) Gemeinsame Erklärung des VdA BRD und DDR zum Neuaufbau der Länder in der ehemaligen DDR: „Auch das Archivwesen braucht einen Neuanfang“ vom 8.10.1990. – In: Der Archivar 43(1990). – Sp. 652-654, hier: 653. – Auch in AM 40(1990)6. – S. 248.
- (22) Brenneke, Adolf: Archivkunde: e. Beitr. zur Theorie u. Geschichte d. europ. Archivwesens / bearb. nach Vorlesungsnachschr. u. Nachlaßpapieren u. erg. von Wolfgang Leesch. – Leipzig, 1953. – S. 43.
- (23) Delmas, Bruno: Bilan et perspectives de l'archivistique française au seuil du troisième millénaire. (Vortrag bei der Konferenz „L'archivistica alle soglie del 2000: Bilanci e prospettive. Macerata, 3-8 settembre 1990“. – Ms. – S. 7).
- (24) Vgl. Lexikon Archivwesen der DDR (wie Anm. 3), S. 22: „Für die innere Ordnung des Bestandes gilt das Provenienzprinzip nicht“.
- (25) „Was die Dinge weitertreibt nach einem bestimmten Ziel hin, ist die Gemeinschaft desselben Prozesses, derselben Vorgänge, die hier vorliegen, der einheitliche Wille, der darin steckt.“ (Adolf Brenneke, masch. Vorlesungsskript, Bibliothek der Archivschule, Sign. II A 141 cp, S. 18). – Vgl. auch ebenda, S. 28: „Es kann dramatisch hergehen in einem Aktenband“.
- (26) Meisner (wie Anm. 4), S. 46.
- (27) So wie eins plus eins gleich eins sein kann (siehe deutsche Vereinigung) und vier plus 2 nicht sechs sind, sondern vielleicht 5, sind die Kriterien für den Wahrheitsgehalt oder die Objektivität von Akteninhalten nicht mit naturwissenschaftlicher Exaktheit anzugeben.
- (28) Haase, Carl: Studien zum Kassationsproblem (Forts.). – In: Der Archivar 29(1976). – Sp. 65-75, hier: 68.
- (29) Vgl. Papritz, Johannes: Archivwissenschaft. – Bd. 1. – Marburg, 1983. – v.a. S. 159-253.
- (30) Vgl. Schellenberg, Theodore R.: Die Bewertung modernen Verwaltungsschriftguts / Übers. u. hrsg. von Angelika Menne-Haritz. – Marburg, 1990. – S. 27.
- (31) Vgl. Brenneke (wie Anm. 25), S. 26: Die Schriftstücke „haben ein Ziel, sie wollen etwas auslösen, was verwirklicht werden soll, gleichgültig ob es gelingt oder nicht; sie haben einen Endzweck, einen geschäftlich rechtlichen Endzweck. Das ist das, was sie zur Gemeinschaft formt“.
- (32) Grundsätze der Wertermittlung (wie Anm. 14), § 23.
- (33) Vgl. auch die Kritik von G. Enders an den Begriffen: „...die zweckmäßige, wahrscheinlich auch gemeinte Bedeutung von »unmittelbarem praktischem Wert« ist der Wert des Schriftguts für die Aufgaben des Registraturbildners“. (Zur Problematik der Archivwürdigkeit; in: AM 17(1967), S. 89-92, hier: 91.)
- (34) „Andererseits können Archivmassen, in denen Bedingungen organischen Wachstums stecken, wieder in eine solche Form gebracht werden, selbst, wenn sie nie darin gewesen waren, daß sie dieses organische Wachstum zum Ausdruck bringen können.“ (A. Brenneke, wie Anm. 25, S. 18.)
- (35) Wenn auch nicht ausgesprochen, stand diese Abwehr vermutlich hinter der Ablehnung des Begriffs „Registraturbildner“ im Entwurf des schleswig-holsteinischen Archivgesetzes durch den Ausschuß des Landtages.
- (36) Die dadurch hervorgerufenen Probleme sind Thema des Aufsatzes von Siegfried Büttner (vgl. Anm. 9).
- (37) Vgl. z.B.: „Die Auswahl einzelner Specimina muß bei gleichartigen Registraturen ergänzt werden durch gruppen- und serienweise bestimmte Specimina, die also für einen Einzelvorgang alles Material von einer Registratur aufbewahren... Bei Beständen der Oberpostdirektion würde es z.B. darauf hinauslaufen, die Akten betr. die Einführung einer bestimmten technischen Maßregel soweit von der Kassation auszuschließen, daß aus ihnen die sachliche und zeitliche Durchführung bis in die letzten kleinen Postanstalten des Bezirks verfolgt werden kann.“ (Müsebeck, Ernst: Grundsätzliches zur Kassation moderner Aktenbestände. – In: Archivstudien / hrsg. von Hans Beschorner. Festschr. zum 60. Geburtstag von Woldemar Lippert. – Dresden, 1931. – S. 164.)
- (38) Leesch, Wolfgang: Methodik, Gliederung und Bedeutung der Archivwissenschaft. – In: Archivar und Historiker: Studien zur Archiv- u. Geschichtswissenschaft / hrsg. von Helmut Lötke u. Hans Stephan Brather. Zum 65. Geburtstag von Heinrich Otto Meisner. – Berlin, 1965. – S. 13-27; vgl. auch S. 25: „Jeder Archivkörper trägt das Maß der zulässigen und notwendigen Kassation in sich“.
- (39) Vgl. Haase (wie Anm. 28), Sp. 67.

- (40) Gerhart Enders begründet die positive Wertaussage z.B. damit, daß mit ihr „strengere Maßstäbe für die Aufbewahrung“ gegeben sind. (Enders, G.: Archivverwaltungslehre. – Berlin, 1968. – S. 85.) – Vgl. auch S. 86: „Die gesamte Überlieferung hat einen Informations- und Dokumentationswert. Sonst wäre sie nicht entstanden und bei den Registraturbildnern aufbewahrt worden. Dieser Informationswert besteht darin, daß in dem Schriftgut Aussagen über gesellschaftliche Erscheinungen, über Zustände, Ereignisse und Maßnahmen enthalten sind. Der Grad dieses Wertes ergibt sich aus der Bedeutung dieser Erscheinungen für den gesellschaftlichen Entwicklungsprozeß sowie aus dem Umfang und der Intensität der Aussage des jeweiligen Schriftguts darüber.“
- (41) „Aber der wissenschaftlich denkende Archivar sollte sich nicht auf ein solches, aus der Negation gewonnenes Resultat beschränken, sondern seine Aufmerksamkeit gleichermaßen, vielleicht sogar in höherem Grade auf die Prinzipien lenken, die ihn bei der positiven Bestimmung von archivwürdigem Schriftgut leiten.“ (Hermann Meinert in AZ 54(1958), S. 97-102, hier: 99).
- (42) „Wir sehen in derartigen Kärnerdiensten den sicheren Untergang des wissenschaftlichen Archivars. Gewisse Entwicklungen bei den Bibliothekaren, die vor lauter Dienst am Buch den wissenschaftlichen Charakter zu verlieren Gefahr laufen, sind eine Warnung davor, in gleiche Bahnen einzubiegen und sich von den Aktenmassen überwältigen zu lassen.“ (Sante, Georg Wilhelm: Behörden – Akten – Archive: alte Taktik u. neue Strategie. – In: AZ 54(1958). – S. 90-96, hier: 92 f.)
- (43) Knorz, Gerhard: Indexieren, Klassieren, Extrahieren. – In: Grundlagen der praktischen Information und Dokumentation / Marianne Buder, Werner Rehfeld, Thomas Seeger (Hrsg.). – 3., völlig neu gefaßte Ausg. – München; London; New York; Paris, 1990. – S. 122-141. – (DGD-Schriftenreihe; Bd. 9).

*

Die Auseinandersetzung über die archivistische Bewertung setzt die Akzeptierung der Existenz einer eigenständigen Disziplin der Archivwissenschaft voraus. Nach der Begründung dieser Prämisse umreißt die Autorin die Entwicklung der Bewertung in beiden Teilen Deutschlands. Die Probleme bei der Bewertung ergeben sich aus dem spezifischen Charakter von archivischer Information, der anhand einiger Thesen erläutert wird. Der Ursprung aus Aufgabenerledigungen, der Einsatz bei zweckgerichteten Aktivitäten im organisierten Zusammenhang, also die Nutzung als Werkzeug macht die archivistische Information prozeßgeneriert. Nichtverbale Anteile sind für das Verständnis der verbalen Texte nötig. Archivistische Methoden der Bewertung und der Erschließung machen sie zugänglich. Zum Abschluß werden mögliche Perspektiven der Archivwissenschaft erörtert.

*

The discussion about archival appraisal is only possible on the basis of archivist as a distinct scientific discipline. After giving arguments in support of this pre-requisite the author describes the development of appraisal in both parts of Germany. The problems concerning appraisal are raised by the specific character of archival information. The information in archival material is created during processes of activities in organisations like administrations. It is used as tools for actions and thus can be called process-generated. The existence of non-verbal parts make the information-retrieval incomplete, if the context of the creation is not considered. The archival methods in application of the principle of provenance make this special sort of information accessible. In the end the author discusses some future developments for the discipline.

*

Le thème du triage des archives ne peut être traité d'une manière théorique qu'à condition de l'existence de l'archivistique comme une discipline scientifique autonome. Ayant décrit les raisons pour cette supposition l'auteur montre les traits principaux du développement de la théorie et la pratique du triage dans les deux Allemagnes. Les problèmes surgissent à cause du caractère spécifique de l'information archivistique. Créées comme un outil pour des procès de travail commun dans une organisation comme une administration les informations dans les documents d'archives sont générées par un processus. Il y a des éléments non-verbales qui sont essentielles pour la compréhension des textes verbales et les méthodes de l'archivistique, compris dans le principe de provenance, servent à faire accessible cette sorte d'information. A la fin sont discutées des perspectives probables pour l'archivistique quand elle est regardée comme une science autonome.

*

Para la discusión sobre los problemas de la evaluación de documentos es necesario aceptar la existencia de la ciencia de los archivos. Después de la explicación de esta premisa la autora describe el desarrollo de la evaluación en los dos partes de Alemania. Los problemas acerca de la evaluación son resultados del carácter especial de la información de archivo. La información de archivo procede de una actuación. Ella es un útil utensilio para actividades con finalidad en una conexión organizada. Para la interpretación de los textos verbales son necesario también partes nonverbales, cuales los métodos de evaluación y clasificación dan a conocer. Al fin la autora discute perspectivas posibles de la ciencia de los archivos.

*

Предпосылкой дискуссий по проблемам архивоведческой экспертизы ценности является признание самостоятельной научной дисциплины – архивоведения. Автор обоснует эту предпосылку и коротко изображает развитие теории экспертизы ценности в обеих частях Германии. Проблемы в области экспертизы ценности вытекают из специфики архивной информации. Происхождение информации из деловых процессов, их применение в организованной рамке целевых действий, т. е. применение архивных информаций в качестве инструмента придет им обосновательно-развивающий характер. Для понимания вербальных текстов требуются невербальные части. Эти части раскрываются методами архивоведческой экспертизы ценности и описания.

В конце статьи обсуждаются возможные перспективы архивоведения.



Theorie, Instrumentarien und Praxis der Bewertung in der ehemaligen DDR und deren kritisches Bedenken

Botho Brachmann

Innerhalb der Archivwissenschaft, die sich als eine historisch orientierte informationswissenschaftliche Disziplin versteht, kommt dem Teilgebiet der Bewertung und Bestandsergänzung eine hervorragende Bedeutung zu. Darüber in einem Kolloquium zu sprechen, stellt jeden, der sich dem unterzieht, vor die Schwierigkeit, die eigentlich erforderliche Ausführlichkeit einer inhaltlichen Komposition in aller Kürze zu unterwerfen. Hinzu kommt außerdem, daß im Rahmen dieses Beitrages gleichzeitig kritische Überlegungen zur bisherigen Praxis der Bewertung von Archivgut in der ehemaligen DDR anzustellen sind, verbunden mit Gedanken, ob und inwieweit (sowie mit welchen Einschränkungen) erarbeitete Hilfsmittel für das nunmehr überlieferte Quellenpotential von über vier Jahrzehnten in Anwendung gebracht werden können (1). Dabei sind der Rat und die Erfahrungen der Kolleginnen und Kollegen der alten Bundesländer wichtig und willkommen, wobei Erörterungen in der Literatur den Eindruck vermitteln, daß in der Zukunft der Archivare im vereinten Deutschland mehr Übereinstimmung als Dissens zu erwarten ist.

Hierbei kann festgestellt werden, daß dieses wichtige Arbeitsfeld mehr von uns selbst beackert worden ist. Unsere Fragestellungen und erkenntnistheoretischen Fortschritte sind in der Bibliothekswissenschaft, aber auch in der Informations- und Dokumentationswissenschaft noch immer weitgehend unbekannt, was aus den unterschiedlichen Gegenstandsbereichen der Disziplin verständlich wird (2). Auch die traditionell dem Archivwesen verbundene Geschichtswissenschaft, die Wirtschafts- und Rechtswissenschaft usw. haben der Expertise, der Quellenbewertung, nur marginal Aufmerksamkeit zugewandt. Das Thema muß vom Archivar sowohl in theoretischen Dimensionen erörtert werden, bedarf aber auch der praktischen Komponente, um im Alltag aktiv Überlieferungsbildung betreiben zu können.

Die Sicherung überkommener und die Bildung neuer Quellenüberlieferung, die Bewertung von Informationen und die Auswahl von Unterlagen zur Aufbewahrung bzw. zur Kassation sind außerordentlich sensible und verantwortungsvolle Aufgaben, worin sich das archivarisches Berufsethos besonders manifestiert.

Theorie der Bewertung

These 1: Da es noch keine allgemeine Theorie der Informationsspeicherung (3) gibt, kann es also auch keine spezielle archivarisches Theorie derselben geben.

Insofern kann den vor längerem gemachten Aussagen von G. Enders (4) und C. Haase (5) sowie den neueren Feststellungen von B. Uhl (6) und S. Büttner (7) u.a.m. vorbehaltlos zugestimmt werden, daß es keine schlüssige Werttheorie mit einheitlichem Nenner und einheitlichen Maßstäben für das Spezialproblem der Informationsbewertung durch Archivare geben kann. Was im allgemeinen in der Informationstheorie noch nicht gelöst ist, kann also auch in der archivarisches Positiv- oder Negativauslese nicht bewältigt sein (8).

Obwohl die Archive in ihrer gesamten Geschichte bis in die Gegenwart mit dem vorhandenen Archivgut auf zahlreiche Varianten der Informationsspeicherung verweisen können, gibt es bisher keine Theo-

rie des Erinnerns oder des Vergessens, an die man sich als Richtschnur halten könnte. Das archivarisches Problem – die Auswahl von Registratur- und Archivgut – bewegt sich für natürliche und juristische Personen sowohl beim biologischen, neuronalen als auch beim gesellschaftlichen Modell der Informationsspeicherung, des Gedächtnisses, zwischen den Extremen „Alles“ oder „Nichts“. Für die Überlieferungsbildung des Archivars sind diese Möglichkeiten durch die Auswahl von Registraturbildnern, die als Überlieferungswürdig bzw. als überflüssig eingestuft worden sind, in den neuen und in den alten Bundesländern akzeptiert worden. Denn bekanntlich geht nicht alles in das Dauergedächtnis einer „Individualität“ ein, sondern es kommt spontan oder bewußt, mit und ohne „Papierkorb“ auch zur „Lösung“, zur „Kassation“ von Informationen (9). Vom kybernetischen Ansatzpunkt her ist „Vollständigkeit“ der Informationsspeicherung nicht möglich. Es gibt Vergessensquoten und sog. „drop outs“. Damit würde der Ansatzpunkt „Alles“ aufzubewahren, entfallen, weil es aus der Eigenart der Langzeitspeicherung niemals die Totalität sein kann oder gewesen sein kann. Dabei ist uns bewußt, daß die juristische Formel „quod non in actis, non est in mundo“ früher wie heute viel zu eng und zu einseitig gewesen ist und nicht das archivarisches Herangehen bestimmen kann.

Der Archivar ist, bevor er selbst wertend handelt, vor der Geschichte und von der Natur der Sache schon dadurch gedeckt, daß manches bereits „weggelegt“, also nicht mehr alles vorhanden ist, wenn er mit seinen Auswahlprinzipien beginnt, denn das biologische bzw. gesellschaftliche Kurzzeitgedächtnis – quasi als Filter zu verstehen – überführt nicht alle Informationen in das Langzeitgedächtnis.

So wie die Physiker für die Atomphysik von der Heisenbergschen „Unschärferelation“ ausgehen, so sollten die Archivare, wenn sie Überlieferungen reflektieren, eine ähnliche Unschärferelation akzeptieren, die zwischen einem ehemals existierenden, noch vorhandenen oder einem erdachten, erträumten Objekt und der Abbildung desselben in Quellen bestehen. Somit ist die Sicherung und Bewahrung von Kulturgut in den Archiven notwendigerweise unvollständig. Das ist eine qualitative Aussage, die nicht als Makel zu empfinden ist und für die man sich als Berufsgruppe nicht zu entschuldigen braucht.

These 2: Archivarisches Überlieferungsbildung steht angesichts des Massenproblems gespeicherter Informationen weltweit unter dem Zwang, nach Lösungen zu suchen, die eine Reduzierung bewirken und die Unvollständigkeit der Quellen weiter zunehmen lassen.

Obwohl These 1 auf die eigentliche Unlösbarkeit der Aufgabe aufmerksam macht, unterzieht sich der Archivar – seinem Berufsethos verpflichtet – dieser Sisyphusarbeit (10). Dabei kann er davon ausgehen, daß es bei der Informationsspeicherung in der Archivgeschichte meist ein „Massenproblem“ in doppeltem Sinne gegeben haben kann, was sich nach Aufzeichnungsträger und/oder in denselben gespeicherten Informationen differenzieren läßt. Schon bei den vorderasiatischen Tontafelarchiven gab es die bis in die Gegenwart andauernde Kontinuität der Disproportion zwischen der gespeicherten Informationsmenge einerseits und den meist nicht adäquaten Rechercheinstrumenten bzw. Rechercheverfahren zum Wiederfinden gesuchter Träger andererseits. In der Gegenwart hat das Massenproblem exponentiell zugenommen, so daß es berechtigt ist, von einer „Krise des Archivwesens“ zu sprechen, da die Statistik ausweist, daß sich die Archivgutmengen allerorts verdoppeln und vervielfachen. Das heißt, es entstehen in zwei bis drei Jahrzehnten, also in einem Bruchteil von Zeiträumen, die bis 1945 Jahrhunderte umfaßten, in den verschiedenen Archivtypen gleichgroße Archivbestände. Die Sicherung, Lagerung, Erschließung, Konservierung, Restaurierung und schließlich die Nutzung von Archivgut macht ständig Neu- und Erweiterungsbauten, eine Vermehrung des Fach- und Hilfspersonals und damit mehr Geld erforderlich, das meistens nicht vorhanden ist. Den Archivaren geht es somit ähnlich wie den Ökologen, die zwar wissen, wie die Natur geschützt werden könnte, die jedoch für die Schädigungen derselben nicht verantwortlich sind.

Dabei wird noch völlig von der historischen Ausnahmesituation abgesehen, die sich für die neuen Länder der Bundesrepublik Deutschland mit der Verdopplung des Archivbestandes auf Bundes- und Länderebene durch die Auflösung der ehemaligen Zentral- und anderer Behörden der DDR innerhalb nur eines Jahres ergeben hat. Das Problem wird damit zusätzlich wie durch ein Brennglas fokussiert.

These 3: Das sog. Minimax-Prinzip (11) ist innerhalb der Spannweite „Alles oder Nichts“ nur ein Denkangebot für das Instrumentarium, um dem Massenproblem des Archivgutes zu steuern.

Damit soll nichts anderes gesagt werden, als daß bei dem immer erneut zu wiederholenden Versuch, Überlieferung für zukünftige Interpretation zu bewahren und anzubieten, ein Minimum an Dokumenten ein Maximum an Information gewährleisten soll. Gleichzeitig wird damit die Unterscheidung des doppelten Massenproblems, einerseits Träger und technische Varianten der Speicherung und andererseits die eigentlichen Informationen, bestätigt. Da es aber keine prozentualen Vorgaben für Zuwachsraten geben kann, die allgemein akzeptiert werden, und diese immer nur hinterher einer Berechnung zugänglich sind, gilt der Zweifel, ob induktiv mit den bescheidenen archivischen Erkenntnissen und Mitteln die Lösungsangebote realistisch sind. Es entsteht zusätzlich die Frage, ob der Archivar mit seinen Anstrengungen, Hilfsmittel der Überlieferungsbildung zu schaffen, seiner Umwelt und seinen zukünftigen Nutzern gegenüber, also nicht nur den Historikern, nicht unbewußt und indirekt das Versprechen abgibt, Prozesse zu beherrschen, die in toto nicht beherrschbar sind und die seine Tätigkeit immer mehr dominieren. In der journalistischen Praxis wird daraus die drastische Empfehlung „Lies und vergiß“ oder die These vom „Informationsmüll“ formuliert (12). Damit wird auf andere Weise nur zum Ausdruck gebracht, daß von der eigentlich vorhandenen, tatsächlich unvollständigen Information für die Beantwortung konkreter Fragen oder Recherchen über 90% aus zeitlichen Gründen nicht recherchiert werden. Interpretiert und gedeutet wird im Alltag und in der deskriptiven Wissenschaft mit philosophisch-kybernetisch „unvollständigen“ Informationen, was leicht zu Fiktionen in der Aussage führt.

These 4: Interdisziplinäre oder disziplinäre Forschungs- und Interpretationsfragen können nicht vorausgeahnt werden. Archivische Überlieferungsbildung führt deshalb an die Quellen heran, wertet sie aber nicht aus.

Daraus folgt, daß sich der Archivar bei seiner Überlieferungsbildung nicht von einer antizipierenden Auswertung leiten lassen darf. Die Ordnungs- und Verzeichnungsgrundsätze für die staatlichen Archive der DDR von 1964 haben eine außerordentlich weise Empfehlung fixiert, die nicht oft genug zitiert werden kann und die für die Bewertung gleichermaßen gelten sollte. So heißt es im § 111 Abs. 1: „Der Akzent soll den Benutzer an die von ihm gesuchten Quellen heranzuführen. Er vermittelt eine Inhaltsangabe, keine Beurteilung oder Auswertung.“ (13) Der Archivar sichert, bewahrt und vermittelt Informationen, ist selbst in der Erschließung, d.h. auch in der Bewertung, nicht der Interpretation verpflichtet und offen für eine Pluralität der Fragestellungen. Dem entgegengesetzt waren die Versuche in der ehemaligen DDR, über zentrale Forschungspläne der Gesellschaftswissenschaften Bedarf zu prognostizieren und daraus gleichzeitig verschiedene archivische Aufgaben abzuleiten. Hierzu gehören auch die Festlegungen der ehemaligen Staatlichen Archivverwaltung in der „Richtlinie über die wertmäßige Gruppierung der Archivbestände“ vom 23. Dezember 1976 (Potsdam 1976, 8 S.) sowie zahlreiche Beiträge zur „Ermittlung des Informationsbedarfs“ in der Fachzeitschrift „Archivmitteilungen“, die im skizzierten archivischen Denkansatz nicht realisierbar, weil für die Quellenüberlieferung und Bewertung untauglich, geblieben sind. Ähnliche Versuche in den anderen informationswissenschaftlichen Publikationsorganen haben meist andere Zielvorstellungen und sind deshalb für uns in der Bewertungspraxis nicht als Leitbilder geeignet.

Daraus wird verständlich, daß man in der archivischen Fachliteratur bei der Quellenbewertung mit der Orientierung auf die Ermittlung formaler Kriterien eher einen Konsens als für inhaltliche u.ä. Aspekte erreichen kann.

These 5: Unverzichtbar bleibt bei der archivischen Informationsbewertung die zentrale Kategorie der Provenienz. Über sie werden bei juristischen Personen Kompetenzen deutlich.

Kommentierend heißt das, daß die Archive historisch-konkret und nicht logisch-abstrakt an die Registraturbildner bzw. Bestandsbildner herangehen. Es gibt keinen abstrakt erdachten Dokumentationsplan, der Billigung finden könnte. Trotzdem ist der Archivar zum Nachdenken angehalten, um Überlieferungsbildung vorzubereiten und zu dokumentieren. Aus dieser Notwendigkeit entstanden 1971/72 in der

Bundesrepublik Deutschland (H. Booms) (14) und 1984 in der ehemaligen DDR Überlegungen, neben anderen Instrumentarien auch die Möglichkeit eines historisch orientierten Dokumentationsplanes oder eines Dokumentationsprofils als Steuerungsinstrument für die Masse an Überlieferungen vorzuschlagen. Versteht man dieses Instrument als ein Angebot zum Nachdenken, so könnte dies einen Spezialfall der Dialektik von Provenienz und Pertinenz darstellen. Traditionelle Staatshandbücher, Handbücher für Aktiengesellschaften usw. sind mit ihrer Orientierung auf juristische Personen, auf konkrete Provenienzen nicht mehrdimensional angelegt. Die Provenienz ist in diesen literarischen Hilfsmitteln der Pertinenz übergeordnet. Der traditionelle Nutzeransatz geht jedoch von der Pertinenz in der Fragestellung aus, die der Archivar in der Regel auf historisch unterschiedlich gewachsene Informationsbestände „übersetzt“. Um die dabei bestehenden „Mauern“ transparent, sie durchlässig zu machen und die „Grenzen“ aufzulösen, ist für die Verwaltungspraxis mit dem „Informationshandbuch des Bundes“ ein neues Hilfsmittel entstanden, das in der Tat mehrdimensional über das darin befindliche Sach-, Orts- und Personenregister auf Zuständigkeiten verschiedener Provenienzen verweist (15). Eine solche Dokumentierung von Information könnte man sich ebenfalls auf Länderebene nur wünschen, weil damit ein völlig neues Hilfsmittel auch im Sinne traditioneller historischer Denkgewohnheiten entsteht. Eine derartige Dokumentationsplanung geht über die bisher angebotenen Thesauri der Geisteswissenschaften hinaus und verdient unser Interesse.

These 6: Archivische Überlieferungsbildung erfordert die Symbiose mit der Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte.

Die Vervielfachung der Quellenüberlieferung aus der Geschichte der ehemaligen DDR, die sich innerhalb eines Jahres vollzogen hat, macht es, durch das Fehlen von Staatshandbüchern oder Informationshandbüchern bedingt, notwendig, die Geschichte der Institutionen, die Schriftgut produziert haben, überhaupt erst einmal zu erfassen (16). So waren die staatliche Struktur des Ministeriums für Staatssicherheit (17) oder die „wirtschaftliche“ Tätigkeit einer Einrichtung wie der „Kommerziellen Koordinierung“ und sicher auch anderer Provenienzen bis zur Wende 1989 dem Archivar völlig unbekannt. Die Existenz dieser und ähnlicher Institutionen unterlag strengster Verschwiegenheit und Abschottung. Archivische Quellenbewertung kann deshalb nur im engsten Zusammenwirken mit dieser Teildisziplin der Geschichtswissenschaft erfolgen, um Kommunikationsbeziehungen, Verflechtungen und Hierarchien deutlich zu machen. Dazu gehört selbstverständlich das staatsorganschaftliche Wirken der ehemaligen SED mit ihren verschiedenen Leitungsebenen einschließlich der ehemaligen anderen Blockparteien und Massenorganisationen (18).

These 7: Die Allseitigkeit und Komplexität der Bewertungsaufgabe hat natürliche Personen mit ihrer Überlieferung einzuschließen. Dabei wird „oral history“ als Quelle emanzipiert (19).

Geschichte im engeren Sinne ist Geschichte von Menschen. Diese sind potentiell als Archivbildner und Archiveigentümer denkbar, die wirken und ihre persönliche Lebensgeschichte reflektieren; sie produzieren Aufzeichnungen als Literatur, als Wissenschaft, als technische Erfindungen, Notenhandschriften, Zeichnungen, Bilder usw. Sie sind als natürliche Personen im Unterschied zu den juristischen Personen „zuständigkeitsfrei“. Ungeachtet dessen ist der Archivar bei der Sicherung dieser Quellenüberlieferung gehalten, die Lebensgeschichten und Biographien deutlich zu machen, um Quellen zu- und einordnen zu können. Dabei gelten für die schriftliche Überlieferung – wie auch im staatlichen und wirtschaftlichen Bereich – die Aspekte der Quellenkritik. Dieser sind auch Lebensberichte, mündliche und Tonaufzeichnungen zu unterwerfen. Es gibt keine abstrakte Bevorzugung der einen Quellenproduzenten vor den anderen.

These 8: Die Informationsbewertung des Archivs setzt ein hohes Maß an beruflicher Identifizierung, an Professionalität und vor allem an Berufsethos voraus.

Sichern und Bewahren für rechtliche, wirtschaftliche und persönliche Zwecke über die Jahrhunderte und die eigene Generation hinaus sind für die Zunft der Archive das Bestimmende. Die Kassation, das Reduzieren von Informationen, ist mit ihrer Tätigkeit zwar verbunden, aber nicht das eigentliche Ziel (21). In vielen Staaten der Welt gehört zum geschützten Kulturgut auch das Archivgut und sind namentlich

aufgeführte Staats-, Literatur- und Stadtarchive wie auch die Archivabteilungen in Bibliotheken, Museen, Akademien usw. zu den Schatzkammern der Weltkultur zu zählen.

Instrumentarien und Praxis der Bewertung in der ehemaligen DDR

Die konkreten Gegebenheiten in der ehemaligen DDR, die wiederholten Veränderungen der staatlichen Verwaltungsstruktur, was schon in den 50er Jahren unter dem Syndrom der „Klassenwachsamkeit“ zu einem ständigen „Wechsel-das-Bäumchen-Spiel“ wurde und dem Archivar die Rekonstruktion der Verantwortlichkeit und der Zugehörigkeit übernommener Schriftgutbestände erheblich erschwerte, brachten mit der Auflösung der Länderverwaltungen 1952 und der Auflösung der Industrieministerien 1958 umfangreiche Schriftgutmengen in die Archive, die archivarisches zu bearbeiten waren. Der Blick zur Bewältigung des Massenproblems ging dabei theoretisch sowohl nach West als auch nach Ost. Mit einfachen Hilfsmitteln der Negativauslese, früher Weglegesachen genannt, und wenigen Rechtsvorschriften wurde begonnen. Bald war es klar, daß der positiven Wertauslese Priorität beizumessen sei, weil die Erfahrungen des sowjetischen Archivwesens in den Jahrzehnten bis 1956 gezeigt hatten, daß der Versuch, jede beliebige Institution vom Kindergarten über Badeanstalten und ähnlichem zu dokumentieren, die Magazine der Archive hoffnungslos verstopfte und eine Erschließung blockierte. Die wichtigsten Ergebnisse, die in den vergangenen drei Jahrzehnten in der ehemaligen DDR die Arbeit für die Überlieferungsbildung unterstützen sollten, sind in der Aufzählung:

1. Grundsätze der Wertermittlung für die Aufbewahrung und Kassation von Schriftgut der sozialistischen Epoche in der Deutschen Demokratischen Republik (1965).
2. Rahmensystematik zur Bewertung der staatlichen Registraturbildner. Teil 1: Industrie 1972; Teil 2: materielle Bereiche, außer Industrie (1973); Teil 3: nichtmaterielle Bereiche (1974). Diese Rahmensystematik gliederte sich wiederum in je drei Teile, und zwar: Liste der Registraturbildner; Nomenklatur der Registraturbildnertypen; Übersicht über die Registraturbildner der Wertkategorie I.
3. Nomenklaturen (Registraturbildnerlisten) der Staatsarchive und des ehemaligen Zentralen Staatsarchivs mit ca. 1.000 Registraturbildnern in der Wertkategorie I.
4. Rahmenverzeichnis für die vereinfachte Kassation typischer Schriftgutkategorien (1973).
5. Zwölf Archivgutverzeichnisse im Zeitraum zwischen 1976 und 1985: Planung, Rechnungsführung und Statistik; Finanzen; Kultur; Gesundheits- und Sozialwesen; Bauwesen; Post- und Fernmeldewesen; Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft; Volksbildung; Jugendfragen, Körperkultur und Sport; Berufsbildung; Umweltschutz und Wasserwirtschaft; Arbeit und Löhne und damit zusammen bis 1990 über 100 Schriftgutbewertungsverzeichnisse mit ca. 12.000 bis 16.000 Archivgutpositionen.
6. Prinzipien für die Auswahl von Dokumenten mit Informationswiederholung als Archivgut (am Beispiel des Bereichs Landwirtschaft) (1979).
7. Theoretisch-methodische Grundlagen der Bewertung von Kino-, Foto- und Phonodokumenten als Archivgut – Empfehlungen – (1981).
8. 1982 Einstufung der Registraturbildner der Kreis- und Stadtarchive (Rahmennomenklatur) als Grundlage für Nomenklaturen für etwa 15.500 Registraturbildner der Wertkategorie I.
9. Es folgten zwischen 1983 und 1986 Auszüge aus den Archivgut-Verzeichnissen (vgl. 5.) für die Kreis- und Stadtarchive.
10. Rahmendokumentationsprofil der staatlichen Archive der DDR für den Zeitraum 1945–1981 (1984) – spezifiziert 1987 bis 1990 für die Mehrzahl der Bezirke ohne Gera und Ostberlin sowie für einige Kreise.
11. Archivarbeit rationell. Arbeitsabläufe (1984).
12. Methodische Richtlinien für die Bewertung von dienstlichem Schriftgut 1987 nebst Ergänzungen 1988, 1989 und 1990 (nicht mehr erschienen) enthält u.a. eine Auswahlbibliographie zur Bewertung.
13. Rahmenverzeichnis für die vereinfachte Kassation typischer Schriftgutkategorien (1986 nebst Ergänzungen 1987 und 1988) mit ca. 4.000 Positionen.

14. Prinzipien und Kriterien für die Auswahl von wissenschaftlich-technischer Dokumentation zur staatlichen Aufbewahrung. Methodische Empfehlungen (1988).

15. Liegenschaftsdokumentation der DDR. Entwicklung, Bestandteile, Archivierung (1990).

Ferner gab es für die konkrete Arbeit Vordrucke, Merkblätter, Archivpässe u.a.m., woraus wichtige Angaben für die Bewertungsarbeit entnommen werden konnten.

Obwohl über diese Ergebnisse 1987 in Magdeburg bei einer Arbeitstagung schon berichtet worden ist, was in den „Archivmitteilungen“ seinen Niederschlag gefunden hat, bestand bisher keine Gelegenheit aus der Sicht der Hochschule, allen beteiligten Kolleginnen und Kollegen, die an diesen Hilfsmitteln mitgearbeitet haben, Dank und Anerkennung auszusprechen. Sowohl im theoretischen Unterricht als auch bei den Berufspraktika war damit die Möglichkeit geboten, Studenten in die Tätigkeit des Archivars einzuführen, Berufskennntnisse und Vorlauf für die berufliche Tätigkeit der Absolventen zu vermitteln. In intellektueller und fachwissenschaftlicher Hinsicht mußten die Archive, abweichend von den gutgemeinten Vorschlägen Th. R. Schellenbergs, sowohl die Moderatoren als auch das Publikum der Talkshow stellen, weil sie sich bei der interdisziplinären Verantwortung für die Überlieferungsbildung nur auf wenige Wissenschaftler von Nachbardisziplinen stützen konnten, die unser Problem über das eigene Interessengebiet hinaus verstanden haben. Die Historiker der ehemaligen DDR brachten das Kunststück fertig, von der breit geführten archivarischen Diskussion kaum Kenntnis zu nehmen oder sich gar nicht dazu zu äußern (22).

Die Fachzeitschrift „Archivmitteilungen“ hat demgegenüber die Diskussion zu Bewertungsfragen über viele Jahre begleitet, so daß in den dortigen Beiträgen neben überholten und veralteten Positionen noch manch goldene Idee für das Problem der Bewertung wiederentdeckt werden kann.

Kritisches Bedenken von Theorie, Instrumentarien und Praxis der Bewertung

B. Uhl hat sich vor kurzem dahingehend geäußert, daß sich eine ganze Reihe methodischer Hilfsmittel, die von Archivaren in der ehemaligen DDR zur Bewertungspraxis erarbeitet worden sind, für die weitere Verwendung eignen. Er fügte hinzu, daß er es außerordentlich bedauern würde, „wenn das gesamte Instrumentarium jetzt der zweifellos erforderlichen Eliminierung ideologisch bedingter Grundsätze zum Opfer fiele“ (23).

Pressemeldungen (Berliner Morgenpost vom 3. März 1991) berichten, daß aus der früheren zentralen Verwaltung der ehemaligen DDR im Bundesarchiv in Potsdam und Coswig bereits ca. 20.000 lfm und im Zwischenarchiv Berlin und den ehemaligen Ministerien weitere ca. 40.000 lfm lagern. Dies macht ohne die Sonderbehörde des Bundes für das ehemalige Ministerium für Staatssicherheit/Amt für Nationale Sicherheit einen größeren archivarisch zu sichernden, zu bewahrenden, zu bewertenden und zu erschließenden Bestand aus, als den der ehemaligen Reichsbehörden bis 1945. Vergleichbare Dimensionen, wenn auch geringeren Umfangs, sind ebenfalls für das Land Berlin mit seinem früheren Ostteil sowie in ähnlicher Weise in den anderen neuen Bundesländern anzunehmen.

Die archivarische Bewältigung dieser innerhalb eines Jahres zu Archivgut gewordenen Schriftgutmengen erfordert nicht nur Zeit, sondern auch ein hohes Maß an fachlicher Kompetenz und eine Erhöhung der Personalausstattung, wenn – aus der Sicht der Archivwissenschaft – die Benutzung in absehbaren Fristen im Rahmen der Vorschriften z.B. des Bundesarchivgesetzes überhaupt ermöglicht werden soll. Dabei liegt im Vergleich mit anderen Vorbildern für die Arbeit von Zwischenarchiven ein Vorteil sicher darin, daß es sich um abgeschlossene, historisch gewordene Institutionen handelt, die aus der laufenden Verwaltung keine Ergänzung mehr erfahren. Günstig ist ferner, daß die frühere Zersplitterung des Registraturgutes als Folge seiner Einteilung in verschiedene Geheimhaltungsstufen (VD- und VS-Materialien) ebenso überwunden werden kann, wie die in der Vergangenheit gebildeten Sonderarchive den Beständen zugeordnet werden können, zu denen sie eigentlich gehören.

Um dieser „Macht des Faktischen“ gebührend entsprechen zu können, ist höchste Professionalität, gepaart mit dem archivarischen Be-

rufsethos, erforderlich. Die internationale Gemeinschaft der Archivare wird gespannt sein, wie die Zunft im vereinten Deutschland diese Aufgabe bewältigt und in welchen Zwischenstadien über Ergebnisse der Sicherung, der Bewahrung sowie Erschließung berichtet werden kann. Zweifellos sind hierfür Jahre und Jahrzehnte erforderlich. Dabei können die vorliegenden Instrumentarien für die Bewertungspraxis in der Anwendung auf Bestände der ehemaligen DDR weiter benutzt werden, sofern die Hilfsmittel selbst einer kritischen Interpretation unterzogen und durch neue Erkenntnisse überarbeitet werden. Gemeint ist damit folgendes: In den Instrumentarien zur Bewertung, besonders deutlich im Rahmendokumentationsprofil der staatlichen Archive der DDR für den Zeitraum 1945-1981 (1984) und sogar in den Ordnungs- und Verzeichnungsgrundsätzen für die staatlichen Archive der DDR von 1964, spiegelt sich das gesellschaftliche Modell der Rezeption und der Geschichtsauffassung wider, das der früheren SED den theoretischen Anspruch zuwies, stets eine führende revolutionäre Rolle und eine entsprechende Funktion in Staat und Wirtschaft auszuüben. Daraus wurde eine machtpolitische Rolle, die gleichermaßen Staat und Wirtschaft sowie das Leben der Bürger instrumentalisierte. Die Auswirkungen auf das Archivwesen hat G. Schmid in seinem Beitrag „Prolegomena zur Archivgeschichte der DDR“ differenziert und zugleich anschaulich beschrieben.

Das sog. „sozialistische“ Gesellschaftsmodell ist auf Grund verschiedenster genetischer Defekte, über die die Geschichtsschreibung sich weiter zu äußern haben wird, gescheitert. In der Wirtschaftsordnung wurde weder in der UdSSR, in der ehemaligen DDR noch in anderen Ländern des RGW die Produktivität und Effektivität der führenden kapitalistischen Staaten erreicht. Gleiches gilt für das Niveau der Rechtsstaatlichkeit und parlamentarischen Demokratie sowie für die Nationalitätenpolitik. Damit war auch die Behauptung, daß die DDR der Bundesrepublik Deutschland um eine ganze historische Epoche voraus sei, eine Schimäre. Die dieser Argumentation zugrunde liegende zentrale Kategorie der Gesellschaftsformation (24) mit der Behauptung einer Gesetzmäßigkeit und eines revolutionären Wandels vom Kapitalismus zum Sozialismus ist vor der Geschichte widerlegt worden.

Diese Einschränkungen sind beim vorliegenden Instrumentarium der Bewertung und der darin zum Ausdruck kommenden „theoretischen“ Überlegungen vorzunehmen. Das bedeutet aber auch, sich mit der eigenen Biographie selbstkritisch auseinanderzusetzen. Irrtümer einzugestehen ist nicht unehrenhaft, sondern für einen Wissenschaftler eigentlich ein Grundkonsens für die Arbeit. Der Verfasser schließt sich in die kritische Denkweise mit seinen Publikationen ein, wobei er einräumt, daß die Feststellung eigener Fehler nicht unbedingt zu den angenehmen Seiten einer Biographie gehört. Er geht aber davon aus, daß die Bereitschaft hierzu überhaupt erst die Berechtigung schafft, an der Diskussion weiter teilzunehmen.

Im Sinne von B. Uhl könnte das Rahmendokumentationsprofil auch zukünftig als ein zwar sehr kritisch zu betrachtendes, aber auch weiterhin nützliches Bewertungshilfsmittel verstanden werden, weil die darin ausgewiesenen Informationen, Ergebnisse und Strukturen nicht erdacht wurden, sondern Ergebnis induktiver analytischer archivarischer Tätigkeit innerhalb konkreter Kompetenzen und Provenienzen sind. Beschlüsse und Direktiven der Parteitage haben sich in den verschiedensten Registraturbildnerkategorien widerspiegelt und transformiert. In den Akten findet sich diese Rangfolge in der Kommunikation und Entscheidung tatsächlich wieder. Um auf den in These 4 geäußerten Aspekt zurückzukommen, daß die archivarische Tätigkeit beim Sichern und Bewahren an den Inhalt der Quellen heranzuführen, diese jedoch nicht auswerten soll, ist deshalb schon bei einer sehr schnellen Durchsicht des Rahmendokumentationsprofils zu denken. Denn darin findet man Feststellungen, Aussagen und Bewertungen zur Wirtschaftspolitik, zur Entfaltung der „sozialistischen“ Demokratie, zum Umweltschutz, zur Rechtsprechung, zur Kultur usw. im Sinne des Geschichtsbildes der SED, die so nicht weiter vermittelt werden dürfen. Was dabei den Komplex der Wirtschaft angeht, so handelte es sich bekanntlich um einen Mechanismus, der eine absolute Fehlkonstruktion dargestellt hat. So läßt sich beispielsweise die Behauptung aufstellen, daß viele Dokumente der ehemaligen Staatlichen Plankommission, wenn man nach deren Plänen Geschichte der DDR hätte schreiben wollen, weit über Thomas Morus' „Utopia“ hin-

ausgekommen wären. Vieles, was an Dokumenten ursprünglich dort als Dauerwert eingestuft worden ist, wird man somit zukünftig kassieren können und müssen.

Quellenkundlich gesehen waren also weder das Rahmendokumentationsprofil noch die erwähnten Archivgutverzeichnisse Hilfsmittel für die konkrete Kassationstätigkeit. Dafür waren sie – das wurde schon in Magdeburg 1987 festgestellt – zu abstrakt und bedurften der Umsetzung in Schriftgutbewertungsverzeichnisse. Aber auch bei diesen gehört zum kritischen Bedenken, daß das Instrumentarium der Schriftgutbewertungsverzeichnisse maximal 40% oder 50% der Schriftgutproduktion der zentralen Ebene erfaßte (25). Die schlampige Art und Weise des Umgangs mit dem Verwaltungsschriftgut in zentralen staatlichen Organen hat dem Archivar in der ehemaligen DDR Schwierigkeiten bereitet und wird auch zukünftig in den neuen Bundesländern manches Problem bei der Bewertung und Erschließung mit sich bringen.

Ein weiterer Mangel des Ensembles der bisherigen Bewertungshilfsmittel, die induktiv erarbeitet worden waren, besteht darin, daß sie nur den Staat und seine Organe einschließlich der Wirtschaft und nicht die SED mit ihrem Schriftgut erfaßten. Das heißt, die eigentlichen Macht- und Entscheidungsbefugnisse, die Informationen darüber, sind in den Quellen des ehemaligen Staatlichen Archivfonds der DDR meist nicht widergespiegelt. Jedoch kann die Geschichte der ehemaligen DDR, was die Quellenbasis angeht, nicht umfassend beschrieben werden, wenn man nicht auf diesen Zusammenhang hinweist und über Lösungen zur Benutzung der Quellen der früheren SED nachdenkt. W. Merker hat im November 1990 in seinem Facultas docendi-Vortrag an der Humboldt-Universität zu Berlin auf diesen Aspekt ausdrücklich aufmerksam gemacht und wird in der Diskussion dieses Kolloquiums auf die Hauptgedanken eingehen. Aus einer ganz anderen Sicht bestätigte bereits 1988 S. Mauksch den Zusammenhang zwischen der Politik der SED gegenüber dem Staatsapparat, den Wirtschaftsorganen und den Massenorganisationen (26). Die integrative Einbeziehung dieses Schriftgutes, das sich jetzt im Zentralen Archiv der PDS befindet, in die Forschung wird unerlässlich sein. Welche rechtlichen Formen und Wege dafür gefunden werden, steht noch aus.

Die von B. Uhl aufgeworfene Überlegung wird hier dahingehend positiv beantwortet, nicht generell auf das ideale Angebot der Bewertungsinstrumentarien zu verzichten, weil dasselbe einfach mehr als eine „geistige Krücke“ ist. Bei der Überlieferungsbildung sollte die geleistete immense Vorarbeit, selbstverständlich mit den notwendigen kritischen Ergänzungen, Änderungen und Überarbeitungen, für DDR-Bestände weiter genutzt werden. Das gilt auch für das „Rahmenverzeichnis für die vereinfachte Kassation typischer Schriftgutkategorien“, dessen ca. 4.000 Positionen ebenfalls nicht alle schematische Gültigkeit behalten können.

Die drängenden Probleme der Quellenüberlieferung erfordern auch zukünftig übergreifend die Beratung in Konsultationsgruppen, das Prüfen rechtlicher Fragen sowie die fachliche Verständigung der Kollegen in den neuen und alten Bundesländern, um im Interesse von Einzelpersonen und von Institutionen auf zu frühe Kassationen oder überhaupt darauf zu verzichten. Es ist zu bezweifeln, ob allein die Fachzeitschrift „Der Archivar“ oder die seit längerem überfällige „Archivalische Zeitschrift“ hierfür ausreichend Platz bieten. Die „Archivmitteilungen“ in neuer Konzeption wären sicher ebenfalls ein geeignetes Instrument.

Im Zusammenhang mit These 6 ist zu vermerken, daß 44% aller Abschlußarbeiten, die am Bereich Archivwissenschaft der Humboldt-Universität zu Berlin in den vergangenen Jahrzehnten angefertigt worden sind, Themen der Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte bzw. der Institutions- und Organisationsgeschichte vor 1789, vor und nach 1918 und nach 1945 behandelt haben (27). Ein ähnlicher Anteil wird auch in Zukunft nach allen Erfahrungen archivarischer Arbeit zu erwarten sein. Aus der Tatsache, daß es kein fortlaufend geführtes und brauchbares Staatshandbuch der DDR oder ein Informationshandbuch gegeben hat, wäre das „Lehrmaterial zur Geschichte der Staatsmacht der DDR“ (Potsdam 1967) von H.-St. Brather (28) für die inzwischen zurückliegenden 25 Jahre der ehemaligen DDR zu aktualisieren, was angesichts des Gesamtbestandes zentraler Überlieferung von ca. 60.000 lfm subtile Einzeluntersuchungen erfordert, die

zu Magisterarbeiten und Dissertationen führen könnten. Dabei wäre, wie schon ausgeführt, auch die Untersuchung der Organisationsstruktur der SED und der von ihr beanspruchten Kompetenzen, die den Staat DDR bestimmten, zu berücksichtigen.

Wenn abschließend nochmals betont wird, daß auf der Basis der gleichen Quellen von unterschiedlichen Fragestellungen her verschiedene Sichtweisen, Interpretationen und Rezeptionen möglich sind, dann sollte man sich in diesem Zusammenhang auch an die Geschichte des Historismus erinnern. Seit dem 18. Jh. haften der Geschichtsschreibung Kontinuitäten an, um die man wissen sollte, weil daraus mehr Toleranz und weniger missionarischer Eifer erwachsen. Als Archivar darf man deshalb bei der Überlieferungsbildung und einer interdisziplinär orientierten Bewertung nicht darauf verzichten, einen gewissen heilsamen geschichtsphilosophischen Skeptizismus zu verbreiten, um der immer gegebenen Gefahr des Quellenfetischismus vorzubeugen (29). Bekanntlich unterscheiden sich die „Wahrheiten“ der Juristen von denen der Schriftsteller und der Historiker. Die literarisch-künstlerische Reflexion über historische Quellen und Zeitabläufe hat, wenn wir an die Gegenwartsliteratur in der ehemaligen DDR denken, wie schon im 18. und 19. Jh., ebenso ihre Berechtigung behalten wie die Versuche, Geschichte mit dem Anspruch einer wissenschaftlichen Interpretation zu beschreiben. Auf jeden Fall haben Schriftsteller und Künstler in der ehemaligen DDR das gesellschaftliche „feeling“ und das individuelle Bewußtsein besser erfaßt und geprägt als die DDR-Zeithistoriker im Lande.

Um Emotionalität, Mentalität, persönliche Befindlichkeiten und Hintergründe usw. deutlich zu machen, ist das Engagement, das P. K. Weber für die „oral history“ (vgl. These 7) eingebracht hat, mit einer bereits jetzt kaum noch zu überschauenden Fülle von persönlichen Stellungnahmen, Zeugnissen von Opfern, Tätern, Beteiligten für die Geschichte der ehemaligen DDR bestätigt worden, die in ihrer „Gleichzeitigkeit“ mit der Zugänglichkeit offizieller Archivmaterialien in der deutschen Geschichte wohl einmalig sind. Hier sollte die spontane Überlieferung in den verschiedenen Medien (30) durch die quellenkritischen Aspekten genügende bzw. sie beachtende Ablaufdokumentation für Zeitzeugen ergänzt werden.

Wenn auch der Zweifel bestehen bleibt, ob archivarisches Bemühen bei der Überlieferungsbildung ausreicht, um dem Massenproblem und der daraus resultierenden „Krise des Archivwesens“ erfolgreich zu begegnen, so ist das Ringen um Antwort unvermeidlich.

Wie das Zusammenwirken der Archive mit Vertretern der Bürgerkomitees während der revolutionären Wende 1989/90 in der ehemaligen DDR gezeigt hat, kommt das archivarische Berufsethos stets und vor allem in dem Handeln zum Ausdruck, in Gestalt der verschiedensten Archivmaterialien Kulturgut zu sichern, zu erhalten und zu bewahren. Es wird die Überzeugung ausgesprochen, daß darüber weltweit in allen Sparten des Archivwesens Einmütigkeit besteht.

(1) Schmid, G.: Prolegomena zur Archivgeschichte der DDR: e. Wortmeldung zur Einheit im dt. Archivwesen. – In: Der Archivar 43(1990)4. – Sp. 501-516. — Kluge, R.: Der Staatliche Archivfonds der DDR: Entwicklung u. Probleme. – In: AM 40(1990)5. – S. 162-165. — Beck, F.: Archive und archivalische Quellenlage in den neuen Bundesländern zur zeitgeschichtlichen Forschung. – In: Der Archivar 44(1991) 3. – Sp. 411-428.

(2) Grundlagen der praktischen Information und Dokumentation: e. Handb. zur Einf. in d. fachl. Informationsarbeit / begründet von Klaus Laisiepen... – 3., völlig neu gefaßte Ausg., [hrsg. von] Marianne Buder, Werner Rehfeld u. Thomas Seeger. – Bd. 1-2. – München; London; New York; Paris, 1990. – 1230 S. – (DGD-Schriftenreihe; Bd. 9)

(3) Völz, H.: Information I: Studie zur Vielfalt u. Einheit d. Information; Theorie u. Anwendung v.a. in d. Technik. – Berlin, 1982. – 407 S.: 179 Abb., 83 Tab.

(4) Enders, G.: Zur Problematik der Archivwürdigkeit. – In: AM 17(1967). – S. 89-93.

(5) Haase, C.: Studien zum Kassationsproblem. – In: Der Archivar 28(1975)4. – Sp. 405-418; 29(1976)1-2. – Sp. 65-76, 183-196.

(6) Uhl, B.: Bewertung von Archivgut. – In: Der Archivar 43(1990)4. – Sp. 529-538.

(7) Büttner, S.: Ressortprinzip und Überlieferungsbildung. – In: Aus der Arbeit der Archive: Beitr. zum Archivwesen, zur Quellenkunde u. zur Geschichte; Festschr. für Hans Booms / hrsg. von F. P. Kahlenberg. – Boppard am Rhein, 1989. – S. 153-161.

(8) Krüger, D.: Probleme der archivischen Überlieferungsbildung im Rüstungsbereich. – In: Aus der Arbeit der Archive (s. Anm. 7), speziell S. 162-167.

(9) Vgl.: Aufbewahrungspflichten und -fristen nach Handels- und Steuerrecht: Schriftgut, Mikrofilm, EDV-Dokumentation. – 5., überarb. Aufl. – München, 1985 – (AWV-Schrift; Nr. 155).

(10) Booms, H.: Gesellschaftsordnung und Überlieferungsbildung. – In: Archivalische Zeitschrift 68(1972). – S. 3-40.

(11) Brachmann, B.; Schreyer, H.: Minimum illi maksimum dokumentaci? – In: Voprosy istorii. – Moskva (1966)8. – S. 107-112. – Dt. in: Informationsdienst der Staatlichen Archivverwaltung. – Potsdam 17(1969). – S. 41-53, bes. S. 44.

(12) Der Mensch wird immer dümmere. – In: Der Spiegel. – Hamburg 44(1990)11. – S. 98-103.

(13) Ordnungs- und Verzeichnungsgrundsätze für die staatlichen Archive der Deutschen Demokratischen Republik. – Potsdam, 1964. – S. 49.

(14) Vgl. Anm. 10.

(15) Informationshandbuch des Bundes. – Frankfurt am Main, 1987. – LIV, 445 S. – Loseblattsammlung mit 405 Nachweisen/Einrichtungen (1979 waren es nur 290).

(16) Brather, H.-St.: Lehrmaterial zur Geschichte der Staatsmacht der Deutschen Demokratischen Republik. – T. 1. Bibliographie. – T. 2. Texte und graphische Darstellungen. – Potsdam, 1967. – 94, 213 S. – SBZ-Handbuch: staatl. Verwaltungen, Parteien, gesellschaftl. Organisationen u. ihre Führungskräfte in d. Sowjet. Besatzungszone Deutschl. 1945-1949 / im Auftr. ... hrsg. von Martin Broszat u. Hermann Weber. – München, 1990. – VI, 1106 S. – DDR-Handbuch / [hrsg. von] P. Ch. Ludz unter Mitw. von J. Kuppe. – Köln, 1975. – 992 S.

(17) Strukturschlüssel/Dienstleistungsschlüssel des MfS. – In: die andere 12/91. Beil. Nr. 3, S. X-XV. – Ich liebe Euch doch alle! Befehle u. Lageberichte d. MfS Jan. – Nov. 1989 / hrsg. von A. Mitter u. St. Wolle. – Berlin, 1990. – Mitter, A.: Die Ereignisse im Juni und Juli 1953 in der DDR: aus d. Akten d. Min. für Staatssicherheit. – In: Aus Politik und Zeitgeschichte: Beil. zur Wochenztg. Das Parlament 5/91. – S. 31-41. – Wolle, St.: Das MfS und die Arbeiterproteste im Herbst 1956 in der DDR. – In: ebenda, S. 42-51.

(18) Henrich, Rolf: Der vormundschaftliche Staat. Mit e. Gespräch zwischen Kurt Masur u. Rolf Henrich. – Leipzig; Weimar, 1990. – 334 S. – Staritz, D.: Die SED, Stalin und die Gründung der DDR: aus d. Akten d. Zentralen Parteiarchivs d. Inst. für Geschichte d. Arbeiterbewegung (ehem. Inst. für Marxismus-Leninismus beim ZK d. SED). – In: Aus Politik u. Zeitgeschichte Nr. 6/91. – S. 3-16.

(19) Weber, P. K.: Mündliche Geschichte: e. Herausforderung für Archive u. Archivare. – In: Der Archivar 43(1990)4. – Sp. 518-528. – Henning, E.: Unterschiede und Gemeinsamkeiten in der Struktur der Selbstzeugnisse, bes. d. Tagebücher, Autobiogr., Memoiren u. Briefe. – In: Genealogie 20(1981)2. – Wuthenow, R.-R.: Europäische Tagebücher: Eigenart, Formen, Entwicklung. – München, 1990. – X, 237 S. – Knietsch, H.: Auf dem Wege zu einer vereinigten Staatsbibliothek. – In: Neues Deutschland. – Berlin 1990-08-21. – Havemann, R.: Fragen, Antworten, Fragen: aus d. Biogr. e. dt. Marxisten. – Berlin; Weimar, 1990. – 293 S.

(20) Schellenberg, Th. R.: Die Bewertung modernen Verwaltungsschriftguts / übers. u. hrsg. von A. Menne-Haritz. – Marburg, 1990. – 113 S. – (Veröffentlichungen der Archivschule Marburg; Nr. 17).

(21) Vgl. die jüngste archivgeschichtliche Aussage von Starostin, E. V.; Horhordina, T. I.: Mythen und Realität: zum Dekret „Über die Reorganisation und Zentralisierung des Archivwesens der RSFSR“ vom 1. Juni 1918. – In: AM 41(1991)2. – S. 56-64.

(22) Brachmann, B.: Quellenkundliche und konzeptionelle Aspekte zur Bewertung aus der Sicht der archivischen Ausbildung. – In: AM 37(1987)5. – S. 157-159.

(23) Vgl. Anm. 6.

(24) Formationstheorie und Geschichte: Studien zur histor. Unters. von Gesellschaftsformationen im Werk von Marx, Engels u. Lenin / hrsg. von E. Engelberg u. W. Küttler. – Berlin, 1978.

(25) Haker, G.: Zum Stand der Erarbeitung und Anwendung von Schriftgutbewertungsverzeichnissen im Zuständigkeitsbereich des Zentralen Staatsarchivs. – In: AM 37(1987)5. – S. 159-161.

(26) Mauksch, S.: Optimierung der Schriftgutverwaltung im Parteiarchivwesen. – In: AM 38(1988)1. – S. 17 f.

(27) Vgl. Übersicht in AM 41(1991)2.

(28) Vgl. Anm. 16.

(29) La Capra, D.: Geschichte und Kritik. – Frankfurt am Main, 1987. – 141 S.

(30) Vgl. Kepplinger, H. M.: Theorien der Nachrichtenauswahl als Theorien der Realität. – In: Aus Politik und Zeitgeschichte Nr. 15/89. – S. 3-16.

✱

Es wird der Versuch unternommen, Theorie und Praxis der Bewertung in der ehemaligen DDR einer kritischen Gesamtschau zu unterziehen. Mit 8 Thesen werden Kernaussagen zur Bewertungstheorie formuliert, die Erfahrungen und Ergebnisse in der ehemaligen DDR mit entsprechenden Erkenntnissen in den alten Ländern der Bundesrepublik Deutschland und aus dem Ausland verknüpfen. Der zweite Abschnitt resümiert die in der DDR übliche Bewertungspraxis und listet die von der Staatlichen Archivverwaltung in Zusammenarbeit mit den Staatsarchiven und anderen Archiven erarbeiteten und herausgegebenen Bewertungshilfsmittel auf. Ein abschließender dritter Abschnitt versucht eine erste kritische Wertung von Theorie, Instrumentarien und Praxis der Bewertung in der DDR, die sich als Aufforderung zur weiteren Diskussion versteht.

✱

Since the German unification the author tries at the first time a critical survey of theories and practice of appraisal in former GDR. In 8 thesis he states essentials for the theory of appraisal combining experiences and results of archival sciences of GDR with those of the old Federal Republic of Germany and foreign countries. The second part summarizes the practice of appraisal as usual in the

GDR and lists the instruments of appraisal arranged and published by the State Archives Administration in connection with the state archive and other archives. The final third part tries a first critical evaluation of theory, instruments and practice of appraisal in the GDR as invitation for further discussions.

*

Depuis l'unification de l'Allemagne, c'est la première tentative d'une critique globale de la théorie et de la pratique d'évaluation dans l'ancienne R.D.A. 8 thèses sont les éléments essentiels d'une théorie d'évaluation établissant un lien entre les expériences et résultats obtenus en R.D.A. et ceux publiés dans l'ancienne République fédérale d'Allemagne et à l'étranger. La deuxième partie donne un résumé de la pratique d'évaluation habituelle en R.D.A. et un répertoire des aides à l'évaluation élaborées et publiées par la Staatliche Archivverwaltung en collaboration avec les archives d'Etat et les autres archives. Une troisième partie tente de donner une première critique de la théorie, des instruments et de la pratique d'évaluation en R.D.A. qui se conçoit comme incitation à une discussion ultérieure.

*

Por vez primera después de la reunión de Alemania se esfuerzan en dar una crítica vista de conjunto sobre la teoría y práctica de la evaluación de documentos en la R.D.A. Con ocho tesis se formulan ideas esenciales sobre la teoría de la evaluación, que vinculan las experiencias y resultados de la ciencia de los archivos de la R.D.A. con publicaciones correspondientes de la vieja F.R.G. y del extranjero. Es segundo pasaje resume la práctica de la evaluación como fue en uso en la R.D.A. y también hace una lista de los remedios de evaluación elaborados de la administración de los archivos de estado en colaboración con los archivos de estado y otros archivos. El tercero y último pasaje esfuerza dar una primera valoración crítica referente la teoría, los instrumentos y la práctica de la evaluación en la R.D.A. y desea que es una invitación a discutir mas extenso.

*

Впервые со дня воссоединения Германии делается попытка общего критического смотра теории и практики экспертизы ценности в бывшей ГДР. В 8 тезисах, связывающие опыт и результаты архивоведения ГДР со соответственными высказываниями из ФРГ и зарубежом, формулируются руководящие мысли теории экспертизы ценности. Во втором разделе резюмируются методы проведения экспертизы ценности в ГДР и называют методические инструменты экспертизы ценности, вырабатываемые Государственным архивным управлением в сотрудничестве с государственными и другими архивами.

В заключительном третьем разделе попытается критическая оценка теории, инструментации и практики экспертизы ценности в ГДР, которая понимается приглашением к обсуждению.

* *

Schriftgutbewertungsverzeichnis und Rahmenverzeichnis für die vereinfachte Kassation

Erfahrungen bei ihrer Anwendung im Zuständigkeitsbereich des Dresdener Staatsarchivs

Regina Malek

Als potentielle Produzenten von Archivgut wurden auf Grund ihrer historischen, gesellschaftlichen oder bzw. und ihrer territorialen Bedeutung im Zuständigkeitsbereich des Staatsarchivs Dresden (heute: Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden), der sich auf die damaligen Bezirke Dresden und Karl-Marx-Stadt erstreckte, insgesamt 236 Registraturlisten in die Wertkategorie 1 eingestuft und in die Registraturlisten aufgenommen. Die Einstufung erfolgte auf der Grundlage der Rahmensystematik der Registraturlisten in Abstimmung mit der Staatlichen Archivverwaltung, bei der auch die letzte Entscheidung lag. Diese Registraturlisten wurden ständig aktualisiert, einzelne Registraturlisten wurden auf eigenen Antrag aufgenommen. Die in die Registraturlisten aufgenommenen Betriebe und Einrichtungen erhielten darüber eine schriftliche Information. Entsprechend den Bestimmungen der Verordnung über das staatliche Archivwesen (AVO) von 1976 (1) hatte das Staatsarchiv die entsprechenden Verwaltungsarchive fachlich anzuleiten und zu kontrollie-

ren. Sie sollten in der Regel einmal jährlich die Listen des aus ihren aktenführenden Stellen übernommenen Schriftgutes zur Bewertung an das Staatsarchiv einreichen, im Einzelfall war dies nur alle zwei Jahre nötig. Die Ablieferungsverzeichnisse waren auf der Grundlage von Schriftgutbewertungsverzeichnissen zu erarbeiten und entsprechend mit Aufbewahrungsfristen zu versehen.

Mit der AVO von 1976 wurden die „zentralen Staatsorgane und wirtschaftsleitenden Organe sowie die Räte der Bezirke und Kreise“ (2) für die Ausarbeitung von Schriftgutbewertungsverzeichnissen (SGBV), verantwortlich gemacht. Von dieser Regelung erhoffte man sich eine Verbesserung der Schriftgutverwaltung – denn ohne Aktenplan kein Schriftgutbewertungsverzeichnis – bei gleichzeitiger Qualifizierung des Bewertungssystems. Jedoch wurde diese archivgesetzliche Regelung in der Praxis relativ wenig beachtet. So wandten im Zuständigkeitsbereich des Staatsarchivs Dresden einschließlich seiner Außenstelle Karl-Marx-Stadt nur etwas mehr als ein Viertel der Registraturlisten der Wertkategorie 1 Schriftgutbewertungsverzeichnisse an.

Die Wirksamkeit und Einhaltung der AVO von 1976 überhaupt bedarf einer Untersuchung, die hier an dieser Stelle nicht erfolgen kann. Unsere praktischen Erfahrungen aus Anleitungs- und Kontrollbesuchen bei Registraturlisten besagten, daß die für die Leitung des Archivs verantwortlichen Vorgesetzten oftmals völlig ohne Kenntnis der AVO waren. Dies hing mit der oft unglücklichen Unterstellung der Verwaltungsarchive beim Registraturlisten selbst und mit der geringen gesamtgesellschaftlichen Anerkennung des Archivwesens überhaupt zusammen. Selbstverständlich spielten hier auch finanzielle Fragen eine Rolle. Dieses mangelhafte Verständnis für das Archivwesen spürten am meisten die Archivare in den Verwaltungsarchiven, besonders extrem die in der Wertkategorie 3, die mit der AVO von 1976 zu Verwalten von Altpapier gestempelt worden waren, sowie bis auf wenige Ausnahmen die Archivare in den Stadt- und Kreisarchiven. Eine berufsständische Vertretung, in der Erfahrungen und Probleme hätten ausgetauscht werden können, existierte nicht.

Aus dieser Situation heraus gab es auch immer Schwierigkeiten bei der Zusammenarbeit zwischen Staatsarchiv und Verwaltungsarchiven, die sich zwangsläufig auf die Bewertungspraxis auswirkten. Vor allem war es die häufig nicht qualifikationsgerechte Stellenbesetzung in den Verwaltungsarchiven, die eine fachlichen Anforderungen gemäße Archivarbeit verhinderte oder erschwerte. Dazu kam noch, daß die Verwaltungsarchivare in der Wirtschaft, aber auch in Behörden bei Arbeitskräftemangel oder ähnlichen Engpässen zu allen möglichen Aushilfsarbeiten herangezogen wurden, wie als Telefonisten, in der Poststelle u.ä., oder daß sie sogar bei Gefahr der Nichtplanerfüllung in der Wirtschaft direkt in der Produktion eingesetzt wurden. Verständlich, daß diese Arbeitsstellen wenig gefragt und die Fluktuationsrate unter den Verwaltungsarchivaren sehr hoch war. Ungerecht wäre an dieser Stelle, nicht die Verwaltungsarchivare zu erwähnen, die trotz aller Widrigkeiten und ihrer Rolle als „Einzelkämpfer“ jahrelang in guter Zusammenarbeit mit dem Endarchiv qualifizierte Archivarbeit leisteten. Oft genug war im archivischen Vorfeld die Persönlichkeit des Archivars ein ausschlaggebendes Element der Archivarbeit. Zu den gesetzlich fixierten Aufgaben der Verwaltungsarchive gehörten neben der Anleitung und Kontrolle der aktenführenden Stellen, der Erfassung, Übernahme, Sicherung und Bereitstellung des dienstlichen Schriftgutes auch dessen Bewertung und Erschließung, schließlich dessen Übergabe an das zuständige Endarchiv. Die letztgenannten Aufgaben stellten die Verbindung Verwaltungsarchiv – Endarchiv dar und setzten ein fachlich ideal besetztes und ausgestattetes Verwaltungsarchiv voraus. Problematisch erscheint vor allem die Forderung nach Erschließung des Archivgutes, wenn auch die Vorstellung sehr angenehm wäre, als Archivar im Endarchiv nur noch erschlossene Bestände übernehmen zu können und sich dann ausgiebig eigenen Forschungen widmen zu dürfen. Schon 1878 stellte der als Archivar im sächsischen Hauptstaatsarchiv tätige Hubert Ermisch dazu fest: „Nun ist freilich das Durchsehen von dickleibigen Aktenverzeichnissen, auch wohl das Umwälzen ganzer Registraturen ein viel geringeres Vergnügen als die Edition neuer Quellen und andere rein wissenschaftliche Arbeiten“ (3). In der Praxis sind denn auch kaum endgültig erschlossene Bestände ins Endarchiv gelangt.

Probleme in der Zusammenarbeit Staatsarchiv – Verwaltungsarchiv gab es auch seitens des Staatsarchivs. Die große Zahl der zu betreuenden Registraturbildner – es waren wie erwähnt 236 – zwang zu zusammenfassenden Anleitungen der Verwaltungsarchivare, die wegen des unterschiedlichen Qualifikationsniveaus der Verwaltungsarchivare auch nur eine Notlösung darstellten. Jedoch war der Bereich Vorfeld im Staatsarchiv nur mit 1 1/2 Planstellen besetzt. Günstiger gestaltete sich die Vorfeldarbeit seit ihrer Verteilung auf alle Archivare der damaligen Abteilung Erschließung im Jahre 1984. Mit der Gründung der Außenstelle Karl-Marx-Stadt des Staatsarchivs Dresden am 1. September 1987, die von nun an für die Vorfeldarbeit und die Bewertung der Ablieferungsverzeichnisse im ehemaligen Bezirk Karl-Marx-Stadt zuständig war, besserte sich die Vorfeldarbeit weiter. Ein Ziel dieser Arbeit war es, den Verwaltungsarchiven regelmäßig im Abstand von zwei Jahren einen Anleitungsbesuch abzustatten; dies ist trotz Umverteilung und Strukturänderung nur in Schwerpunktfällen gelungen. In Einzelfällen wurden Bewertungseinsätze vor Aktenübernahmen durchgeführt. Die Zahl der jährlich zur Bewertung eingereichten Ablieferungsverzeichnisse entsprach in unserem Zuständigkeitsbereich in keinem Jahr der Anzahl der in die Wertkategorie 1 eingestuften Registraturbildner; sie bewegte sich etwa zwischen 30 und 50% der Registraturbildner. Wie bereits erwähnt, verfügte nur ca. ein Viertel der Registraturbildner über ein Schriftgutbewertungsverzeichnis. Die Verwaltungsarchive, die trotz Nichtvorhandenseins eines Schriftgutbewertungsverzeichnisses Ablieferungsverzeichnisse an das Staatsarchiv Dresden zur Bewertung einreichten, legten Aufbewahrungsfristen in Abstimmung mit den aktenführenden Stellen selbst fest.

Die Schriftgutbewertungsverzeichnisse, die in unserem Zuständigkeitsbereich zur Anwendung kamen, waren in ihrer Strukturierung und ihrem Anwendungsbereich sehr vielgestaltig. Zum Teil waren sie nur als Rahmen-Schriftgutbewertungsverzeichnisse nach sachgebietsbezogenen Aktengruppen aufgebaut und dienten als Groborientierung für die in nachgeordneten Bereichen zu erarbeitenden spezifischen Schriftgutbewertungsverzeichnisse. Andere waren von der zentralen Ebene bis zum letzten unterstellten Bereich gegliedert, und die Aufbewahrungsfristen waren entsprechend der Hierarchieebene gestaffelt. Die Behörde, bei der das Archivgut aufbewahrt werden sollte, wurde dabei ebenfalls festgelegt – dies war eine Möglichkeit zur Vermeidung von Mehrfachüberlieferungen. Machbar und praktisch wirksam konnte dies nur in Behörden mit klarer Kompetenztrennung und relativ stabilen Strukturen sein, bei denen auch die Schriftgutverwaltung funktionierte (z.B. Post, Justiz, Statistik, Banken). Wesentlich komplizierter gestaltete sich die Ausarbeitung und Anwendung von Schriftgutbewertungsverzeichnissen in den Wirtschaftsbereichen, in denen wechselnde Unterstellungen, Zuordnungen zu Kombinat über Territorialstrukturen hinweg die Schriftgutbewertung beeinflussten. Hier wäre die Durchsetzung einer Grundforderung, die allen Bewertungshilfsmitteln gegenüber erhoben wurde – die ihrer ständigen Laufendhaltung –, besonders wichtig gewesen. Leider blieb es auch in dieser Frage für die übergroße Mehrzahl der erarbeiteten Schriftgutbewertungsverzeichnisse bei der theoretischen Forderung. In Einzelfällen wurden aus praktischen Zwängen heraus von den Verwaltungsarchivaren oder aktenführenden Stellen Erweiterungen oder Ergänzungen „gebastelt“, die nur als Notlösung anzuerkennen waren und wobei die Einheitlichkeit und Abstimmung der Schriftgutbewertungsverzeichnisse, also einer ihrer Vorteile, verloren ging. Einzelne Betriebe oder Einrichtungen erarbeiteten sich ihre Schriftgutbewertungsverzeichnisse mangels zentraler Vorgaben überhaupt eigenständig, dabei wurde meist die Hilfe des Staatsarchivs, zumindest dessen gutachterliche Stellungnahme, in Anspruch genommen. Diese Schriftgutbewertungsverzeichnisse hatten den Vorteil, am besten den spezifischen Bedingungen des Registraturbildners zu entsprechen. Unterschiede im Aufbau gab es auch bezüglich der Einbeziehung des „Rahmenverzeichnisses für die vereinfachte Kassation typischer Schriftgutkategorien“ – kurz RVK genannt – in die Schriftgutbewertungsverzeichnisse (4). Einige Schriftgutbewertungsverzeichnisse beinhalteten das RVK, andere verwiesen auf dessen Anwendung. Mit der Herausgabe der Neufassung des RVK 1986 hätten auch die Schriftgutbewertungsverzeichnisse einer Neufassung bedurft, aber außer dem Bereich der Deutschen Post, der

1989 den „Katalog für Massenschriftgut“ (5) herausgab, ist mir von keinem Bereich eine solche Überarbeitung bekannt.

Die in den Schriftgutbewertungsverzeichnissen verwendeten Bewertungssymbole waren einheitlich, wenn auch kleine Abweichungen möglich waren. Für das unbedingt zu sichernde und an das Endarchiv abzugebende Archivgut wurde der Großbuchstabe „A“ verwendet, das heißt, das Archivgut wurde bereits vor seiner Entstehung als solches gekennzeichnet, mit dem Buchstaben „D“ wurden die zur Durchsicht vorgesehenen Schriftgutpositionen gekennzeichnet, die Buchstaben „VA“ (später: U) markierten das langfristig bzw. unbefristet im Verwaltungsarchiv aufzubewahrende dienstliche Schriftgut. Das übrige mit Fristen gekennzeichnete Schriftgut unterlag, bis auf die vereinfacht kassierbaren Positionen, vor Kassation der Antragspflicht beim Staatsarchiv – obwohl in einzelnen Schriftgutbewertungsverzeichnissen die Fristen mit dem Symbol „K“ (=Kassation) von vornherein gekennzeichnet waren (z.B. Schriftgutbewertungsverzeichnisse Elektrotechnik/Elektronik) (6). Mit der Kennzeichnung „VA“ bzw. „U“ wurde versucht, Schriftgut mit langfristigem praktischen Wert vom Archivgut abzugrenzen und die Staatsarchive von dessen Aufbewahrung zu entlasten, indem dieses Schriftgut weiter im Verwaltungsarchiv verwahrt wurde. Damit war nicht ausgeschlossen, daß ein, wenn auch geringer, Teil dieses Schriftgutes durchaus archivwürdig sein oder werden konnte und später dem Endarchiv anzubieten war. Die Staatsarchive waren bestrebt, möglichst nur Archivgut, d.h. dauernd aufzubewahrendes Schriftgut mit hauptsächlich historischem Wert, in ihre Magazine aufzunehmen und das aus den verschiedenen Gründen kurz-, mittel- oder auch langfristig aufzubewahrende Schriftgut in den Verwaltungsarchiven zu belassen. Rechtsaspekte als vorwiegender Aufbewahrungsgrund von Dokumenten spielten in den letzten Jahren für das Staatsarchiv so gut wie keine Rolle. Lediglich aus der Verwaltungsreform von 1952 befanden sich von den damals aufgelösten Landesbehörden noch Personal- und Lohnunterlagen zwecks Gewährleistung von Rentenansprüchen bei uns. Gegenwärtig kommt durch die große Zahl von Behörden- und Betriebsauflösungen dieser Aspekt wieder verstärkt zum Tragen. Zu den Schriftgutbewertungsverzeichnissen ist unbedingt zu sagen, daß sie, wie alle anderen in der ehemaligen DDR erarbeiteten Bewertungshilfsmittel, keine formal zu handhabenden Instrumente sein sollten, ihr Zweck war der eines *Bewertungshilfsmittels*. Sie regelten einmal für den Fall, daß sie mit einem Aktenplan gekoppelt waren, die Schriftgutverwaltung im Anwendungsbereich, zum anderen erleichterten sie dem Verwaltungsarchiv die Bewertungsarbeit und dienten dem Endarchiv als Richtlinie. Das verantwortungsbewußte Denken und Handeln des Verwaltungsarchivars ersetzen konnten sie ebenso wenig wie dem Staatsarchiv die Bewertungsentscheidung abnehmen. Bereits im Vorwort und in den Anwendungshinweisen zu den Schriftgutbewertungsverzeichnissen wurde betont, daß das Schriftgutbewertungsverzeichnis nur Mindestfristen vorgibt, die keinesfalls unterschritten werden dürfen – eine Fristverlängerung war jederzeit möglich. In diesem Sinne lauten auch die Anwendungshinweise für das Rahmenverzeichnis der vereinfachten Kassation.

Die Ablieferungsverzeichnisse, die dem Staatsarchiv seitens der Verwaltungsarchive zur Bewertung eingereicht wurden, waren mit Aufbewahrungsfristen bzw. Bewertungssymbolen versehen, wobei die Verzeichnisse die Qualität der Schriftgutverwaltung und die Arbeit im Verwaltungsarchiv widerspiegeln. Zahlreiche Registraturbildner reichten, wie schon erwähnt, keinerlei Verzeichnisse ein. Seitens des Staatsarchivs wurde angestrebt, die fachlich ausgebildeten Verwaltungsarchivare stärker in die Bewertungsarbeit einzubeziehen, sie waren und wurden immer wieder aufgefordert, auf den Ablieferungsverzeichnissen eigene Bewertungsvorschläge zu vermerken. Diese Verfahrensweise bewährte sich, weil auch das inhaltliche Spektrum des zu bewertenden Schriftgutes sehr breit war – es reichte u.a. von Justiz, Post, Banken zu Wirtschaftsbereichen (hier von der Verpackungs-, Strumpf-, Getränke- und Textilindustrie bis zur elektronischen Industrie) und Forschungsinstitutionen zahlreicher Branchen. Kein Archivar konnte allein Schriftgut all dieser Provenienzen fach- und sachkundig bewerten – so dienten die Bewertungshilfsmittel und die Zusammenarbeit mit dem Verwaltungsarchiv der besseren Bewältigung dieser verantwortungsvollen Aufgabe. Erschwerend für die Bewertung war die Entstehungszeit des zu bewertenden Schriftgutes,

die in der Regel nicht länger als drei bis fünf Jahre zurücklag. Traditionell lag bei uns im Staatsarchiv die Bewertung der Ablieferungsverzeichnisse in den Händen eines, höchstens von zwei Archivaren, wobei selbstverständlich dem Direktor die endgültige Entscheidung vorbehalten blieb. Bei grundsätzlichen Bewertungsentscheidungen, die zum Beispiel ganze Aktengruppen betrafen, wurde in der Bewertungskommission des Staatsarchivs kollektiv beraten und danach entschieden. Diese Beratungen fanden höchstens zwei- bis dreimal im Jahr statt und hatten nicht nur Fragen der Bewertung im Vorfeld zu diskutieren, sondern auch die bei der Bestanderschließung auftretenden grundsätzlichen Bewertungsentscheidungen zu treffen. Die dem Staatsarchiv eingereichten Ablieferungsverzeichnisse wurden geprüft und entweder bestätigt oder mit Änderungshinweisen und Anmerkungen versehen. Am häufigsten kam dabei neben zusätzlichen „A“-Symbolen das „D“ (=Durchsicht)-Symbol zur Anwendung; das mit „D“ gekennzeichnete Schriftgut war im Verwaltungsarchiv wie Archivgut zu behandeln, die Durchsicht dieses Schriftgutes konnte entweder bei einem Besuch im Verwaltungsarchiv vorgenommen werden, in Einzelfällen dem Verwaltungsarchivar übertragen werden oder bis zur Übernahme des Schriftgutes in das Endarchiv aufgeschoben werden. Anwendung fand das „D“-Symbol bei unklaren Akkennititeln, bei Inhalten, bei denen nur eine Auswahl in das Endarchiv sollte oder bei Schriftgutpositionen, bei denen die Bewertungsentscheidung vertagt wurde, weil eine Entscheidungsfindung aus den unterschiedlichsten Gründen nicht möglich war.

Bei den Verwaltungsarchiven, die keine Ablieferungsverzeichnisse an das Endarchiv einreichten, blieb die Bewertungsfrage in der Regel bis zur Übernahme des Schriftgutes in das Endarchiv offen. Das „Rahmenverzeichnis für die vereinfachte Kassation typischer Schriftgutkategorien“, 1973 von der Staatlichen Archivverwaltung erstmals herausgegeben (7), war als Bewertungshilfsmittel vor allem für die Registraturbildner, die kein Schriftgutbewertungsverzeichnis anwendeten, zur Bewältigung des Massenproblems sehr hilfreich. Es umfaßt alle nach dem vereinfachten Kassationsverfahren, also ohne Antragstellung zu kassierenden Schriftgutarten und hat sich vor allem im Bereich der Wirtschaft bewährt. Andererseits brachte seine Anwendung auch Probleme mit sich, deren Auswirkungen noch nicht untersucht sind. Bei formaler Anwendung des Verzeichnisses konnten zum Beispiel entsprechend Position 27 (S. 10) innerhalb des Bereiches „Leitung und Organisation“ die Jahresberichte nach einer Aufbewahrungsfrist von fünf Jahren vereinfacht kassiert werden – welcher Archivar könnte damit einverstanden sein! In diesem Sinne ließen sich sicher noch einige Ungereimtheiten des Rahmenverzeichnisses zur vereinfachten Kassation (RVK) aufzählen, gravierend auch das Fehlen von Inhaltsverzeichnis und Register. Mit der überarbeiteten Fassung von 1986 wurde neuen gesetzlichen Regelungen und Vorschriften Rechnung getragen, die Fehler des RVK von 1973 bereinigt. Positiv ist vor allem auch, daß von Anfang an ein Änderungsdienst eingeplant war und daß mit Hilfe von Austauschblättern bisher schon einige Änderungen oder Neuerungen eingearbeitet werden konnten. Erwähnenswert das verstärkte Anwenden von Verweisen, der Versuch der exakteren Formulierung der Betreffe, die Beifügung von Register und Inhaltsverzeichnis. Mit der Ergänzung von 1988 war auch auf die Möglichkeit der EDV-Anwendung mit Hilfe des Programmpaketes REVEKAS hingewiesen. Das Bewertungshilfsmittel RVK war in der Praxis am meisten von allen Bewertungshilfsmitteln verbreitet, ungefähr 80 bis 90% der Registraturbildner verwendeten es. Nachweispflichtig war die Kassation mittels RVK ebenfalls, entsprechende Kassationsnachweise waren zehn Jahre aufzubewahren.

Sowohl Schriftgutbewertungsverzeichnisse als auch das RVK sind Bewertungshilfsmittel, die das gesamte bei einem Registraturbildner entstandene Schriftgut in die Bewertung einbeziehen sollten, auch das mit Geheimhaltungsgrad. Ohne dieses komplizierte Thema jetzt schon umfassend analysieren zu können, kann ich aus der Sicht und den Erfahrungen unseres Staatsarchivs feststellen, daß dieses Problem in der ehemaligen DDR in den vergangenen dreißig Jahren archivisch nicht gelöst werden konnte, da die Archivare keinerlei Einfluß auf die in den Betrieben und Einrichtungen existierenden VS-Stellen hatten, die das Schriftgut mit Geheimhaltungsgrad gesondert registrierten und verwalteten. Trotz der Unterstellung des Archivwesens

der damaligen DDR unter das Innenministerium waren an dieser Stelle die Kompetenzen des Archivwesens am Ende, konnte auch die Staatliche Archivverwaltung auf zentraler Ebene letztlich nichts erreichen. Die Sicherheitsdoktrin der damaligen DDR stand dem entgegen. So müssen wir jetzt bei den massenhaften Aktenübernahmen, denen sich zur Zeit die Archivare in den ostdeutschen Ländern der Bundesrepublik zu stellen haben, schmerzlich diese Aktenverluste registrieren. Die Hoffnung, eine Überlieferung dieser Akten bei anderen Behörden vorzufinden, ist äußerst gering.

Für künftige Bewertungsaufgaben, vor denen Archivare in Ost und West stehen werden, scheinen mir beide Bewertungshilfsmittel von ihrer Grundkonzeption her geeignet, trotz der vorangegangenen kritischen Wertung. Selbstverständlich war die Ausgangssituation und die Motivation ihrer Erarbeitung von den gesellschaftlichen und politischen Verhältnissen in der damaligen DDR geprägt. Gemeinsame Aufgabe der Archivare in Ost und West unseres Landes war und ist die Aufbewahrung, Sicherung und Bereitstellung von Quellen über die Geschichte Deutschlands mit all ihren Licht- und Schattenseiten in der gesamten gesellschaftlichen Breite der Entwicklung. Die dafür notwendigen Unterlagen aufzubewahren, werden Archivare aller Bundesländer künftig gemeinsam die Verantwortung tragen.

(1) Verordnung über das staatliche Archivwesen vom 11.3.1976. GBl. I Nr. 10 S. 165.

(2) Ebenda, S. 165 f.

(3) Ermisch, Hubert: Über Vollständigkeit und Einheitlichkeit der Staatsarchive. – In: Archivalische Zeitschrift. – Stuttgart 3(1878). – S. 5.

(4) Rahmenverzeichnis für die vereinfachte Kassation typischer Schriftgutkategorien. – Berlin, 1973.

(5) Katalog für das Massenschriftgut der Deutschen Post / hrsg. vom Ministerium für Post- und Fernmeldewesen. – Als Ms. gedr. – Berlin, 1989.

(6) Schriftgutbewertungsverzeichnis des Industriebereichs Elektronik/Elektrotechnik. – Als Ms. gedr. – Berlin, 1977.

(7) Rahmenverzeichnis für die vereinfachte Kassation typischer Schriftgutkategorien. – Berlin, 1986.

*

Der Bericht über die Bewertungspraxis im Staatsarchiv Dresden (heute: Sächsisches Hauptstaatsarchiv) stützt sich auf umfangreiche Erfahrungen, die bei der Anleitung und Kontrolle von 236 Registraturbildnern gesammelt wurden. Die Anwendung und Wirksamkeit des Bewertungssystems und seiner für die praktische Arbeit wichtigsten Hilfsmittel, der Schriftgutbewertungsverzeichnisse und des Rahmenverzeichnisses für die vereinfachte Kassation typischer Schriftgutkategorien, werden kritisch analysiert, wobei deutlich wird, daß in der Arbeit der Verwaltungsarchive, in ihrer Besetzung, Unterstellung, Ausstattung usw. z.T. große Probleme lagen. Die praktizierte Geheimhaltungspolitik führte zu schwer korrigierbaren Störungen in der Überlieferung.

*

The report describing the practice of appraisal in the Dresden State Archive (now: Saxonian Main State Archives) is based on extensive experiences in controlling 236 institutions classified in the category of value Nr. 1 and in accepting of their records. Applying and efficiency of the system of appraisal and its different instruments are critical analysed pointing out the weak points of the semi current archives (for example staff, status in the institution, equipment). Keeping secret large spheres of administration results in disorders of the holdings that hardly can be corrected.

*

Le rapport portant sur la pratique d'évaluation dans les archives d'Etat de Dresde (ayant pris aujourd'hui le nom de Sächsisches Hauptstaatsarchiv) s'appuie sur une vaste expérience acquise lors de catégorie 1 ainsi que lors de 236 archivistes de la catégorie 1 ainsi que lors de l'acquisition et de la reprise par ces derniers de documents destinés à la mise en archives. L'utilisation et l'efficacité du système d'évaluation et des aides les plus importantes dans la pratique, à savoir les listes d'évaluation de documents écrits et la liste standard pour la cassation simplifiée de catégories typiques de documents écrits font l'objet d'une analyse critique montrant les problèmes parfois énormes qui se posaient dans les archives des administrations quant au fonctionnement, aux effectifs, aux hiérarchies et à l'équipement. La politique du secret pratiquée dans ce secteur a provoqué des lacunes dans la tradition, difficiles à combler.

*

La exposición sobre la práctica de la evaluación en el Archivo de Estado de Dresde (ahora: Sajón Archivo General de Estado) se funda en experiencias extensas, que se adquieren durante de la instrucción y inspección de 236 oficinas de la categoría de valor 1 y durante de la toma de documentos de las oficinas de registros. Se analizan críticamente la aplicación y la eficiencia del sistema de evaluación y de sus remedios más importantes para el trabajo práctico, de las listas de evaluación de documentos y de la lista de casación simplificada de categorías de documentos típicos. En esta conexión se acusan, que los archivos de la subordinación, su equipo y su plantilla de personal. La política de mantenimiento del secreto practicada ha conseguido perturbaciones considerables en los registros y archivos.

Отчет о практике экспертизы ценности в госархиве Дрезден накопает богатый опыт при методическом руководстве 236 фондообразователями. Критически анализируются применение и эффективность системы экспертизы ценности и самых важных для практической работы инструментов-каталогов. При этом станет ясным, что появлялись проблемы в ведомственных архивах. Действенная политика секретирования привела к существенным проблемам в документации.



Auswahlverfahren und Bewertungskriterien im Archiv des Stadtstaates Hamburg

Hans Wilhelm Eckardt

Einleitung

Das Thema (1) hätte ich auch kürzer fassen können: „Die Archivpflege in Hamburg“. Das hätte jedoch möglicherweise zu einem erheblichen Verständigungsproblem geführt – nicht westdeutsch/ostdeutsch, sondern hamburgisch/restdeutsch. Und doch hätte ich mich sogar auf gesetzlicher Grundlage befunden. Das Wort Archivpflege hat in Hamburg einen ganz spezifischen Sinn und beschreibt einen zentralen Aspekt des Vortrags. Ich muß also mit einer Begriffsbestimmung anfangen, die uns aber auch mitten ins Thema führt.

Im Hamburgischen Archivgesetz, in Kraft getreten am 21.1.1991, heißt es in § 1, Absatz 4, sinngemäß: Das Staatsarchiv berät die Gerichte, Behörden und sonstigen Stellen der Freien und Hansestadt Hamburg und die ihrer Rechtsaufsicht unterstehenden juristischen Personen des öffentlichen Rechts „bei der Verwaltung und Sicherung ihrer Unterlagen im Hinblick auf ihre Archivierung (Archivpflege)“. Diese Legaldefinition anders ausgedrückt: Wir nennen die Kooperation mit den amtlichen Registraturen Archivpflege. Das ist eine gesetzliche Definition, wie sie sonst in einem deutschen Archivgesetz nicht vorkommt. Die anderen Archivgesetze kennen natürlich die Beratung der und die Zusammenarbeit mit den Registraturen, verwenden dafür aber nicht das Wort Archivpflege.

Den ausgesprochenen Gegenpol zum Hamburgischen Archivgesetz bilden die Archivgesetze von Bayern und Rheinland-Pfalz. Sie definieren Archivpflege als die Beratung und Unterstützung nichtstaatlicher Archiveigentümer bei der Sicherung und Nutzbarmachung ihres Archivguts (Bayern Art. 4,5) und widmen den ehrenamtlichen Archivpflegern eigene Bestimmungen (Bayern Art. 5, Rheinland-Pfalz § 2,2 und § 10). Auch der in den Archivmitteilungen 4/1990 abgedruckte Musterentwurf für ein Archivgesetz enthält zwei Paragraphen zur Archivpflege im Sinne einer Beratung und Unterstützung nichtöffentlicher Archiveigentümer durch öffentliche Archive. Der Inhalt der Archivpflege und die fachlichen Ansprüche an die einzusetzenden Archivpfleger sind hier besonders ausführlich beschrieben.

Hamburgs Archivgesetz kennt diese Art der Archivpflege durchaus, heißt es doch in dem oben zitierten Absatz, das Staatsarchiv „kann diese Aufgabe auch gegenüber anderen Stellen“ wahrnehmen. Mit diesen anderen Stellen sind sowohl die Bundesmittelbehörden gemeint als eben auch die nichtstaatlichen Registraturbildner und Archiveigentümer. Kurz gesagt: Archivpflege ist in Hamburg jede facharchivarische Betreuung, Beratung, Unterstützung einer Registratur mit dem Ziel der möglichst frühzeitigen Erfassung archivwürdiger Akten, im sonstigen Bundesgebiet bezeichnet man im allgemeinen nur die amtliche Betreuung nichtamtlicher (nichtöffentlicher) Registraturen und Archive als Archivpflege (2).

Diese terminologische Divergenz in unserer Fachsprache ist eigentlich erstaunlich. 1939 hat Heinrich Otto Meisner den Terminus Archivgutpflege für behördliche Registraturen eingeführt (3). Er definierte: „pflegen heißt schützen“ und forderte, daß der Schutz des potentiellen staatlichen Archivgutes „bereits im Registratordasein“ einzusetzen habe. Er verstand darunter nicht nur den materiellen Schutz (die Sicherstellung eines hinreichenden äußeren Zustandes), sondern auch ein geregeltes Verfahren der Aussonderung und Ablieferung archivreifen und archivwürdigen Schriftgutes in Zusammenarbeit von Behörde und Archiv unter Vermittlung „behördlicher ‚Archivpfleger‘“ (4).

Problem der Massenakten

Die Frage der Kassation sah Meisner als den wichtigsten Aspekt des Archivgutschutzes an – wer würde ihm da nicht folgen. Dabei hat er das Problem der Massenakten durchaus gesehen und erwähnt, aber nicht detailliert behandelt, sondern nur als künftige Aufgabe der Diskussion empfohlen. Eines hob er aber hervor: die zur Bewältigung des Problems notwendige Zusammenarbeit zwischen Archiven und Behörden. Eben diese Zusammenarbeit nennt man in Hamburg seit den 50er Jahren Archivpflege, so steht es jetzt in unserem Archivgesetz. Ich nehme an, daß diese Wortwahl in Kenntnis der Meisnerschen Ausführungen und in bewußter Analogie zum Terminus der nichtstaatlichen Archivpflege gebildet worden ist. Jedenfalls legen die eigenen Geschäftsakten des Staatsarchivs und die mündliche Kollegen-Tradition dies nahe.

Der problematischste und daher interessanteste und diskussionsbedürftigste Teil der behördlichen Archivpflege ist der Versuch, mit ihrer Hilfe das Massenproblem zu lösen, die Auswahl und Bewertung der massenhaft gleichförmigen Akten, die Papritz „Parallelakten“ oder „autarke Akten“ nennt (5) und denen nach Schellenberg „Informationswert“ hinsichtlich Personen, Objekten und Situationen zukommt, mit denen die Behörde zuständigkeithalber befaßt war (6). Die davon zu unterscheidenden Verwaltungs- oder Generalakten sind nicht minder wichtig, sind aber wesentlich leichter zu bewerten – qualitativ und quantitativ.

Qualitativ, weil wir genau wissen, was wir dokumentieren wollen: den von Schellenberg so bezeichneten „Evidenzwert“ (7) für Kompetenz, Organisation und Funktion der Behörden.

Quantitativ, weil die Menge dieser Verwaltungsakten überschaubar bleibt. Beispiel: In einer Behörde der Ministerial-Ebene wie der Hamburger Kulturbehörde fallen in 20 Jahren 25 m archivreife Akten an, die nach aktenplanorientierten Angebotslisten im wesentlichen ohne Autopsie, auf jeden Fall in wenigen Arbeitsstunden bewertet werden können. In demselben, eben genannten Zeitraum von zwei Jahrzehnten sind gleichzeitig im Bereich der Justizverwaltung, der Staatsanwaltschaft und Gerichte, also der Rechtspflege insgesamt 5,5 Millionen Einzelfallakten entstanden, also jährlich im Durchschnitt 275.000, für deren archivarische Einzelbewertung ganze Archivarsleben nicht ausreichen würden.

Wie aber bekommt man diese Masse in den Griff, wie erfüllen wir den Auftrag, alle Lebensbereiche unserer Gegenwart für die Zukunft so zu dokumentieren, daß ein hinreichend zutreffendes Bild von ihr überliefert wird? Wie entgehen wir andererseits der Überschwemmung mit Material, aus dem erst im Archiv das Archivwürdige herausgesucht werden kann?

Archivablieferungsordnung von 1951

Es war nicht nur das Massenproblem, sondern auch die Verwahrlosung der Registraturen durch 2. Weltkrieg und Nachkriegszeit, die in Hamburg 1949 bis 1951 zu einem bis heute währenden Lösungsversuch führten. Die Ende der 40er Jahre unhaltbar gewordene Situation war gekennzeichnet durch folgende Erscheinungen: Es hatte umfangreiche ungenehmigte Kassationen gegeben; es herrschten in etlichen Registraturen die Existenz des Schriftgutes gefährdende äußere Zustände; es waren Behörden-Archive entstanden; das Staatsarchiv erhielt umfangreiche nicht archivreife und nicht archivwürdige Ablieferungen, diese oft ohne Übergabelisten. Die Folgen dieser Mißstände waren stets sehr zeitaufwendige Arbeiten im Archiv. (Ich möchte hier in Klammern und wegen der historischen Gerechtigkeit einfügen, daß die Ursachen für diese Situation nicht nur in den Registraturen lag, sondern auch im Archiv, das in der NS-Zeit in einem kaum vorstellbaren Schichtbetrieb mit den Ariernachweisen beschäftigt und gegen Kriegsende und danach mit Auslagerungen und Rückführungen von Archivgut vordringlich befaßt war – Zeit für Bewertung und Ordnung war über ein Jahrzehnt kaum vorhanden gewesen!) (8). Von 1949 bis 1951 wurde an einer Lösung der Probleme gearbeitet, als Ergebnis wurde 1951 vom Senat die Archivablieferungsordnung (AAO) erlassen. Sie knüpfte an die Archivinstruktion von 1710/12, an ein Senatsregulativ von 1877 und eine Senatsverfügung von 1927 an. Die AAO von 1951 galt nicht nur für Behörden, sondern auch für Gerichte (40 Jahre lang hat sich kein Jurist daran gestoßen, daß die Exekutive der Jurisdiktion Regeln setzte), und auch Institutionen wie die

Universität akzeptierten den Erlaß, der bis zum Inkrafttreten des Hamburgischen Archivgesetzes im Januar 1991 galt – wenn auch seit Anfang der 80er Jahre von einer wichtigen Behörde in einem wichtigen Punkt und aus einem wichtigen Grund bestritten – doch dazu später. Die Kernpunkte der eineinhalb Seiten umfassenden AAO waren:

- keine Aktenvernichtungen ohne Genehmigung des Staatsarchivs (auch in der DDR ist dies 1951 verfügt worden! (9)),
- Inspektionsrecht des Archivs in den Registraturen,
- regelmäßige Aktenangebote durch die Registraturen,
- Ablieferungen nur mit Verzeichnissen der abgelieferten Akten entsprechend dem Aktenplan,
- Senat als Schlichter zwischen Archiv und Behörde, wenn Uneinigkeit über Kassation bestand – eine nie aktivierte Bestimmung, die also als Drohmittel voll wirksam war.

Insgesamt bedeutete die AAO, daß eine stärkere Beteiligung der Archive an der Aktenordnung und -verwaltung schon bei den Behörden notwendig sei – gerade auch in Hinblick auf das Massenschriftgut, das möglichst frühzeitig in wichtiges und unwichtiges zu trennen sei. Archivarische Arbeit mußte in das vorarchivische Feld verlegt werden, in die Behörden, deren jeweils aktueller Sachverstand nutzbar gemacht werden muß. Bei der Argumentation zur Durchsetzung der AAO berief sich das Staatsarchiv auf eine Information, die man dem „Archivar“ (vom Februar 1951, Sp. 70) entnommen hatte, nämlich darauf, daß in den USA seit 1946 durch Erlaß des Präsidenten jeder Behörde ein „Aktenverwaltungs-officer“ mit Archivausbildung beigegeben sei, der für die Aktenführung und -verwaltung der Behörde dem Nationalarchiv gegenüber verantwortlich sei. Leider sei dies in Hamburg wegen des unzureichenden Personalbestandes des Archivs nicht durchführbar, doch hoffe man mit der AAO einen Schritt in diese Richtung zu tun, hieß es in der Begründung des Entwurfs.

Diese Hoffnung ging in den folgenden Jahren in Erfüllung, ja man konnte sich dem amerikanischen Vorbild stärker annähern, als man 1951 für möglich gehalten hatte. Denn im Anschluß an den Erlaß der AAO wurden vom Staatsarchiv mit immer mehr Behörden Ausführungsbestimmungen vereinbart, die von den Behörden als interne Weisungen erlassen wurden und die die Institution der behördlichen Archivpflege begründeten. Im allgemeinen kommen für solche Vereinbarungen vor allem solche Verwaltungsbereiche in Betracht, in denen Massenakten geführt werden: also Sozialverwaltung, Gesundheitsverwaltung, Justiz, Polizei, Steuern und Finanzen, Wirtschaft und Verkehr, Bauwesen, Schule und im Querschnitt aller Verwaltungszweige die Personalakten der öffentlichen Bediensteten. Im folgenden möchte ich beispielhaft einige Bereiche vorstellen.

Beispiel Sozialverwaltung

Lassen Sie mich dies zunächst für die – hier wegen ihres besonders häufig wechselnden Namens abgekürzt bezeichnete – Sozialbehörde aufgrund der von ihr 1954 erlassenen und 1961 ergänzten Weisung tun:

Zuerst zu den relativ unproblematischen allgemeinen Verwaltungsakten (Generalakten). Hier entscheidet das Archiv anhand der Aktenpläne und aufgrund von Registraturbesuchen, welche Aktengruppen auf jeden Fall archivwürdig und zu gegebener Zeit abzuliefern sind, welche auf jeden Fall kassiert werden können – für sie werden unbefristet gültige Vernichtungsgenehmigungen erteilt – und welche zu gegebener Zeit in der Registratur vom Archivar endgültig zu bewerten oder vorsichtshalber in das Archiv zur endgültigen Entscheidung abzuliefern sind. Nach welchen Kriterien Archivare diese Entscheidung treffen, brauche ich hier nicht weiter zu behandeln.

Merkmalkatalog

Unser Thema soll hier vielmehr die Ablieferung von Einzelfallakten sein. Unter „Einzelfallakten“ oder „Sonderakten“ verstehen Sozialbehörde und Archiv u. a.: Fürsorgeakten, Akten über Leistungen nach dem Unterhaltssicherungs-, dem Sozialhilfe- und dem Schwerbehindertengesetz, Mündelakten, Wiedergutmachungs- und Lastenausgleichsakten, Akten der Wohnlagerverwaltung und der Vertriebenen- und Flüchtlingsbetreuung.

Wie andere Behörden stand die Sozialbehörde den durch die AAO abgesicherten Interessen des Staatsarchivs skeptisch gegenüber. Man sah Mehrarbeit auf sich zukommen und fürchtete Eingriffe in die behördliche Selbständigkeit. Um der Behörde eine enge und frühzei-

tige Zusammenarbeit mit dem Archiv schmackhaft zu machen, wurde argumentiert: Nach der AAO ist die Behörde verpflichtet, alle entbehrlichen (archivreifen) Akten schriftlich zu melden. Dies würde zu erheblichem Verwaltungsaufwand führen, obwohl anschließend nur ein geringer Teil der gemeldeten Akten vom Staatsarchiv für archivwürdig erklärt werden wird. Warum also nicht gleich mit Hilfe des Archivs in der Behörde das wenige Archivwürdige aussuchen und die Meldung oder gar Transportierung des überwiegenden nichtarchivwürdigen Teils der Akten vermeiden?!

Um die Frage zu beantworten, welche Teile dieser Massenproduktion archivwürdig sind, ist ein Katalog von Merkmalen aufgestellt worden, der eine Auswahl nach historischen Gesichtspunkten erlaubt. Die Behörden-Weisung spricht nämlich von „historisch wertvoll“ oder „für das Staatsarchiv wertvoll“, was umgangssprachlich sicher besser verstanden wird als „archivwürdig“. Als „historisch wertvoll“ soll ein Vorgang gelten, der für Verwaltung oder Forschung in der Zukunft von Nutzen sein kann, weil er etwas Wichtiges über unsere Gegenwart aussagt: Beispielhaftes oder Außergewöhnliches.

Der Merkmal-Katalog der Sozialbehörde enthält folgende Kriterien, bei deren Vorliegen die Bedingung „historisch wertvoll“ als erfüllt gelten soll:

- Fürsorgeakten, falls der Fürsorgeanspruch im Klagewege verfolgt wurde,
- Feststellungsakten, falls ein Schaden von mehr als 500.000 DM angemeldet worden ist,
- Wiedergutmachungsakten, falls eine Entschädigung von mehr als 200.000 DM angemeldet worden ist.

In diesen drei Fällen genügt ein Blick auf den Aktendeckel oder in die Akte, um die Entscheidung über die Archivwürdigkeit zu treffen. Einfach festzustellen ist auch das vierte Kriterium, nämlich typische oder besonders krasse nationalsozialistische Unrechtstaten als Gegenstand von Wiedergutmachungsverfahren (Todesstrafe, Sippenhaft, Sterilisierung, Verfolgungsmaßnahmen).

Auch für andere Zeiten sollen Verfahren und Vorgänge, die in besonderem Maße als typisch für die Verhältnisse anzusehen sind, als historisch wichtig gelten: Krieg, Nachkriegszeit, Besatzungszeit, Währungsreform usw.

Weiter sollen auch alle Fälle, die eine öffentliche Resonanz hatten, also in der Presse oder gar im Parlament behandelt wurden, gekennzeichnet werden. Einige Überlegungen mehr und auch ein gutes Allgemeinwissen dürfte die Entscheidung verlangen, ob das Merkmal „öffentlich bekannt gewordene Person und ihre Angehörigen“ vorliegt. Hierzu gehören, um ein paar Beispiele zu nennen,

- Senats- und Parlamentsmitglieder,
- Partei-, Gewerkschafts-, Wirtschaftsführer,
- Vorsitzende bedeutender Vereine,
- amtsleitende Beamte,
- Wissenschaftler, Künstler, Schriftsteller, durchaus auch nur von lokaler Bedeutung,
- Angehörige der sogenannten alten Familien, also derjenigen Familien, die in Hamburg zwar kein Patriziat darstellten, aber doch zeitweise eine führende Rolle spielten.

Es darf nicht vergessen werden, daß das Kriterium des öffentlichen Hervortretens wertneutral zu verstehen ist, also nicht nur die positiv berühmten, sondern auch die negativ berühmten, die berüchtigten Personen gemeint sind, in Hamburg z.B. St. Pauli-Größen, Wirtschaftskriminelle, aber auch ehemalige Nazi-Größen oder Kriegsverbrecher und später Terroristen.

Daß wir auch die von Querulanten verursachten Aktenberge in unseren Kriterienkatalog mit aufgenommen haben, war immer auf etwas Verwunderung gestoßen. Daß dies aber nicht abwegig war, zeigte mir jetzt ein Aufsatz in der ZEIT (3/1991), der sich auch anhand solcher Akten mit dem Michael-Kohlhaas-Syndrom befaßt. Daneben können derartige Unterlagen Verwaltungsverfahren in extenso dokumentieren und auch die Belastung der Verwaltung in extremen Fällen belegen.

Den bisher genannten Merkmalen ist gemeinsam, daß sie versuchen, das Besondere, das Ungewöhnliche, auch das Ausgefallene dingfest zu machen; oder wie wir es den Sachbearbeitern drastisch-plastisch erläutern: Kennzeichnen Sie Ärgerliches, Merkwürdiges, „Dickes“. Die in diesen Akten behandelten „Betreffe“ gehören zur Ereignisge-

schichte – es geht um Personen und Sachen, Situationen und Handlungen, die in irgendeiner Weise Aufsehen erregt haben, die aber auch in irgendeiner Weise ihre Zeit, ihr Umfeld beeinflussen haben. Sie sind in all ihrer Besonderheit dennoch zeitgebunden und insofern auch zeittypisch.

Daneben gibt es aber eine andere Kategorie des Zeittypischen, die auf gar keinen Fall übersehen werden darf, ja die eigentlich erst die Folie des Normalen, Üblichen, Unauffälligen, Nicht-Spektakulären bildet, vor der die oben genannten Merkmale als das Besondere erkennbar und bewertbar werden. Es geht um das Quellenmaterial für die Strukturgeschichte.

Um einen hinreichenden Fundus von Akten zu erhalten, die solche strukturellen Normalfälle betreffen, die im Netz der oben genannten Merkmale nicht hängenbleiben würden, werden nach der Weisung der Sozialbehörde im Bereich eines Bezirksamtes und seiner Sozialämter die sog. „La“-Fälle für eine Ablieferung an das Staatsarchiv vorgesehen, also Einzelfallakten, die unter einem Familiennamen mit den Anfangsbuchstaben La geführt werden. Dazu kommen ergänzend die La-Fälle des wichtigsten Landes-Pflegeheimes, das allerdings in einem anderen Bezirk liegt (Farmsen).

Mit der Beschränkung auf das Bezirksamt Mitte glauben wir hinreichend repräsentativ für Hamburg zu sein. Der Bezirk umfaßt nicht nur das historische Stadtgebiet und damit kontinuierlich während den Zuständigkeitsbereich der alten Allgemeinen Armenanstalt, sondern auch topographisch, sozial, wirtschaftlich sehr unterschiedlich strukturierte Räume von der City bis zu noch halbländlichen Ortsteilen, von modernen Großsiedlungen bis zu gutbürgerlichen Wohnquartieren. Jeder andere der sieben Hamburger Bezirke würde aufgrund seiner Eigenarten ein weniger breites Aktenmaterial im Bereich des Sozialwesens anbieten können – und die Eigenart jedes Bezirks muß und kann ja nicht nur über Sozialakten dokumentiert werden.

Die La-Fälle dienen nicht nur dazu, die „normale“, übliche Klientel der Sozialverwaltung in den Blick zu bekommen und einer Untersuchung über strukturelle Gegebenheiten eine Zufallsauswahl zur Verfügung zu stellen, sondern auch das normale, übliche Verwaltungsverfahren, die Praxis, die tägliche tatsächliche Ausführung der Gesetze und Vorschriften zu dokumentieren. Dazu reichen die bisher abgelieferten rund 500 La-Akten für die Zeit von Mitte der 50er bis Anfang der 70er Jahre allemal aus. Die Forderung nach mindestens 1 % der Gesamtmenge, um eine statistische Auswertung zu ermöglichen (10), wird damit aber sicher nicht erfüllt. Da der soziale Bereich aber umfassend aktuell statistisch erfaßt wird, reicht der Aktenbestand wohl aus, um die reine Statistik mit prallem Leben zu füllen bzw. zu relativieren.

Verfahren

Wie sieht nun das Verfahren der Auswahl aus, nachdem wir bisher die Kriterien der Auswahl behandelt haben? Der Grundgedanke des Systems ist, den Zeitpunkt der Auswahl, der Bewertung auf Archivwürdigkeit, so früh wie möglich zu setzen. Nicht mehr wie früher – und bei anderen Aktenbeständen ja auch heute noch – beim Ordnen und Verzeichnen im Archiv, sondern schon in der Behörde, schon zu „Lebzeiten“ der Akte, also dann wenn sie angelegt, geführt, geschlossen und abgelegt wird, soll der Sachbearbeiter – d.h. der beste Kenner der Materie – entscheiden, ob eines der genannten Merkmale auf den Inhalt der Akte zutrifft. Dabei stellen die Merkmale, die der Sachbearbeiter in seiner Weisung findet, einen Orientierungsrahmen, kein absolutes, geschlossenes, abschließendes Instrument dar. Sollte er der Meinung sein, die Akte sei aus anderen als den vorgegebenen Gründen historisch wertvoll, so ist er auch dann aufgefordert, die Akte für das Staatsarchiv zu kennzeichnen.

Der Sachbearbeiter versieht den Aktendeckel der von ihm ausgewählten Akte mit einem Klebezettel, der auffällig gefärbt und mit dem Aufdruck „STAATSARCHIV“ versehen ist. Gleichzeitig trägt er die Akte in eine Liste der später an das Staatsarchiv abzuliefernden Akten ein und nennt dabei stichwortartig den Grund für die Auswahl; dabei kann er sich auf die entsprechende Ziffer des Kriterienkataloges beziehen oder frei formulieren. Die gekennzeichnete Akte bleibt ausschließlich im Geschäftsgang, denn noch ist sie ja nicht archivreif. Ihr weiteres Schicksal ist jedoch programmiert. Wenn sie aus der Registratur in die Altregistratur wandert, wo sie die Aufbewahrungsfrist abliegen soll, ist das nicht weiter gefährlich, denn sie ist ja gekennzeichnet und aufgelistet. Nach Ablauf der behördlichen Aufbewahrungs-

frist werden einfach die für das Staatsarchiv gekennzeichneten Akten anhand der Liste herausgesucht und abgeliefert, der große Rest gleichaltriger Akten wird ohne weiteres kassiert.

Noch mal zurück zum Sachbearbeiter, der vor seiner Akte sitzt und überlegt, ob sie historisch wertvoll gemäß Kriterienkatalog ist. Er ist bei seiner Entscheidung nicht allein. Er kann, wenn er irgendwelche Zweifel hat, den Archivpfleger der betreffenden Behörde oder Dienststelle konsultieren. Die Behörde hat nämlich in Abstimmung mit dem Staatsarchiv Verbindungsleute zwischen Behörde und Archiv ernannt, die aufgrund ihrer Stellung, Erfahrung und ihres engeren Kontaktes zum Archiv in der Lage sind, Zweifelsfälle zu entscheiden, wobei immer *in dubio pro archivio* gilt und in Einzelfällen direkt bei uns Rat geholt werden kann. Der Kontakt zwischen Archiv und Behörde, zwischen Archivaren und Sachbearbeitern wird in der Person des Archivpflegers gebündelt.

Der Archivpfleger meldet – im Idealfall – in regelmäßigen Abständen (jährlich oder halbjährlich), welche Akten für das Staatsarchiv gekennzeichnet worden sind. Dies geschieht am besten durch Übersendung von Kopien der Listen. So hat das Archiv die Möglichkeit, sich davon zu überzeugen, daß und wie das Verfahren läuft, und zu prüfen, ob der Kriterienkatalog verbessert werden kann.

Der Kontakt zur Behörde wird außerdem durch Besuche in der Registratur und Altregistratur und durch Gespräche mit den Archivpflegern und ihren Vorgesetzten hergestellt. Der Archivpfleger ist übrigens auch beteiligt, wenn es um die Bewertung der oben nur kurz erwähnten Verwaltungsakten geht, selbstverständlich kann der Archivar hier fachlichen Rat gebrauchen und kann umgekehrt versuchen, Einfluß auf die Aktenführung und -verwaltung der Behörde zu nehmen; dabei ist der Archivpfleger ein verständnisvoller Gesprächspartner für Amtsleitung, Sachbearbeiter und Registratoren. Im übrigen ist der Archivpfleger – zumindest in einigen Behörden – an der Überwachung von Aufbewahrungsfristen und kontrollierend an der Vorbereitung und Betreuung von Ablieferungen und der ordnungsgemäßen Vernichtung von Schriftgut beteiligt.

Besonders wichtig sind Führungen für Archivpfleger und interessierte Sachbearbeiter durch das Archiv. Hierbei wird historisches Bewußtsein oft erst geweckt und häufig gestärkt durch das Verdeutlichen der Kontinuität: Wenn man die Waisenakten des 18. und 19. Jh. vorgeführt hat, ist es dem Sachbearbeiter aus der Jugendfürsorge klarer, daß er und seine Akten Glieder einer Kette sind und daß die Kette reißt, wenn er nicht an der Archivierung weiteren Materials mitwirkt. Diese Führungen finden zweckmäßigerweise immer dann statt, wenn ein neuer Archivpfleger benannt worden ist. Dies ist leider – aus der Sicht des Archivs – allzu häufig der Fall; für den alten Archivpfleger dagegen ist es oft erfreulich, daß er versetzt oder gar befördert worden ist.

Bevor ich zu den Nachteilen oder Schwachstellen der Archivpflege komme, möchte ich noch kurz auf andere Verwaltungsbereiche blicken, bei denen es ähnlich läuft wie bei der Sozialbehörde.

Beispiel Justiz

Die Justiz ist ein notorischer Produzent von Massenakten. Ohne Mahnsachen, Kostensachen und ohne Freiwillige Gerichtsbarkeit gab es 1988 in Hamburg 275.000 neue Ermittlungs- und Gerichtsverfahren – in einer Stadt mit 1,6 Millionen Einwohnern eine erstaunliche Zahl! (11). Nach Erlass der AAO wurde die Notwendigkeit zur Archivpflege in der Justiz bald erkannt. Dabei mag mitgewirkt haben, daß es Ansätze zu einer Zusammenarbeit zwischen Archiven und Justiz vor dem 2. Weltkrieg in Preußen und einigen anderen Ländern gegeben hatte (12).

Sei es aus dieser Tradition, sei es unter dem Druck der Masse, auf jeden Fall aber aus Gründen eines geregelten rechtlichen Verfahrens war das Bewußtsein in der Justiz für die Bedeutung von Aufbewahrungsfristen, Kassationen und Archivierung immer besonders ausgeprägt. Die seit den frühen 50er Jahren von der Justizministerkonferenz immer wieder aktualisierten detaillierten und umfangreichen „Bestimmungen über die Aufbewahrungsfristen für Akten, Register und Urkunden bei den Justizbehörden“ waren die beste Voraussetzung für das Staatsarchiv und die Landesjustizverwaltung, schon 1952 die Archivpflege bei den Justizbehörden und einen bis heute immer wieder modifizierten Kriterienkatalog einzuführen, dessen gültige Fassung jeweils im „Archivar“ veröffentlicht wird.

Er unterscheidet sich von dem Katalog bei der Sozialverwaltung durch seine Zweigliedrigkeit: eine Gruppe von Kriterien führt stets zur Kennzeichnung als archivwürdig, die zweite Gruppe von Kriterien benennt Akten, von denen – möglichst in jedem Jahr – einige typische oder besondere ausgewählt werden sollen.

Für die oben genannten Gerichte und Staatsanwaltschaften wird je ein Richter oder Staatsanwalt als Archivpfleger eingesetzt, insgesamt 13. Dazu kommen die Archivpfleger bei den Justizvollzugsanstalten und in der die ministerielle Aufsicht führenden Justizbehörde. Sie melden dem Staatsarchiv jährlich oder halbjährlich die von den „Sachbearbeitern“ gekennzeichneten Akten. Bei der Justiz läuft dieses Verfahren besonders gut, vielleicht auch deswegen, weil die „Sachbearbeiter“ hier durchgängig besonders qualifiziert sind: Richter, Staatsanwälte, Beamte des gehobenen Dienstes.

Schauen wir uns beispielhaft einige Zahlen an: Die Staatsanwaltschaft beim Landgericht hat 1988/89 an archivwürdigen Akten 139 gemeldet, 1989/90 waren es 113. Gleichzeitig wurden pro Jahr dort über 100.000 Akten neu angelegt! Man mag die Relation von etwa 100 archivwürdigen Akten zu 100.000 Ermittlungsakten insgesamt erschreckend finden – ich finde sie beruhigend. Wie sollten wir dieses eine Promille oder auch das Zehnfache oder 50fache aus der Masse jemals herausfinden?

Beispiel Polizei

Nach ihrem sehr viel knapperen Kriterienkatalog haben als „für das Staatsarchiv wertvoll“ diejenigen Akten zu gelten, deren Inhalt für die Erkenntnis der Polizeiorganisation und -tätigkeit sowie der Zeitverhältnisse in Politik, Wirtschaft und Kultur von Bedeutung sein können, weiter Akten, deren Inhalt hervorragende Persönlichkeiten, Familien, Firmen und dergleichen betrifft oder ausführlich berührt sowie „sonstige Akten auf Anweisung des Archivpflegers“. Diese Merkmale sind „soweit wie möglich“ auszulegen, „damit alle mutmaßlich archivwürdigen Akten erfaßt werden. Es obliegt dem Archivpfleger, eine etwa erforderliche engere Auswahl zu treffen“.

Wichtig ist, daß aufgrund von Registratur-Besichtigungen eine große Anzahl von Dienststellen der unteren Ebene von der Archivpflege ausgenommen und ihren Registraturen generelle Vernichtungsgeheimungen erteilt werden konnten (Kommissariate, Reviere), weil ihr Schriftgut nur aus den von oben kommenden Erlassen besteht oder weil die angelegten Einzelfallakten an die vorgesetzten Dienststellen im Geschäfts- und Verfahrensgang abgegeben werden.

Beispiel Steuerverwaltung

Im Bereich der Oberfinanzdirektion und bei den Finanzämtern hat es von 1953 bis 1978 gedauert, bis es dem Staatsarchiv gelang, eine Archivpflege im oben beschriebenen Sinne aufzubauen. Seit 1978 werden jährlich die für archivwürdig gehaltenen Akten an das Staatsarchiv gemeldet und abgeliefert. Dabei gibt es im wesentlichen die Merkmale der berühmten und berüchtigten Personen und die Höhe des betroffenen Finanzvolumens. Darüber hinaus werden für ein Dutzend Steuerarten zwischen ein und fünf Beispielakten pro Jahr sowie sämtliche Sammelaufzeichnungen wie Auftragsbücher, Prüflisten und Karteien als meldepflichtig genannt.

Nach der Lektüre des Aufsatzes von Otto Merker in der Booms-Festschrift (13) frage ich mich, ob die Hamburger Auswahl ausreichend ist. Ein Vergleich der hamburgischen Resultate mit den niedersächsischen Ergebnissen unterschiedlicher Bewertungspraxis bietet sich an.

Kritische Wertung

Die Fluktuation bei Archivpflegern und Sachbearbeitern stellt für das Archiv ein Problem dar, da ein nicht unerheblicher Zeitaufwand für die Bestimmung und Einweisung der Nachfolger entsteht. Ein ganz kleiner Vorteil der Fluktuation ist die damit verbundene verwaltungsinterne Verbreitung des Wissens um Existenz und Aufgabe des Staatsarchivs und der Archivpflege.

Für einige Bereiche habe ich es ausgezählt: Bei der Polizei gab es von 1956-1977, also in gut 20 Jahren, 15 verschiedene Dienststellen mit unterschiedlichen fachlichen und örtlichen Zuständigkeiten, für die Archivpfleger eingesetzt waren. In diesen Dienststellen waren in diesem Zeitraum insgesamt 51 Archivpfleger tätig. Im Schnitt mußte also

alle 5 Monate, d.h. mindestens zweimal im Jahr, ein neuer Archivpfleger bestimmt und eingewiesen werden. Im Bereich der Sozialbehörde gibt es 16 Archivpfleger-Positionen, 14 in den Ämtern der ministeriellen Aufsichtsebene, 2 im Bezirksamt Mitte. Von 1974 bis 1990 – in der Zeit der besten Ausstattung – waren auf diesen Positionen 34 verschiedene Personen beschäftigt – im Rang übrigens vom Regierungsobersekretär bis zum Oberregierungsrat, überwiegend Amtsmänner/frauen. Im Schnitt mußten also auch hier 2 neue Archivpfleger pro Jahr bestimmt und eingewiesen werden – wie bei der Polizei. Bei der Justiz muß jährlich mindestens einer der Archivpfleger ersetzt werden.

Der Zeitaufwand wird vermehrt, da ständige Kontakte mit den Archivpflegern und den Registraturen notwendig sind für Erläuterungen, Motivierungen und auch Kontrollen, ob das Verfahren läuft. Bei diesen Besuchen in den Behörden führt der Archivar oft beispielhafte Bewertungs- und Kennzeichnungsarbeiten durch.

Außer dem Zeitaufwand hat das Verfahren andere Schwachstellen:

- Die Kriterienkataloge sind immer verbesserungsbedürftig, sie dürfen nie als abgeschlossen gelten.
- Das Engagement der Sachbearbeiter und Archivpfleger für die Belange des Staatsarchivs kann natürlich nur einen kleinen Teil ihrer Arbeitszeit und -kraft beanspruchen.
- Ebenso natürlich kann es sein, daß archivwürdige Akten von Sachbearbeitern und Archivpflegern nicht erkannt werden, weil ihnen eben das historische und archivarische Wissen fehlt.
- Das Anwachsen der Verwaltung in den letzten Jahrzehnten, die Vermehrung der Anzahl der Sachbearbeiter birgt die Gefahr, daß das Netz der Kontakte zwischen Behörde und Archiv an Dichte und Spannkraft verliert.
- Umgekehrt führt eine stärkere Belastung des Archivs durch andere Aufgaben – in den letzten Jahren vor allem durch eine unverhältnismäßige Zunahme der Benutzung – zu einer Verringerung des Zeitbudgets, das für Archivpflege zur Verfügung steht.

Doch diese Nachteile sind unseres Erachtens weit kleiner als die Nachteile, die das Archiv zu verkraften hätte, gäbe es diese Archivpflege nicht. Der Zeitaufwand wäre größer, um die Aktenmassen zu bewältigen, und die Gefahr, archivwürdige Akten in der Masse und ohne die Kenntnisse der sachlich Versierten zu übersehen, wäre mindestens so groß wie beim praktizierten Verfahren, ich meine: größer. Um einem Mißverständnis vorzubeugen: Die von den Sachbearbeitern als historisch wertvoll bezeichneten Akten können selbstverständlich vom Archivar später kassiert werden. Doch ich denke, das ist völlig unproblematisch. Beunruhigender ist schon der Gedanke, was dem Sachbearbeiter alles „durch die Lappen gehen“ könnte – nur gilt das ja für den Archivar grundsätzlich auch.

Ich möchte Ihnen auch einen Fall nicht verschweigen, wo der Versuch, Archivpflege mit Kriterienkatalog zu betreiben, gescheitert ist: beim Amt für Wiedergutmachung, das zur Sozialverwaltung gehört. Es galt also deren Erlaß zur Archivpflege, der Kriterienkatalog wurde leicht an die besonderen Bedingungen bei Wiedergutmachungsakten angepaßt. Von 1960 bis 1981 wurden demgemäß jährlich Listen mit für das Staatsarchiv gekennzeichneten Akten übersandt. In diesen 21 Jahren wurden insgesamt 250 Akten gemeldet – von ca. 15 000! Ganz offensichtlich viel zu wenige – aber nicht aufgrund quantitativer Überlegungen (da gibt es noch geringere Aufbewahrungsquoten, wie wir oben gesehen haben), sondern aufgrund qualitativer Aspekte der Quellengruppe.

Inzwischen war auch das Staatsarchiv zu der Ansicht gelangt, daß die gewachsene Intensität der Forschungen zur NS-Zeit in den Wiedergutmachungsakten eine wichtige Quellenbasis finden würde, zumal besonders in Hamburg viele Quellen der NS-Zeit durch Krieg und Nazis vernichtet worden sind, z.B. alle Gestapo-Unterlagen. Die Wiedergutmachungsakten können also generell als Ersatzüberlieferung dienen, darüber hinaus natürlich auch als Quelle zur Nachkriegsgeschichte. Da sich weder das Staatsarchiv noch das Amt für Wiedergutmachung in der Lage sahen, *jetzt* einen engmaschigeren Kriterienkatalog zu erarbeiten, wurde ein Vernichtungsverbot für alle Wiedergutmachungsakten erteilt, ihre totale Ablieferung bei Eintreten der Archivreife angeordnet und die Bewertung im einzelnen der archivarischen Tätigkeit im Archiv vorbehalten.

Das Instrument der Archivpflege hat also in diesem Fall nicht gegriffen – konnte es vielleicht auch nicht wegen des besonderen Charakters der Wiedergutmachungsakten. Bei uns hat im Kollegenkreis bei den Überlegungen zu Auswahl oder Totalübernahme auch eine Rolle gespielt, daß die Entnazifizierungsakten bisher vollzählig archiviert worden sind. Vereinfacht ausgedrückt sind das die Akten, die über die „Täter“ Auskunft geben können; die Wiedergutmachungsakten spiegeln die andere Seite wider: die Opfer. Die Gesamtmenge dieser Akten ist wesentlich geringer, die Auswahl sollte daher nicht strenger sein.

In einem anderen Bereich ist es bisher gar nicht zur Etablierung einer Archivpflege gekommen: bei den staatlichen Krankenhäusern, bei den Krankengeschichten. Seit 40 Jahren wird nach einer Lösung gesucht. Das einzige Ergebnis ist bisher, daß für alle Krankengeschichten eine Vernichtungsgenehmigung erteilt wurde, außer für ein staatliches Großkrankenhaus, das für typisch gehalten wird und von dem Krankenakten aus der Vorkriegszeit vorhanden sind. Nicht entschieden ist, ob von diesem Krankenhaus der Gesamtbestand aller späteren Krankengeschichten oder nur eine Auswahl zu archivieren ist. Da ein Kriterienkatalog gerade in diesem Bereich nur mit Hilfe der Fachleute zu erarbeiten ist, die Mediziner sich dazu aber trotz des ständigen Drängens des Staatsarchivs bisher nicht in der Lage sahen, ist die Situation unbefriedigend, es hat sogar ungenehmigte Kassationen gegeben – nur so konnte sich das Krankenhaus aus seiner Not retten, daß es weder zur Erstellung des Merkmalkatalogs in der Lage war, noch genügend Lagerraum hatte.

Neben dem bisher beschriebenen System der behördlichen Archivpflege gibt es abweichende Verfahren bei der Schul- und der Bauverwaltung – beide auch Produzenten von massenhaften Einzelfallakten.

Beispiel Baupolizei

Bei der Bauverwaltung ist das Massenproblem durch die Bauprüfakten oder Baupolizeiakten gegeben. Die 22 Bauprüfdienststellen Hamburgs führen für jedes Gebäude eine Akte, in der alle am Objekt vorgenommenen Baumaßnahmen dokumentiert werden, vom ersten Bauantrag bis zum Abbruch. Die ältesten derartigen Akten laufen seit 130 Jahren. Jedes Jahr kommen neue hinzu und werden alte geschlossen – getreu dem dynamischen Baugeschehen in einer Großstadt. Der Aktenberg wächst unaufhörlich.

Lange bevor sich Bauhistoriker dieser Quellengattung angenommen haben, sind vom Staatsarchiv und vom Denkmalschutzamt Überlegungen angestellt worden, welche Akten auf Dauer archiviert werden sollen. Seit 1951 ist ein ganzes Bündel architektur-, wirtschafts-, sozial- und regionalgeschichtlicher Kriterien entwickelt, kontinuierlich verfeinert und in Dienstanweisungen umgesetzt worden, zuletzt 1976 und 1987. Auch hier war ein Druckmittel, daß die Dienststellen vermeiden wollten, alle geschlossenen Akten melden zu müssen.

Die Praxis sieht so aus: Von den 104 Hamburger Stadtteilen sind 29 in ihren Kernbereichen oder insgesamt sogenannte Mustergebiete. Wo immer dort ein Haus verschwindet, wandert dessen Bauprüfakte ins Staatsarchiv. Zu diesen Auswahlgebieten gehört die gesamte Innenstadt, das Hafengebiet, das Vergnügungsviertel St. Pauli, Arbeiterwohngebiete und Villenvororte, ehemalige Marsch- und ehemalige Geestdörfer, ehemalige Elbinseln, die frühere Kleinstadt Bergedorf und natürlich die Kerngebiete der ehemals preußischen Städte Altona, Wandsbek und Harburg.

Aus den übrigen Stadtteilen gelangen ins Staatsarchiv alle diejenigen Akten abgebrochener Gebäude, denen eine besondere Bedeutung zukommt: Industriebetriebe, Kontor- und Kaufhäuser, für die Öffentlichkeit bestimmte Gebäude wie Sportstätten, Krankenhäuser, Heime, Schulen, Kirchen usw. – also alles, was den Stadtteil wesentlich geprägt hat. Archivwürdig sind auch Akten über Gebäude, bei denen erstmals ein neues Bauverfahren angewendet wurde.

So sind bisher Akten von knapp 10.000 nicht mehr existierenden Häusern aus dem Hamburger Stadtgebiet ins Archiv gelangt – rund 200 laufende Meter. Die Zahl wächst rasch. Die Entscheidung über die Ablieferung trifft bei Schließen der Akte der Sachbearbeiter anhand des Kataloges. Archivpfleger im oben genannten Sinne gibt es nicht, weil man die Kriterien für recht zweifelsfrei hält. In großen Abständen finden Führungen und Besprechungen mit Gruppen von Sachbearbeitern statt.

Beispiel Schulwesen

Zunächst zu den Lehrerprüfungsakten. Bei den Prüfungsämtern fallen jährlich ein- bis zweitausend neue Akten an. Ihre Aufbewahrungsfrist beträgt zehn Jahre. Dann bieten die Prüfungsämter für alle Schularten dem Staatsarchiv diejenigen Akten an, die unserem speziellen Kriterienkatalog entsprechen. Die Auswahl wird durch den Leiter des Prüfungsamtes getroffen oder durch einen Archivar, der im Prüfungsamt dortige Verzeichnisse durchsieht. Die Auswahl erfolgt nach

- *Thema:* Quelle zur Bildungs- und Wissenschaftsgeschichte, z.B. mathematische, biologische, anglistische Arbeiten, jeweils im Abstand mehrerer Jahre;
- *Note:* in der Regel gute und sehr gute Arbeiten, doch sollen auch schlecht benotete Arbeiten beispielhaft aufgehoben werden;
- *Verfasser:* soweit zum Zeitpunkt der Auswahl als herausragend bekannt;
- *Landesgeschichte:* Themen mit Hamburg-Bezug, Nachweis im Bibliothekskatalog.

Auch die Überlieferung der einzelnen Schulen stellt ein Massenproblem dar. Hamburg hat rund 400 staatliche allgemeinbildende Schulen: 240 Grund-, Haupt- und Realschulen, 50 Sonderschulen, 80 Gymnasien und 25 Gesamtschulen. Dazu kommen rund 50 staatliche Berufsschulen. Für das Schriftgut dieser Schulen wurde in Zusammenarbeit von Schulbehörde und Staatsarchiv eine Dienstvorschrift erlassen, deren zwei Prinzipien sind:

1) Für jeden Typ von Schulpapieren ist eine Aufbewahrungsfrist festgelegt, also für Protokolle, für Durchschriften von Zeugnissen, für Prüfungsarbeiten, Schülerakten, Klassenbücher usw.; die Fristen liegen je nach rechtlicher Relevanz zwischen zwei und 60 Jahren.

2) Alle Schulen müssen dem Staatsarchiv archivreifes Schriftgut anbieten. Von dieser Regel gibt es zwei Ausnahmen:

a) Von den rund 290 Volks-, Real- und Sonderschulen müssen nur 26, also rund 10 %, ihr Material anbieten, alle anderen haben eine pauschale Vernichtungsgenehmigung. Die zur Anbieten an das Staatsarchiv verpflichteten Schulen heißen „Archivschulen“. Diese sind so ausgewählt, daß alle Stadtbezirke vertreten sind und außerdem sozialtopographische Gesichtspunkte (z.B. Arbeiterviertel/Villenvorort) Berücksichtigung finden.

b) Rund 25 Gymnasien und 10 Berufsschulen haben das Recht, ihr Archiv unter der fachlichen Aufsicht des Staatsarchivs selbst zu verwalten. Voraussetzung ist, daß die an ein Archiv in räumlicher und feuerpolizeilicher Hinsicht zu stellenden Mindestanforderungen erfüllt sind und daß das Staatsarchiv über den Inhalt des Archivs auf dem laufenden gehalten wird. Diese Ausnahme ist insofern nur eine vorübergehende, als das Schularchiv bei der Auflösung der Schule selbstverständlich an das Staatsarchiv fällt.

Für das verbleibende anzubietende Schriftgut hat das Staatsarchiv wieder Kriterienkataloge entwickelt, nach denen in den Schulen der Archivpfleger – in der Regel der Schulleiter oder ein Geschichtslehrer – die Angebotslisten aufstellt. Die Kategorien sind:

- alle Verwaltungs- und Geschäftsakten der Schule,
- Protokolle über Konferenzen und Prüfungen,
- Akten über Schülerdisziplinarfälle,
- Schulchroniken,
- Klassenbücher, aus denen der tatsächlich behandelte Unterrichtsstoff hervorgeht, in festgelegtem zeitlichem Rhythmus (z.B. jeder 10. Jahrgang),
- Prüfungsakten und -arbeiten (z.B. vom Abitur) für alle Fächer ebenfalls in festgelegtem zeitlichem Rhythmus.

Hier sind die Kriterien somit weniger inhaltlicher als formaler Art.

Beispiel Personalakten

Ein weiteres besonderes Verfahren haben wir quer durch alle Behörden, nämlich die Personalakten der Bediensteten der Freien und Hansestadt Hamburg betreffend. Gemäß einer Senatsverfügung (1955, 1971) sind dem Staatsarchiv grundsätzlich nur anzubieten Akten über

- Beamte des gehobenen Dienstes, nach 1945 erst ab Amtmann/ Amtfrau,
- Beamte des höheren Dienstes und vergleichbare Angestellte,
- Bedienstete, die über den Rahmen ihrer Tätigkeit hinaus bekannt geworden sind,

– sowie über Bedienstete, auf die vom Staatsarchiv zu benennende Kriterien zutreffen.

Diese Kriterien können dann auch dazu führen, daß anzubietende Personalakten der beiden ersten Kategorien (gehobener und höherer Dienst) als nicht archivwürdig gelten.

Nach dem Kriterienkatalog sollen archivwürdig sein Personalakten von Personen,

- die eine leitende Funktion mit Gestaltungs- und Führungskompetenz innehatten (auch vorübergehend oder kurzfristig, jedoch keine Leiter von Untereinheiten),
- die besondere Aufgaben wahrgenommen haben (z.B. Sprengmeister, Eichbeamte, Personalratsvorsitzende),
- denen als erste bestimmte Aufgaben übertragen wurden oder die als erste neue Aufgaben wahrgenommen haben (z.B. die erste weibliche Polizistin, der erste Programmierer),
- die als Beispiel für ihre Laufbahn und den Verwaltungszweig dienen können und mehr als drei Jahrzehnte im Dienst waren (z.B. Scheuerfrauen, „einfache“ Bedienstete),
- die durch ihre dienstliche oder außerdienstliche Tätigkeit bekannt geworden sind (berühmte und berüchtigte Personen),
- in deren Personalakten es Vorfälle gibt, die Aufschluß geben über die Behörden Geschichte, Rechtsanwendung, die Lebens- und Arbeitsbedingungen oder zeittypische und politische Ereignisse.

Die Kennzeichnung obliegt den Personalsachbearbeitern und den Registratoren, eigene Archivpfleger für Personalakten werden nicht eingesetzt.

Um sicherzustellen, daß Personalakten aller Dienststränge vertreten sind, haben wir die Personalakten aller Mitarbeiter des Staatsarchivs – vom Magazinarbeiter bis zum Direktor – für archivwürdig erklärt. Dafür war weniger unsere Selbstüberschätzung verantwortlich als die Tatsache, daß wir die kleinste selbständige Behörde Hamburgs sind, die also mit geringer Personalaktenmenge eine beispielhafte geschlossene Personalakten-Überlieferung bieten kann.

Theorie

Das Hamburger System läßt sich mit einem Vergleich auf den Punkt bringen: Wir versuchen, den gewaltigen Strom von Massenakten bereits an der Quelle zu kanalisieren und nicht erst dann, wenn er im Mündungsbereich breit, tief und reißend geworden ist.

Ähnliche Bilder werden in der Bewertungsdiskussion für moderne Aktenbestände häufig gebraucht, z.B. im Osten von Gerhart Enders (14), im Westen von Georg Wilhelm Sante (15), auf diesem Kolloquium gestern in einem Beitrag von Hans Booms. Überhaupt läßt sich sagen, daß wir uns in unserer aus der archivarischen Not der Nachkriegszeit geborenen Form der behördlichen Archivpflege durch die archivwissenschaftlichen Veröffentlichungen der letzten Jahrzehnte bestätigt fühlen konnten: Ich will hier nur an den Archivtag in Koblenz 1957 erinnern, der „historische Referate“ in den Behörden erörterte (16), ich möchte auf die von Herrn Brachmann, von Gerhart und Lieselott Enders und anderen geschilderte Entwicklung in der DDR hinweisen (17), die ja vom Zusammenwirken von Verwaltung und Archiv, von der positiven Wertaussage, von den Kategorien Archivwürdig/Durchsehen/Kassieren (18) geprägt ist.

Wir konnten uns bestätigt fühlen durch die Diskussion in der Bundesrepublik, wo Hans Booms und andere die schon von Hermann Meisner (1939-1958) geforderte Kopernikanische Wende im Bewertungsverfahren – von der Ausscheidung des Wertlosen zur Auswahl des Wertvollen – begrüßten und beförderten (19) und Carl Haase die „exemplarische Totalität der historischen Dokumentation“ forderte (20). Gerade Haase propagierte u.a. hinsichtlich von Massenakten die Gedanken der Auswahl beispielhafter Dienststellen und des Festlegens von Zufallsauswahlen (DA 1975/76). Haase schlug auch vor, „Problemkataloge“ für den Archivsprengel zu erarbeiten, die die tatsächlichen wirtschaftlichen, sozialen, politischen Probleme des Sprengels in Vergangenheit und Gegenwart auflisten und den Archivar zur Dokumentation dieser Probleme, ihrer Ursachen und Lösungsversuche motivieren. Diese Problemkataloge sind unseren Merkmallisten entfernt verwandt.

Es verwundert etwas, daß die Hamburger Form der behördlichen Archivpflege in den genannten und anderen Veröffentlichungen keine rechte Resonanz gefunden hat. Martin Ewald, mein Vorgänger im

Amt, hat mehrmals darüber berichtet (21). Eckhart Franz hat allerdings 1967 in einem Bericht über Aktenverwaltung und Kassation in England (22) das dortige System „behördlicher Archivpflege“ beschrieben – da taucht der Begriff mal außerhalb Hamburgs auf, übrigens auch in Franz' Einführung in die Archivkunde! (23) – und dabei darauf hingewiesen, daß der englische Departmental Record Officer dem behördlichen Archivpfleger in Hamburg entspreche; Franz sprach in diesem Zusammenhang von dem „modernen Aussondierungs-System“ des Staatsarchivs Hamburg. Martin Ewald betonte immer, daß es sich um einen Versuch handelt.

Zusammenfassung

Abschließend sei die Beschreibung dieses andauernden Versuchs in einigen Thesen verdichtet:

- Die Auswahl und Erfassung archivwürdiger Massenakten darf nicht erst bei der Übernahme in das Archiv, sondern muß nach archivarischen Kriterien und unter archivarischer Anleitung in den Behörden erfolgen.
- Neben dem von Gerhard Schmid (24) als „erstmalig in der deutschen Archivgeschichte“ bezeichneten Versuch der DDR, das behördliche „Vorfeld planmäßig in den archivischen Griff zu nehmen“, schlägt der Hamburger Ansatz einen – zeitlich völlig parallel laufenden, ebenfalls 1951 beginnenden – anderen Weg ein.
- Die Erarbeitung von Kriterienkatalogen setzt eine Klärung der Kompetenz der Behörde und eine Analyse ihrer Aktenführung voraus. In die Kategorien gehen aber auch die artikulierten und begründeten Wünsche von Forschung und Wissenschaft ein sowie die vom Archiv bei Benutzungsdienst und Recherchentätigkeit gemachten Erfahrungen.
- Das Archiv muß sich die in der jeweiligen Fachpraxis wirksamen Wertvorstellungen nicht zu eigen machen, aber es muß sich mit ihnen auseinandersetzen.
- Die Merkmalkataloge müssen geeignet sein, sowohl das Typische, Repräsentative als auch das Besondere, Einmalige zu erfassen. Meisner hat dies schon Anfang der 30er Jahre ebenso altertümlich wie schön ausgedrückt: Wir müssen „die Charakteristika für die sittlichen Zustände einer Zeit“ dokumentieren (25).
- Es ist uns versagt, jetzt produziertes Schriftgut mit dem notwendigen Abstand zu sehen. Archivwürdig soll daher mindestens sein, was *jetzt* bedeutend und herausragend ist, was *jetzt* typisch und beispielhaft ist – es soll ja das *Jetzt* dokumentiert werden. Hans Booms hat auf dem Archivtag in Dortmund 1971 gefordert, daß die Wertungen der Zeitgenossen Fundament der archivarischen Bewertung sein sollen (26).
- In einer Zeit knapper Mittel und Möglichkeiten – und diese Zeit herrscht für Archive immer! – bietet die beschriebene behördliche Archivpflege eine arbeitsökonomische Methode an.
- Das Hauptwirkungsfeld dieser Archivpflege ist die Zwischenzone zwischen dem sicher Archivwürdigen und dem sicher nicht Archivwürdigen, die ja in vielen theoretischen Erörterungen als die Problemzone angesprochen wird. Die Massenakten fallen in diese Zwischenzone, die Archivpflege ist das Instrument zur ökonomischen Durchsicht dieser Zwischenzone.
- Ideale Bedingungen hat die behördliche Archivpflege in dem überschaubaren Sprengel eines Stadtstaates. Konstitutiv für unsere Archivpflege in Hamburg sind die jahrhundertealte Tradition des städtischen Archivwesens, die Direktive eines zentralen obersten Kollegialorgans (des Senats) und die große räumliche Nähe zwischen Archiv und Behörden – insofern ist es für das Vorgetragene von erheblicher Bedeutung, daß ich aus einem Stadt-Staatsarchiv berichtet habe. Der Kontakt zwischen Archivar und Archivpfleger ist von entscheidender Wichtigkeit.
- Ein gut geknüpft Netz personaler und institutioneller Beziehungen trägt die Archivpflege auch über schwierige Zeiten hinweg. Als Beispiel trage ich die Erläuterung einer anfangs gemachten Andeutung nach: Seit Anfang der 70er Jahre bestritt die Sozialbehörde die Gültigkeit der AAO hinsichtlich der Ablieferung von Akten mit persönlichen Daten, die nach dem Sozialgesetzbuch geschützt sind; die Übergabe an das Staatsarchiv wurde als gesetzwidrig angesehen. Diese Problematik war bekanntlich einer der Hauptgründe für die Erarbeitung von Archivgesetzen. In unserem Zusammen-

hang ist wichtig, daß die Archivpflege in der Sozialverwaltung weiterlief, daß 20 Jahre weiter gekennzeichnet wurde und daß mit Hilfe der Archivpfleger ein Stillhalteabkommen mit der Sozialbehörde geschlossen werden konnte: die archivreifen Akten wurden zwar nicht an uns abgeliefert, aber eben auch nicht kassiert und das Inkrafttreten des Bundes- und Landesarchivgesetzes abgewartet.

Ich bin überzeugt, daß dies ohne die Institution Archivpflege zumindest nicht so leicht, vielleicht gar nicht erreicht worden wäre. Insofern ist dies wohl ein Beispiel dafür, daß der Hamburger Versuch hinreichend gut läuft.

Ich hoffe, gezeigt zu haben, daß die Hamburger Methode mit ihren Vor- und Nachteilen zu einer insgesamt annehmbaren Bilanz 40jähriger Bewertungsarbeit geführt hat und uns Grund gibt, die Perspektive günstig einzuschätzen.

Ich hoffe aber auch, gezeigt zu haben, daß es sich auch weiterhin um einen praktischen Versuch handelt, der dem Prinzip von *trial and error* unterliegt, der also ständig reflektiert und immer weiter verfeinert werden und der sich immer neu bewähren muß.

(1) Leicht überarbeitete Fassung des am 7.3.1991 auf dem Bewertungs-Kolloquium an der Humboldt-Universität zu Berlin gehaltenen Vortrags. Für Gespräche und Informationen danke ich den Hamburger Kollegen, besonders Claus Stukenbrock, Michael Stoffregen, Klaus Bocklitz, Uwe Plog und Klaus Richter.

(2) Vgl. Ewald, M.: Archivpflege im staatlichen Bereich. – In: Zwischen Verwaltung und Wissenschaft: Beitr. zur Geschichte u. Gegenwart d. Staatsarchivs Hamburg / hrsg. von H. W. Eckardt u. P. Gabrielsson. – Hamburg, 1985. – S. 65-72. – Im gleichen Sammelband ein Beitrag von Eckardt, H. W.: Archivpflege im nichtstaatlichen Bereich, S. 73-79.

(3) Meisner, H. O.: Schutz und Pflege des staatlichen Archivgutes mit besonderer Berücksichtigung des Kassationsproblems. – In: AZ 45(1939). – S. 34-51.

(4) Ebenda, S. 37.

(5) Papritz, J.: Methodik der archivischen Analyse und Kassation bei zwei Strukturtypen der Massenakten. – In: Der Archivar 18(1965)2. – Sp. 117-132, hier: 124.

(6) Schellenberg, Th. R.: Die Bewertung modernen Verwaltungsschriftguts / übers. u. hrsg. von A. Menne-Haritz. – Marburg, 1990. – S. 29, 58.

(7) Ebenda, S. 27 ff.

(8) Vgl. Plog, U.: Archivarbeiten durch fachfremde Hilfskräfte. – In: Zwischen Verwaltung und ... (wie Anm. 2), S. 81-90, hier: 84.

(9) Enders, G.: Archivverwaltungslehre. – Berlin, 1962. – S. 86.

(10) Archivwesen der Deutschen Demokratischen Republik / von e. Autorenkoll. unter Ltg. von Botho Brachmann. – Berlin, 1984. – S. 251.

(11) Summe gerundeter Zahlen nach dem Hamburgischen Justizverwaltungsblatt 63(1989). – S. 50-59.

(12) Enders (wie Anm. 9), S. 82. – Becker, K.: Aufbewahrung und Kassation von Akten der Justizbehörden. – In: Der Archivar 18(1965)3. – Sp. 237-244. – Vortrag von B. Uhl auf dem Bewertungskolloquium in Berlin am 6.3.1991.

(13) Merker, O.: Zur Bildung archivischer Überlieferung: unvorgreifl. prakt. Gedanken aus Landessicht. – In: Aus der Arbeit der Archive / hrsg. von F. P. Kahlenberg. Festschr. für Hans Booms. – Boppard a.Rh., 1989. – S. 142-152. – (Schriften des Bundesarchivs; Bd. 36).

(14) Enders (wie Anm. 9), S. 88.

(15) Sante, G. W.: Behörden – Akten – Archive: alte Taktik u. neue Strategie. – In: AZ 54(1958). – bes. S. 90 ff. – Vgl. Booms, H.: Gesellschaftsordnung und Überlieferungsbildung: zur Problematik archiv. Quellenbewertung. – In: AZ 68(1972). – S. 3-40, hier: 21.

(16) Enders (wie Anm. 9), S. 90.

(17) Ebenda, fortlaufend. – Brachmann, B.: Zum System der Informationsbewertung in der DDR. – In: AM 19(1969)3. – S. 93-101. – Enders, L. (u.a.): Probleme der Bearbeitung von Musterlisten. – Ebenda, S. 101-106. – Dies.: Die weitere Rationalisierung des Bewertungsverfahrens. – In: AM 21(1971). – S. 85-89.

(18) Gold, H.-S.: Schriftgutkataloge als Steuerungsinstrumente der Bewertung. – In: AM 21(1971)1. – S. 14-18.

(19) Booms (s. Anm. 15), S. 25. – Granier, G.: Die archivische Bewertung von Dokumentationsgut – eine ungelöste Aufgabe. – In: Der Archivar 27(1974). – Sp. 231-240, hier: 232.

(20) Haase, C.: Studien zum Kassationsproblem. – In: Der Archivar 28(1975)4. – Sp. 405-418; 29(1976)1/2. – Sp. 65-76, 183-196. – Vgl. Loose, H.-D.: Das Staatsarchiv Hamburg im Spannungsfeld zwischen Verwaltung und Wissenschaft. – In: Zwischen Verwaltung und ... (wie Anm. 2), S. 9-21, hier: 18 ff.

(21) Ewald, M.: Behördliche Archivpflege für Einzelfallakten in Hamburg: e. Versuch. – In: Der Archivar 21(1968)3. – Sp. 241-246. – Ders.: Die Aussonderung von Massenakten: dargestellt am Beisp. Hamburgs. – In: Nederlands Archievenblad 74(1970). – S. 391-403. – Ders. (wie Anm. 2).

(22) Franz, E. G.: Akten-Verwaltung und Kassation in England. – In: Der Archivar 20(1967)3. – Sp. 237-250, bes. Sp. 250.

(23) Ders.: Einführung in die Archivkunde. – Darmstadt, 1974. – S. 75.

(24) Schmid, G.: Prolegomena zur Archivgeschichte der DDR: e. Wortmeldung zur Einheit d. dt. Archivwesens. – In: Der Archivar 43(1990)4. – Sp. 501-516, hier: 504.

(25) Zit. nach Enders (wie Anm. 9), S. 85. – Franz (wie Anm. 23): auszuwählen ist auch das, was „nur in der typischen Repräsentanz gesellschaftlicher Verhältnisse und Tendenzen „geschichtlich wertvoll“ ist.

(26) Booms (wie Anm. 15), S. 38.

*

Auf der Grundlage jahrhundertelanger Tradition in Hamburg und veranlaßt durch spezielle Probleme in der Nachkriegszeit wurde ab 1951 vom Staatsarchiv des Stadtstaates Hamburg ein System der behördlichen Archivpflege entwickelt, mit dessen Hilfe sowohl die kontinuierliche Übernahme der archivreifen Akten aus den Registraturen der Behörden als auch eine Vorauswahl im Bereich der Massenakten erfolgt. Wirkungsweise, Erfolg und Probleme dieses Systems werden an Beispielen aus verschiedenen Verwaltungszweigen Hamburgs erörtert.

*

Basing upon traditions of centuries and specific after war problems the State Archives of the city state of Hamburg developed a system of controlling and cooperation with regard to the institutions in the territory of competence. This enables continuous accepting of records from current archives and a first selection of the bulks of records. Ways of operation, successes and problems are discussed by means of example from different administrative branches.

*

Face aux problèmes particuliers de l'après-guerre, les archives d'Etat de la ville-Land de Hambourg qui ont une longue tradition ont mis au point à partir de 1951 un système de suivi des archives des administrations publiques qui permet aussi bien la reprise en continu des documents provenant des greffes publics qu'une présélection parmi les documents de masse. Des exemples provenant de différents secteurs d'administration de Hambourg montrent le fonctionnement, les succès et les problèmes de ce système.

*

Sobre la base de una tradición durante siglos en Hamburg y motivado de problemas especiales de la postguerra el archivo de estado del ciudad-estado Hamburg después de 1951 desarrolló un sistema de oficial cultivo de archivos de las autoridades. Con ayuda de este sistema se realizan la toma continuada de los documentos de los oficinas de registros de los autoridades y también una preselección en el recinto de los documentos en masa. Modo de acción, resultado y problemas de este sistema se discuten con ayuda de ejemplos de departamentos diferentes de Hamburg.

*

На основе вековой традиции в г. Гамбурге и принуждено проблемами послевоенного времени с 1951 г. госархивом города-государства Гамбурга была поставлена система методической поддержки архивной работы в ведомствах, при помощи которой реализуются и регулярное комплектование фондов архивными документами из делопроизводственных отделов и предварительный отбор массовых дел.

* * *

Das Territorialprofil – methodischer Ansatz zur Bewertung

Herbert Papendieck

Als 1965 die „Grundsätze der Wertermittlung“ (1) in der ehemaligen DDR erschienen, wurde ein methodisches Hilfsmittel geschaffen, mit dem sich zwar noch kein Stück Papier kassieren ließ (2), das jedoch mit seinen Wertungskriterien den weiteren Weg aufzeigte, um das Kassationsproblem lösen zu helfen. Mit der Umsetzung der Wertungskriterien in den darauf folgenden Jahren, die in Musterlisten, Registraturbildnerlisten und Schriftgutkatalogen zum Ausdruck kamen, wurde ein Instrumentarium geschaffen, um die umfangreiche Schriftgutproduktion der Behörden qualifizierter bewerten zu können. Auf der Zentralen Wissenschaftlichen Arbeitstagung der Staatlichen Archivverwaltung in Dresden 1976 – elf Jahre nach Erscheinen der „Grundsätze der Wertermittlung“ – stellten L. Enders und R. Kluge erneut die Frage nach dem Wert des Schriftgutes und nach dem entsprechenden methodischen Hilfsmittel (3). Bei aller Anerkennung der bisher geschaffenen Bewertungsinstrumentarien war die Hauptfrage der Bewertung, nämlich die nach dem Inhalt der Dokumente und dessen Bedeutung methodisch nur unbefriedigend gelöst. Die „Grundsätze der Wertermittlung“ haben versucht, im § 22 den Wert des Schriftgutes näher zu bestimmen, ohne daß es gelungen war, irgendwelche Instrumentarien dafür zu erarbeiten, die dem Archivar bei der

inhaltlichen Bewertung eine Hilfe sein könnten. Der Archivar war und ist in letzter Konsequenz bei der Bewertung am Bestand immer noch auf sein „Fingerspitzengefühl“ angewiesen, was im Grunde nichts anderes bedeutet, als daß er auf Grund seiner Erfahrungen und seiner historischen und zeitgeschichtlichen Kenntnisse ein solches historisches Modell vor Augen hat, das ihn befähigt, Wertmaßstäbe zu entwickeln und Bewertungsentscheidungen zu fällen.

Die Lösung des Problems sahen Enders und Kluge in der Erarbeitung eines Dokumentationsprofils „als inhaltlich-konzeptionelle Grundlage für die Bewertung und Bestandsergänzung“. Eine ähnliche Lösung hatte Booms vor Augen, als er bereits 1972 den Dokumentationsplan forderte (4). Zu Beginn der 80er Jahre wurden in der ehemaligen DDR Dokumentationsprofile erarbeitet. Es wurde ein Rahmendokumentationsprofil geschaffen, welches die politische und gesellschaftliche Entwicklung nach Vorgabe der Partei- und Ministerratsbeschlüsse widerspiegelte. Auf der Grundlage der durch das Rahmendokumentationsprofil gegebenen Vorgaben waren von den Staatsarchiven Dokumentationsprofile zu erarbeiten. Entsprechend dem Verwaltungsaufbau der damaligen DDR bildeten die Bezirke die territoriale Einheit. Das Verhältnis Nationalgeschichte (sprich DDR-Geschichte) zur Regionalgeschichte ist unter dem Aspekt der Erarbeitung der Dokumentationsprofile nie ernsthaft diskutiert worden. Das Dokumentationsprofil eines Staatsarchivs hatte in erster Linie die Spezifik seines Zuständigkeitsbereiches zu berücksichtigen. Bereits die Grundsätze der Wertermittlung wiesen darauf hin, daß bei der Bewertung den „territorial bedingten Besonderheiten“, die sich aus der „ökonomischen Struktur eines Verwaltungsbezirkes oder Wirtschaftsgebietes“ ergaben, besondere Beachtung zu schenken sei (5). Da in einem sozialistischen und zentralistisch regierten Staat jedoch Partei- und Ministerratsbeschlüsse Maßstab aller Dinge waren, wurden die von den Staatsarchiven paßfähig zum Rahmendokumentationsprofil erarbeiteten bezirksspezifischen Dokumentationsprofile mehr oder weniger eine Beispielsammlung, die die vom Rahmendokumentationsprofil gegebenen Vorgaben illustrierten. Der geringe Spielraum einer freien Entwicklungsmöglichkeit, den der zentralistisch geleitete Staat den Bezirksorganen ließ, mußte sich auch in den Dokumentationsprofilen der Staatsarchive widerspiegeln. Das Staatsarchiv Magdeburg hatte in Auswertung der Arbeitstagung den Problemen des Dokumentationsprofils seine besondere Beachtung geschenkt und erste Ausarbeitungen zu einem Territorialprofil vorgelegt, das die Grundlage für ein Dokumentationsprofil bilden sollte.

Die Darlegung der geographisch-ökonomischen Gegebenheiten hätte in stärkerem Maße, als es geschehen ist, das Typische zum Ausdruck gebracht. Vom Staatsarchiv Potsdam, welches damals eine Leitarchivfunktion bei der Erarbeitung der Dokumentationsprofile innehatte, wurde empfohlen, ein ökonomisch-geographisches Profil des Territoriums dem Dokumentationsprofil der Bezirke vorzuschalten. Das Dokumentationsprofil der Staatsarchive bestand somit aus drei Teilen: 1. dem Rahmendokumentationsprofil der DDR, 2. den von den Staatsarchiven erarbeiteten bezirksspezifischen Dokumentationsprofilen, 3. dem vorgeschalteten Territorialprofil. Das Dokumentationsprofil widerspiegelt die gesellschaftliche Entwicklung in der DDR und in seinen Territorien, die mit dem Archivgut in den Archiven dokumentiert werden soll. Insofern ist es für die Bewertung des Schriftgutes der sozialistischen Periode durchaus von Nutzen, wenn es auch durch neuere Erkenntnisse, die erst nach der politischen Wende gewonnen wurden, ergänzt werden sollte.

Die politische Wende in der DDR, deren Auflösung und die Eingliederung der neugebildeten Länder in die föderative Struktur der BRD zwingen die Archivare der neuen Bundesländer zu Überlegungen, wie weit Dokumentationsprofile auch für die künftige Arbeit von Nutzen sein können.

Vor den Landesarchiven der neuen Bundesländer steht künftig die Aufgabe, das Schriftgut der Landesbehörden zu bewerten. Wenn diese Aufgabe auch erst in einigen Jahren auf die Archive zukommt, erhebt sich bereits jetzt die Frage, ob es nicht nützlich ist, sofort mit einem wissenschaftlichen Vorlauf zu beginnen. Entsprechend der Verfassung und dem Staatsaufbau der Bundesrepublik haben die Länder in großen Bereichen der Wirtschafts-, Sozial- und Kulturpolitik eine eigene und größere Verantwortung bei der Gestaltung des Territoriums.

Es liegt deshalb der Gedanke nahe, bei den von den Landesarchiven festzuhaltenden Dokumentationsprofilen von einem Territorialprofil auszugehen.

Das Territorialprofil stellt das Verhältnis des Menschen zur Umwelt, zu seinem Territorium in den Mittelpunkt der Betrachtung. Das Territorium wird charakterisiert durch eine Vielzahl von Strukturelementen, wie die Industrie-, Agrar-, Verkehrs-, Bevölkerungs- und Siedlungsstruktur. Im Territorium wirken politische, historische, ökonomische, soziale, technische und natürliche Komponenten zusammen, die seine politisch-ökonomische und geographische Struktur bestimmen. Im Einzelnen gehören dazu die verwaltungsmäßige Gliederung des Territoriums, die natürlichen Ressourcen, Einwohnerzahlen und Bevölkerungsdichte, die Bindung der Bevölkerung in den Städten und Ballungsgebieten und ihr Verhältnis zum Umland, die Verkehrswege sowie die Perspektive der ökonomischen Entwicklung, kurz alles, was die Infrastruktur eines Territoriums bestimmt.

Die Infrastruktur eines Territoriums ist in Jahrhunderten entstanden, wobei der wirtschaftlich-industrielle Aufschwung im 19. Jh. neue Akzente setzte und den Grund legte für die Entwicklung der Infrastruktur bis in unsere Zeit. Auch 40 Jahre sozialistische Planwirtschaft haben die vorhandene Infrastruktur nicht grundlegend umgestaltet. Im wesentlichen hat man von der Substanz gelebt, die durchgeführten Investitionen haben nur vereinzelt neue Schwerpunkte geschaffen, mit deren positiven bzw. negativen Entwicklungen wir uns heute auseinanderzusetzen haben.

Zusammengefaßt kann man sagen: Das Territorialprofil ist die ökonomisch-geographische Beschreibung der historisch gewachsenen Infrastruktur eines Territoriums zu einem bestimmten Zeitpunkt.

Neben den landesgeschichtlichen Kenntnissen sollte der Archivar daher für die Bewertung und Erschließung des von einem Landesarchiv zu übernehmenden Schriftgutes der neueren und neuesten Zeit Kenntnisse von der Infrastruktur seines Territoriums besitzen. Das Territorialprofil bildet die Grundlage für die Bewertung der Ereignisse, Strukturen und Prozesse, die durch die Politik der Landesregierung und ihrer Organe auf die Infrastruktur einwirken und sie verändern. Es wäre sinnvoll, den Zeitpunkt für ein solches Territorialprofil für die Jahre 1989/90 festzulegen. Das Ende der DDR ist, wie von Tag zu Tag deutlicher wird, nicht einfach das Ende, sondern der totale Zusammenbruch des sozialistischen Wirtschaftssystems, mit Ausmaßen, die man noch nicht übersehen, höchstens ahnen kann. Wir stehen jetzt vor einer entscheidenden Zäsur. Vor den Landesregierungen und den Kommunalverwaltungen stehen Aufgaben einer bisher nicht gekannten Dimension. Es gilt, den Zusammenbruch der Wirtschaft abzufangen, die Arbeitslosigkeit zu bewältigen und die Infrastruktur zu verbessern. Das Territorialprofil, zu einem bestimmten Zeitpunkt erarbeitet, stellt etwas Statisches dar, während die Gesellschaft in einer stetigen Entwicklung begriffen ist. Auf der Grundlage des Territorialprofils und in seiner Fortschreibung wären Dokumentationsprofile zu erfassen. Booms hat (1971) einen Dokumentationsplan gefordert, in dem exakt festzulegen ist, welche Ereignisse, Handlungen, Unterlassungen und Entwicklungen wesentlich sind (6). Für die Erarbeitung des Dokumentationsplanes hat er – wenn auch nicht unwidersprochen – die Auswertung der Presse vorgeschlagen. Auch in der damaligen DDR wurden bei der Erarbeitung der Dokumentationsprofile der Staatsarchive u.a. auch die Tageszeitungen in breitem Maße miteinbezogen.

Wenn man sich heute die Territorial- und Lokalseiten der einzelnen Tageszeitungen ansieht, erscheint es durchaus wünschenswert, diese für die Fortschreibung des Territorialprofils zu nutzen. Dabei geht es mir weniger darum, die zeitgenössische öffentliche Meinung zu dokumentieren, sondern auf dem Hintergrund des Territorialprofils die Veränderungen der Infrastruktur und den Gesellschaftsprozeß im Detail und in seinen Zusammenhängen zu erfassen.

Die Auswertung der Presse kann jedoch nur erste Anhaltspunkte geben, wobei die Wahrheit der Information stets zu prüfen ist. Es sollten deshalb für die Dokumentationsprofile Grundsatzdokumente und Serien bedeutender Institutionen und Behörden herangezogen werden, wie Gesetze, Landtags- und Kabinettsbeschlüsse, Haushaltspläne, Statistische Veröffentlichungen, Jahresberichte der Industrie- und Handelskammer u.a. Es sollte jedem Archiv überlassen

bleiben, in welcher Form es seine Dokumentationsschwerpunkte anlegt, ob als Zeitungsausschnitt- und Dokumentensammlung oder durch Verkartung.

Um Aufwand und Nutzen in ein richtiges Verhältnis zu setzen, sollte auch ein bestimmter Abstraktionsgrad eingehalten werden. Es bleibt der schöpferischen Initiative des Archivars überlassen, bei der Bewertung vor Ort am Bestand die einzelnen Dokumentationsschwerpunkte mit ihren Verflechtungen und Verästelungen entsprechend der Funktion und den Aufgaben des einzelnen Registraturbildners zu erkennen und zu bewerten. Das Territorialprofil eines Landes mit seinen Dokumentationsschwerpunkten ist nicht gleichzusetzen mit dem Dokumentationsprofil eines Archivs. In einem Territorium wirken zahlreiche Behörden, Einrichtungen und Betriebe, welche auf die Infrastruktur einwirken, sie gestalten und verändern.

Im Gegensatz zur früheren DDR mit ihren zentralistischen Strukturen, die alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens erfaßten, erfaßt in der föderalistisch aufgebauten Bundesrepublik der von der öffentlichen Hand gelenkte gesellschaftliche Bereich nur einen kleinen Ausschnitt. Bedeutende gesellschaftliche Bereiche, wie z.B. die Wirtschaft, wirken außerhalb der unmittelbaren Einwirkung der öffentlichen Hand, wenn auch unter ihrer Mitwirkung und Kontrolle. Carl Haase hat mit Recht darauf hingewiesen, daß die Öffentliche Hand für die historische Dokumentation in ihrer Gesamtheit verantwortlich ist. „Die Summe der Archive der Öffentlichen Hand eines Staates ist Gewährsträger dafür, daß die Geschichte dieses Staates, soweit sie sich im Archivgut spiegelt, hinreichend dokumentiert wird“ (7). Zwischen den Archiven der Öffentlichen Hand sollte das Dokumentationsprofil für die einzelnen Archive entsprechend ihrer Zuständigkeit, in enger Zusammenarbeit auf der Grundlage des Territorialprofils festgelegt werden. Wünschenswert wäre auch die Einbeziehung der Archive der Einrichtungen, die nicht unmittelbar zur Öffentlichen Hand gezählt werden.

Die hier vorgetragenen Gedanken sind erste Überlegungen, wie bestimmte Bewertungshilfsmittel, von Archivaren der ehemaligen DDR unter sozialistischen Bedingungen geschaffen, in modifizierter Form und befreit vom ideologischen Ballast in einem vereinten Deutschland mit einer anderen Verfassung und Verwaltungsstruktur nutzbringend angewandt werden können.

Von G. Enders stammt der Satz, es gebe keinen Maßstab, „der uns die Entscheidung über die Aufbewahrung oder Kassation abnimmt“, und Haase weist darauf hin, daß das eigentliche Problem der breite Zwischenbereich zwischen „unbedingt archivwürdig“ und „auf jeden Fall kassieren“ ist (8). Das Territorialprofil kann versuchen, einige Maßstäbe zu setzen und den breiten Zwischenbereich, von dem Haase spricht, einzuengen.

(1) Grundsätze der Wertermittlung für die Aufbewahrung und Kassation von Schriftgut der sozialistischen Epoche in der DDR. – Potsdam, 1965.

(2) Enders, Gerhart: Zur Problematik der Archivwürdigkeit. – In: AM 17 (1967). – S. 89.

(3) Enders, L.; Kluge, R.: Stand und Aufgaben der Bewertung archivalischer Informationen. – In: AM 27 (1977). – S. 13 ff.

(4) Booms, Hans: Gesellschaftsordnung und Überlieferungsbildung: zur Problematik archiv. Quellenbewertung. – In: AZ 68 (1972). – S. 3 ff.

(5) Grundsätze der Wertermittlung (wie Anm. 1), § 63.

(6) Booms (wie Anm. 4), S. 38.

(7) Haase, Carl: Studien zum Kassationsproblem. – In: Der Archivar 28 (1975). – Sp. 405 ff.; 29 (1976). – Sp. 66 ff., 183 ff.

(8) Haase (wie Anm. 7) 29 (1976). – Sp. 68.



Herausforderung und Aufrechter Gang – ein Wort zur Bewertung

Lieselott Enders

Eigentlich wollte ich nicht mehr archivische Themen behandeln. Die Archivwissenschaft ist eine angewandte Disziplin, die sich tagtäglich der archivischen Praxis stellen und an ihr messen lassen muß. Ich aber bin seit vier Jahren „freischaffend“, voll der Geschichtswissenschaft zugewandt und somit nur noch Archivbenutzer. Auf diesem Wege bleibt allerdings der Kontakt erhalten, vor allem zu „meinem“

Archiv und zu den mir über viele Jahre hinweg vertrauten und lieb gewordenen Kolleginnen und Kollegen „meiner“ Abteilung E (Erschließung, Bewertung, Bestandsergänzung und Magazin), einer selbstbewußten, zum Teil höchst streitbaren Schar, die sich nicht die Butter vom Brot nehmen ließ. Diese waren es auch, die mich auf jüngst erschienene Wortmeldungen zum „Archivischen“ aufmerksam machten.

Es gab unter meinen Kollegen wohl keinen, der nicht freudig die „Wende“ vom Herbst 89 mitvollzog, hatten wir derlei seit Jahren mit Blick auf die Perestroika doch sehnlichst herbeigewünscht. Nun, nach einem Jahr zunehmender Ernüchterung, liest man in den AM an der Stelle früherer Leitartikel (weshalb ich den Beitrag von S. Büttner zunächst gewohnheitsmäßig übersprang) unter der globalen Überschrift „Theorie und Praxis des Archivwesens im Übergang“ (1) vom „Archivar (Ost)“, wie er „blinzelnd und irritiert ins Freie entlassen“, dort „orientierungslos und unsicher um sich schaut“. Das wäre ja noch unter Ulk zu verbuchen. Aber es kommt noch besser. In der hier inzwischen so „beliebten“ gönnerhaften Pose, doch mit wohlwollendem Gesprächsangebot kommt B. auf Überlieferungsbildung zu sprechen (ein Dauerbrenner unter den Themen der archivischen Forschung und Praxis), und wir erfahren, daß Überlieferungsbildung „auch in der offenen Gesellschaft und im freiheitlichen Staatsgefüge neben hoher fachlicher Qualifikation und Einsatzbereitschaft jenes besondere Maß an Wahrhaftigkeit“ erfordere, „das ganz von selbst zu Selbstbescheidung und Toleranz führt“. O edle Einfalt, stille Größe – Sprüche, nur anders eingefärbt, als wir sie früher zu hören bekamen. Dabei stimme ich mit S. Büttner durchaus überein, wenn er dann weiter vom bewertenden und erschließenden Archivar „höchste wissenschaftliche Anstrengungen und intellektuelle Redlichkeit“ verlangt. Danach aber kommt er wieder wolkig daher, nicht in Bezug auf die „Restunsicherheit“ – wer kennt die nicht! – sondern mit dem Bekenntnis, der archivische Aufgabenbereich (in der Altbundesrepublik) sei Teil eines vielschichtigen Ganzen, zwar nicht bis zum allerletzten rational zu verstehen, „dessen sinnvolle Entwicklung und positive Wirkung sich aber als Lebenserfahrung begreifen läßt“. Da sagte es doch Friedrich Meinecke wesentlich schlichter und eingängiger mit seiner Devise: „Der Archivar muß ein Liebesverhältnis zu seinem Archiv haben“, was ja auch diese tagtägliche Faszination impliziert, die mit den Jahren eher noch wächst: den ständigen Umgang mit originalen schriftlichen Quellen der Vergangenheit.

Nicht ganz so faszinierend war und ist der Umgang mit dem Schriftgut der Gegenwart. Ist das Massenproblem ein weltweites, so war es in den Ländern mit sozialistischer, also staatlich gelenkter Wirtschaft um diesen Bereich noch vervielfacht. Kein theoretisches Hirngespinnst, sondern die „normative Kraft des Faktischen“ zwang den Archivaren der DDR die Notwendigkeit auf, ein umfassendes Bewertungssystem mit dementsprechenden Hilfsmitteln zu erarbeiten, mit deutscher Gründlichkeit freilich und manchen theoretischen Überspitzungen, von ideologischem Zierat ganz zu schweigen, den aber nach und nach einzudämmen einigen Streitern und Mitstreitern halbwegs gelang. S. Büttner klaubt aus einigen AM-Beiträgen, sehr leger zitiert, dementsprechende Floskeln heraus. Auch mir machten sie Pein, so oft ich sie las oder hörte, seien sie nun aus Überzeugung oder aus Opportunismus draufgesetzt. Ich bediente mich dieser und ähnlicher Formeln nie, wurde trotzdem gedruckt und bewahre mir wohlweislich und fürderhin die Sensibilität für bzw. gegen Wortgeklingel. Deshalb kann ich auch mit den Schlußfolgerungen von B. wenig anfangen. Wohl etwas mit dem „Sinn für das rechte Maß“ und mit der „Sensibilität für die Risiken“. Das sind aber Fähigkeiten und Fertigkeiten, die dem Archivar, bei entsprechender Charakterveranlagung, aus der täglichen Arbeit erwachsen. Werden sie ausschließlich „in einem freiheitlichen, föderalistischen und pluralistischen System“ für möglich gehalten, so ist das ebenso engstirnig, wie das Dogma in der früheren DDR, daß diese oder jene wissenschaftlichen Erkenntnisse nur im Sozialismus hervorgebracht und realisiert werden könnten. Wer je einmal erfahren hat, mit welcher Anstrengung und Hingabe Archivare der alten DDR um die (im Grunde unlösbare?) Aufgabe rangen, eine perfekte Lösung zu finden, wird vielleicht eher geneigt sein, die oben zitierte „Selbstbescheidung und Toleranz“ tatsächlich zu üben, wenn schon nicht Achtung vor archivischer Leistung in der Ex-DDR.

Immerhin läßt B. Bewertungshilfsmittel als solche einschließlich der Dokumentationsprofile als „Werkzeuge der Überlieferungsbildung“ gelten. Es gibt also sachliche Berührungs- und Anknüpfungspunkte, Ansätze zu produktivem Gespräch. In diesem Sinne verstehe ich auch die Ausführungen von Uhl zur ganzen Bewertungsproblematik (2). Dissens konzentriert sich vor allem auf zweierlei Dinge: die inhaltliche Gestaltung der Dokumentationsprofile und deren Anwendung in der Praxis. Abgesehen von Byzantinismen, scheinbaren und tatsächlichen, die ich schon angesprochen habe, scheint mir auch für die Zukunft unvermeidbar und unentbehrlich zu sein, den tatsächlichen Gegebenheiten in den 40 Jahren DDR Rechnung zu tragen, ob ich sie persönlich billige oder nicht. Man kann nicht im nachhinein die Diktatur der SED beklagen, gleichzeitig aber ihren aktenmäßigen Niederschlag leugnen. Wenn die SED 40 Jahre lang die staatliche und gesellschaftliche Entwicklung zumindest in ihren Grundzügen bestimmte, dann durchdrang das eben auch die Tätigkeit der staatlichen und wirtschaftsleitenden Organe sowie ihrer nachgeordneten Betriebe und Einrichtungen, mußte sich also zwangsläufig im dienstlichen Schriftgut widerspiegeln. Was nutzt dem in Zukunft bewertenden, wemöglich in Marburg ausgebildeten Archivar ein „gereinigtes“ Dokumentationsprofil, das ihm den Zugang zu den Akten eher verschließt? Wie will er Schwerpunkte erkennen und setzen, zum Beispiel bei der Bewertung des Schriftgutes der Volkseigenen Betriebe, wenn er die für die Entwicklung der Volkswirtschaft nun einmal maßgeblich gewesen Direktiven der Parteitage nicht kennt oder zur Kenntnis nimmt, nicht die Beschlüsse mancher ZK-Plenen, zum Beispiel des berüchtigten 11. vom Dezember 1965, das für die folgenden Jahre einen verheerenden Niedergang im Bereich der Kultur programmierte, nicht den „Baby-Boom“ bestimmter Jahre, wenn ihm die, wie immer auch moralisch zu wertende Sozialpolitik unbekannt bliebe? Das ließe sich beliebig fortsetzen. Aus der Fülle der politischen Maßnahmen und deren zum Teil ja ganz unterschiedlichen Auswirkungen auf die Gesellschaft war stichpunktartig und mit vorsätzlicher Beschränkung, um das Hilfsmittel handhabbar zu machen, ausgewählt worden, immer im Wissen um die Unvollkommenheit des Instruments (3). Aus der Not wurde eine Tugend gemacht; denn die so notwendigen inhaltlichen Hilfen blieben die Historiker den Archivaren schuldig.

Mit dem Rahmen-Dokumentationsprofil – und analog dazu mit den Dokumentationsschwerpunkten der Archivgutverzeichnisse – verbanden deren Autoren aber die innige Hoffnung, daß sie grundsätzlich von den bewertenden Kolleginnen und Kollegen als eine „Handleitung“, ein Hilfsmittel verstanden und als solche angewandt und benutzt werden. Immer wieder haben wir gerade dieses fast beschwörend mündlich und schriftlich – und damit nachprüfbar – zum Ausdruck gebracht. Noch während des Erarbeitungsprozesses sagte ich auf dem Archivkongreß von 1982 in Karl-Marx-Stadt (Chemnitz), daß das Dokumentationsprofil ein *Hilfsmittel* sei, „nicht der Stein der Weisen, ein Hilfsmittel für die schöpferische wissenschaftliche Bewertung“, und daß es „keinen katechetischen Charakter“ habe (4). Meine sich daran anschließende offene Kritik an der Vernachlässigung der geschichtswissenschaftlichen Ausbildung der Archivare in den letzten 20 Jahren – von der Obrigkeit keineswegs gern gehört, von den Kolleginnen und Kollegen im Saal jedoch mit freudigem Beifall bedacht – wurde leider, wie so manches andere, vom Berichterstatter im „Archivar“ (5) sehr mißverständlich wiedergegeben. Aber wie dem auch sei, es ist müßig, über frühere Mißverständnisse, Urteile und Vorurteile zu rechten; sie wurden auf beiden Seiten der Mauer hervorgebracht. 1986, nach einigen Jahren der Umsetzung aller Hilfsmittel im Zuge der konkreten Bestandsergänzung, wies ich erneut nachdrücklich auf den *subsidiären* Charakter des Bewertungsinstrumentariums hin, warnte eindringlich vor mechanischer Anwendung, wie sie uns inzwischen unterstellt worden war, und traf noch einmal die doch wohl eindeutige Aussage, daß durch die Bewertung für die Forschung eine Quellenbasis zu schaffen sei, nicht mit dem Motiv „bereits Bekanntes zu belegen, sondern der Forschung eine Fülle von Dokumenten bereitzustellen, die in Ursachen, Hintergründe, Triebkräfte und Störfaktoren, Ablauf und Ergebnisse historischer Prozesse hineinzuleuchten und diese aufzudecken vermögen und immer wieder neuen Fragestellungen genügen“ (6).

Das muß natürlich nicht jeder gelesen haben. Aber wenn sich A. Menne-Haritz, auf deren Fehleinschätzung ich eben schon 1986 hinwies (7), in ihrer hier verbreiteten „Denkschrift zur Zukunft der Archivarsausbildung für die neuen Bundesländer“ vom November 1990 auf die gesamte zugängliche Literatur beruft, wozu die AM ja wohl zählen, um zu dem Schluß zu kommen: „Eine archivische Überlieferung wurde nur insofern angestrebt, wie sie das Geschichtsbild der SED stützte“ (8), dann liegt dem entweder Ignoranz zugrunde oder vorsätzliche Aufrechterhaltung einmal gefaßter und offenbar benötigter Vorurteile. Ihre Aussage zur Funktion des Archivwesens als geschichtliches Gedächtnis der Gesellschaft ist wohl von keinem vernünftigen Archivar je bestritten worden. Doch *wie* diese Quellenbasis zustande kommen soll, darüber bleibt M.-H. die Antwort schuldig. Statt dessen kolportiert sie ihre Zwangsvorstellung von der „mechanischen Anwendung“ der Bewertungshilfsmittel, und das nicht nur in den Endarchiven, sondern auch in den Verwaltungsarchiven (9), denen tatsächlich die Bewertungsentscheidung im Sinne der positiven Wertauslese gar nicht zukam. Diese Kollegen wurden von den übernehmenden Archivaren stets als Partner ernst genommen; die Verantwortung für die Auswahl und dauernde Aufbewahrung des archivwürdigen Schriftgutes trugen jedoch die Bestandsergänzer der Endarchive, d.h. hochqualifizierte, erfahrene Archivare.

Wenn nun, das sei hier eingeschaltet, Journalisten sich zum Archivwesen in der ehemaligen DDR äußern, wie es zum Beispiel Marianne Doerfel im Januar 1991 tat (10), muß man das sicher nicht so verbissen sehen, in der Presse steht vieles. Immerhin staunt man doch über die Mitteilung: „Wir wissen heute, daß es massive Gründe gab, bei der Archivierung von Akten und Urkunden zur Geschichte eines Betriebes das Kriterium der ‚positiven Wertauslese‘ anzulegen. Für den Laien war das ein nichtssagender Euphemismus, für den Insider dagegen ein deutliches Signal, die Richtlinien der Partei zum Thema sozialistisches Eigentum genau zu beachten“ usw. In Verkennung der Begriffsbedeutung „positive Wertauslese“, die für den Archivar – und wenn ich es recht sehe, in Ost und West (11) – nur methodisch von Belang ist, im Sinne der Auswahl des Archivwürdigen aus der überwiegenden Masse des kassierbaren Schriftguts, wird der Journalistin unterhand daraus ein Menetekel. Im Grunde legt das die Archivarin Menne-Haritz aber nicht anders aus, und das fällt für mich unter das Merkmal Unredlichkeit. Es handelt sich, ich muß es so sagen, um verleumderische Pauschalurteile, gegen einen ganzen Berufsstand gerichtet, die nicht besser sind als vergleichbare Verdikte dogmatischer Rechthaber der früheren DDR. Ich habe mich vor der „Wende“ nach Kräften dagegen verwahrt – es ist an der Zeit, es wieder zu tun, nicht für mich (ich sehe mich nicht tangiert), sondern für meine Kollegen. Es ist an der Zeit, vom Podium herabzusteigen, auf beiden Seiten, in beiden Teilen der neuen Republik. Der schon zitierte Beitrag von Uhl läßt mich hoffen.

(1) AM 40(1990)5. – S. 161 f.

(2) Uhl, B.: Der Wandel in der archivischen Bewertungsdiskussion. – In: Der Archivar 43(1990)4. – Sp. 529-538.

(3) Enders, L.: Stand und Probleme der Ausarbeitung des Rahmendokumentationsprofils der staatlichen Archive der DDR. – In: AM 32(1982)5. – S. 173 f.

(4) Ebenda, S. 174.

(5) In: Der Archivar 36(1983)4. – Sp. 454 ist von „Eingeständnis“ die Rede, doch trat ich hier wahrlich nicht als Sprachrohr der Obrigkeit auf, sondern übte ungeschminkte Kritik „von unten“.

(6) Enders, L.; Müller, R.: Verwirklichung der Bestandsergänzungskonzeption im Staatsarchiv Potsdam für die Jahre 1981 bis 1985. – In: AM 36(1986)5. – S. 151 f.

(7) Ebenda, S. 151 und Anm. 4 mit Bezug auf Menne-Haritz, A.: Indizierung oder konventionelle Verzeichnung? – In: Der Archivar 38(1985)4 – Sp. 411 f.

(8) Menne-Haritz, A.: Denkschrift zur Zukunft der Archivarsausbildung für die neuen Bundesländer. – Marburg, 26.11.1990. – S. 3.

(9) Ebenda, S. 21 f. – Nach meinen Informationen ist solches an der Fachschule für Archivwesen nie gelehrt worden.

(10) Doerfel, M.: Das eingesperrte Gedächtnis der Nation: zum Archivwesen in d. ehem. DDR. – In: Das Parlament Nr. 3-4/11/18. Januar 1991. – S. 12. – Den Hinweis auf diesen Beitrag verdanke ich Dr. Peter Schmidt, Berlin.

(11) Uhl (wie Anm. 2), Sp. 533.



Erster Veranstaltungstag, 6.3.1991

Thema: *Theorien der Bewertung*

Nach den Vorträgen von A. Menne-Haritz und B. Brachmann ergriff zunächst H. BOOMS das Wort, um einige Aussagen seines 1972 veröffentlichten Aufsatzes **Gesellschaftsordnung und Überlieferungsbildung** zu präzisieren: „Als Historiker war und ist mir immer bewußt, wie begrenzt der Nutzwert pertinenzmäßig zusammengetragener Quellenbestände für denjenigen ist, für dessen Fragestellung sie nicht zusammengetragen wurden. Der Historiker kann bei der Auswertung von Quellen nicht auf deren Entstehungszusammenhang verzichten! Auch Bewertungsvollzug ist daher nur auf der Basis der Provenienz möglich. Zweitens möchte ich doch feststellen, daß mein Dokumentationsplan nichts anderes bewirken sollte, als reale Bezüge zum historisch gewordenen zeitgenössischen Geschehen der Aktenentstehungszeit herzustellen, und nicht komplexe Wertvorstellungen konstruieren wollte, wie Ideologien und Philosopheme sie anstreben. Wesentlicher ist für mich aber, daß ich heute an diesem fest umrissenen Dokumentationsplan nicht länger festhalten kann und mag. Er war auch ein Kind der Planungseuphorie jener Jahre, die den Eintritt der Menschheit in das Informationszeitalter verkündete, und in der die Kybernetiker nicht nur den Archivaren den Aufprall einer Springflut von Informationen prophezeiten.“

H. Booms skizzierte die gegenwärtige Situation im Bundesarchiv Koblenz, die einerseits durch einen jährlichen Zuwachs von ca. 80.000 Akteneinheiten im zwischenarchivischen Bereich, zum anderen durch die Anwendung stark formalisierter Bewertungskriterien gekennzeichnet sei. Die Akten der Ministerial-ebene der Bundesverwaltung könnten auf dem Wege der Einzelbewertung zwar praktisch um ca. 60 % reduziert werden. „Das ist viel, aber ist es auch genug? Braucht man nicht die inhaltliche Abschätzung der historischen Relevanz von politischen Geschehnissen und Abläufen im voraus, um den noch fehlenden Teil nichtarchivwürdiger Akten reduzieren zu können? Mir scheint, darauf steht auch im Bundesarchiv die Antwort noch aus.“ G. SCHMID (VdA) bezog sich in seinen Ausführungen vor allem auf die von A. Menne-Haritz aufgeworfene Frage nach dem Berufsverständnis und Wissenschaftsanspruch des Archivars. Er umriß die Situation in der ehemaligen DDR, in der die Autonomie der Archivwissenschaft schon seit Jahren anerkannt werde, verwarf aber nachdrücklich Versuche der Vergangenheit, eine marxistisch-leninistische Archivwissenschaft zu konstruieren. Durch das zunehmende Massenproblem und Ausbildungserfahrungen in den 60er und 70er Jahren gewart, habe man in der ehemaligen DDR das eigene Selbstverständnis als Historiker-Archivar gegenüber der Reduzierung archivarischer Tätigkeit auf die eines Registrator-Archivars betont. Dennoch sei bei dem archivarischem Nachwuchs der Universität ein Defizit im Bereich historischer Tätigkeit zu beobachten, das sich auch in der archivarischen Praxis (etwa bei Quelleneditionen) bemerkbar mache. G. TADDEY (Landesarchivdirektion Baden-Württemberg) wandte sich gegen die These von A. Menne-Haritz, daß eine Bewertungsdiskussion in der Bundesrepublik zwischen 1971/72 und 1989 faktisch nicht geführt worden sei. Zwar habe es kein schlüssiges theoretisches Gesamtkonzept gegeben, jedoch sei auf bemerkenswerte Einzelergebnisse wie Modelle für die Bewertung von Finanzakten in Niedersachsen und Bayern, von Schriftgut der Forstwirtschaft und von kommunalem Schriftgut zu verweisen. Der Redner warnte gleichfalls davor, Bestandteile und Funktionen von Verwaltungsschriftgut auf idealtypische Modelle zu reduzieren, da ein solches Vorgehen von vornherein angreifbar sei.

In der Replik konkretisierte A. MENNE-HARITZ die Aussagen ihres Referates, um anschließend die Forderung nach einer gesamtdeutschen Rezeption der 40jährigen Erfahrungen zu erheben, die ost- und westdeutsche Archive getrennt gemacht haben. Unter Hinweis auf die Diskussionen der 60er Jahre in der DDR-Fachzeitschrift „Archivmitteilungen“ vertrat sie die Auffassung, daß die Archivwissenschaft der ehemaligen DDR wohl sehr viel autonomer gewesen sei als die der Bundesrepublik. Als eine wesentliche Ursache dessen führte sie die Folgen des Kalten Krieges für die Bundesrepublik an. Sie betonte, daß sich die diskutierten Berufscharakteristika Historiker-Archivar/Registrator-Archivar nicht als Alternativen darstellten, da das eine wie das andere die eigenständige Disziplin Archivwissenschaft zu einem Handwerkszeug abwertete und zudem die Archive ausgrenzte, die kein historisches Studium absolviert haben. B. BRACHMANN kritisierte den Bewertungsansatz Theodore R. Schellenbergs als „zu wenig historisch“, da der Weg vom Archive zur Formulierung seines Primär- und Sekundärwertes sehr kurz sei. Er wies in diesem Zusammenhang auf den methodischen Ansatz H. O. Meisners hin, der sich, ausgehend von der Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte, in der Archivpraxis beider deutscher Staaten bewährt habe.

Ein weiteres Thema wurde mit der Anwendung des Provenienzprinzips in der ehemaligen DDR als Grundsatz der Bildung und Abgrenzung von Beständen angesprochen. Es wurde angemerkt, daß die der Archivwissenschaft benachbarte Informations- und Dokumentationswissenschaft den Begriff der Provenienz offensichtlich noch immer nicht in seiner Bedeutung für archivwissenschaftliche Belange wahrgenommen habe. L. ENDERS (Potsdam) äußerte sich zu praktischen Erfahrungen, die sie während ihrer 35jährigen Bewertung und erschließenden Tätigkeit im ehemaligen Staatsarchiv Potsdam und als Mitglied der Zentralen Bewertungskommission gewinnen konnte. Sie betonte, daß in der DDR Bewertungshilfsmittel wie das Rahmendokumentationsprofil anhand der Aktenbestände und ihres Informationsgehaltes entwickelt wurden. Das Archivgut sei auf der Grundlage verfassungs- und verwaltungsgeschichtlicher Erkenntnisse analysiert worden, wobei die Bewertungshilfsmittel in keinem Fall „mechanisch“ angewandt worden seien. Daher müßten sie, ungeachtet ihrer Überarbeitungsbedürftigen ideologiebehafteten Passagen, für die Bestände der DDR weiterhin Gültigkeit haben. Diese Auffassung wurde im Verlauf des Kolloquiums von mehreren Rednern bekräftigt.

W. MERKER (Potsdam) skizzierte in seinem Diskussionsbeitrag die Aufgaben für die Archive in den fünf neuen Bundesländern. Im Mittelpunkt ihrer Tätigkeit stünde zwar gegenwärtig die Sicherung des Schriftgutes in den Behörden, Verwaltungen, Betrieben der ehemaligen DDR, die aufhören bzw. aufgehört haben zu existieren. Für die unmittelbare Zukunft erhebe sich aber die Forderung nach der Bewertung dieses massenhaft anfallenden Schriftgutes. Als Kardinalproblem sei in diesem Zusammenhang das Verhältnis zwischen dem DDR-Staat und der SED anzusehen. Bei der Schaffung des verfassungs- und verwaltungsgeschichtlichen Vorlaufs für ein koordiniertes Herangehen an deren Schriftgut müsse ein erhebliches Defizit konzeptioneller Art und mit Bezug auf Gesamtinformationen festgestellt werden.

Seit der Übernahme der Kompetenzen der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland 1946 durch die SED habe diese – in engstem Zusammenhang mit dem Staatsapparat – faktisch Verfassungsfunktionen ausgeübt. An der Wende von den 70er zu den 80er Jahren hätten sich dann die Entscheidungskompetenzen innerhalb der Parteispitze verlagert. Die Verquickung von staatlichen und Parteifunktionen werde bei der Nachlaßproblematik ebenso deutlich wie bei dem Verhältnis zwischen dem Zentralkomitee der SED und den Ministerien. Neben einer Vielzahl „gemischter“ Beratungsgremien (staatlicher Provenienz, in denen parteipolitische Entscheidungen vermittelt wurden), hätten zahlreiche Sonderinstitutionen existiert, die bewußt außerhalb staatlicher Kompetenzen konstituiert worden seien. Als Beispiele nannte er die Bereiche Staatssicherheit, Polizei, Armee, Zoll u.a. Als Grundvoraussetzung für archivische Bewertungsprozesse forderte W. Merker solide verfassungs- und verwaltungsgeschichtliche Analysen, in denen diese Entscheidungsstrukturen aufzudecken seien.

Nach dem Referat von B. Uhl eröffnete wiederum H. BOOMS die Diskussion. Unter Bezugnahme auf den Diskussionsbeitrag von W. Merker plädierte er dafür, Teile des ehemaligen SED-Parteiarchivs dem Bundesarchiv zu übergeben. H. BOOMS wies auf die Nachlaßproblematik hin, die für die Bewertung ebenfalls hohe Aktualität beanspruche. Wenn es um Analysen von Überlieferungslage und Archivwürdigkeit ginge, müßten auch das Archivgut und der Einfluß sogenannter pressure-groups auf politische Entscheidungen stets berücksichtigt werden. Im übrigen sollte es das Bestreben des Archivars sein, möglichst viel (nicht archivwürdiges) Schriftgut schon vor dem Archivator auszusondern.

R. STAHL-SCHMIDT (Nordrh.-westf. HStA, Zweigarchiv Schloß Kalkum) fügte ergänzend hinzu, daß selbst Entscheidungen der Registratur, Schriftgut „dauernd“ aufzubewahren, nicht mit einer unbegrenzten Aufbewahrungsfrist identisch seien, sondern sich in der Regel auf eine 30jährige Aufbewahrungsfrist bezögen. Nach deren Ablauf habe der Archivar – in Übereinstimmung mit der Archivgesetzgebung – das letzte Wort. Außerdem bestätigte er die Existenz von (positiven) Aussonderungsverzeichnissen bei den nordrhein-westfälischen Registraturbildnern. Obwohl er die Notwendigkeit einer Vorauswahl in den Registraturen angesichts der Masse anfallenden Schriftgutes prinzipiell anerkannte, bezweifelte er die Qualität der Einzelergebnisse und verwies auf Gefahren, die die mangelnde archivfachliche Kompetenz der Registratoren berge.

Zweiter Veranstaltungstag, 7.3.1991

Thema: *Die Bewertungspraxis*

I. HEBIG (LHA Potsdam) nahm die Diskussion zum eigentlichen Problem des Referates von H. Papendieck auf, nachdem G. TADDEY und B. UHL Probleme der Kompetenzabgrenzung zwischen Bund und Ländern am Beispiel der Zuständigkeit der Archive für nachgeordnete Behörden des Militärs und der Bauverwaltungen dargelegt hatten. Ausgehend von der Bewertungsdiskussion in der ehemaligen DDR benannte sie drei Aspekte, die die archivische Praxis stark beeinflusst hatten: Generell müsse bei der Bewertung von Sachakten die Registraturführung in den Verwaltungen berücksichtigt werden, da die Aktenbildung oft subjektiv geprägt gewesen sei. Zentralregistraturen, die es kaum gegeben habe, seien mit dem Problem der Subjektivität nicht in der Schärfe konfrontiert gewesen wie die Sachbearbeiterregistraturen. Hieraus leitete sie eine eng zu gestaltende Zusammenarbeit zwischen dem Archiv und den Regi-

straturbildern seines Zuständigkeitsbereiches ab. Zweitens resultierten zahlreiche Schwierigkeiten aus der vergleichsweise breiten Zuständigkeit der Staatsarchive in der ehemaligen DDR, da sie – im Gegensatz zu denen der alten Bundesländer – auch die Funktion eines regionalen Wirtschaftsarchivs innehatten. Letztlich sei drittens die Bewertung bereits nach zehn Jahren, gerechnet von der Entstehung des Schriftgutes an, erfolgt. Das Fehlen zeitgeschichtlicher Darstellungen habe die Erarbeitung grundsätzlicher, historisch orientierter Hilfsmittel für die Bewertung zwingend notwendig gemacht.

W. ELSTNER (Fachschr. f. Archivwesen Potsdam) stellte bei einem Vergleich von Schriftgutkatalogen der alten und neuen Bundesländer eine größere Zahl von Gemeinsamkeiten fest, die sich vor allem bei der Festlegung minimaler Aufbewahrungsfristen anhand zahlreicher Einzelbeispiele nachweisen ließen.

B. BRACHMANN, regte daraufhin die Publikation einer Konkordanz (Aufbewahrungsfristen in der DDR – Aufbewahrungsfristen in den alten Bundesländern) an, die Maßstäbe für eine künftige Behandlung von Massenschriftgut setzen könnte.

Nach N. MOCZARSKI (StA Meiningen) stand der Aufwand bei der Erarbeitung des Rahmendokumentationsprofils in keinem Verhältnis zum erzielten Nutzen, da es kaum praktische Anwendung gefunden habe. Allerdings seien dennoch positive Auswirkungen festzustellen. So sei durch dieses Instrument der Blick für Infrastrukturen der Wirtschaft geschärft worden, zumal für diesen Bereich keine Rahmensystematik vorliege. Die Umgestaltungen auf dem Gebiet der Wirtschaft nach dem November 1989 machten jedoch ein flexibles Herangehen der Archive erforderlich, um gefährdete Bestände sichern und übernehmen zu können.

Unter Hinweis auf die unterschiedlichen Ausgangssituationen in der DDR und in den „alten“ Bundesländern würdigte L. SAUPE (HStA München) die wissenschaftliche Leistung der ostdeutschen Archive bei der Anfertigung der Territorialprofile. „Sie stellen offensichtlich Hilfsmittel dar, die in der Arbeit der zentralen Staatsarchive der Flächenstaaten unter den alten Ländern zum einen durch die Staatshandbücher, zum anderen durch die Nachschlagewerke und Behördengeschichten ersetzt werden, die vor allem im Bereich der Universitätslehrstühle für Landesgeschichte erstellt wurden. Im Bayerischen Hauptstaatsarchiv werden alle Registraturbildner des Archivsprengels listenartig erfaßt und in den Beständeakten Aussagen zur Archivwürdigkeit geführt, die sich von Vorberichten bis zu Teilkatalogen nicht archivwürdiger Registraturgruppen erstrecken. Erst wenn die Aktenabgabe eines bayerischen Ministeriums ansteht, werden der Stellenwert der Behörde im Gesamtgefüge des Territoriums anhand der genannten Hilfsmittel erneut überprüft und dem folgenden Aussonderungsverfahren archivwissenschaftliche Kriterien zur Ermittlung der konkreten Archivwürdigkeit zugrunde gelegt. Wir meiden aber bei den Landeszentralbehörden eine Vorausplanung der Archivwürdigkeit etwa nach zeitgeschichtlichen, ereignisbezogenen Vorgaben. Hier stehen sich in den westlichen und östlichen Ländern noch zwei recht verschiedene Vorgehensweisen gegenüber. Vielleicht werden aber auch in den neuen Ländern künftig Staatshandbücher und Veröffentlichungen der Landes- und Behördengeschichtler den Archivaren etwas von der Vorarbeit abnehmen.“

B. BRACHMANN warf die Frage nach der praktischen Bedeutung der Einstufung von Archivbeständen in Wertkategorien auf. I. HEBIG und H. PAPENDIECK verwiesen auf die Praxiswirksamkeit einer solchen Gliederung im Katastrophen- und Auslagerungsfall, bei der Sicherungsverfilmung und bei der Bestimmung der Erschließungsintensität. Demgegenüber warnten C. GRUNERT (LHA Magdeburg) und I. SCHARF (StA Weimar) davor, eine historisch determinierte wertmäßige Gruppierung von Beständen als endgültig anzusehen, da dieser Wert von zeitgeschichtlichen Faktoren abhängig sei. Sie illustrierten diese Auffassung am Beispiel von Amtsgerichts- und Katasteramtsbeständen. Das Schriftgut nachgeordneter Einrichtungen dokumentiere die Realität der Basis oftmals besser denn die als „wertvoller“ eingestufte Überlieferung von Registraturbildnern der nächsthöheren Verwaltungsebene.

Die Diskussion, die sich an das Referat von R. Malek anschloß, befaßte sich eingangs mit dem Problem der Aktenbildung in den Archiven. B. BRACHMANN verwies in diesem Zusammenhang auf die Problematik der Verschlusssachen. Eine breite Sekretierung von Dokumenten habe durch die Zerreißung von Registraturen erhebliche Informationsverluste und eine Verschlechterung der Überlieferungslage bewirkt. H. BOOMS erfragte, ob die Aktenbildung in Archiven als ein zentrales Problem der DDR-Archive zu verstehen sei und wie die Qualität der Schriftgutverwaltung insgesamt zu bewerten sei: „Von größter Bedeutung für die künftige gemeinsame Archivarbeit von Ost und West scheint mir folgende Frage zu sein: Gab es in den Schriftgutführungen nun Chaos oder Ordnung?“ Während I. HEBIG die Auffassung vertrat, daß es sich bei der Aktenbildung in Archiven um ein Randproblem handle, das nur bei „Loseblattsammlungen“ praktiziert worden sei, differenzierte H. PAPENDIECK stärker. Eine Kassation aus Akten sei erfolgt, wenn absehbar war, daß nur 10-20% des Inhalts als archivwürdig zu betrachten seien. Generell sei jedoch in die Aktenbildung dann einzugreifen, wenn es der Überlieferungszustand – verursacht

durch eine schlechte Registraturführung in den Verwaltungen – erforderlich mache. Ergänzende Bemerkungen C. GRUNERTs machten deutlich, daß in der DDR die Auffassung vorherrschte, Registraturhilfsmittel seien nicht notwendig. Der Typ der Sachbearbeiterregistratur und die funktionale Stellung des Schriftgutes im Behördenmechanismus hätten die Anlage solcher nicht erforderlich gemacht. Für G. LIPPERT (Dt. Bundespost, Berlin) deuteten der Einsatz archivarisches nicht qualifizierter Mitarbeiter und schlechte Arbeitsbedingungen in Archiven zahlreicher Einrichtungen darauf hin, daß das Berufsbild des Archivars in der DDR nicht gebührend anerkannt wurde. Ein Berufsethos habe sich – zumal in den Verwaltungsarchiven – nicht ausprägen können. Das habe sich auch auf die Qualität der Schriftgutverwaltung ausgewirkt. I. SCHARF teilte diese Ansicht, verwies aber auf traditionelle Bereiche des Beamtentums wie Reichsbahn, Post- und Justizwesen, in denen ordnungsgemäße Registraturen geführt worden seien. Durch die erneute Einrichtung von Verwaltungsschulen erhoffe sie sich auch eine Verbesserung der Aktenbildung und Registraturführung. I. HEBIG und A. MENNE-HARITZ stimmten darin überein, daß die Gründe für die unzureichende Schriftgutverwaltung in der ehemaligen DDR sowohl struktureller, als auch gesellschaftlicher Art gewesen seien. Zum einen seien die Beamten nach 1945 übergangslos aus der Verwaltung ausgeschieden und meist durch „nichtbeamtete“ Kräfte ersetzt worden, die keine verwaltungsfachlichen Voraussetzungen mitgebracht hätten. Zum anderen seien die Verwaltungseinrichtungen in der DDR – im Gegensatz zu denjenigen in der Bundesrepublik – auf das Rätssystem orientiert gewesen. Die Einheit von Beschlußfassung und Kontrolle, die dem Prinzip der Gewaltenteilung zuwidergelaufen sei, habe auch Auswirkungen auf die Funktion von Schriftlichkeit gehabt, weil dadurch die Eigenverantwortlichkeit der Basisinstitutionen unterdrückt worden sei. Nach Auffassung E. HELLMUTHS (Carl-Zeiss-Archiv Jena) sei eine besonders markante Diskreditierung der Registraturen in Einrichtungen aus dem Bereich der Wirtschaft festzustellen gewesen, wie von E. GRÜNSPEK (BA Potsdam) bestätigt wurde. Auch das ehemalige Zentrale Staatsarchiv habe diese Erfahrung gemacht. Eine konzeptionell und praktisch wirksame Lösung des Problems könne aber erst gefunden werden, wenn die vor dem 3.10.1990 entstandenen Bestände in den Archiven seien. Vorrang besäße derzeit die Sicherung des Archivgutes.

Nach dem Referat von H. W. Eckardt bezogen sich Anfragen B. BRACHMANNs und H. PAPENDIECKs auf die Problematik des Datenschutzes und das von H.-W. Eckardt vorgestellte „La-Prinzip“ für die Auswahl eines repräsentativen Querschnitts bei Personenakten. H.-W. ECKARDT stellte fest, daß die Festlegung der Anfangsbuchstaben „La...“ 1954 willkürlich erfolgt sei. Weder die Demoskopie noch die Soziologie seien bei der Einführung dieses Auswahlverfahrens konsultiert worden. Erkenntnisse über die Effektivität dieses Hamburger „Mindestversuchs“ lägen aufgrund der Sperrfristen noch nicht vor. Zur Sicherung des Schutzes persönlicher Daten aus Einzelsachakten gebe es verschiedene Maßnahmen, zu denen auch das Verbot der Anfertigung von Reproduktionen solcher Quellen gehöre. Vor allem werde aber eine Benutzung personeller Akten erst nach Ablauf von 90 Jahren, gerechnet von der Geburt des Betroffenen an, oder 10 Jahre nach dessen Tod ermöglicht. H. G. MALZ (Archiv der TU Berlin) und G. SCHWENDLER (Univ.-Archiv Leipzig) informierten sich über die Behandlung der Universitätsakten im Hamburger Staatsarchiv. Nach H.-W. ECKARDT existiere noch keine beiderseits befriedigende Übereinkunft mit der Universität. Die Festlegung einer 45- bis 50jährigen Aufbewahrungsfrist, wie sie das Leipziger Universitätsarchiv im Interesse der Begründung von Rentenansprüchen derzeit praktiziert, wäre daher für Hamburg ein großer Fortschritt. Im Unterschied zu Leipzig gelten Beleg-, Examensarbeiten und Dissertationen jedoch als Bestandteil der Prüfungs- bzw. Studenteakte und werden nicht der Bibliothek übergeben, sondern archiviert.

Die Diskussionsbeiträge B. BRACHMANNs, H.-W. ECKARDTs und G. TADDEYs zur Auswertung von Archivgut für medizinische Zwecke tangierten auch den interdisziplinären Aspekt archivarischer Tätigkeit. So nahm G. TADDEY die nach der Wende in der DDR an die Staatsarchive übergebenen Akten psychiatrischer Kliniken zum Anlaß, um nach der Rechtmäßigkeit des Zugriffs zu fragen. Einen pragmatischen Ansatz für die Bewertung könne die Benutzungsfrequenz von Akten darstellen: „Welche Akten wurden in einem bestimmten Zeitraum wie oft benutzt? Welche Gemeinsamkeiten besitzen diese oft benutzten Akten?“ Möglicherweise könnten hieraus verallgemeinerungswürdige Sachverhalte abgeleitet werden, die die Bewertung beeinflussen sollten.

Die abschließenden Beiträge dieses Kolloquiumstages berührten das Problem der Archivautonomie. H.-W. ECKARDT forderte die letztendliche Entscheidungsbefugnis des Archivars bei der Festlegung von Aufbewahrungsfristen. Es könne, so Eckardt auf die Hinweise R. Stahlschmidts, auch keine Rückforderung der Akten durch Personen aufgrund des Selbstbestimmungsrechtes über die in den Akten gespeicherten personenbezogenen Daten geben. Die fast überall vorhandenen Archivgesetze regeln die Abgabepflicht eindeutig.

Thema: *Bilanzen und Perspektiven*

Zu Beginn der Podiumsdiskussion konstatierte A. MENNE-HARITZ, daß die Bewertungsproblematik im Osten wie im Westen nach wie vor offen sei. Sie verwies auf nicht lösbare Widersprüche archivarischer Tätigkeit, die mit dem Begriff des Dokumentierens und dem Begriff der Wahrheit im Zusammenhang mit historischer Forschung umschrieben wurden.

Auch B. BRACHMANN sah ein Paradoxon in dem Bestreben, einerseits Theorien und Lösungsansätze entwickeln zu wollen, das Problem aber letztlich nicht lösen zu können. In Übereinstimmung mit der Vorrednerin plädierte er für das Sichern und Bewahren als archivwissenschaftliche Primäraufgabe, bei der Interpretationen zurücktreten müßten. Bewertung dürfe nicht Interpretation bedeuten und müsse sich zuerst an formalen Aspekten orientieren. B. Brachmann stellte mit Bezug auf die verschiedenen Kolloquiumsbeiträge eher Konsens und Übereinstimmung als Dissens fest, so auch bei der Akzeptanz des Provenienzprinzips, dem Pertinenzen unterzuordnen seien. Mit Blick auf den für Bewertungsfragen notwendigen verwaltungsgeschichtlichen Vorlauf äußerte er die Hoffnung, daß das Informationshandbuch des Bundes in Zukunft auf die neuen Länder erweitert werden könne und darüber hinaus neben den Staatshandbüchern auch Informationshandbücher der Länder erarbeitet würden.

B. UHL brachte sein Unbehagen gegenüber den bisher entwickelten Bewertungsinstrumenten zum Ausdruck, indem er auf J. Papritz verwies, der den Zwang zu archivischer Bewertung trotz fehlender übergreifender Bewertungsmaßstäbe konstatiert hatte. Die Bewertungsinstrumente ließen sich wegen eines mangelnden Gesamtkonzeptes nur schwer hinterfragen und dienten letztlich der Befriedigung von Benutzerwünschen und Forschungsinteressen. Bewertung dürfe nicht an einem historisch motivierten Konzept mit inhaltlichen Kriterien festgemacht werden, sondern müsse sich in erster Linie an formalen Kriterien orientieren. Der Redner schlug als Kompromißlösung für die Bewertung von Massenaktengruppen ein formales Auswahlmodell vor, bei dem Stichprobe und Auswahl nach qualitativen Gesichtspunkten archiviert werden sollten.

H. PAPENDIECK sprach sich für eine Weiterverwendung der in der ehemaligen DDR entwickelten Bewertungshilfsmittel aus. Selbstverständlich müßten die Veränderungen nach der Wende berücksichtigt und für die neuen Länder neue Maßstäbe angelegt werden, um – basierend auf der Infrastruktur der Länder – für diese Territorialprofile zu entwickeln. Ungeachtet aller archivischen Bewertungsinstrumentarien liege die Entscheidung letztlich bei dem einzelnen Archivar. Subjektivismus könne durch diese Hilfsmittel aber vermindert werden.

R. MALEK differenzierte demgegenüber zwischen den Dokumentationsprofilen einerseits und Territorialprofilen, Schriftgutbewertungsverzeichnissen etc. andererseits. Ungeachtet ihres Überarbeitungsbedarfs könnten zumindest letztere zwar hilfreich sein, wenn es darum ginge, die Entwicklung eines Territoriums in seiner Breite zu erfassen. Die Erarbeitung derartiger Hilfsmittel bedeute aber in jedem Falle ein Eingreifen des Archivars in Dinge, die unabhängig vom Archiv entstünden.

H.-W. ECKARDT wies auf die gleichzeitig einsetzenden Bemühungen ost- und westdeutscher Archive hin, das Schriftgut bereits im archivischen Vorfeld erheblich zu reduzieren. Daher müsse der Schwerpunkt der Zusammenarbeit zwischen den Registraturen und den Archiven auf der gemeinsamen Erarbeitung von Merkmalskatalogen für eine solche Reduktion liegen. Ziel müsse dabei sein, mit einem Minimum an Dokumenten ein Maximum der Informationen zu dokumentieren, die hervorgebracht wurden. Der Redner ging auf die Rolle der Archivorganisation mit Bezug auf die Bewertungsproblematik ein. Er plädierte dafür, die Trennung der archivischen Arbeitsprozesse in der ehemaligen DDR zugunsten einer umfassenden Tätigkeit des einzelnen Archivars aufzuheben.

H. BOOMS warf die Frage auf, ob das Behördenschriftgut der DDR, das auf der Grundlage der Beschlüsse der SED entstand und nicht unbedingt die Realität dokumentierte, überhaupt anders zu bewerten sei, als mit den vorhandenen Bewertungshilfsmitteln, die ebenfalls auf diesen Parteibeschlüssen basierten. „Aber kann man die in der Zeit der DDR ideologisch geprägten Bewertungsinstrumente überhaupt noch anwenden? Ich selbst habe darauf noch keine Antwort.“

E. BRACHMANN-TEUBNER (BA Potsdam) ging auf diese Frage ein. Das in der ehemaligen DDR erarbeitete Bewertungssystem widerspiegele die Spezifik der Organisation des Verwaltungsapparates ebenso wie die Spezifik der Organisation des Archivwesens. Aus der zentralistischen Anlage beider sei der Gedanke einer komplexen Bewertung auf zentraler, mittlerer und regionaler Ebene hervorgegangen. Theoretische Überlegungen für die Erarbeitung eines solchen Systems hätten bei den (recht allgemeinen) Bewertungsregeln H.O. Meisners ange setzt. Man habe sich sowohl an Veröffentlichungen westlicher Kollegen wie W. Rohr, F.W. Zimmermann und G.W. Sante als auch an den Erfahrungen ähnlich zentralistisch organisierter Staatswesen (Sowjet-

union, Tschechoslowakei, Polen) orientiert. Ob das im Ergebnis entstandene Bewertungssystem in seinem Zusammenspiel von Rahmendokumentationsprofil, Dokumentationsprofilen der Bezirke, Archivgutverzeichnissen, Schriftgutbewertungsverzeichnissen, Negativkatalogen auf die Zeit nach der Wende in der DDR anwendbar sei, bliebe dahingestellt. In der Bewertungspraxis der DDR habe es aber eine wesentliche Hilfe dargestellt, um das von B. Uhl beschriebene „Unbehagen“ bei Bewertungsentscheidungen zu vermindern. Erkenntnisse und Erfahrungswerte aus dieser Zeit müßten auf ihre Verallgemeinerungsfähigkeit überprüft werden. Unter Hinweis auf zwei Beispiele für massenhaft auftretende gleichförmige Einzelakten bemerkte sie, daß hier bisher wohl weder die Erfahrungen der deutschen Archive aus Ost und West, noch international diskutierte Methoden (Sampling) eine schlüssige Lösung für deren Bewertung bieten könnten.

Zu dem Komplex der Erarbeitung der Bewertungshilfsmittel in der ehemaligen DDR, ihrer Tauglichkeit, Überarbeitungsbedürftigkeit und zukünftigen Anwendbarkeit gab es weitere Wortmeldungen von A. MENNE-HARITZ, W. ELSTNER, R. MALEK, C. GRUNERT, I. HEBIG, H. PAPENDIECK.

B. BRACHMANN warnte vor einer Reduzierung der Problematik auf die Bewertung von Akten. Man dürfe die Registereinträge nicht vergessen, die bei idealtypischen Bewertungsmodellen mitunter außer acht gelassen würden. Zudem gebe es neben dem historisch motivierten Erkenntnisinteresse auch andere (naturwissenschaftlich-technische) Aneignungsformen von Informationen, die das Wahrheitsproblem relativierten.

B. BOOMS erfragte, ob eine Trennung formaler und inhaltlicher Bewertungskriterien in der diskutierten Weise haltbar sei. „Bei massenhaft gleichförmigen Akten gilt das archivische Bestreben in erster Linie dem Ziel, nach formalen Kriterien eine repräsentative Auswahl zu treffen. Inwieweit diese Art der Überlieferungsbildung durch inhaltliche Auswahlkriterien zu ergänzen ist, ist eine wichtige Frage, die jedoch auf das Massenproblem und seine Reduzierung kaum Einfluß hat. Die Bewertung von Sachaktenregistraturen ist eine wesentlich umstrittenere Aufgabe, weil die Auswahl einer repräsentativen Überlieferung den Verzicht auf die Archivierung des Schriftguts ganzer Funktionsbereiche einschließt. Dies bedeutet, daß formale Kriterien allein nicht ausreichen und daß gerade den inhaltsbezogenen Kriterien die Priorität im Bewertungsprozeß zufällt.“

Mit der Frage „Was wollen Forscher in den Archiven?“ griff G. TADDEY den Gedanken der historischen Wahrheit auf, der eingangs von A. Menne-Haritz in Frage gestellt worden war. Er plädierte statt dessen für den Begriff der historischen Objektivität als dem wertfreien, wertneutralen Aspekt, unter dem Bewertung im Idealfall stehen sollte.

Abschließend wies B. BRACHMANN auf den offenen Ausgang der Diskussion hin, die auf dem 62. Deutschen Archivtag in Aachen fortzusetzen sei. Das Kolloquium habe einen Ausgangspunkt bieten können, um auch in den neuen Bundesländern die fachliche und persönliche Verständigung unter Einbeziehung der Erfahrungen der westdeutschen Kollegen zu beleben. Der Dank des Diskussionsleiters ging an die Referenten ebenso wie an die Initiatoren, Teilnehmer und Organisatoren des Kolloquiums.

Susanne Pollert und Matthias Herrmann (Berlin)

Aus der Diskussion

Hans Booms (Koblenz) zum Vortrag von A. Menne-Haritz:

B. Brachmann hat mich, mich damit überraschend, mit seiner liebenswürdigen Freundlichkeit aufs Podium „genötigt“, um der Diskussion einen Anfang zu setzen, so muß ich versuchen, ein Statement aus dem Stegreif zu geben. Ich möchte anknüpfen an den eben gehörten Vortrag von Frau Menne-Haritz, mehr noch an ihre Einleitung zu ihrer Neuübersetzung von Theodore Schellenberg, sowie an Bodo Uhl's letztjährig im „Archivar“ erschienenen Artikel. Beide beziehen sich auf meinen Beitrag von 1972: Gesellschaftsordnung und Überlieferungsbildung (1). Da taucht vor allem bei Frau Menne-Haritz das Mißverständnis auf, ich wolle bei der Überlieferungsbildung Provenienzen auflösen. Ich muß ihr allerdings zugestehen, daß ich selbst zu diesem Mißverständnis beigetragen habe, weil ich mich damals offensichtlich nicht klar genug ausgedrückt habe. Richtig aber ist, daß ich das nie im Sinne gehabt habe, denn schon als Historiker war und ist mir immer bewußt, wie begrenzt der Nutzwert pertinenzmäßig zusammengetragener Quellenbestände für diejenigen Historiker ist, für deren Fragestellungen sie nicht zusammengetragen wurden. Der Historiker kann bei der Auswertung von Quellen auf deren Entstehungszusammenhang nicht verzichten! Um das Gesagte zu unterstreichen, möchte ich mich hier auf den eben geprägten Satz von Brachmann beziehen, wonach der Archivar beim Bewertungsprozeß stets sofort von der Pertinenz, der Identifikation von politischen Geschehnissen und Entwicklungen der jüngst vergangenen Geschichte, auf die Provenienz umzusetzen hat. Bewertungsvollzug ist nur auf der Basis der Provenienz möglich. Nun zu einer zweiten Anmerkung: Man hat jüngst festgestellt, ich hätte mit dem von mir vorgeschlagenen „Dokumentationsplan“, ebenso wie man es in der DDR versucht habe, die Explikation komplexer menschlicher Wertvorstellungen angestrebt. Dagegen möchte

ich doch feststellen, daß mein Dokumentationsplan nichts anderes bewirken sollte, als reale Bezüge zum historisch gewordenen zeitgenössischen Geschehen der Aktenentstehungszeit herzustellen, und daß er nicht komplexe Wertvorstellungen konstruieren wollte, wie Ideologie oder Philosophie sie hervorzubringen sich bemühen. Wesentlicher in diesem Zusammenhang ist für mich aber, daß ich heute, fast 20 Jahre später, an dem damals entworfenen fest umrissenen Dokumentationsplan nicht länger festhalten kann und mag. Er war halt auch ein Kind der Planungseuphorie jener Jahre, die den Eintritt der Menschheit in das Informationszeitalter verkündete, und in der die Kybernetiker nicht nur den Archivaren den Aufprall einer Springflut von Informationen prophezeiten. Wie aber Massen von Informationen in handhabbare Portionen aufteilen ohne inhaltliche Bewertung? Bodo Uhl schlägt vor, zurückzukehren zu früheren Leitvorstellungen und sich zu begnügen mit einer repräsentativen Dokumentation der behördlichen Tätigkeit. Ich will hier an dieser Stelle nicht der Frage nachgehen, wie er denn das Repräsentative vom Nichtrepräsentativen unterscheidet, sondern seinen und Menne-Haritzens Hinweis folgen, daß auch die Bewertungsarbeit im Bundesarchiv seit ca. 10 Jahren sich mit der Anwendung stark formalisierter Kriterien begnügt. Und in der Tat bezeichnet sie damit eine Tatsache, die die Praxis hervorgebracht und die bei mir Erstaunen geweckt hat. Indem die Archivare des Bundesarchivs, allerdings nur auf der Ministerialebene der Bundesverwaltung, die Akten daraufhin überprüfen, ob sich darin die Federführung der Behörde in einer bestimmten Sache niedergeschlagen hat bzw. die einer qualifizierten Mitwirkung einer anderen Behörde oder aber nicht, gelingt es, ca. 60% der Aktenmasse formal auszuscheiden. Gründe dafür liegen sicherlich auch in der Hypertrophie der Vervielfältigungen sowie in der Tendenz der Ressorts, Zuständigkeit und damit Verantwortlichkeit zu miniaturisieren, was zur Aufschwemmung der Massen rein mitgeführter Informationsakten beigetragen hat. 60%, das ist viel! Aber, ist es auch genug? Und wie reduziert man den noch fehlenden Teil nichtarchivwürdiger Akten? Braucht man dazu nicht die inhaltliche Abschätzung der historischen Relevanz von politischen Geschehnissen und Abläufen im voraus? Mir scheint, darauf steht auch im Bundesarchiv die Antwort noch aus.

(1) Booms, Hans: Gesellschaftsordnung und Überlieferungsbildung: zur Problematik archivär. Quellenbewertung. – In: Archivalische Zeitschrift. – Köln; Wien 68(1972). – S. 3-40. – Booms, Hans: Gesellschaftsordnung und Überlieferungsbildung: Probleme archivär. Quellenbewertung. – In: Der Archivar. – Düsseldorf 25(1972)1. – Sp. 23-28

Brigitte Booms (Bundesarchiv Koblenz):

Die Schriftgutbewertung mit dem Ziel erheblicher Aktenreduzierung ist für Sachaktenregistraturen und massenhaft gleichförmiges Schriftgut (Fallaktenserien) getrennt voneinander zu betrachten. Bei massenhaft gleichförmigen Akten gilt das archivärische Bestreben in erster Linie dem Ziel, nach *formalen Kriterien* eine repräsentative Auswahl zu treffen. Ob es sich dabei um einen Längs- oder Querschnitt durch die Schriftgutüberlieferung oder ein anderes Auswahlmodell handeln soll – ob zum Beispiel aus einer alphabetischen Reihung für jedes Jahr die Akten desselben Buchstabens zu archivieren sind, ob in größeren Zeitabständen jeweils die Gesamtüberlieferung für ein oder mehrere Jahre aufzuheben ist oder ob beispielsweise eine spezielle Quellenstruktur für statistische Hochrechnungen zugrundegelegt werden kann, wird im Einzelfall zu entscheiden sein. Wichtig ist in unserem Zusammenhang, daß eine nach formalen Kriterien klar begrenzte Teilmenge archiviert wird, die Rückschlüsse auf die Gesamtheit des ursprünglichen Schriftgutes zuläßt. Inwieweit diese Art der Überlieferungsbildung durch inhaltliche Auswahlkriterien zu ergänzen ist – indem zum Beispiel Akten über bestimmte Einzelpersonen oder Einzelereignisse zusätzlich aufgehoben werden (vgl. die Ausführungen über die Archivpflege in Hamburg von Hans-Wilhelm Eckhardt) –, ist eine wichtige Frage, die jedoch auf das Massenproblem und seine Reduzierung kaum Einfluß hat. Die Bewertung von Sachaktenregistraturen ist – sofern nicht nur Mehrfachschriftgut vernichtet wird – eine wesentlich umstrittenere Aufgabe. Umstrittener deshalb, weil das archivärische Bestreben, eine charakteristische, d.h. repräsentative Überlieferung zu bilden, den Verzicht auf die Archivierung des Schriftguts von ganzen Funktionsbereichen einschließt – anders ausgedrückt, umstrittener deshalb, weil für eine repräsentative Überlieferungsbildung formale Kriterien allein nicht ausreichen und gerade den *inhaltsbezogenen Kriterien* die Priorität im Bewertungsprozeß zufällt.

Anmerkung: Eine effektive Schriftgutreduzierung auf der Ebene der Registraturen bzw. der großen Schriftgutkomplexe setzt eine Bewertung des Schriftgutinhalts voraus, die ohne bandweise Akteneinsicht auskommt. Statt des Schriftgutinhalts selbst werden die Aufgaben (Funktionen) der Provenienzstelle und ihre Kompetenzen (Planung, Koordination, Entscheidung, Durchführung o.ä.) untersucht. Um das Ergebnis dieser Untersuchung bewerten zu können, sind die Funktionen der Provenienzstelle in den zeitgeschichtlichen Zusammenhang zu stellen, müssen die Kompetenzen (Befugnisse) der Provenienzstelle im verwaltungsgeschichtlichen Umfeld gesehen werden. Diese Einordnung in den größeren historischen Zusammenhang läßt dann den aufgaben- und kompetenzbezogenen Stellenwert der Provenienzstelle und damit

den Wert des bei ihr erwachsenen Schriftgutes erkennen. In der Regel führt diese allgemein Erkenntnis jedoch nicht unmittelbar zur Sicherung oder Vernichtung des Schriftgutes, sondern es bedarf noch der Zusammenschau der eben beschriebenen Werterkenntnis und der Organisationsstruktur der Provenienzstelle (einschl. Aktenplan). Je negativer das Ergebnis der Wertermittlung war, um so restriktiver wird die Schriftgutausswahl anhand der Organisationsstruktur (bzw. des Aktenplans) ausfallen. Die hier getroffene Auswahl bezeichnet den historisch wertvollen bzw. den grundsätzlich archivwürdigen Teil der Schriftgutüberlieferung. Ergänzend kann ggf. eine bandweise Aktenbewertung im Archiv vorgenommen werden, eine Feinauslese, deren Ziel es ist, die Aktenvorgänge, die nicht die formalen Merkmale der Federführung bzw. der qualifizierten Mitwirkung aufweisen, zu kassieren.



Die Entwicklung der neugotischen Kursive in Riga während des 16. Jahrhunderts

Dargestellt auf der Grundlage der Stadtbücher des Rigaer Magistrats

Tamara N. Tacenko

Der Übergang vom 15. zum 16. Jh. ist eine wichtige Epoche in der Geschichte der europäischen lateinischen Schrift. Unter dem Einfluß der humanistischen Kultur verbreitet sich in Westeuropa die humanistische Schrift mit ihren gerundeten, klaren und rationalen Buchstabenformen. Gleichzeitig setzt sich bekanntlich in einer Reihe von Ländern Mittel- und Nordeuropas seit dem 16. Jh. die Schriftrevolution auf der Grundlage gotischer Traditionen fort. Diesen Prozeß bestimmte ein ganzer Komplex sozial-politischer und historisch-kultureller Ursachen. Im Ergebnis entstand eine eigenständige Schrift, in der sich gotische Merkmale in ganz besonderer Weise umgestalteten und entwickelten. Noch hat sich keine einheitliche Lehrmeinung im Hinblick auf die Bezeichnung dieser Schrift ausgeprägt. Bisher zeichnen sich drei Termini ab: „deutsch“ (1), „neugotisch“ (2), und „mitteleuropäische“ (3).

Der erste wurde mit Recht von den slawischen Gelehrten kritisiert (4). Der Begriff „mitteleuropäische Schrift“, den Friedrich Beck vorschlägt, ist m.E. zu verschwommen und ungenau, zumal sich der Anwendungsbereich der betreffenden Schrift auch auf Skandinavien und auf eine Reihe von Ausgangspunkten für die deutsche Kolonisation im baltischen Raum erstreckte. Bei weitem geeigneter erscheint die Bezeichnung „neugotische Schrift“. Ungeachtet des Mangels (den auch F. Beck (5) betont), aus kunstgeschichtlicher Sicht an Stilentwicklungen der zweiten Hälfte des 18. bzw. der ersten Hälfte des 19. Jh. geknüpft zu sein, drückt der Terminus „neugotische Schrift“ die genetische Bindung und gleichzeitige Eigenständigkeit gegenüber der gotischen Schrift aus.

Das Studium der neugotischen Schrift, und insbesondere ihrer am meisten verbreiteten Form – der als Kanzlei- und persönliche Schreibschrift gebräuchlichen neugotischen Kursive – ist sowohl unter historisch-kulturellen Aspekten wie auch aus rein praktischer Sicht interessant. Letzteres ergibt sich zum einen aus der schwierigen Lesbarkeit der neugotischen Kursive, insbesondere der individuellen Handschriften, und zum anderen aus der übergroßen Zahl der historischen Quellen in den Archiven, die diese Schrift aufweisen. Das wissenschaftliche Interesse an der neugotischen Schrift ist in den vergangenen zehn Jahren spürbar gewachsen. Zu den aus den 30er und 40er Jahren stammenden Untersuchungen von L. Santifaller und E. Kroman kamen die speziell auf die neugotische Schrift zugeschnittenen Arbeiten von K. Górski und J. Kašpar. Die Erforschung der neugotischen Kursive begann auch in der UdSSR (6). Sehr wichtig ist m.E. der vor vergleichsweise kurzer Zeit erschienene Aufsatz von F. Beck, der den gegenwärtigen Forschungsstand in der DDR zusammenfaßt (7). Dort sind am treffendsten die einzelnen Charakteristika der neugotischen Kursive verallgemeinert und die typischen Hauptmerkmale herausgearbeitet worden. Die Ergebnisse F. Beck's wurden für die vorliegende Arbeit mit herangezogen, die sich auf der Basis lokaler Quellen mit einer früheren Entwicklungsetappe der neugotischen Kursive befaßt.

Riga ist im 16. Jh. die mächtigste Stadt Livlands. Obwohl sich die Hanse, der Riga seit 1282 angehörte, zu dieser Zeit bereits im Niedergang befand und die Stadt selbst im Verlaufe des 16. Jh. mehrfach Krisen durchlebte und ihr politischer Status sich veränderte, blieb Riga wirtschaftlich ein blühendes Zentrum. Eine Ursache dafür war nicht zuletzt die Schlüsselstellung im Handel zwischen Rußland und den westlichen Ländern, die die livländischen Städte mit Riga an der Spitze seit der Schließung des deutschen Handelshofes in Novgorod unbestritten einnahmen (8). Das pulsierende Leben eines städtischen Zentrums und der wirtschaftliche Unternehmungsgeist der Rigaer Bürger und Kaufleute stimulierten die Schriftlichkeit in allen Sphären der Stadtverwaltung und verstärkten das Bedürfnis nach einer Schrift, die schnell zu schreiben und gut zu lesen war.

Die vorliegende paläographische Untersuchung basiert auf Stadtbüchern des 16. Jh. aus der Kanzlei des Rigaer Magistrats, die zum Bestand Nr. 8 „Inneres Ratsarchiv“ (Vnutrennij archiv Rižskogo gorodskogo magistrata) des Zentralen Staatsarchivs der Lettischen SSR in Riga gehören. Für die Arbeit wurden folgende Stadtbücher ausgewertet: 1. Dath schragen unnd Olde Renthebock 1453-1514, 190 Bl. (op. 1 N 15); 2. Liber reddituum III 1488-1574, 66 Bl. (op. 1 N 6); 3. Stadt-Erbe-Buch II 1493-1579, 322 Bl. (op. 1 N 8); 4. Liber praefecturae ruralis 1438-1693, 310 S. (op. 1 N 19); 5. Register der Privilegien der Stadt Riga auf Befehl des Raths im Jahre 1507 angefertigt, 27 S. (op. 1 N 59); 6. Dat. Registrum der Gedechnyssze, Upplatinghe, Upschrijvinghe, Affschrijvinghe unde Ordell, Gegeven unde gheschreven na Christi unses heren geborth Duzzenntz viffhundert Nheghenn, 32 Bl. (op. 1 N 1a); 7. Kammereirechnungen v. 1514-1515, 24 Bl. (op. 1 N 23a); 8. Kammerei-Register der Stadt Riga 1555-1556, 122 Bl. (op. 1 N 24); 9. Rente Bock 1516-1549, 98 Bl. (op. 1 N 16); 10. Denckelbuch 1530-1651, 309 S. (op. 1 N 21); 11. Rechnungsbuch des Ratsherrn Patroclus Klock über Einnahmen und Ausgaben beim Bau und der Ausbesserung der Domkirche 1540-1547 (op. 1 N 27); 12. Lulof Holter's Rechnungsbuch über die Einkünfte der Johanniskirche 1583-1590 (op. 1 N 29); 13. Rentebuch 1585-1680 (op. 1 N 18).

Die Kanzleisekretäre des Rigaer Magistrats, die den Schriftverkehr führten und die Eintragungen in die Stadtbücher vornahmen, stammten zumeist nicht aus Riga, sondern kamen fast ausnahmslos aus niederdeutschen Gebieten, an deren Universitäten – besonders an der Universität Rostock – sie auch studiert hatten (9). Die wenigen in Riga gebürtigen Sekretäre erhielten ihre Ausbildung zunächst an einer städtischen Schule (10) und setzten sie dann an einer der deutschen Universitäten fort (11). Es ist daher nicht verwunderlich, daß man einigen von ihnen verantwortungsvolle diplomatische Missionen übertrug (Johann Prange, Bernd Brand (12)), während andere im politischen Leben der Stadt eine wichtige Rolle spielten. So war beispielsweise Johann Lohmüller, der von 1520 bis 1532 der Magistratskanzlei vorstand, ein hervorragender Vertreter der Reformation in Riga (13). Johann Tastius, Sekretär von 1563 bis 1581, später Mitglied des Stadtrates und Vogt, wurde während des sogenannten „Kalenderstreits“ – einer Oppositionsbewegung der Bürgerschaft gegen den Stadtrat – 1586 hingerichtet (14).

Die überwältigende Mehrheit der Eintragungen in den Stadtbüchern wurde in einer flüssigen, aber deutlichen Kursivschrift vorgenommen. Die Evolution der Kursive in den dem Untersuchungszeitraum vorangegangenen Perioden erfolgte konstant mit dem Ziel der Beschleunigung des Schreibprozesses angesichts der wachsenden gesellschaftlichen Anforderungen. Im Verlauf des gesamten 15. Jh. unterlag die gotische Kursive einem Prozeß der Suche und Auswahl der Elemente, die die Geläufigkeit vergrößerten und die Niederschrift vereinfachten. Dies führte in den ersten Jahrzehnten des 16. Jh. zu einem Entwicklungssprung in der Kursive, der Herausbildung eines neuen Typs. Das Auftauchen von kursiven Buchstabenformen, die als neugotisch bezeichnet werden können, stellten Forscher für einzelne Regionen bereits für das erste Jahrzehnt des 16. Jh. fest (15). In den Dokumenten der Rigaer Kanzlei erscheinen sie erstmals im zweiten Jahrzehnt des 16. Jh. (vgl. Abb. 2 und 3). In den ersten Jahren nach 1500 bediente man sich hier noch ausschließlich der für das 15. Jh. typischen Kursive, deren besonderes Merkmal die schlecht ausgeprägten oder fast völlig fehlenden Verbindungen zwischen den Buchstaben sind: Die Buchstaben stehen wie zufällig nebeneinander, die Schäfte wirken statisch, an den starren, vertikalen Ober- und Un-

terlängen fehlen die Schlingen. So war die Schrift des Sekretärs Berndt Brand (Abb. 1), der von 1506 bis 1513 in der Magistratskanzlei tätig war. Zahlreiche Eintragungen im Stadt-Erbe-Buch II erfolgten in diesen Jahren von seiner Hand. Hier finden sich noch keine für die neugotische Kursive charakteristischen Buchstabenformen. Diese archaischen Schriften nehmen noch unter den Eintragungen aus dem zweiten Jahrzehnt des 16. Jh. eine Sonderstellung ein. So sind z.B. die gesamten „Kammereirechnungen von 1514-1515“ in einer ähnlichen, den Traditionen des 15. Jh. folgenden Schrift gehalten. Als eines der Hauptmerkmale der neugotischen Kursive, die sie von den Gebrauchsschriften des 15. Jh. unterscheidet, erscheint das System des flüssigen Aneinanderfügens der Buchstaben durch Diagonalverbindungen (16). Dadurch erhielt die Geläufigkeit der Schrift ein grundsätzlich neues Niveau. Das neue System der Buchstabenverbindungen diente gleichzeitig der Weiterentwicklung einer Reihe von Buchstabenformen. So verliert der Vertikalstrich des c seine Krümmung und richtet sich auf, während der kleine Horizontalstrich sich zum Verbindungselement zum nächsten Buchstaben entwickelt. Offensichtlich wurde dieser Buchstabe mit zwei abgesetzten Schwüngen der Feder geschrieben. In geläufigeren Schriften, wie beispielsweise denen von Schreibern wie B. Breul, J. Tastius (Abb. 4 und 5) ist er in einem Zug ausgeführt. Diese Form des c erscheint in der Kursive Rigaer Dokumente des 16. Jh.. Die klassische Form des c mit spitz abgeknicktem Vertikalstrich ist für die Rigaer Schrift dieser Zeit nicht typisch, sie findet sich nur sporadisch und das auch erst in der zweiten Hälfte des Jh.. Ihr Auftauchen in der *ch*-Ligatur – der Verbindung, in der sich am frühesten die bequemste Form des Überleitens vom c zum nachfolgenden Buchstaben, das Anfügen von unten, durchsetzt – fällt in das vierte Jahrzehnt des 16. Jh..

Das Bedürfnis nach Anbindung an den nächsten Buchstaben führt zum Wegfall der Kopfschlingenform des e. Diese Form ist in der Rigaer Schrift des 16. Jh. sehr verbreitet. Die Schlinge neigt zum Absinken auf die Zeilenebene, was eine bequeme Anbindung zum nächsten Buchstaben von unten her ermöglicht. Jedoch ist eine völlige Durchsetzung dieser Tendenz unter den Bedingungen der Schriftgeläufigkeit des 16. Jh. noch nicht möglich, so fällt die Ausprägung der typischen, dem n ähnlichen Form des neugotischen Kursiv-e in eine spätere Zeit.

Der Buchstabe d entwickelt bereits im ersten Jahrzehnt des 16. Jh. eine Schlinge, die sich immer weiter schließt und deren Ende als Überleitungselement zum nächsten Buchstaben fungiert. Zugleich dehnt sich das d, wächst der Umfang des Buchstabenkörpers, indem er mit seinen äußersten Punkten in der Horizontalen sowohl den ihm vorangestellten wie auch den nachfolgenden Buchstaben berührt. Der Buchstabe erreicht seine typische Kursivform (siehe Abb. 3-5).

Die mittelalterliche, gebrochene Form des g wandelt sich bereits im zweiten Jahrzehnt des 16. Jh. in die flüssiger zu schreibende Gamma-Form. Dies geschieht auf dem Wege der Ausprägung der äußersten horizontalen Punkte des Buchstabens zu Diagonalstrichen, während sich die untere Schlinge schließt und so das Schreiben in einem Zug ermöglicht wird. Die Gamma-Form überwiegt in der Kursive der Rigaer Kanzlei bis in die 70er Jahre des 16. Jh.

Analog dazu entwickelt sich eine geläufigere Form des Schluß-s. Die umständlich zu schreibende, aus der Buchschrift stammende mittelalterliche Form des s wird zu einer geschmeidigen runden Schlinge mit zwei Anbindungsmöglichkeiten.

Der Buchstabe h streckt sich und überwindet Brüche und Bögen; die auslaufenden Enden der oberen wie der unteren Schlinge dienen als Verbindungen zu den Nachbarbuchstaben. Diese für die neugotische Kursive klassische h-Form findet sich in der Schrift der Rigaer Stadtbücher seit der Mitte des zweiten Jahrzehnts des 16. Jh.

Als wesentliches Kennzeichen der neugotischen Kursive erscheint die Beibehaltung der durch den Drang zum flüssigeren Schreiben transformierten wichtigsten Besonderheit der gotischen Schrift – der Brechung.

So wiesen die Buchstaben a, g, q, m, n in der gotischen Schrift Brechungen an den Nahtstellen zwischen Buchstabenkörper und Schaft auf, bei b und o waren die Rundungen gebrochen. Diese Brechungen bremsten das Schreibtempo und wurden daher allmählich zu kleinen Schlingen (Quadrangel, d.Ü.) umgebildet. Quadrangel anstelle ehemaliger Brechungen finden sich an allen dafür in Frage kommenden

Buchstaben in der Rigaer Schrift des 16. Jh.. Es muß allerdings bemerkt werden, daß sie in der ersten Hälfte des Jh. noch relativ selten sind: die Schrift entspricht hier in ihrer Klarheit und Strenge dem Stilelement der Renaissance. Mit den 60er Jahren werden die Quadrangel zunehmend zum Stilelement, das der Schrift einen dekorativen Effekt verleiht (vgl. Abb. 5). Die Ausweitung der runden Formen der Buchstaben *a, g, q, b, o* und die gleichzeitige Ausgestaltung der als Brechungsrelikte anzusehenden Quadrangel zu kleinen Kreisen – später ein Hauptmerkmal der neugotischen Kursive – ist in der Schrift der Rigaer Stadtbücher des 16. Jh. noch selten.

Besonders eigenartig ist die Transformierung der Brechungen bei den Buchstaben *r, v, w, k, p, x* und *y*. Die Brechungen wurden hier zu Quadrangeln an der Basis der Buchstabenkörper. Parallel dazu vollzog sich eine Art Schaftspaltung. Am konsequentesten erfolgte diese Entwicklung beim geraden *r*, das in seiner neugotischen Form bereits im ersten Jahrzehnt des 16. Jh. in den Rigaer Dokumenten anzutreffen ist, zunächst gemeinsam mit der traditionellen runden *r*-Form, dann, gegen Mitte des Jh., sie verdrängend. Um diese Zeit setzt sich dann die Schaftspaltung auch bei *v* und *w* durch. Bei *x* und *y* ist sie hingegen selten. Für *k* kann sie erst in Handschriften der 80er Jahre des 16. Jh. festgestellt werden (17).

Ein wesentlicher Ausdruck für die Kursivierung und Vereinfachung der Schreibschrift des 16. Jh. war die Übertragung der neugotischen Formen der Kleinbuchstaben auf die Großbuchstaben. Dies trifft für *A, D, E, O, N, M, H, V, W* zu. Seit den 60er Jahren findet sich auch das gerade *r* mit Schaftspaltung als Großbuchstabe. Daneben waren vereinfachte Formen der traditionellen gotischen Großbuchstaben in Gebrauch: *G, R, B* (letzteres ohne Schaftspaltung).

Insgesamt weist die neugotische Kursive der Rigaer Stadtbücher des 16. Jh. ein überaus flüssiges, geschmeidiges und breitgezogenes Schriftbild auf. Die Breite der Buchstaben übertrifft die Höhe bisweilen um das 1,2 bis 1,5-fache. Das „Gewicht“ der Schrift, also die Stärke der Grundstriche, ist beachtlich. Der Kontrast dieser Grundstriche zu den haarfeinen Diagonalverbindungen und die spitzwinkligen Übergänge von einem Buchstaben zum andern verleihen der Schrift einen besonders dekorativen Effekt. Die Buchstabenschäfte weisen eine deutliche Neigung nach links auf, was angesichts der Rechtsneigung der Ober- und Unterlängen der Schrift ein überaus eigenartiges Aussehen gibt. Im Laufe der Zeit, besonders seit Mitte des Jh., verlängern sich Ober- und Unterlängen und bilden Schleifen aus, was aus der Schwungbewegung beim Schreiben zu erklären ist und für ein gewachsenes Schreibtempo spricht (vgl. Abb. 4). Besonders seit den 60er und 70er Jahren verringert sich deutlich das „Gewicht“ der Schrift der Rigaer Stadtbücher: Die Buchstaben werden mit feineren, akkurateren Strichen geschrieben, die Buchstabenkörper schrumpfen, die Schäfte richten sich aus ihrer starken Linkslage auf. All das verändert das Schriftbild, es wirkt leichter, weniger langgezogen. Diese Veränderungen weisen klar auf die Ästhetik des Frühbarock. Erkennbar sind derartige stilistische Anzeichen beispielsweise in der Kursive eines Schreibers wie Johann Tastius. Er war von 1663 bis 1681 Kanzleivorsteher des Rigaer Magistrats. Von seiner Hand stammen die Eintragungen dieser Jahre in Stadtbüchern wie dem Liber reddituum III, dem Stadt-Erbe-Buch II und dem Liber praefecturae ruralis. Tastius' Schrift ist sehr dekorativ (vgl. Abb. 5). Die für die neugotische Kursive charakteristischen Quadrangel anstelle der ehemaligen Brechungen bei den Buchstaben *a, g, m, n, v, w, V, R* wirken hier sogar etwas übertrieben. Die Schäfte der Kleinbuchstaben *b, h, l*, aber auch großer Formen wie *F, H, L, T, S, Z* sind gekrümmt, die Schrift vermittelt mit ihren ausgreifenden Schleifen an Ober- und Unterlängen einen dynamischen, expressiven aber zugleich graziösen Gesamteindruck. Die Schrift Johann Tastius', deren barock anmutende Züge der Entwicklung vorgreifen, nimmt unter den städtischen Rigaer Kanzleischriften der zweiten Hälfte des 16. Jh. eine Ausnahmestellung ein. Leider ist nicht bekannt, wo Tastius seine Ausbildung erhielt. Man weiß nur, daß er nicht aus Riga stammt, sondern aus Niederdeutschland einwanderte und vor seinem Dienstverhältnis beim Magistrat Sekretär des Rigaer Erzbischofs war (18).

Zusammenfassend ist festzustellen, daß sich die neugotische Kursive, deren Gebrauch in der Rigaer Kanzlei man etwa seit dem zweiten Jahrzehnt des 16. Jh. nachweisen kann, sich dort analog zu anderen, speziell deutschen Gebieten entwickelt hat. Bis etwa zur Jahrhundert-

mitte sind die neugotischen Formen in ihrer Mehrzahl ausgeprägt. In der zweiten Hälfte des Jahrhunderts macht sich dann der Einfluß des Frühbarock bemerkbar.

Die anliegenden Tabellen über das Auftreten der einzelnen gotischen Buchstabenformen sind auf der Grundlage der untersuchten Rigaer Stadtbücher zusammengestellt und entsprechen weitgehend den Forschungen von L. Santifaller und F. Beck. Abgesehen von einzelnen Besonderheiten bestätigen sie den Gesamtweg der Entwicklung der neugotischen Schrift im 16. Jh.. Dies erklärt sich vor allem aus den sehr engen kulturellen Verbindungen Rigas zu Deutschland und speziell zu den niederdeutschen Gebieten, aus denen die Mehrzahl der Rigaer Kanzleibeamten des 16. Jh. stammte.

(Übersetzung: Regina Rousavy)

(1) Santifaller, L.: *Bozner Schreibschriften der Neuzeit: 1500-1851*. – Jena, 1930.

(2) Kroman, E.: *Skriftens Historie i Danmark fra Reformationen til Nutiden*. – København, 1943. — Górski, K.: *Neografia gotycka*. – Warszawa, 1978. — Kašpar, J.: *Úvod do novověké latinské paleografie se zvláštním zřetelom k českým zemím*. – Praha, 1979.

(3) Beck, F.: Zur Herausbildung der deutschen Schreibschrift, insbesondere ihrer kursiven Formen, im Gebiet ostdeutscher Territorialstaaten im 16. Jh.. – In: *Jahrbuch für Geschichte des Feudalismus (JbGF)*. – Berlin 7(1983). – S. 269.

(4) Górski (s. Anm. 2), S. 7. — Kašpar (s. Anm. 2), S. 44-45.

(5) Beck (s. Anm. 3), S. 268-269.

(6) Tacenko, T. N.: *Učebniki pis'ma kak istočnik po istorii nemeckogo kursiva XVI-XVII vv.* (Schreiblehrbücher als Quelle für die Geschichte der deutschen Kursive des 16.-17. Jh.). – In: *Srednie veka*. – Moskva 42(1978). – S. 157-181. — Dies.: *Paleografia nemeckih dokumentov XVI v.* (Die Paläographie deutscher Dokumente des 16. Jh.). – In: *Vspomogatel'nye istoričeskie discipliny*. – Leningrad 11(1979). – S. 286-311. — Dies.: *Paleografia nemeckih dokumentov XVII v.* (Paläographie deutscher Dokumente des 17. Jh.). – In: *Vspomogatel'nye istoričeskie discipliny* 12(1981). – S. 313-334. — Dies.: *Paleografia nemeckih dokumentov XVIII v.* (Paläographie deutscher Dokumente des 18. Jh.). – In: *Vspomogatel'nye istoričeskie discipliny* 13(1982). – S. 293-313.

(7) Beck (s. Anm. 3), S. 269.

(8) Schildhauer, Johannes; Fritze, Konrad; Stark, Walter: *Die Hanse*. – Berlin, 1982. – S. 209.

(9) Schmidt, G.: Das Eindringen der hochdeutschen Schriftsprache in die Rigaeschen Ratskanzlei. – Riga, 1938. – S. 57-68, 70-75.

(10) Einiges aus der älteren Geschichte der öffentlichen Bildung-Anstalten Rigas. – In: *Mitteilungen aus dem Gebiete der Geschichte Liv-, Ehst- und Kurlands* / hrsg. von d. Gesellschaft für Geschichte u. Alterthumskunde d. russ. Ostsee-Provinzen. – Bd. V, H. 2-3, S. 275-308.

(11) So studierte W. Mey (Kanzleivorsteher des Magistrats 1502-1506) in Rostock, danach in Köln; der Sekretär Johannes Schmiedt (1558-1564) in Rostock; der Kanzleivorsteher David Hilchen (1585-1589) in Tübingen, Heidelberg und Ingolstadt. – Vgl.: Schmidt (s. Anm. 9), S. 49, 50, 72.

(12) Schmidt (s. Anm. 9), S. 13, 58.

(13) Mettig, C.: *Geschichte der Stadt Riga*. – Riga, 1896. – S. 177-185.

(14) Ebenda, S. 283-289.

(15) Santifaller (s. Anm. 1), S. 64. — Górski (s. Anm. 2), S. 11. — Kašpar (s. Anm. 2), S. 86.

(16) Beck (s. Anm. 3), S. 276-277.

(17) Zentralarchiv der Lettischen SSR, Bestand 8, Abt. I, Nr. 29, Ludolf Holler's Rechnungsbuch über die Einkünfte der Johanniskirche 1582-1590.

(18) Schmidt (s. Anm. 9), S. 66-67.

*

Grundlage der vorliegenden Untersuchung sind die Stadtbücher des 16. Jh. aus der Kanzlei des Rigaer Magistrats. Die dort tätigen Sekretäre werden identifiziert, ihre Schrift analysiert und den Einflüssen, z.B. aus ihrer Ausbildung, die sie überwiegend im niederdeutschen Raum erhielten, nachgegangen.

*

The study is based on the municipal books from the 16th century written in the chancellery of Riga city council. The scribes employed there were identified, their writing analysed and the factors studied which influenced them, e.g. during their training which they received primarily in north Germany.

*

L'étude présentée se base sur les registres tenus au XVI^e siècle à la chancellerie de la municipalité de Riga. Les secrétaires de chancellerie en service à l'époque sont identifiés, leur écriture est analysée, des éléments d'influence, par exemple l'influence exercée par la formation que ce personnel avait suivie en Allemagne du Nord, sont examinés.

*

La base del presente análisis son los libros municipales del siglo XVI de la secretaría del ayuntamiento de Riga. Se identifican a los secretarios que trabajan allí, se analiza su escritura y se investigan las influencias ejercidas, por ejemplo en su formación, la que en su mayor parte recibieron en la región norte alemana.

*

Основой исследования служат городские книги канцелярии рижского магистрата XVI века. Автору удалось установить работавших там секретарей, проанализировать их почерки, проследить влияние на это таких факторов, как например, образования, полученного большинством из них в северных районах Германии.



Sowjetische Forschungen zur gotischen Schrift in Westeuropa

Ljdmila I. Kiseleva

Gleich mit Beginn des Studiums westeuropäischer Schriften in der Sowjetunion zeigte sich das spezielle Interesse an der gotischen Schrift. O. A. Dobiaš-Roždestvenskaâ – die Begründerin der Schule der lateinischen Paläographie – stellte bereits 1925 ungeklärte Forschungsprobleme bezüglich eines der verbreitetsten europäischen Schrifttyps des Mittelalters fest. Schon über die Zeit seiner Herausbildung gab es damals verschiedene Ansichten. W. Wattenbach nahm die Mitte des 12. Jh. an (1), während F. Steffens gotische Merkmale bereits in der Schrift des ausgehenden 11. Jh. feststellte und das 12. Jh. als Periode der fortschreitenden Umgestaltung der gotischen Schrift ansah (2). L. Traube und W. Meyer (3) setzten für die Ausprägung der Gotik das Stichjahr 1200 fest. Niemand äußerte sich jedoch zu den Ursachen der Entstehung dieser so ungewöhnlichen Schrift oder darüber, wo sie sich zuerst herausbildete und was den Anstoß für die Entstehung der besprochenen Formen gab.

O. A. Dobiaš-Roždestvenskaâ (4) ging dazu über, die Schrift nicht als graphische, sondern als historische Erscheinung zu erforschen. Ihr gebührt das Verdienst, sich der Frage nach der Herkunft der gotischen Schrift gestellt zu haben. Sie vertrat die Hypothese, daß die gebrochene montecassinische Schrift die Karolingische Minuskel der nordfranzösischen Schreiber beeinflusste. Diese Annahme stützte sich auf die Tatsache, daß zwischen den dem Hl. Michael geweihten Klöstern in Nordfrankreich und Süditalien enge Verbindungen bestanden. Das Schreiben der gebrochenen Formen wurde nach Meinung Dobiaš-Roždestvenskaâs durch die Einführung der Vogelfeder als Schreibinstrument möglich.

Ein Vierteljahrhundert später stellt mit T. V. Luizova – unter Anleitung A. D. Ljblinskaâs, einer Schülerin von Dobiaš-Roždestvenskaâ – erneut eine sowjetische Paläographin die Frage nach den Ursprüngen der gotischen Schrift (5). Luizova erforschte die Entwicklungsgesetze der mittelalterlichen Schrift, indem sie deren Veränderungen im Zusammenhang mit den jeweiligen gesellschaftlichen Bedingungen verfolgte. Sie kam zu der Schlußfolgerung, daß grundlegende sozial-ökonomische Wandlungen, die sich während des 11. Jh. in Westeuropa vollzogen und eine intensive Entwicklung der Kultur mit sich brachten, die Herausbildung der gotischen Schrift stimulierten. Diese Veränderungen des Kulturlebens zeigten sich insbesondere in der Erhöhung des Bildungsniveaus und der steigenden Nachfrage nach Büchern. Pergament, der Hauptbeschreibstoff, wurde knapp, was die Schreiber vor die Aufgabe stellte, ein Maximum an Text auf minimalem Raum unterzubringen. Infolgedessen wurde die Schrift zusammengepreßt, die Buchstaben wurden gestreckt, es wuchs die Zahl der Ligaturen und Kürzungen. Die Feder wurde angespitzt, damit sie sich zum Schreiben gebrochener Buchstaben eignete und zugleich die Lesbarkeit gewährleistet blieb. Nach Meinung T. V. Luizovas zeigten sich Frühformen der gotischen Schrift schon in der Mitte des 11. Jh. Sie war nicht das Produkt einer oder weniger Schreibstuben, vielmehr erfolgte ihre Umformung in den Skriptorien fast aller Länder Westeuropas, wenn auch auf verschiedenen Wegen. In England und Frankreich vollzog sich die Streckung der Buchstaben zugleich mit ihrer Brechung, wobei Luizova hier zu Beginn des 12. Jh. den gotischen Stil als vollendet ausgeprägt ansieht. In Deutschland veränderten sich zunächst die Proportionen der Buchstaben, erst später erfolgte die Brechung. Hier ist die gotische Schrift zur Mitte des 12. Jh. voll ausgebildet. In Italien zeigen sich nur Frühformen der Gotik, die in der Folgezeit nicht weiterentwickelt wurden.

Die Herausbildung der gotischen Schrift, so Luizova, vollzieht sich keineswegs im Gefolge, sondern im Vorfeld der Entwicklung des gotischen Stils in der bildenden Kunst. Dieser neue Gesichtspunkt wurde von A. D. Ljblinskaâ in ihrem Lehrbuch bekräftigt (6). Sie zeigte mit großer Deutlichkeit, daß die Übergangsperiode von der Karolingischen Minuskel zur gotischen Schrift gegen Ende des 11. Jh. abgeschlossen war. Der Verdrängungsprozeß vollzog sich in Frankreich intensiver als in anderen Ländern und endete bereits Anfang des 12. Jh.

Dem Studium der entwickelten gotischen Schrift in ihrer klassischen Form ist das Buch von V. L. Romanova „Rukopisnaâ kniga i gotičeskoe pis'mo vo Francii v XIII-XIV vv.“ (Das (handgeschriebene) Buch und die gotische Schrift in Frankreich im 13. und 14. Jh.) gewidmet (7). Der Schriftuntersuchung geht das Studium der konkret-historischen Entwicklungsbedingungen voraus. Die Autorin untersucht Besonderheiten und Grundsätze für die Herstellung handschriftlicher Bücher im Frankreich des 13./14. Jh., um Ursachen und Eigenheiten der Entwicklung der gotischen Buchschriften aufzeigen und begründen zu können. Romanova vertritt den Standpunkt, daß sich die gotische Buchschrift, obwohl die Charakteristika, die sie insgesamt als eigenständigen Typ einer mittelalterlichen Schrift kennzeichnen, bereits zu Beginn des 13. Jh. voll ausgeprägt waren, in der Folgezeit weiterentwickelte und neue kalligraphische Formen hervorbrachte.

Auf die Entwicklung der Schrift nehmen, nach Ansicht Romanovas, die Herstellungs- und Verbreitungsbedingungen des Buches Einfluß. In der Zeit des handgeschriebenen Buches war dieses ein materieller Wert; dem – und nicht allein dem Charakter des Textes – trug auch die Schrift Rechnung, in der es ausgeführt war. Romanova verfolgt den Prozeß der Herausbildung einer kalligraphischen Hierarchie am Beispiel französischer Handschriften des 13. und 14. Jh.. Ihrer Meinung nach entsprach die verwendete Schrift dem Inhalt und Zweck des Buches. Im 13. Jh. finden sich betont gotische Merkmale in liturgischen Büchern. Die Schrift weist hier eine doppelte Brechung auf. Sie wird als „architektonisch“ bezeichnet und verkörpert in besonderem Maße die ästhetischen Prinzipien der gotischen Kunst.

Im 14. Jh. treten die gotischen Merkmale konsequenter in Erscheinung, die Buchstabenformen vereinheitlichen sich, Brechung und wechselnde Strichdicke prägen sich als stilistische Besonderheiten in hervorragender Weise aus. Es erfolgt eine Kanonisierung der ästhetischen Normen in den gotischen kalligraphischen Schriften. V. L. Romanova kam zu dem Schluß, daß die „Gotisierung“ der karolingischen Minuskel die Schrift ökonomischer machte und damit die Herstellung und Verbreitung von Büchern begünstigte.

Die „Gotisierung“ erfaßt nicht nur die Buchschrift, sondern auch die Dokumentenschrift, die sie zur gotischen Kursive umwandelte. Die sowjetische Paläographie befaßte sich auch mit diesem Problemkreis. 1974 publizierte die Autorin dieses Artikels die Monographie „Gotičeskij kursiv XIII-XV vv.“ (Die gotische Kursive des 13.-15. Jh.) (8). Darin wird die theoretische Frage nach der Genesis der Kursivschrift im Zusammenhang mit den Institutionen, bei denen Dokumente entstanden, sowie den Erscheinungen in der Feudalgesellschaft, die die Entwicklung der Schrift begünstigten, untersucht. Der Übergang zur gotischen Kursive in der Dokumentenschrift stellt eine neue Qualitätsstufe dar.

Ausgangspunkt für die Erforschung der Entstehung der gotischen Kursive war der Vergleich ihrer vollendeten Form mit den zeitgleich existenten Formen der gotischen Buchschrift. Dazu mußte zunächst die Stellung der gotischen Buchschrift im Rahmen der Schriftenentwicklung insgesamt bestimmt werden. Der Vergleich mit dem vorhergegangenen Schrifttyp, der karolingischen Minuskel, gestattet die Schlußfolgerung, daß die gotische Schrift keine prinzipiell neue Entwicklungsetappe der lateinischen Schrift darstellt, da sie sich von der karolingischen Minuskel lediglich durch eine Reihe stilistischer Besonderheiten unterscheidet. Somit konnte die frühere Überlegung, die gotische Kursive sei lediglich eine flüchtigere Form der gotischen Buchschrift, ausgeschlossen werden. Anzeichen der Kursivierung finden sich am frühesten in der Schrift von Randbemerkungen und Konzepten. Grundlage dieser Schrift ist die karolingische Minuskel. Allmählich dringen die flüchtigen Formen auch in die Dokumentenschrift ein. Zur Zeit der Entwicklung der gotischen Buch- und Kanzleischrift und des Eindringens kursiver Tendenzen – um die Wende vom

11. zum 12. Jh. – vollziehen sich in der Gesellschaft, verbunden mit der Entwicklung der Städte, bedeutende sozialökonomische Veränderungen. Diese widerspiegeln sich u.a. im Kulturfortschritt, in der Entstehung von Schulen, der Verbreitung der Bildung und der demzufolge steigenden Zahl von Büchern und Dokumenten. Die Umwandlung der Schrift war in entscheidendem Maße auf deren intensivere Anwendung zurückzuführen. Die gotischen Merkmale verstärkten sich seit dieser Zeit.

Die Frage nach dem Entstehungszeitraum der gotischen Kursive kann nur durch penible Quellenforschung vollkommen gelöst werden. Jedoch scheint klar, daß die günstigsten Bedingungen für die Herausbildung der Kursive in Italien und Nordfrankreich bestanden. Dort entwickelten sich die Städte rasch, war die Tätigkeit städtischer und staatlicher Behörden rege, bestanden zahlreiche Schulen und Universitäten. Der wachsende Bildungsgrad und die Entfaltung von Wissenschaft und Literatur unterstützten die Ausprägung und Verbreitung der Kursivschrift.

Das intensive städtische Leben bewirkte den Aufschwung der Notariate und Stadtkanzleien. Die Formierung eines Staatsapparates infolge des Wachstums der königlichen Domäne in Frankreich und die Herausbildung von Zentralstaaten in England und Frankreich führte zur Erweiterung des Tätigkeitsfeldes der königlichen Kanzleien. Die Zahl der dort ausgefertigten Dokumente wuchs, und zugleich vergrößerte sich der Einfluß der Kursive auf die Kanzleischrift.

In Italien und Frankreich begann die Übernahme der Kursive in die Urkundenschrift in den 20er und 30er Jahren des 13. Jh. In Deutschland verzögerte sich dieser Prozeß etwas. Jedoch um die Wende vom 13. zum 14. Jh. ist die Kanzleikursive überall vollendet ausgebildet und wird – mit Ausnahme der Kurie – in allen Kanzleien angewandt. Der Aufschwung von Kultur, Bildung und Wissenschaft im Europa des 14. und 15. Jh. förderte die Entwicklung der Kursive in ihren einzelnen Formen. Etwa alle 25 bis 30 Jahre veränderte sich die graphische Gestaltung der Buchstaben, d.h. jede neue Schreibergeneration führte neue Elemente in die Schrift ein. Die Ursachen dieser Erscheinung sind vielfältig, wobei die Schreibschulen von nicht unbedeutendem Einfluß sein dürften. Der Schriftentwicklungsprozeß setzt sich bis in unsere Tage fort; so unterscheidet sich unsere Handschrift im Gesamtbild von der unserer Eltern. Das geübte Auge des Archivars oder Historikers nutzt diese Erscheinung, um eine Handschrift auf den ersten Blick bis auf 50 Jahre genau zu datieren.

Interessanterweise kam im 14. Jh. in allen westeuropäischen Ländern Bewegung in die Kanzleischrift, die schließlich im 15. Jh. zur Ausprägung spezifischer nationaler Besonderheiten führte. So weist die französische gotische Kursive eine typische Brechung sowie fakelförmig verbreiterte Oberlängen auf. In den italienischen Notariatskursiven des 14./15. Jh. verlieren sich die gotischen Merkmale in der Mannigfaltigkeit der individuellen Züge. Dagegen bewahren die deutschen Kursiven konsequent eines der Hauptmerkmale der gotischen Schrift – die Brechung – und entwickeln eine Vielzahl von Zierelementen.

Diese Thematik wird von V. N. Malov in seiner Arbeit „Proishozhenie sovremennogo pis'ma“ (Die Entstehung der modernen Schrift) (9) tiefergehend untersucht, speziell hinsichtlich der Umwandlung der gotischen Kursive zur gegenwärtigen Schreibschriftform. Dieser Prozeß – so der Hauptgedanke des Autors – vollzieht sich unter wechselseitiger Beeinflussung von Gebrauchs- und Zierschriften. Bis zum 16. Jh. besteht die vorherrschende Tendenz in der Aufnahme von Elementen der Gebrauchsschrift in die Zierschriften. Dies verändert sich dann unter dem Einfluß der Renaissance. Die Zierkursive wird klarer und leserlicher, verbleibt aber insgesamt auf der herkömmlichen gotischen Grundlage. In Frankreich dringen allmählich humanistische Formen vor. Bis zum 18. Jh. verschwinden hier die gotischen Merkmale gänzlich. T. N. Tacenko wandte sich der Erforschung der deutschen Schrift des 16. bis 18. Jh. zu (10) und berücksichtigte dabei besonders den Einfluß des sozialökonomischen und kulturellen Lebens. Das 16. Jh. brachte einen wirtschaftlichen Aufschwung, insbesondere durch das Auftreten von Elementen der kapitalistischen Produktion und die Stabilisierung innerer wie auch äußerer Handelsbeziehungen. Diese Konjunktur beeinflusste die Entwicklung der Verwaltungsbehörden und förderte das Schreibwesen.

Die Zahl der schriftlichen Quellen vergrößerte sich seit dem Beginn des 16. Jh. beträchtlich. Die Reformation, die das Interesse breiter Bevölkerungskreise an Studium und Auslegung von Bibel und Katechismus mit sich brachte, gab der Schriftlichkeit spezifische eigene Impulse.

Tacenko stellt fest, daß in Deutschland im 16. Jh. nicht, wie in England und Frankreich, die rationelleren humanistischen Buchstabenformen übernommen, sondern die gotischen Formen des 15. Jh. weiterentwickelt werden. Sie unterscheidet drei Entwicklungsperioden der deutschen Kursive vom 16. bis zum 18. Jh.:

- I) 1. Hälfte des 16. Jh.: Herausbildung der spezifischen Buchstabenformen der neugotischen Kursive durch das „Abschleifen“ von Formen aus der Buch- bzw. Druckschrift im Schreibprozeß;
- II) 2. Hälfte des 16. Jh. und 17. Jh.: Weitere Kursivierung der Schrift, dabei Komplizierung des Schriftductus unter dem Einfluß des Barock;
- III) 18. Jh.: Tendenz zur Vereinfachung und Regulierung der Schrift, Korrektur der Buchstabenproportionen. Einige besondere lokale Merkmale unterscheiden die Schrift Preußens und Österreichs. Gegen Ende des 18. Jh. ist die Entwicklung der preußischen Variante der neugotischen Kursive abgeschlossen.

Die deutsche gotische Kursive zeichnet sich durch besondere Raffinesse und Kompliziertheit aus. Der Hang zum Dekorativen verstärkt sich im 17. Jh. Das gesellschaftliche Interesse an der Kalligraphie war in Deutschland stark ausgeprägt. Lehrbücher für das Druckerhandwerk, die sich mit den einzelnen Schriftarten beschäftigen, erschienen in Deutschland wie in Italien früher als in anderen europäischen Ländern. Die Konservierung der gotischen Kursive über Jahrhunderte hinweg erklärt sich aus der besonderen Stärke der gotischen Tradition in Deutschland. Sie verbindet sich dabei mit der Reformation – der Opposition gegen das päpstliche Rom – ebenso wie mit dem landesfürstlichen Partikularismus, der einer einheitlichen Schriftenentwicklung entgegenwirkte. Unter diesen Verhältnissen wurde die gotische Kursive zum Ausdruck nationaler Eigenart. Als einheitlicher Schrifttyp für deutschsprachige Texte überlebte sie bis fast in unsere Tage und kam erst um die Mitte des 20. Jh. außer Gebrauch. Ein eigenständiger, bisher noch wenig untersuchter Problemkreis ist das Verhältnis der Schreibschriften zu den Druckschriften. Auch mit diesem Gebiet beschäftigen sich sowjetische Paläographen (11).

Es ist bekannt, daß die Drucklettern Johann Gutenbergs nach dem Vorbild der gotischen Buchschrift gestaltet wurden. Die Nachfolger Gutenbergs, ehemalige Handwerker, folgten in der Typengestaltung der handschriftlichen Vorlage der zu druckenden Texte. Jedoch die Schriftenvielfalt der handgeschriebenen Bücher konnte aus technischen und Materialgründen im Druck nicht nachvollzogen werden. In der Frühzeit des Buchdrucks waren nicht alle Schrifttypen drucktechnisch reproduzierbar. Lediglich die klaren, deutlichen Formen wurden von den Druckern übernommen.

Den Drucklettern der ersten europäischen Bücher liegen fünf Schrifttypen zugrunde: die liturgische Buchschrift, die gotische Buchschrift (Textualis), die Bastarda, die Kanzleischrift in Form der kalligraphischen gotischen Kursive und die humanistische Schrift. In welchem Schrifttyp ein Buch gedruckt wurde, hing von einer Reihe objektiver und subjektiver Faktoren ab: der Nachfrage, den Bedingungen für die Herstellung oder den Erwerb der Drucktypen, den materiellen Möglichkeiten des Druckers usw. Zunächst benutzten die Buchdrucker zu 75% gotische Lettern. In Deutschland überwog der Typ der gotischen Buchschrift mit aus den Schreibschriften übernommenen lokalen Besonderheiten. Wie beim Geschriebenen, so beeinflusste auch beim gedruckten Buch der Zweck die Auswahl der Schrift: gottesdienstliche Bücher druckte man in großen Buchschriftlettern, theologische und wissenschaftliche Bücher sowie Schriften des Kirchen- und Bürgerrechts in Textualis. Bücher, die für die Öffentlichkeit bestimmt und in den Nationalsprachen verfaßt waren, wurden im 15. Jh. häufig in Bastardschriften ausgeführt, in die die nationalen Eigenarten der Kursive eingegangen waren.

Im 16. Jh. wird in den meisten europäischen Ländern auch im Buchdruck die gotische durch die humanistische Schrift verdrängt, jedoch verbleibt sie in Deutschland für deutschsprachige Texte.

Die bisherige Bilanz der sowjetischen Forschungen zeigt, daß unsere Paläographen nicht nur progressive westliche Methoden erfolgreich

anwandten, sondern selbst neue Vorgehensweisen entwickelten. Besonders zu erwähnen ist hier die Nutzung der mathematischen Statistik für die Untersuchung der gotischen Buchschrift (12). Dadurch wird es möglich, Autographen festzustellen, wodurch sich die Basis für die historische und literarische Forschung erweitert. Auf diese Weise hat innerhalb relativ kurzer Zeit die von dem Korrespondierenden Mitglied der Akademie der Wissenschaften der UdSSR O. A. Dobiaš-Rožděstvenskaâ begründete sowjetische Schule der lateinischen Paläographie eine Reihe von Problemen formuliert und gelöst. Darunter waren auch einige mit der gotischen Schrift verbundene Fragen. Dies wurde zum einen möglich, weil sich in der UdSSR eine bedeutende Zahl westeuropäischer Handschriften befindet. Andererseits wurde aber bei der Erforschung der Schriften nie der soziologische Aspekt, der offensichtliche Zusammenhang zwischen Gesellschaftsentwicklung und Schriftenentwicklung, außer acht gelassen. Das Studium der gotischen Schrift vor dem spezifischen kulturhistorischen Hintergrund dieser Epoche brachte reiche Ergebnisse.

(Übersetzung: Regina Rousavy)

- (1) Wattenbach, W.: Anleitung zur lateinischen Paläographie. – Leipzig, 1871. – S. 20.
- (2) Steffens, F.: Lateinische Paläographie. – T. 3. – Freiburg, 1903. – S. XXI.
- (3) Traube, L.: Vorlesungen und Abhandlungen. – T. 2. – München, 1909. – S. 30. – – Meyer, W.: Die Buchstabenverbindungen in der sogenannten gotischen Schrift. – In: Abhandlungen der Königl. Gesellschaft der Wissenschaften zu Göttingen, Philolog.-histor. Kl.: N.F., – 1(1897)6. – S. 4.
- (4) Dobiaš-Rožděstvensky, Olga: Quelques considérations sur les origines de l'écriture dit „gothique“. – In: Mélanges d'histoire du moyen âge offerts à M. Ferdinand Lot. – Paris, 1925. – S. 691-721.
- (5) Luizova, T. V.: Ob istoričeskikh usloviah vozniknoveniâ tak nazyvaemogo gotičeskogo kursiva (Über die historischen Entstehungsbedingungen der sog. gotischen Kursive). – In: Srednie veka. – Moskva 5(1954). – S. 269-286.
- (6) Lüblinskaâ, A. D.: Latinskaâ paleografiâ. – Moskva, 1969.
- (7) Romanova, V. L.: Rukopisnaâ kniga i gotičeskoe pis'mo vo Francii v XIII-XV vv. – Moskva, 1975.
- (8) Kiseleva, L. I.: Gotičeskij kursiv XIII-XV vv. – Leningrad, 1974.
- (9) Malov, V. N.: Proischoždenie sovremennogo pis'ma (Die Herkunft der modernen Schrift). – Moskva, 1975.
- (10) Tacenko, T. N.: Paleografiâ nemeckikh dokumentov XVI-XVIII vv. (Zur Paläographie deutscher Dokumente des 16. bis 18. Jh. – Autorreferat zur Dissertation zur Erlangung des Grades eines Kandidaten der historischen Wissenschaften. Betreuerin: A. D. Lüblinskaâ). – Leningrad, 1979.
- (11) Kiseleva, L. I.: Zapadnoevropejskaâ rukopisna i pečatnaâ kniga XIV-XV vv. (Das westeuropäische handschriftliche und gedruckte Buch des 14. und 15. Jh.). – Leningrad, 1985.
- (12) Ebenda, S. 117-158.

*

Seit Mitte der zwanziger Jahre betreiben sowjetische Paläographen Untersuchungen zur Entstehung, Entwicklung und zu den Wirkungen der gotischen Schrift. Der Beitrag resümiert die einzelnen Arbeiten und die aus ihnen abzuleitenden Erkenntnisse und Auffassungen.

*

Since the mid-1920s Soviet paleographers have been studying the emergence, development and influence of Gothic script. The article presents a survey of individual projects and the finding resulting from them.

*

Depuis le milieu des années 1920, des paléographes soviétiques se livrent à des recherches sur la naissance, le développement et les effets de l'écriture gothique. L'article donne un résumé des différents travaux entrepris et fait le point des conclusions et résultats ainsi dégagés.

*

Desde mediados de los años 20 paleógrafos soviéticos analizan el origen, el desarrollo y los efectos de la escritura gótica. El artículo resume los diferentes trabajos y los conocimientos y concepciones que de ellos se derivan.

*

С середины 20-х годов советские палеографы изучают историю создания, развития и последствия введения готического шрифта. Публикация резюмирует различные работы и вытекающие из них выводы и мнения.

* *
*

Das „Handbuch der historischen Buchbestände in Deutschland“

Horst L. Petrak

Kürzlich berichtete die Presse aus den USA von sehr erheblichen Datenverlusten infolge der Ablösung von Computersystemen durch jeweils fortgeschrittenere, wobei versäumt worden war, neben den gespeicherten maschinenlesbaren Daten entweder die jeweils verwendeten Systeme zur Decodierung der Informationen zu erhalten oder die Aufzeichnungen für die neuen Systeme zu konvertieren. Kurz gesagt, die Informationen sind verloren, wo nicht Millionen Dollar aufgebracht werden können, um das Versäumte in aufwendigen Operationen nachzuholen. Verglichen mit diesen Problemen sind die der Informationssicherung in geschriebenen und gedruckten Texten in Archiven und Bibliotheken relativ gering. Bereits vor dieser Pressemeldung stellte Prof. Dr. Fabian, Leiter der Zentralredaktion des „Handbuchs der historischen Buchbestände in Deutschland“, fest, „daß das Buch nicht ein bloßer Textträger ist, der beliebig gegen andere ausgetauscht werden kann“, sondern „das konstituierende Medium unserer essentiell auf Texte gegründeten Kultur“ darstelle, dem neben seiner praktischen Funktion auch ein symbolischer Wert zukomme.

Ein Versuch, sich dieser besonderen „Verantwortung gegenüber der gedruckten Überlieferung“ zu stellen, ist das „Handbuch der historischen Buchbestände in Deutschland“. Als „historisch“ gelten hierbei Bücher, Zeitschriften und Ephemera aus der Zeit zwischen der Erfindung des Buchdrucks und 1900 (mit begründeten Ausnahmen aus dem 20. Jh.). 1985 wurde an der Universität Münster mit Unterstützung der Volkswagenstiftung Hannover begonnen, ein Handbuch der historischen Buchbestände in der Bundesrepublik Deutschland und in Berlin (West) zu erarbeiten, ein Unternehmen, dem sich später auch Österreich und die damalige DDR sowie (teilweise) die Schweiz anschlossen. Im September 1987 erschien ein erster Zwischenbericht, in dem die Gründe für dieses umfangreiche Unternehmen und die Arbeit der Beteiligten vorgestellt werden. Im Unterschied zu anderen Inventarisierungen der gedruckten Überlieferung, wie z.B. den laufenden und retrospektiven Nationalbibliographien und den Katalogen bedeutender Bibliotheken, stellt sich das Handbuch nicht die Aufgabe, Einzeltitel nachzuweisen, sondern (für mehr als eintausend Bibliotheken) Bestände und Bestandsgruppen, die das Besondere und Charakteristische einer Bibliothek ausmachen.

Die wichtigsten Gründe, die darüber hinaus für ein so umfangreiches und detailliertes Unternehmen sprechen, sind folgende:

1. der „ausgeprägte Regionalcharakter der deutschen Kultur“, der einerseits zu einer sehr vielfältigen und reichen Bibliothekenlandschaft geführt hat, aber andererseits keine Nationalbibliothek im eigentlichen Sinne hervorgebracht hat;
2. scheint es nach den Verlusten durch den zweiten Weltkrieg angezeigt, die verbliebenen Bestände zu erfassen und das nicht nur für die deutschsprachige Überlieferung, sondern auch für das fremdsprachige Schrifttum, das in der deutschen Kultur eine nicht wegzudenkende Rolle spielt;
3. ging der im 19. Jh. begonnene Gesamtkatalog der wichtigsten deutschen Bibliotheken im zweiten Weltkrieg zum größten Teil verloren, viele Bestände sind unzureichend oder nicht katalogisiert. Damit erhält das Handbuch nicht nur eine Ergänzungsfunktion gegenüber Katalogen und Bibliographien, sondern könnte auch zum Ausgangspunkt eines Zentral- oder Verbundkataloges historischer Bestände werden.

Auch vom Standpunkt des Archivars oder des Historikers hat das Handbuch eine über die Literaturvermittlung hinausgehende Bedeutung. Dies nicht nur unter dem Gesichtspunkt der Bibliotheks- und Bestandsgeschichte, sondern von da aus auch für die Geschichte des jeweiligen Bibliotheksseigners oder -trägers und die Region.

Das Handbuch soll nach Regionen gegliedert sein. Neben der Zentralredaktion (Universität Münster, Engl. Seminar, Johannisstr. 12-20, W-4400 Münster, Prof. Dr. Bernhard Fabian) und einer weiteren Zentralredaktion für die neuen Bundesländer bei der Deutschen Staatsbibliothek in der Stiftung Preußischer Kulturbesitz (PF 1312, O-1086 Berlin, Prof. Dr. Friedhilde Krause) gibt es in Deutschland folgende Regionalredaktionen: Norddeutschland (Herzog August Bibliothek, PF 1364, W-3340 Wolfenbüttel, Bibliotheksdirektor Prof. Dr. Dr. h.c.

Paul Raabe), Nordrhein-Westfalen (Universitäts- und Stadtbibliothek Köln, Universitätsstr. 33, W-5000 Köln 41, Bibliotheksdirektor a.D. Prof. Dr. Severin Corsten), Hessen/Rheinland-Pfalz (Stadt- und Universitätsbibliothek Frankfurt, Bockenheimer Landstr. 134-138, W-6000 Frankfurt/M. 1, Bibliotheksdirektor Prof. Dr. Bernd Dugall), Baden-Württemberg/Saarland (Universitätsbibliothek Freiburg, PF 1629, W-7800 Freiburg, Bibliotheksdirektor Prof. Dr. Wolfgang Kehr), Bayern (Generaldirektion der Bayerischen Staatlichen Bibliotheken, Ludwigstr. 16, W-8000 München 34, Generaldirektor Dr. Erhard Dünninger), Mecklenburg (Universitätsbibliothek Rostock, O-2500 Rostock), Berlin-Ost (Deutsche Staatsbibliothek in der Stiftung Preussischer Kulturbesitz), Sachsen-Anhalt (Universitäts- und Landesbibliothek Halle, O-4000 Halle), Freistaat Sachsen (Sächsische Landesbibliothek Dresden, O-8000 Dresden und Universitätsbibliothek Leipzig, O-7000 Leipzig), Thüringen (Universitätsbibliothek Jena, O-6900 Jena) und Brandenburg (Brandenburgische Landesbibliothek Potsdam, Heinrich-Rau-Allee 47, O-1561 Potsdam). Ferner arbeitet in den neuen Bundesländern eine Redaktionelle Arbeitsgruppe für die evangelischen Kirchenbibliotheken.

Wir können an dieser Stelle nicht in aller Breite auf das Projekt eingehen, doch seien einige wichtige Hinweise gegeben. Grundsätzlich sollen nach Möglichkeit alle Bibliothekstypen erfaßt werden. Die Einträge werden neben den wichtigsten administrativen und technischen Angaben eine Bestandsgeschichte und eine Bestandsbeschreibung der jeweiligen Bibliothek enthalten, Angaben über vorhandene Kataloge, über Quellen und Darstellungen zur Geschichte der Bibliothek (darunter Archivalien) und ihrer Bestände. Natürlich ist auch eine Anzahl von Registern vorgesehen, die für das Gesamtwerk kumuliert werden sollen. Insgesamt sind 16 Bände geplant, die ab 1991 im Verlag Georg Olms AG, Hildesheim, erscheinen werden. Für Berlin ist ein gemeinsamer Band (West- und Ost-Berlin) vorgesehen, für die neuen Bundesländer außerdem drei Bände. Die Bände 15 und 16 werden das Gesamtregister enthalten.

Die Zeitschrift „Archivmitteilungen“ ruft alle Bibliotheken der Archive und darüber hinaus alle Archive auf, den jeweiligen Regionalredaktionen des Handbuchs die erforderlichen Angaben zu übermitteln. Natürlich ist hier in erster Linie an die Bestände der jeweiligen Dienst- oder Fachbibliotheken gedacht, doch wäre es von großem wissenschaftlichen Wert, wenn auch wichtige Bestände innerhalb von archivalischer Überlieferung (z.B. beschlagnahmte Druckschriften), in Sondersammlungen, Nachlässen usw. mitgeteilt würden. Wo dies – insbesondere bei kleinen Bibliotheken – nicht aus eigener Kraft möglich ist, sind die Regionalredaktionen zur Unterstützung bereit. Nicht zuletzt sei auf die Möglichkeit von Hilfe über ABM-Maßnahmen verwiesen.

Die Unterstützung, welche die Bibliotheken der Wissenschaft und Kultur durch ihre Mitarbeit am Handbuch gewähren, wird sich letztlich auch für sie selbst auszahlen: wo es keine öffentliche Aufmerksamkeit für Probleme gibt, bleibt gewöhnlich auch die Hilfe für deren Lösung aus.



Bestandsabgrenzungen und Bestandsaustausch zwischen dem Goethe- und Schiller-Archiv in Weimar und dem Staatsarchiv Potsdam sowie dem Zentralen Staatsarchiv Potsdam

Christa Rudnik

Mit dem Beginn des Jahres 1990 konnte ein lange geplantes Vorhaben verwirklicht werden: Das Goethe- und Schiller-Archiv und das Staatsarchiv Potsdam vereinbarten und vollzogen – entsprechend der archivischen Zuständigkeit – eine Bestandsabgrenzung zwischen dem im Goethe- und Schiller-Archiv aufbewahrten Bestand Arnim und dem im Staatsarchiv Potsdam verwahrten Guts- und Familienarchiv Arnim-Wiepersdorf. Außerdem konnte ein bedeutender Teil des Bettina v. Arnim-Archivs durch Bestandsaustausch mit dem Zentralen Staatsarchiv Potsdam wieder mit dem „Kernbestand“ in Weimar vereinigt werden.

Am Beispiel der Geschichte des Arnimbestandes wird deutlich, wie kompliziert die Bewahrung persönlicher Archive ist, denn nicht immer sind sie so geschlossen überliefert und aufbewahrt wie das Archiv Goethes. Nachlässigkeit der Erben einerseits, Erbteilung andererseits führten oft zu einer Zersplitterung, die für die Forschung erhebliche Schwierigkeiten mit sich bringt und nur mühsam zu beheben ist. Ein solch ungünstiger Fall lag bei der Überlieferung der Nachlässe des Dichterpaars Achim und Bettina v. Arnim vor. Beide befanden sich zusammen mit dem Gutsherrschafts- und -wirtschaftsarchiv und Teilen des Familienarchivs (vgl. hierzu die Def. des Begriffs „Familienschriftgut im engeren Sinne“ in L. Enders' Abhandlung „Ordnungsprobleme bei Guts- und Familienarchiven im Brandenburgischen Landeshauptarchiv Potsdam“; in AM 3/1960) bis zum Jahre 1929 im Familienschloß in Wiepersdorf. Aus dieser Gesamtüberlieferung des Guts- und Familienarchivs Arnim-Wiepersdorf sind im Jahre 1929 große Teile der persönlichen Nachlässe, insbesondere der des Dichterpaars Achim und Bettina v. Arnim, versteigert worden (vgl. Versteigerungskatalog Henrici Nr. 148, 149 und 155). So wurden kostbare Manuskripte in alle Welt zerstreut, während die bedeutsame politische Korrespondenz Bettina v. Arnims – u.a. mit Friedrich Wilhelm IV. – vom Reichsarchiv (heute Bundesarchiv, Abteilung Potsdam) erworben werden konnte. In Wiepersdorf verblieb, was auf der Auktion nicht angeboten bzw. nicht verkauft worden war. Nach 1945 stellte die Akademie der Künste diesen Bestand, der noch immer erhebliche Teile der Dichternachlässe sowie umfangreiche Nachlässe von Familienangehörigen umfaßte, sicher und übergab sie 1954 dem Goethe- und Schiller-Archiv als dem zuständigen Literaturarchiv für Dichternachlässe aus dieser Zeit. Der überwiegende Teil des Gutsarchivs einschließlich von Teilen des Familienarchivs dagegen gelangte in das Brandenburgische Landeshauptarchiv. Da bei der Trennung zwischen diesen beiden Komplexen kein ausreichender Überblick über die Gesamtüberlieferung bestand und auch keine klaren Prinzipien zugrunde gelegt worden waren, gab es zwischen den im Goethe- und Schiller-Archiv und den im Staatsarchiv aufbewahrten Beständen eine Reihe von Überschneidungen. So waren Teile der persönlichen Nachlässe ins Staatsarchiv gelangt, während Teile des Gutsherrschafts- und -wirtschaftsarchivs sowie des Familienarchivs im engeren Sinne ins Goethe- und Schiller-Archiv gekommen waren.

Die nun vollzogene Bestandsabgrenzung geht von den archivgesetzlichen Zuständigkeitsregelungen aus. Danach verwahrt das Goethe- und Schiller-Archiv Nachlässe (Persönliche Archive) von Dichtern, Schriftstellern und Künstlern. Das Staatsarchiv Potsdam hingegen ist für Gutsarchive aus dem Gebiet der ehemaligen Provinz Brandenburg zuständig. Es ging also jetzt zunächst darum, die im Goethe- und Schiller-Archiv verwahrten Gutsherrschafts- und -wirtschaftsakten mit der Hauptmasse des Gutsarchivs im Staatsarchiv Potsdam zu vereinen. Etwas komplizierter war die Abgrenzung der Nachlässe einzelner Familienangehöriger. Im Goethe- und Schiller-Archiv wurde bisher die Hauptmasse der Nachlässe von Bettina und Achim v. Arnim sowie der Nachlässe ihrer Kinder aufbewahrt, dazu kamen Teilnachlässe von Enkeln, Vorfahren und weiteren Verwandten. Im Staatsarchiv befanden sich das Gutsherrschafts- und -wirtschaftsarchiv sowie ein Familienarchiv im engeren Sinne, das in seiner die Gesamtfamilie betreffenden Zusammensetzung eng mit den anderen Bestandteilen verbunden war. Probleme einer sauberen Abgrenzung ergaben sich insofern, als ein Teil der persönlichen Archive von Familienangehörigen sowohl mit den Hauptnachlässen Achim und Bettina v. Arnim als auch mit dem im Staatsarchiv Potsdam lagernden Gutsarchiv verflochten ist. Über die Konsequenzen aus dieser Situation bestanden unterschiedliche Auffassungen in den vorbereitenden Beratungen. Im Kern ging es dabei um die Frage, ob die im § 7 der 1. Durchführungsbestimmung (DB) zur VO über das staatliche Archivwesen vom 19.3. 1976 festgelegte Zuständigkeit der Literaturarchive auch die Nachlässe von Angehörigen und anderen Kontaktpersonen mit einschließt. Das Staatsarchiv Potsdam vertrat hierzu die Auffassung, daß nach § 2 Abs. 1 dieser Bestimmung die Staatsarchive generell für das Archivgut des ehemaligen Großgrundbesitzes zuständig seien (Wortlaut: „Archivgut... der Unternehmen, Betriebe und Einrichtungen... des Großgrundbesitzes“); § 7 formuliere hierzu nur eine Ausnahme in bezug auf Schriftsteller, Dichter und Künstler und könne nicht auf deren Angehörige und andere Kontaktpersonen ausgedehnt

werden. Das Goethe- und Schiller-Archiv hielt dem entgegen, daß die Formulierung von § 2 Abs. 1 der DB Archivgut von Personen überhaupt nicht berücksichtige; für dieses sei vielmehr in § 10 der DB („Archivgut... von bedeutenden Persönlichkeiten des gesellschaftlichen und kulturellen Lebens“) eine aus guten Gründen sehr ambivalente Regelung gegeben, die auch die Literaturarchive mit einschließe. Generell müsse davon ausgegangen werden, daß ein Gutsarchiv kein Einheitsarchiv, sondern ein Vielheitsarchiv sei, aus dem z.B. Nachlässe einzelner Familienangehöriger nach § 7 oder nach § 10 der DB herausgelöst werden können. Dies gelte auch im Falle von Angehörigen und anderen Kontaktpersonen von Dichtern usw., bei denen man den Literaturarchiven keineswegs die Zuständigkeit von vornherein absprechen könne. Ohne diese an sich interessante Streitfrage zu lösen, einigten sich die beteiligten Archive auf eine praktische Vereinbarung, die an den besonderen Bedingungen des vorliegenden Falles und den Interessen der Benutzung orientiert ist. Wichtig war für das Goethe- und Schiller-Archiv, daß die Dokumentation der engen Verbindung zwischen dem Dichterpaar – besonders Bettina – und den Kindern, die sich in sehr umfangreichen Korrespondenzen widerspiegelt, nicht auseinandergerissen wird. Bei den Enkeln und Vorfahren hingegen ist diese Verknüpfung wesentlich loser, und andererseits bestehen hier auch starke Zusammenhänge mit dem Gutsarchiv. Deshalb wurde die Bestandsabgrenzung in folgender Weise vorgenommen:

- Das Goethe- und Schiller-Archiv verwahrt die Nachlässe von Achim und Bettina v. Arnim sowie ihrer Kinder und deren Ehegefährten.
- Das Staatsarchiv Potsdam verwahrt das Gutsherrschafts- und Gutswirtschaftsarchiv sowie das Familienarchiv im engeren Sinne (Angelegenheiten der Gesamtfamilie) und die persönlichen Nachlässe der übrigen Familienangehörigen.

Praktisch bedeutet dies, daß neben dem Rest an Gutsherrschafts- und -wirtschaftsakten, die versehentlich ins Goethe- und Schiller-Archiv gekommen waren, umfangreiche Teilnachlässe der Enkel – insbesondere des Malers Achim v. Arnim-Bärwalde –, ein Teilnachlaß des Bruders von Achim, Karl Otto v. Arnim, sowie der Eltern und Vorfahren von Weimar nach Potsdam abgegeben wurden. Demgegenüber wurde das persönliche Archiv des Dichterpaares durch einige originale Schriftstücke ergänzt, während die Korrespondenzen der Kinder und Schwiegerkinder um wesentliche Teile erweitert werden konnten. Zu begrüßen ist auch, daß ganz eng zusammengehörige Archivaleinheiten, die bisher getrennt lagen, nun zusammengeführt wurden. So sind die Papiere aus dem Staatsdienst Siegmund v. Arnims im Goethe- und Schiller-Archiv vereinigt, während die Tagebücher über ein- und ausgegangene Briefe Karl Otto v. Arnims geschlossen im Staatsarchiv Potsdam zu finden sind. Weitaus unkomplizierter war der Bestandsaustausch mit dem Zentralen Staatsarchiv Potsdam. Die politische Korrespondenz Bettina v. Arnims, die das Reichsarchiv seinerzeit erworben hatte, bildete einen geschlossenen Teilnachlaß Bettina von Arnim, der als Ganzes übernommen werden konnte. Im Gegenzug erhielt das Zentrale Staatsarchiv die Nachlässe der religiösen Sozialreformer Christoph Moritz v. Egidy (1847-1898) und Johannes Lehmann-Hohenberg (1851-1925), die die dort schon vorliegenden Bestände von Persönlichkeiten und Organisationen entsprechender Richtungen ergänzen.



Spezialinventare als theoretisches Problem. Begriffsklärung

Mechthild Maenecke

Die Schaffung von thematisch orientierten bestands- und archivübergreifenden Auskunfts- bzw. Findhilfsmitteln gewinnt zunehmend international an Bedeutung für Forschungsanliegen und wirtschaftliche Fragestellungen. Theoretische Probleme ergeben sich international bei der terminologischen Angleichung sowie der rationellen und einheitlichen Gestaltung solcher Findhilfsmittel (1).

Gerlinde Grahn begann 1984 in den „Archivmitteilungen“ mit ihrem Aufsatz „Spezialinventare als wichtiges Hilfsmittel in der Auswertungstätigkeit der Archive“ eine Diskussion zur Begriffsklärung von Spezialinventaren bzw. thematischen Inventaren, deren Typisierung und einheitlichen Gestaltung (2).

Dieser Artikel rückt ein theoretisches Problem in den Mittelpunkt und möchte einen Beitrag zur begrifflichen Abgrenzung der Spezialinventare von anderen thematisch orientierten archivischen Informationsmitteln leisten. Er setzt sich dabei vor allem mit Erfahrungsberichten aus den „Archivmitteilungen“ auseinander und stützt sich auf einschlägige archivwissenschaftliche Literatur.

Spezialinventare sind sachthematisch orientierte, meist bestands- aber auch archivübergreifende Findhilfsmittel. Sie streben eine möglichst vollständige Zusammenstellung der zu einem Schwerpunktthema bzw. Themenkomplex der Auswertung überlieferten, aussagekräftigen Quellen aus einem Bestand, aus verschiedenen Beständen eines Archivs oder mehreren Archiven an. Ihre Herstellung erfordert häufig eine über die vorliegenden Findhilfsmittel hinausgehende, neue Verzeichnung entsprechend dem Thema und den Auswertungsbelangen. Danach richtet sich auch die Intensität der Verzeichnung. Deshalb lassen sich thematisch umfangreiche bestands- und archivübergreifende Spezialinventare am besten in kollektiver Zusammenarbeit der Mitarbeiter des bzw. der betreffenden Archive anfertigen (z.B. Spezialinventar über Bodenmelioration und landwirtschaftliche Be- und Entwässerung im Bezirk Potsdam, bearb. von Mitarbeitern der Staatsarchive Potsdam und Magdeburg) (3). Spezialinventare können Gruppen von Dokumenten, einzelne Dokumente oder einzelne Sachverhalte zusammenfassen. Der erhebliche Arbeitsaufwand wird für Spezialinventare praktiziert, weil sie die Benutzungs- und Auswertungstätigkeit der Archive effektivieren und die Forderungen nach sachthematischen Zugriffsmöglichkeiten sowie verkürzten Zugriffszeiten von seiten der Nutzer (international) zunehmen. Ihre Erarbeitung stellt eine bedeutende Form archivischer Informationstätigkeit dar und kennzeichnet den hohen Wert der Archive als Dokumentationsspeicher. Sie ermöglicht eine enge Verbindung zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und anderen Bereichen der Gesellschaft (4).

Meta Kohnke sowie Gertrud Roschlau und Volker Ernst bevorzugen den Begriff thematisches Inventar anstelle von Spezialinventar, weil er „griffiger“ sei und besser auf den Charakter des Findhilfsmittels hinweise (5). Dieser Artikel dagegen vertritt wie G. Grahn den Standpunkt, als Verständigungsgrundlage den Begriff Spezialinventar beizubehalten, da dieser auch im Lexikon Archivwesen verwendet und eindeutig definiert wird.

Spezialinventare können außer Quellen zu einem Sachkomplex auch solche über eine Person, eine Institution oder über eine geographische Einheit enthalten (6). In dieser Hinsicht wäre der Begriff thematisches Inventar zu eng gefaßt, da er vor allem auf Quellen zu einem Sachkomplex weist, so daß der Begriff Spezialinventar auf einer höheren verallgemeinernden Abstraktionsebene steht und deshalb auf keinen Fall durch den Begriff thematisches Inventar ersetzt werden darf. Dem Begriff Spezialinventar gebührt der Vorrang, weil er den Charakter des Findhilfsmittels verallgemeinernd und umfassender widerspiegelt. Beide Begriffe könnten jedoch, wie bisher, nebeneinander existieren. Die alleinige Anwendung des Begriffs thematisches Inventar birgt außerdem die Gefahr einer Gleichsetzung mit anderen thematisch angelegten Find- bzw. archivischen Hilfsmitteln des In- und Auslandes in sich. Spezialinventare sind aber deutlich von thematischen Übersichten (7) und Katalogen (Verwendung in Bulgarien, Polen, Rumänien, der UdSSR, in Großbritannien, Frankreich und den USA), Inventaren, Registern, Quellenübersichten, Bestandsanalysen und -informationen (ehemals DDR) begrifflich abzugrenzen, weil es in ihrem Aufbau und bei ihrer Erarbeitungsmethodik grundsätzliche Unterschiede gibt. Spezialinventare entstehen in einer zweiten Erschließungsstufe auf der Basis strukturell angelegter Findhilfsmittel (Findbücher, -karteien), in denen Aktentitel und Enthält-Vermerk den Akteninhalt in einer relativ hohen Abstraktionsstufe bieten (8).

Thematische Übersichten und Kataloge entstehen ebenfalls in einer zweiten Erschließungsstufe, aber in erster Linie auf der Grundlage eines Klassifikationsschemas, das noch vor Beginn der Ermittlung und Verzeichnung der Dokumente anhand struktureller Findhilfsmittel

(Findbücher, Archivverzeichnisse) ausgearbeitet wird. Das Klassifikationsschema ist ein schriftliches oder graphisches Dokument, das alle Details der Gruppierung, Ordnung und Aufteilung der Informationsangaben aus den Dokumenten auf die Gliederungseinheiten vorbestimmt. Seine Ausarbeitung erfolgt von den Archivaren in Zusammenarbeit mit Spezialisten unter Benutzung verschiedener Veröffentlichungen (z.B. Enzyklopädien, Statistiken, Bibliographien, Monographien usw.), die Auskunft über das gewählte Thema, die Entwicklung des entsprechenden Wissenschaftszweiges, ein Gebiet der praktischen Tätigkeit der Gesellschaft, historische Ereignisse, Personen, geographische Einheiten u.ä. geben. Wichtig dabei ist auch das Studium der in- und ausländischen Erfahrungen auf dem Gebiet der Klassifikation (9). „Je detaillierter und gründlicher das Klassifikationsschema ausgearbeitet wird, desto präziser läßt sich der Inhalt der Dokumente erschließen“ (10). Mit dem Klassifikationsschema steht und fällt also die Qualität der thematischen Übersichten und Kataloge. Verschiedene Arten von Klassifikationsschemata und Katalogen können hergestellt werden.

Bei der Erarbeitung von Spezialinventaren wird erst nach der Auswahl der Thematik, der Ermittlung und Verzeichnung der Dokumente eine Gliederung nach bestimmten Gesichtspunkten vorgenommen (strukturelle Gliederung, Gliederung nach der sachlichen Einteilung des Themas anhand eines vorgegebenen Gliederungsschemas, Gliederung nach der chronologischen Abfolge der Dokumente zum Thema, Gliederung nach territorialen Aspekten, alphabetische Gliederung) (11). Während strukturelle Findhilfsmittel die primäre Grundlage für die Anfertigung von Spezialinventaren bilden, stellt das Klassifikationsschema das grundlegende methodische Hilfsmittel für die Ausarbeitung von Katalogen und thematischen Übersichten dar (12). Als bestands- und archivübergreifende Auskunft- bzw. Findhilfsmittel besitzen Kataloge, thematische Übersichten und Spezialinventare eine Gemeinsamkeit. Der Begriff Katalog sollte jedoch, wie bisher, ein bibliothekarischer Terminus bleiben (13).

Spezialinventare unterscheiden sich auch grundsätzlich von anderen thematisch orientierten archivischen Informationsmitteln: Die als Inventare bezeichneten Findhilfsmittel (Archivführer, Übersichten über Bestände von Archiven, gedruckte Bestandsübersichten) weisen Archive, Bestände und Aktengruppen in ihrer strukturellen Gliederung nach, sind vom Charakter her Bestandsübersichten und -verzeichnisse in unterschiedlicher Intensität und dienen der Information über Archivbestände (14).

In der Bestandsanalyse oder der Bestandsinformation erfolgt eine inhaltlich-quellenkundliche Analyse eines Bestandes bzw. einer Bestandsgruppe (15).

Quellenübersichten erfassen Quellen zu einem bestimmten Thema oder Themenkomplex, streben dabei aber keine Vollständigkeit an wie Spezialinventare.

Register treten im Archivwesen auch als selbständiges Recherchemittel auf, werden aber meist als zusätzliches Hilfsmittel erarbeitet. Als solches können sie den Gebrauchswert von strukturell gegliederten Spezialinventaren erhöhen, Zugriffsfähigkeit und Aussagekraft von Findbüchern und -karteien bedeutend verbessern und damit Antworten auf Sachfragen der Nutzer erleichtern (16). „Die im Register aufzunehmenden Schlag- und Stichworte werden grundsätzlich den Verzeichnungsangaben“ strukturell angelegter Findhilfsmittel (dem Aktentitel, Enthält-Vermerk oder Regest) entnommen (17), während bei der Erarbeitung von Spezialinventaren darüber hinaus oft eine inhaltliche Prüfung relevanter Akteneinheiten bzw. Dokumente erfolgen muß.

Die genannten archivischen Hilfsmittel erleichtern ebenfalls die Archivbenutzung unter dem Aspekt erhöhter, sachthematischer Zugriffsmöglichkeiten und verkürzter Zugriffszeiten. Sie unterstützen die Arbeit der Archivare sowie Forschungsvorhaben in den verschiedensten Bereichen.

Spezialinventare besitzen allerdings eine eigene, besondere Spezifik nach Inhalt, Aufbau, Erarbeitungsmethodik, Typisierung und Zielstellung. Deshalb ist ihre eindeutige Begriffsklärung sowie begriffliche Abgrenzung von anderen thematisch orientierten archivischen Informationsmitteln notwendig. Um so bedeutsamer wird die Herausgabe (von den OVG ausgehend) allgemeingültiger, methodischer Richtlinien zur einheitlichen Gestaltung von Spezialinventaren im Interesse

der Archivbenutzung, wichtiger Forschungsvorhaben, der Arbeit der Archivare bei ihrer Anfertigung und Auswertung. Einen entsprechenden Versuch unternahm die Abschlußarbeit des Autors im Rahmen des postgradualen Fernstudiums der Archivwissenschaft (18).

*

(1) Grahn, Gerlinde: Spezialinventare als wichtiges Hilfsmittel in der Auswertungstätigkeit der Archive. — In: AM 34(1984)1. — S. 6, 8. — Roschlau, Gertrud; Ernst, Volker: Thematische Inventare im Militärarchiv der DDR. — In: AM 36(1986)4. — S. 130.

(2) Grahn (s. Anm. 1), S. 5, 9.

(3) Lexikon Archivwesen der DDR / hrsg. von d. Staatl. Archivverwaltung d. Mld d. DDR. — Berlin, 1979. — S. 260 f. — Metschies, Kurt: Spezialinventare über Bodenmelioration und landwirtschaftliche Be- und Entwässerung im Bezirk Potsdam (H. 1-5), im Bezirk Frankfurt (Oder) und im Bezirk Cottbus. — In: AM 37(1987)4. — S. 141.

(4) Lexikon Archivwesen (s. Anm. 3), S. 261. — Archivwesen der Deutschen Demokratischen Republik: Theorie u. Praxis / hrsg. von e. Autorenkollekt. unter Ltg. von Botho Brachmann. — Berlin, 1984. — S. 344, 382, 389.

(5) Kohnke, Meta: Thematische Inventare: e. Diskussionsbeitr. — In: AM 35(1985)5. — S. 147. — Roschlau/Ernst (s. Anm. 1), S. 131.

(6) Grahn (s. Anm. 1), S. 6. — Archivwesen der... (s. Anm. 4), S. 389.

(7) Theorie und Praxis des Archivwesens der UdSSR: Lehrbuch. — Berlin, 1983. — S. 246.

(8) Grahn (s. Anm. 1), S. 7. — Roschlau/Ernst (s. Anm. 1), S. 130.

(9) Theorie und Praxis... (s. Anm. 7), S. 202-205, 250.

(10) Ebenda, S. 203. (11) Klose, Christine: Judenemanzipation und Judenverfolgung: e. Spezialinventar im Staatsarchiv Potsdam zur Geschichte d. jüd. Bevölkerung in d. Provinz Brandenburg u. in Berlin (1812-1945). — In: AM 38(1988)5. — S. 156. — Grahn (s. Anm. 1), S. 8 f. — Lexikon Archivwesen (s. Anm. 3), S. 261. — Kohnke (s. Anm. 5), S. 149.

(12) Theorie und Praxis... (s. Anm. 7), S. 202.

(13) Ebenda, S. 200. — Kohnke (s. Anm. 5), S. 147.

(14) Grahn (s. Anm. 1), S. 5.

(15) Ebenda.

(16) Archivwesen der DDR (s. Anm. 4), S. 342.

(17) Ebenda, S. 343. (18) Maenecke, Mechthild: Erarbeitung von Spezialinventaren: dargestellt am Beisp. e. bestandsübergreifenden Orts-, Lagen- u. Grubenkartei d. mansfeldischen Bergbaugebietes im Staatsarchiv Magdeburg. — Berlin, Humboldt-Univ., Sekt. Geschichte, Bereich Archivwiss., postgrad. Stud., Abschl.-Arb., 1989.

* * *

Rostocker Sammelbände

Ein Bericht

Magdalena Wurzer

1. Charakteristik

Als „Rostocker Sammelbände“ wird seit Jahrzehnten eine Reihe von insgesamt 50 Büchern bezeichnet, bestehend hauptsächlich aus Drucken vor allem der Ratsdruckerei und aus Abschriften von Urkunden und Aktschriftstücken der Ratsregistratur. Die hier abschriftlich überlieferten Originaldokumente entstammen dem Zeitraum vom 13. Jh. bis etwa 1870. Es sind zwei Reihen aus diesen Bänden gebildet worden, die sich nicht nur im Format, sondern auch in der Anlage und im Inhalt unterscheiden. In der Signierung sind die Reihen durch römische Ziffern für die im größeren Format (32,5 x 21,5 cm) überlieferten und durch arabische Ziffern für die im kleineren Format (20,5 x 15 cm) überlieferten Bände gekennzeichnet. Jene im größeren Format sind als gezielt angelegtes Hilfsmittel für die Verwaltungstätigkeit erkennbar und wahrscheinlich aufgrund eines Ratsbeschlusses vom 8.3. 1764 (1) entstanden, wonach „bei sämtlichen Gerichten ein Buch angelegt werden sollte, in das dauernd gebrauchte Verordnungen einzutragen seien“. Die Herausbildung der Verantwortlichkeit der einzelnen Ratsherren für bestimmte Sachgebiete in dem noch im 18. Jh. nach dem Kollegialprinzip arbeitenden und entscheidenden Ratsregiment (2) hat diese Bücher wohl entstehen lassen. Die Reihe im kleineren Format ist als individuellere Sammlung einzelner Ratspersonen erkennbar. Es wurde zunächst gesammelt, und das Gesammelte ist dann irgendwann — die Zeit könnte nur anhand buchbinderischer Kriterien festgelegt werden — gebunden worden. Ihr Inhalt ist von größerer Vielfalt.

Bei der Anlegung der Abschriftensammlungen hat sicherlich der Umstand gewirkt, daß die Ratsherren die für ihre Entscheidungsfindung immer wieder gebrauchten Informationen und Dokumente schnell parat haben wollten. Deshalb ließen sie wichtigere Dinge für sich ab-

schreiben, zumal sie ihre Leitungstätigkeit teilweise von ihren Wohnhäusern aus betrieben. Dort waren diese Sammlungen für sie besonders notwendig. Die meisten Abschriften wurden von den Stadtschreibern des 18. Jh. angefertigt, was unschwer am Schriftbild erkennbar ist. Auch die meisten Drucke stammen aus diesem Jahrhundert.

2. Herkunft

Abenteuerlich ist der Weg zu nennen, den einzelne Sammelbände zurücklegten, ehe sie ins Stadtarchiv gelangten. Die Besitzer betrachteten sie als Privateigentum und behandelten sie entsprechend.

Im Band Nr. 25 stehen folgende Bemerkungen des Ratsherren Dr. Zoch (3) auf der Buchdeckelinnenseite: „... daß er es am 7. 10. 1797 an einem anderen Orte zu einem hohen Preis gekauft hat, damit es nicht auf die Auktion kommt“. Er fügt: „Es soll nach seinem Tode ins Ratsarchiv“. Es folgen Hinweise zur Herkunft: „aus Waren (meckl. Stadt) und zwar der Büchersammlung des weil. Dr. Spalding, Sohn des vorm. Syndikus durch einen guten Freund für zwei Louidor“. Die Beispiele zur Behandlung als Privateigentum ließen sich fortsetzen. Das letzte Dokument fand 1745 Aufnahme, verkauft wurde der Band 1797. Man betrachtete den Inhalt sicherlich nicht mehr als aktuell, und um Probleme von Provenienz und Unverkäuflichkeit machten sich die veräußernden Nachfahren der Ratsmitglieder keine Sorgen.

Die Annahme liegt nahe, daß der Zufall nicht alle entstandenen Bände wieder an ihren Herkunftsort zurückführte. Doch lassen sich darüber nur Vermutungen anstellen. Ein Nachweis in den Akten der Stadtarchivregistratur nennt immerhin fünf Bände Rostockiensia des Bürgermeisters Petersen (4), von denen die Bände 3 - 5 der Ratsbibliothek geschenkt wurden (5). Das Veräußern auf Auktionen war wohl überall gängige Praxis und wird von Reinhard Kluge im Zusammenhang mit dem Stadtbücher-Bestand in den Archiven der DDR (6) erwähnt.

3. Bearbeitung durch Stadtarchivar Ernst Dragendorff

Ernst Dragendorff (7) benennt im Jahresbericht 1909, in dem u.a. über die Ordnungsarbeiten in der Bibliothek gesprochen wird, die Überlieferung. Es heißt wörtlich: „... die sehr zahlreichen in unserer Bibliothek befindlichen Drucksachen und Manuskripte enthalten Sammelbände ...“ (8). Ob er für die Benennung zuständig ist oder ob sie schon von den Ratsmitgliedern so genannt wurden, ist nicht mehr zu ermitteln. Dragendorff betrachtete sie jedenfalls ganz selbstverständlich als Bibliotheksgut und nicht als den Aktenbeständen zugehörig. Über die Bearbeitung sagt er in dem Bericht: „... diese Arbeit soll fortgesetzt werden, weil ein vollständiger Katalog des hier (in den Sammelbänden) Vorhandenen uns in Bearbeitung etwaiger Anfragen unter Umständen gute Dienste leisten dürfte“. 1912 sind die Arbeiten beendet, wie aus einem erneuten Jahresbericht ersichtlich: „... ein gleichfalls über 1600 Zettel umfassender Katalog über mehr als 30 alte Sammelbände mit kleinen, auf Rostock und Mecklenburg bezüglichen Druckschriften und Manuskripten (z.T. Abschriften von Drucken) ist fertiggestellt. Der Katalog ist nach Materien geordnet und hat sich für die praktische Benutzung so als durchaus brauchbar erwiesen“ (9). Nach Dragendorffs Bearbeitung der damals nur dreißig Bände umfassenden Überlieferung lag als Findhilfsmittel ein Sachwortkatalog vor. Die restlichen 20 Bände sind später dazugekommen und wurden nur teilweise verzeichnet. Aus heutiger Sicht muß gesagt werden, daß der von Dragendorff geschaffene Katalog den Benutzungsansprüchen nicht mehr genügt. Schwer erkennbare Ordnungszusammenhänge, Doppelverzeichnungen, die Unvollständigkeit und nicht zuletzt die von ihm handschriftlich in wörtlicher Übernahme der vorhandenen Titel in der Originalorthographie hergestellte Verzeichnung und unübersichtliche Signierung der Einzelstücke in den Bänden erschwerten den Zugriff.

4. OVG-gerechte Erschließung

Um 1962 wurden die Sammelbände aus der Archivbibliothek herausgelöst und waren fortan im „Trese-Bestand“ des Archivs (damals u.a. Stadtbücher, Auswahl von Urkunden, Rats- und Bürgerschaftsprotokolle) deponiert. Über die näheren Umstände dieser Entscheidung gibt es keine Berichte. Es geschah wohl aus Gründen der Sicherung,

aber auch weil erkannt wurde, daß sie nicht als Bibliotheksgut, sondern als Archivgut aufzufassen seien und etwas Besonderes, Auserlesenes darstellen. Eine neue Bearbeitung fand aber danach nicht statt.

Dragendorff hatte in seinem Bericht die Hoffnung ausgedrückt, eine Reihe von geschichtswissenschaftlichen Recherchen für Benutzeranliegen aus den Sammelbänden beantworten zu können. Diese Annahme erwies sich als richtig. Natürlich sind die einst in der Verwaltungstätigkeit ständig gebrauchten Dokumente für den Historiker von Wert, besonders wenn er einen schnellen Zugriff zu wichtigen Quellen haben möchte – allerdings abschriftlich –, wie Verordnungen des Rates und Dokumente der Landesregierung, die für die Stadtverwaltung von grundsätzlicher Bedeutung waren. Einige verlorengegangene Originale sind uns dagegen nur noch als Abschrift in diesen Bänden überliefert, beispielsweise ein Tagebuch Matthias Priestaffs (10) und gleichfalls von ihm ein Augenzeugenbericht über den Stadtbrand im Jahre 1677, bei dem ein Großteil der Häuser der damaligen Alt- und Mittelstadt den Flammen zum Opfer fiel.

Die Aufnahme seltener Rezepte, z.B. gegen Menschen- und Tierseuchen, oder einzelne Kuriositäten sprechen für das sich in diesen Bänden auch ausdrückende spezielle oder persönliche Interesse einzelner Ratsherren. Diese Stücke sind von einem besonderen Quellenwert. Die Auswertungsmöglichkeit für die Verwaltungsgeschichte, überhaupt die städtische Behördengeschichte, ist von Bedeutung. In die Planung der Neubearbeitung des gesamten Ratsbestandes des Stadtarchivs vor einigen Jahren wurden die Sammelbände von vornherein als potentielles Archivgut dieser Provenienz aufgenommen. Die intensivere Untersuchung der Bände ergab, wie bereits oben angedeutet, daß ein Teil davon – wie aus Widmungen ersichtlich – als Geschenke in die Ratsbibliothek und in das Ratsarchiv gelangten. Daß sie schließlich alle in der Ratsbibliothek zusammengeführt wurden, belegen Stempel und Signierung. Entscheidend für die Aufnahme in den Bestand ist, daß ihre Entstehung der Tätigkeit der Ratsherren zu danken ist und es sich zum überwiegenden Teil um Abschriften von Archivalien und amtlichen Drucken (Verordnungen) handelt.

Die Neubearbeitung der Sammelbände erfolgte 1988/89 mit dem Ziel einer intensiven Erschließung dieser wichtigen Archivaliengattung. Die Bezeichnung „Sammelbände“ wurde beibehalten, da sie die Herkunft, Entstehung und Art des Archivgutes am besten kennzeichnet. Die Erschließung lag ausschließlich bei einer Bearbeiterin, was sich in diesem Fall wegen der Notwendigkeit einer sehr gründlichen Einarbeitung und der Spezifik der Bearbeitung als günstig erwies. Das Einlesen in verschiedene Handschriften und die Identifizierung und Verzeichnung einzelner Schriftstücke und Drucke mit einem Entstehungsradius von mehreren Jahrhunderten stellten hohe Anforderungen und setzten detaillierte Geschichtskenntnisse voraus. Eine sachthematische Ordnung ließ sich wegen der gebundenen Einzelstücke erst nach der Verzeichnung und zwar nur in der Kartei herstellen, jedoch konnte eine sofortige Ordnung der Karteikarten nach der Verzeichnung helfen, mehrfach überlieferte Abschriften nicht immer wieder neu verzeichnen zu müssen. Das ersparte viel Arbeitszeit. Angestrebt wurde eine Verzeichnung nach den Ordnungs- und Verzeichnungsgrundsätzen für die staatlichen Archive der DDR, Ergänzung 1: Druckschriften. Bei Aktenstücken wurde in der Verfasserspalte die Provenienz festgehalten (Ratsregistratur, Länderregierung).

Die von Dragendorff vorgenommene Signierung der Bände der beiden unterschiedlichen Reihen mit römischen und arabischen Ziffern blieb bestehen, innerhalb der Bände wurden die einzelnen Verzeichnungseinheiten fortlaufend mit arabischen Ziffern numeriert.

Um eine Vorstellung von der Menge der zu verzeichnenden Einzelstücke zu geben, sei als Beispiel genannt, daß in der Reihe mit arabischen Signaturen in 31 Bänden 1319 Verzeichnungseinheiten anfielen. Die Bände im größeren Format waren bei der Bearbeitung Dragendorffs vollständig verzeichnet worden, diese Verzeichnung war zur Identifizierung der Stücke gut zu verwenden und erleichterte die Neubearbeitung wesentlich. Eine sachbezogene Ordnung sichert den schnellen Zugriff. Die Anfertigung eines Registers wurde vorerst zurückgestellt, um Erfahrungen aus der Benutzung zu berücksichtigen. Die Bearbeitung ist im August 1989 abgeschlossen worden, ihre Bewährung in der Praxis muß sich erweisen.

- ### Beispiel 1

Beispiel 7

Rat, Sammelblende	FIL/47
Rat	
- Verordnung wegen des Luxus bei den Ratwahlen	
26.4.1682	
Anhang: Verordnung von 1662 und 1667	
[Kopie]	

Rat, Sammelblende Beispiel 2 VIII/3
 [Adolf Friedrich, Hans Albrecht, Herzöge von
 Mecklenburg]
 Vertrag - wegen der Äster Gadebusch und
 Töpsin
 9.7.1608
 [Kopie]

Rat, Sammelbände Beispiel 3 23/12
 Pötter, Johann Wenz
 Neue Sammlung glaubwürdiger aber guten Theils
 ungedruckter mecklenburgischer Schriften und
 Urkunden welche zur Kenntnis dortiger Landes-
 geschichte und Rechte einigermassen dienen können
 Mit nötigen Anmerkungen hreg. von
 Wismar u. Leipzig: Berger 1746

* * *

Berichte

Zweite Veranstaltung des Kultusministeriums, Abteilung Archivwesen, der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern

Nachdem bereits vor einiger Zeit die Kreis- und Stadtarchive des Raumes Vorpommern zu einer Beratung zusammengetroffen waren, tagten am 10. Juni 1991 die des Raumes Mecklenburg.

Nahezu 25 Vertreter aus dieser Region fanden sich im Sitzungssaal des Güstrower Rathauses ein und konnten ihre seit dem Ende des Jahres 1989 angestauten Probleme dem Referatsleiter Archivwesen der Abteilung Kultur beim Kultusministerium vortragen.

Im Mittelpunkt standen dabei die zum Teil unzureichende personelle Absicherung der Kreis- und Stadtarchive, die unter völlig veränderten gesellschaftlichen Bedingungen überwiegend noch als „Einkämpfer“ wirken. Die Anwesenden wurden ermuntert, hier eine Aufstockung auszuhandeln. Ein seit Jahrzehnten bis in die Gegenwart unveränderter Zustand ist die Unterbringung der Archive. Feuchte Kellerräume, durch die Hauptleitungen von Wasser und Fäkalien gehen, dumpfe, muffige, des Tageslichts beraubte Räume sind die Arbeitsstätten der Archive und z.T. von Benutzern. Mangelhafte Raumkapazitäten und Überlagerung mit Schrift- und Archivgut – dazwischen suchen die Archive nach menschlichen Arbeitsbedingungen.

Wie ein Aufschrei und für alle Anwesenden als Signal zur Mitäußerung wirkend, war die Wortmeldung der Kreisarchivarin von Bad Doberan, die von den Vorteilen des Erfahrungsaustausches – der auch nach der Wende zwischen vier dort im Raum angesiedelten Archiven kontinuierlich weiter gepflegt wurde – berichtete.

Vom Referatsleiter der Abteilung Kultur wurde dieser auch in der Vergangenheit sich äußerst fruchtbar auswirkende Gedankenaustausch, verbunden mit bestimmten archivischen Fachfragen, als ein wichtiges Mittel der Kommunikation zwischen Archivaren im territorialen und kommunalen Bereich bewertet. Unter seiner Federführung wird den Kreisverwaltungen und Magistraten ein entsprechendes Empfehlungsschreiben zugehen, das den Weg zur materiellen und finanziellen Sicherstellung solcher Zusammenkünfte ebnen soll. Ein Archivbeirat der Abteilung Kultur im Kultusministerium, der demnächst zu gründen ist, wird sich ebenfalls für die Organisation und Durchführung von Erfahrungsaustauschen einsetzen.

Große Sorgen bereiten den Archivaren gegenwärtig die Fragen der Erfassung und Sicherung des Schriftgutes aus der Verwaltung der Städte und Gemeinden, aber auch aus industriellen und landwirtschaftlichen Betrieben. Abgewinkelte, strukturell und eigentümlich gewandelte Betriebe und Einrichtungen hinterließen Massen von Schriftgut – zum Teil von Vorgängerbetrieben vor dem Jahre 1945 –, das nicht erfaßt wurde oder nicht erfaßt und gesichert werden konnte. So berichtete der Leiter des Stadtarchivs Rostock, daß der Rostocker Konfektionsbetrieb „Jeans-Mode“ etwa 80 lfm Schriftgut deponiert hat, der Betrieb aufgelöst und das Schriftgut nicht ins Stadtarchiv übernommen werden konnte – aus Kapazitätsgründen. Bis zum 10. Juni 1991 konnte noch nicht ermittelt werden, was nun aus dem wochenlang herrenlos im ehemaligen Betrieb lagernden Schriftgut geworden ist.

Überhaupt stand die Sicherung und der Kampf gegen die „wilde“ Kassation im Mittelpunkt der mehrstündigen Beratung in Güstrow. Für alle anwesenden Archive – überwiegend langjährig im Beruf – war die Forderung des Referatsleiters, Herrn Wächter, daß es in der gegenwärtigen und künftigen Zeit auf dem Gebiet des Archivwesens darum geht „... eine Jahrhundertaufgabe zu lösen. Wer das nicht unterstützt, macht sich schuldig“, nur zu verständlich. Dieser Appell richtete sich jedoch vor allem an die in den Verwaltungen dafür verantwortlichen Dezernenten und Leiter.

In diesem Zusammenhang kritisierte eine Reihe der Anwesenden die ungenügende Wahrnehmung der Verantwortung ihrer Leiter bei der Erarbeitung von Grundsatzdokumenten, die für das „Funktionieren“ der Archivarbeit unerlässlich sind. Es geht dabei um der heutigen Zeit entsprechende Archiv-, Benutzungs- und Gebührenordnungen. Manche von Archivaren seit Monaten eingereichten Entwürfe verkümmern in den Schreibtischen der Vorgesetzten, erreichen nicht mal den Rat bzw. das Kreis- oder Stadtparlament. Da ich mich seit Juli 1990 kontinuierlich mit der Erarbeitung o.g. Grundsatzdokumente befaßte, konnte mit dem 3. Mai 1991 die letzte dieser Reihe, die Gebührenordnung für das Stadtarchiv, nach Beschlußfassung durch die Versammlung der Stadtverordneten am 22. März 1991 in Kraft gesetzt werden. Erwähnen möchte ich hierzu abschließend, daß ich eine Vielzahl von Archivaren der ehemaligen drei Nordbezirke mit den von mir erarbeiteten Dokumenten zur Nachahmung „versorgt“ habe und, wie mir bestätigt wurde, für manchen Archivar erfolgversprechend.

Der Vorsitzende des Landesverbandes der Archive Mecklenburg-Vorpommerns, Hans-Heinz Schütt, informierte darüber, daß im November 1991 der 1. Landesverbandstag Mecklenburg-Vorpommerns stattfinden wird. Sein Hinweis, daß in den nächsten zwei bis drei Jahren nicht mit einem Archivgesetz für dieses Land zu rechnen sei, fordere von den Archivaren, sich anhand von Inte-

rimslösungen für die Gewährleistung des Status der Archive und Archivare im Kreis und der Kommune einzusetzen. Siegfried Schlombs, Diplomarchivar im Mecklenburgischen Landeshauptarchiv, nahm eine Auswertung des unlängst in Berlin stattgefundenen Kolloquiums zu Fragen der Bewertung vor, in deren Mittelpunkt „die Rettung des Archivgutes“ von außerhalb sogar vor der Bewertung stehen sollte, wenn „Gefahr im Verzuge“ sei. Dabei gelte es vor allem, solches Schriftgut zu sichern, aus dem grundsätzlich Rechtsnormative hervorgehen.

Als Fazit dieser Tagung kann man ohne Zweifel hervorheben: Es war höchste Zeit, eine Beratung solcher Art einzuberufen. Sie nahm allen Anwesenden den Frust, der sich über Monate des „Alleinseins“ angestaut hatte. Optimismus stand auf den Gesichtern nach dem Versprechen, daß künftig offiziell zweimal im Jahr eine zentrale Arbeitstagung und auch die aus der Vergangenheit bewährten Erfahrungsaustausche durchgeführt werden.

Manfred Kriek (Schwerin)

*

Tagung der Kommunalarchive in Mecklenburg-Vorpommern am 26. Juni 1991 in Stralsund

Die Bundeskonferenz der Kommunalarchive beim deutschen Städtetag hatte durch ihren Vorsitzenden, Herrn Prof. Dr. Hans Eugen Specker (Stadtarchiv Ulm), zur Tagung der Kommunalarchive Mecklenburg-Vorpommerns nach Stralsund eingeladen. Insgesamt 71 Vertreter aus Kreis- und Stadtarchiven dieses Bundeslandes sowie aus Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen trafen sich im Johanniskloster der Außenstelle des Stadtarchivs Stralsund zu einer ersten Tagung dieser Art.

Nach der Eröffnung der Tagung durch den Vorsitzenden der Bundeskonferenz begrüßte der Leiter des Kulturamtes des Senats der Hansestadt Stralsund die Tagungsteilnehmer im Namen des Oberbürgermeisters. Dr. Hans-Joachim HACKER, Direktor des Stadtarchivs Stralsund, zog eine Bilanz über die gegenwärtige Situation im kommunalen Archivwesen dieses Bundeslandes, wobei er nicht umhin kam, auf hemmende negative Faktoren aus der vierzigjährigen Geschichte der DDR und des darin eingebundenen Archivwesens zu verweisen. Benutzungsbeschränkungen für bestimmte Personengruppen, Entmündigung der Archive bei der Bearbeitung sogenannter „NSW“-Anfragen, Verbot von Direktkontakten zu westdeutschen Amtskollegen sogar im Rahmen von Städtepartnerschaften bis hin zu Problemen der Publikationstätigkeit sowie der mangelhaften technischen und materiellen Ausrüstung der Kommunalarchive blieben nicht unausgesprochen. Hervorgehoben wurde vom Redner der Fleiß und das Engagement der Kommunalarchive, die trotz aller negativen Belastungen nicht verzagten und nicht zuletzt durch ihr Berufsethos immer wieder an die Lösung archivarischer Aufgaben herangingen. In diesem Zusammenhang wurde es als schmerzhaft empfunden, daß seit dem Jahre 1988/89 im Bereich der damaligen drei Nordbezirke (Neubrandenburg, Rostock und Schwerin) keine Erfahrungsaustausche bzw. Weiterbildungsmaßnahmen durchgeführt wurden. Diese Situation hatte tiefgreifende Auswirkungen auf die Tätigkeit der Kommunalarchive während der Zeit vor und nach der Wende in der ehemaligen DDR und nach der Einigung Deutschlands am 3. Oktober 1990. Von der Umwandlung der Stadt- und Kreisverwaltungen blieben die Kommunalarchive überwiegend ausgespart, was nicht zuletzt zur Verunsicherung und teilweisen Lähmung archivarischer Tätigkeit führte. Eingedenk der neuen und höheren Anforderungen an die Kommunalarchive – so der Redner – sollte seitens des Kultusministeriums von Mecklenburg-Vorpommern alles unternommen werden, damit „keine Abwicklung des kommunalen Archivwesens in diesem Bundesland zugelassen wird“.

Dr. REIMANN (Münster) referierte zum Thema *Staatsarchive, Kommunalarchive, Archivpflege – Gemeinsame Anliegen, unterschiedliche Aufgaben*. Seine Ausführungen bezogen sich auf langjährige Erfahrungen des westfälischen Archivamtes beim Landschaftsverband Westfalen-Lippe, das schon seit längerer Zeit Kontakte zu Kollegen in Mecklenburg-Vorpommern unterhält. Besonders hervorgehoben wurde vom Redner der sogenannte „Rechtfertigungszwang“, unter dem der Kommunalarchivar eine Vielfalt von Problemen archivischer Tätigkeit nach außen als auch nach innen zu koordinieren hat. Er sollte sich in das System der Kommunalverwaltung einbringen und behaupten; sichert, bewertet und bearbeitet doch er das gesamte aufgezeichnete Geschehen nach unmittelbarer Verwirklichung von Kommunalpolitik anhand des vorliegenden Schriftgutes der Verwaltungen des jeweiligen Gemeinwesens. An der Disponibilität des Kommunalarchivars liegt es, inwieweit er die Dokumentation des Schriftgutes zur Unterstützung der Verwaltungsaufgaben in den Kreisen und Städten einbringt und für eine gesicherte Erhaltung und Verwahrung der Kerndokumentation in den Registraturen der Verwaltungen beiträgt. Dazu braucht der Kommunalarchivar unbedingt die Rückenstärkung des Leiters seiner übergeordneten Institution. Ausführlich vermittelte der Redner Erfahrungen aus den Arbeitsgemeinschaften kommunaler Archive in Westfalen-Lippe, regte die Bildung solcher im Bundesland Mecklenburg-Vorpommern an, die von einer Archivberatungsstelle in vielfältiger Art wissenschaft-

lich-fachliche Unterstützung finden könnte. Man sollte den heutigen Beratungstag nicht beenden, so Dr. Reimann, ohne den ersten Schritt zur Gründung einer solchen Arbeitsgemeinschaft getan zu haben.

Herr KIESSLING (Münster) erläuterte in seinem Vortrag *Bestimmungen für kommunale Archive in den bisher erlassenen Archivgesetzen* mehrerer Bundesländer. Seine Ausführungen über Vor- und Nachteile dieser Gesetze für das kommunale Archivwesen machten eigentlich informativ den großen Nachholbedarf in der Umstrukturierung des Archivwesens der neuen Bundesländer auf der Grundlage bundesdeutscher Archivgesetzgebung sehr anschaulich sichtbar. Verwiesen wurde auf die Ausdehnung der Datenschutzgesetzgebung auch auf die Archivalien neben den personenbezogenen Informationen. Die gegenwärtig existierenden Landesarchivgesetze lösen diese Probleme im kommunalen Bereich nur mit Einschränkungen. Die dreißigjährige Schutzfrist für Archivgut interpretierte der Redner so, daß er den Sperrzeitbeginn nicht mit der Entstehung der Unterlagen, sondern mit Schließung der Akte ansetzt.

In der nachfolgenden Aussprache zu aktuellen Problemen der Kommunalarchive in Mecklenburg-Vorpommern nahmen Tagungsteilnehmer Gelegenheit, ihre Auffassungen zur gegenwärtigen Lage und Situation in Stadt- und Kreisarchiven zu erörtern. Da bis zur stattfindenden Landestagung keine generellen verallgemeinerungswürdigen Bestimmungen für die Erarbeitung archivischer Grundsatzdokumente (Archivordnung als Satzung, Benutzungsordnung, Entgeltordnung) landesweit verbreitet wurden, haben bislang nur vereinzelt Kommunalarchive solche Bestimmungen auf der Grundlage bundesdeutschen Rechts erarbeitet. Dr. Manfred KRIECK (Stadtarchiv Schwerin) konnte seine seit dem Monat August 1990 bis zum Zeitpunkt der Tagung gesammelten Erfahrungen darlegen. Mühselig und kompliziert war der Weg beim Herangehen an die Dinge, wenig Ansprechpartner und Konsultanten hatte er gefunden und trotzdem sind die o.g. Dokumente seit Monaten Richtschnur erfolgreicher Arbeit im Stadtarchiv Schwerin. Andererseits war von den Tagungsteilnehmern nicht zu überhören – und das bestätigten auch die Pausengespräche –, daß sie auf Grund fehlender Kenntnisse über die vorgenannten Landesarchivgesetze sowie das Nichtvorhandensein der neuen Grundsatzdokumente kommunaler archivischer Arbeit noch stark verunsichert sind. Auch in Stralsund konnte Dr. Kriek neben seiner mündlichen Weitergabe von gesammelten Erfahrungen bei der Erarbeitung o.g. Dokumente Kopien derselben an Tagungsteilnehmer sowie an Dr. Hacker als Mitglied des Vorstandes der Bundeskonferenz der Kommunalarchive zur Auswertung und möglichen Verbreitung im gesamten Lande übergeben.

In diesem Zusammenhang muß die Feststellung der Tagungsleitung sehr positiv bewertet werden, daß die 71 Teilnehmer des Landes Mecklenburg-Vorpommern in ihrer Gesamtheit das Land flächendeckend hinsichtlich der kommunalen Struktur vertraten. Diese Situation wurde dann auch als ein sehr positiver Beginn für künftige Kontakte zwischen den Archivvertretern zur Förderung und Verallgemeinerung grundsätzlicher Inhalte neuer archivischer Tätigkeit gewürdigt.

Breiten Raum nahm die Bildung einer „Arbeitsgemeinschaft der Kommunalarchive des Landes Mecklenburg-Vorpommern“ ein, zu deren Vorbereitung eine Initiativgruppe von sieben Damen und Herren aus Stadt- und Kreisarchiven unter Vorsitz von Stadtarchivdirektor Dr. Hacker (Stralsund) am gleichen Tage gebildet wurde. Die erste Zusammenkunft dieser Gruppe findet am 13. September 1991 im Stadtarchiv Rostock statt. Eine der Aufgaben dieser Initiativgruppe soll es sein, den „1. Mecklenburg-Vorpommerschen Archivtag“ vorzubereiten, der für den Monat November 1991 vorgesehen ist.

Am Schluß des Beratungstages war zu erkennen: Dank der seit einiger Zeit gepflegten Kontakte zu Kollegen in den westlichen Bundesländern mit ihren in nahezu vier Jahrzehnten gesammelten Erfahrungen der Landesverbände – hier konkret Westfalen-Lippe – konnten recht schnell konkrete, weiterhelfende Perspektiven vorgezeichnet werden. Die Tagungsteilnehmer sehen deshalb sehr optimistisch in die Zukunft und versprechen sich mit dem Wiederaufleben der Erfahrungsaustausche und Weiterbildungsmaßnahmen im Rahmen der „Arbeitsgemeinschaft der Kommunalarchive“ eine künftig fundierte Arbeit zur Bewältigung der gegenseitigen und künftigen anspruchsvollen Aufgaben. Abschließend sei den Herren Prof. Dr. Specker, Dr. Reimann und Herrn Kießling sowie dem Hausherrn des Johannisklosters, Dr. Hacker, für die Einladung sowie die Vorbereitung und materielle Sicherstellung dieser ersten landesweiten Tagung von Kommunalarchivaren recht herzlich gedankt.

Manfred Kriek (Schwerin)



Literaturbesprechungen

Archiven *pregled.* – Sofia 12(1989)1-4; 13(1990)1-2

Die vorliegenden Hefte der bulgarischen Archivfachzeitschrift zeigen die Bemühungen der Redaktion um eine größere Vielfalt der zu behandelnden Themen und eine wesentliche Erweiterung des Autorenkreises. Positiv zu registrieren ist vor allem die Weitung des Blicks auf die Archive in Ost und West sowohl durch Beiträge von Kollegen aus diesen Ländern als auch die Rezension ausländischer Fachliteratur.

Zu charakteristischen Besonderheiten archivischer Informationen äußert sich St. STEFANOV (13, 1, S. 3-12). Eine erste Besonderheit sei ihr retrospektiver Charakter, durch den die Nutzung der archivischen Informationen die Betrachtung der historischen Entwicklung aller Gegenstände und Erscheinungen ermögliche, insofern sie einen schriftlichen Niederschlag gefunden haben. Die zweite Besonderheit sieht er in der Reaktivierung der Information nach der Erledigung der eigentlichen Zwecksetzung, was sich in ihrem historischen Wert ausdrückt. Die dritte Besonderheit sei in der Reaktivierung für unterschiedliche Bedürfnisse der Nutzer zu sehen. Der Verfasser nennt es den „Prozeß der Deaktualisierung der archivischen Informationen“. Eine weitere Besonderheit liege in der Wechselbeziehung zwischen archivischen Informationen und den Gesellschaftswissenschaften im Unterschied zu den Natur- und Technikwissenschaften, in denen die Informationen wesentlich schneller altern. Als letzte Besonderheit weist er schließlich auf die vielgestaltigen Auswertungsmöglichkeiten, von politisch-erzieherischen bis zu rechtlichen Zwecken, hin.

Am 25. April 1989 nahm der bulgarische Ministerrat Richtlinien zur Ergänzung des Gesetzes über den Staatlichen Archivfonds an, die im vollen Wortlaut in der Zeitschrift veröffentlicht werden (12, 3, S. 181-189). Die Richtlinien behandeln in drei Abschnitten: die Festlegung der Archivdokumente, die als historisch wertvoll Eingang in den Staatlichen Archivfonds finden sollen (konkret aufgeführt werden einzelne Schriftstückarten); die Verwaltungsorgane des Staatlichen Archivfonds – von der Archivhauptverwaltung über die einzelnen Staatsarchive bis zu den verschiedenen bei der Archivhauptverwaltung bestehenden Kommissionen und schließlich im dritten Abschnitt die Sicherung und Auswertung des Staatlichen Archivfonds – von der Erarbeitung von Schriftgutverzeichnissen und Aktenplänen, der Tätigkeit der Behördenarchive über die Bestandsergänzung durch spezielle Schriftgutarten (technische Dokumente, Filme, Tondokumente) bis zur Erteilung der Erlaubnis zur Einsichtnahme in Dokumente und zur Kopierung.

Dem XI. Internationalen Archivkongreß in Paris vom 22.-26. August 1988 ist ein großer Teil der Hefte 1 und 2 von 1989 gewidmet. K. GERGINOV (12, 1, S.9-11) gibt einen knappen Bericht über den Konferenzablauf. Der Hauptbericht von P. RENÉ-BAZIN (12, 1, S. 12-42) zu neuartigen Archivdokumenten und den Prinzipien ihrer Anfertigung und Bestandsergänzung wird den bulgarischen Archivaren in vollem Wortlaut zugänglich gemacht. Ebenfalls vollständig wiedergegeben wird der von M. BURMOVA und Ž. KRAJČEVA (12, 1, S. 43-47) vorbereitete bulgarische Zusatzbeitrag zu den Mikroformen des Archivgutes. Jean-Pierre WALLOTS Beitrag „Einbeziehung neuartigen Archivgutes in herkömmliche Archive oder Einrichtung von Spezialarchiven?“ wird in Heft 3 des Jahrgangs 1989 bekannt gemacht (12, 3, S. 190-199). Die Auswertung neuartigen Archivgutes, der Diskussionsbeitrag E. KETELAARS auf dem XI. Internationalen Archivkongreß, wird im Heft 4 des Jahres 1989 abgedruckt (12, 4, S. 287-298).

Die Thematik des XI. Internationalen Archivkongresses, die Gewährleistung der Sicherheit neuartiger Archivdokumente, wird mit einem Artikel von F. M. VAGANOV (12, 2, S. 126-141) fortgesetzt.

Mit ihrem Artikel zur Auswertung des wissenschaftlich-technischen Archivgutes greift V. TODOROVA (12, 3, S. 199-212) die Thematik der 3. Plenarsitzung des Kongresses auf und vermittelt in erster Linie Erfahrungen des bulgarischen Zentralen Staatlichen Technischen Archivs für den Zeitraum zwischen 1980-1987. Behandelt werden quellenkundliche Fragen, Problemstellungen der Forscher, aber auch Aspekte der Bestandsergänzung und Erschließung. Über ein erstes Arbeitstreffen von bulgarischen Spezialisten aus den Staatsarchiven für wissenschaftlich-technische und andere neuartige Archivgutarten im Mai 1989 berichtet M. BURMOVA (12, 4, S. 343-345) und knüpft damit unmittelbar an die Ergebnisse des XI. Internationalen Archivkongresses an. Dem gleichen Gegenstand sind die Beiträge von K. ČEČEVA (12, 4, S. 346-349) zur Tätigkeit der Bewertungskommission beim Zentralen Staatlichen Technischen Archiv, N. DŽUROVA (12, 4, S. 349-354) zur Arbeit mit wissenschaftlich-technischen und neuen Dokumentenarten im Staatsarchiv Pazardzik und T. KARABADŽAKOVA (12, 4, S. 354-358) zu einigen Fragen der Sicherung und Auswertung der Projektdokumentation in den Projektierungseinrichtungen in Burgas gewidmet.

Schriftgutverwaltung, Bewertung und Bestandsergänzung
Probleme der Kontinuität und Entwicklung des Einheitlichen Staatlichen Systems der Schriftgutverwaltung und des Einheitlichen Staatlichen Systems der

Verwaltungsdokumentation in der UdSSR untersucht A.N. SOKOVA (12, 2, S. 93-111) vom Moskauer Unionsforschungsinstitut für Dokumentenkunde und Archivwesen. In einem ersten Abschnitt geht sie der Entwicklung des Einheitlichen Staatlichen Systems der Schriftgutverwaltung nach, das seinen Ausgang 1963 in einem Ministerratsbeschluss zur Verbesserung der Arbeit des Archivwesens hatte. Zu diesem Zeitpunkt gab es in der UdSSR weder exakte Anhaltspunkte zum Umfang des jährlich entstehenden Schriftgutes noch einheitliche Regelungen der Schriftgutverwaltung und der Standardisierung der Dokumente. Zu Beginn der 60er Jahre nahm die Archivhauptverwaltung, vor allem durch das 1966 gegründete Unionsforschungsinstitut für Dokumentenkunde und Archivwesen, die Erarbeitung des Einheitlichen Staatlichen Systems der Schriftgutverwaltung in Angriff. Das Ziel bei der Einführung des Systems waren die Erreichung einer weitgehenden Gleichartigkeit in der Dokumentation und im Dokumentenumlauf, die Vereinheitlichung der Schriftgutarten und der Richtlinien zu ihrer Bearbeitung, die Vereinheitlichung der Formen und Methoden der Arbeit mit den Dokumenten in der Verwaltung, der Registrierung und Kontrolle der Erledigung in der traditionellen Schriftgutverwaltung und die Erarbeitung traditioneller Formen der Organisation und der Mechanisierung der Verwaltungsarbeit. Verbunden damit war die Einführung eines einheitlichen Systems von Standards der organisatorisch-verfügbaren Dokumentation und eine Vereinheitlichung der traditionellen Verwaltungsdokumentation. Die Autorin analysiert ähnliche Vorhaben in anderen Ländern und die in den 70er und 80er Jahren in der UdSSR erreichten Ergebnisse in der Erarbeitung und Durchsetzung des Systems. Eine wichtige Etappe bei der Verwirklichung des Systems ist das Einheitliche Staatliche System der Verwaltungsdokumentation (EDS-DOU). Es vereinigt ein wissenschaftliches Programm der Dokumentierung aller Arten von Verwaltungstätigkeit und ein Ordnungsschema zur Dokumentenverwaltung bei Anwendung modernster Mittel zur Informationsverarbeitung. Ausführlich behandelt die Autorin Aufbau und Wirksamkeit dieses Systems. In der Durchsetzung des Systems unter Beteiligung der Archivare sieht sie eine reale Chance für die Schaffung der Dokumentengrundlage für die historische Forschung durch die bewußte Formung des Staatlichen Archivfonds. Im unmittelbaren Anschluß an den Beitrag von A. N. Sokova analysiert H. HRISTOV (12, 2, S. 112-120) den Zustand und die Perspektiven des Einheitlichen Staatlichen Systems der Schriftgutverwaltung in Bulgarien. Mit der Arbeit am System wurde faktisch 1974 mit der Verabschiedung normativer Dokumente begonnen. 1985/1986 von den Staatsarchiven für den Zeitraum von 1975 bis 1985 durchgeführte Untersuchungen zeigten jedoch, daß es nur sehr schleppend durchgesetzt wurde. Aus der Analyse zieht der Autor u.a. die Schlußfolgerungen, daß es notwendig ist, die Zweckmäßigkeit des Systems weiter zu untersuchen, Varianten zu erarbeiten, die eine weitgehende Vollständigkeit des Staatlichen Archivfonds garantieren, exakte Fristen und die organisatorischen und finanziellen Mittel für die endgültige Einführung des Systems festzulegen und schließlich die Ausbildung und den Einsatz der Kader zu gewährleisten.

Mit dem einheitlichen System der Informationstätigkeit in der Verwaltung beschäftigt sich H. STOJKOV (12, 2, S. 120-125). Am Beispiel des Ministeriums für Außenwirtschaft Bulgariens stellt er ein Hybridsystem in der Kombination von Mikroformen und Mikrocomputern vor, das die Gewährleistung einer schnellen und exakten Information aller Verwaltungsebenen zum Inhalt hat. Das System nimmt Funktionen des Informations- und Auskunftssapparates, der Registrierung, Kontrolle, der Statistik und Analyse und des Archivs wahr. Grundlegende Aufgaben bei der Vervollkommnung des Dokumentensystems im Bereich Kultur erläutert A. KOKALANOVA (13, 1, S. 13-21). Sie stellt in den Mittelpunkt ihrer Arbeit den Vorschlag zu einem Verzeichnis grundlegender Arten und spezifischer Dokumente, die charakteristisch nur für das Dokumentensystem in der Kulturverwaltung, unabhängig von ihrer funktionalen und strukturellen Zugehörigkeit, sind. Die wirtschaftliche Tätigkeit und das Dokumentensystem der Wasserwirtschaft in Pazardžik zwischen 1908 und 1924 untersuchen A. IKONOMOV und N. MITREVA (13, 1, S. 21-30).

Erfahrungen, die vor allem im Archivwesen der Bulgarischen Kommunistischen Partei bei der Erwerbung von Dokumenten persönlicher Herkunft zur Geschichte der Arbeiterbewegung gesammelt wurden, wertet St. GEORGIEV (12, 1, S. 3-8) auf einer gemeinsamen Konferenz von Archivaren und Museologen im Oktober 1988 aus. Zwei Schwerpunkten widmet der Autor vor allem seine Aufmerksamkeit – der Analyse der Ergebnisse der Bewegung „Das Gedächtnis des Volkes erzählt“ hinsichtlich der Erforschung, Sicherung und Erwerbung derartiger Dokumente und zum zweiten der Popularisierung des Quellenreichtums zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Bulgarien. Erfahrungen bei der Bestandsergänzung und Erschließung von Beständen persönlicher Herkunft im Staatsarchiv Pleven gibt G. MANGOVA (12, 2, S. 149-152) wieder. U. PETRUNOVA (12, 2, S. 153-156) berichtet, wie sich das Zentrale Staatsarchiv Bulgariens einem wenig beachteten Gebiet, dem Erwerb von Beständen persönlicher Herkunft von Sportlern und Persönlichkeiten aus Sport und Touristik zuwandte.

Anhand des zweiten Teils des „Methodischen Kodex“ der Archivhauptverwaltung beschäftigt sich E. KALYPČIEVA (13, 2, S. 34-51) mit dem Zustand und

den Problemen einer Methodik der Dokumentenregistrierung vom Archivbestand bis zum Einzeldokument.

Erschließung

D. MINCEV (13, 2, S. 21-34) stellt Überlegungen an zur Rekonstruktion von Archivbeständen, der Erarbeitung und Publikation von bestands- und archivübergreifenden „idealen“ Findbüchern. Er geht davon aus, daß im Grunde mit der Schaffung des Staatlichen Archivfonds in Bulgarien 1951 die Zuständigkeit für die Archivbestände geregelt wurde und die Registrierung im Zentralen Bestandsnachweis erfolgt. Probleme hinsichtlich des Verbleibs ergeben sich in Einzelfällen jedoch bei der Auflösung von Registraturbildnern oder strukturellen Veränderungen und bei privaten Nachlassern. Hier gelangen Teile von Beständen häufig nicht nur in Archive, sondern auch in Bibliotheken, Museen und andere Einrichtungen. Die Möglichkeiten der Zusammenfassung derartiger Bestände sowohl als Archivkörper in einem Magazin als auch nur ideell durch die Verzeichnung in einem Findbuch oder Inventar werden vom Autor behandelt. Anhand von Beispielen erläutert er Ergebnisse solcher Bemühungen. Die von Z. KRAJČEVA in Heft 1 von 1987 mit ihrem Beitrag um den systematischen Katalog in der Zeitschrift ausgelöste Diskussion setzt St. PETKOVA (12, 1, S. 47-55) mit ihrem Artikel fort. Sie spricht sich, als ausgewiesene Spezialistin auf dem Gebiet der Anwendung von Methoden der Informationswissenschaft im Archivwesen, für die Beibehaltung des systematischen Katalogs als effektivem Hilfsmittel für die Erarbeitung weiterer archivischer Hilfsmittel wie von Spezialinventaren u.a. aus. Dabei hebt sie jedoch die Schlüsselrolle der Findbücher zu den Beständen hervor und weist darauf, daß erst das ganze System der archivischen Hilfsmittel die allseitige Nutzung der Archive ermöglicht. Über den Einsatz der EDV zur Vervollkommnung des wissenschaftlichen Auskunftssapparates zur Geschichte der Balkanstaaten, die in den Staatsarchiven der UdSSR aufbewahrt werden, berichtet N.A. KARPUNOVA (13, 2, S. 75-77).

Drei Beiträge geben Erfahrungen des bulgarischen Zentralen Staatlichen Technischen Archivs wieder. K. ČEČEVA (13, 2, S. 52-55) behandelt die Verzeichnisse als spezielle Form zur Festlegung der Aufbewahrungsfristen für wissenschaftlich-technische Dokumente. Einer in der bulgarischen Archivliteratur nur sehr wenig behandelten Thematik – den Bergkarten – wenden sich P. PETKOV und I. IVANOVA (13, 2, S. 56-59) zu. Sie untersuchen den Quellenwert der Karten anhand der Überlieferung im genannten Archiv, den sie ausgehend von ihrer Eigenart als spezielle thematische Karten in den Möglichkeiten zur Erforschung der Naturschätze und ökologischer Prozesse sehen. N. DULGEROVA, N. VARBANOVA und R. NIKOLOVA (13, 2, S. 60-64) berichten über ihre Erfahrungen in der Anwendung eines 16-bit PC in der Organisation der Arbeit mit der wissenschaftlich-technischen Dokumentation, in erster Linie den Forschungsberichten, im Institut für Schwarzmetallurgie. Das Bulgarische Historische Archiv bei der Volksbibliothek „Kiril und Metodij“ stellt E. PAVLOVA-HARBOVA (12, 3, S. 213-219) in ihrem Beitrag zur Bestandsergänzung dieses Archivs vor. Das traditionell für die Zeit der bulgarischen Wiedergeburt bestehende Archiv wurde als Bestandteil des Staatlichen Archivfonds durch die bulgarische Archivgesetzgebung anerkannt und betreibt seine Bestandsergänzung, Erschließung und Auswertung in diesem Rahmen.

Auswertung

In einem faktenreichen Beitrag informiert St. STEFANOV (13, 2, S. 5-20) über die Auswertung der Archive in Bulgarien in den vergangenen 10-15 Jahren. Er bezieht sowohl die quantitativen und qualitativen Seiten der Nutzung als auch der benutzten Bestände und Nutzungszwecke ein.

T. KRIVOŠIJSKI (12, 4, S. 328-342) berichtet über das in vielerlei Hinsicht interessante Projekt „Spezialinventar der Dokumente zur Geschichte der Bulgarischen Kommunistischen Partei“. Von den bulgarischen Staatsarchiven wurden dazu ca. 50.000 Karteikarten angefertigt, die zentral auf einem PC bearbeitet wurden. Der Autor erläutert die einzelnen Arbeitsschritte und das Arbeitsergebnis. In der Anlage werden Beispiele von Computerausdrucken zur Thematik vorgestellt.

Einem in der archivwissenschaftlichen Literatur schon oft tradierten Thema, der Erforschung und Prognostizierung des Informationsbedarfs der Benutzer, wendet sich M. DIMITROVA (13, 1, S. 39-42) zu. Sie wertet vor allem Erfahrungen des Staatsarchivs Šumen in der Arbeit mit den Benutzern und dem wissenschaftlichen Auskunftssapparat aus.

Anhand der Quellenüberlieferung zu einzelnen Ereignissen der bulgarischen Geschichte beschreibt E. HRISTOVA (13, 2, S. 42-45) die Möglichkeiten der Einbeziehung von Archivgut in die Lehrerausbildung.

Einen Erfahrungsbericht über die Öffentlichkeitsarbeit des bulgarischen Zentralen Technischen Archivs gibt V. TODOROVA (13, 2, S. 98-100) anhand der von diesem Archiv im April/Mai 1990 gemeinsam mit der Wissenschaftlich-Technischen Gesellschaft „Lozene“ in Sofia durchgeführten Ausstellung.

Historische Hilfswissenschaften

Die Entwicklung der historischen Hilfswissenschaften in Bulgarien zwischen 1973 und 1988 ist das Thema eines Artikels von A. TODOROVA (12, 2, S. 142-

148). 1973 wurde bei der Bulgarischen Akademie der Wissenschaften ein Sektor „Historische Hilfswissenschaften, Quellen und Bibliographie“ geschaffen, der die Rolle eines Integrators für Wissenschaftler verschiedener Disziplinen und Einrichtungen übernahm. Die Autorin nimmt eine Analyse des Forschungsstandes in Bulgarien und im Ausland vor. Erwähnenswert der umfangreiche Apparat der Fußnoten, der faktisch eine Bibliographie zu den historischen Hilfswissenschaften in Bulgarien darstellt. Die Verfasserin entwickelt am Schluß ihrer Arbeit eine Typologie der historischen Hilfswissenschaften. Sie schlägt vor, diese Wissenschaften in folgende Gruppen zu untergliedern: theoretische Quellenkunde; Disziplinen, die materielle Quellen erforschen (Epigraphik, Numismatik, Sphragistik, Ikonographie u.a.); Erforschung schriftlicher Quellen (u.a. Paläographie, Diplomatik, Archäographie); Erforschung von Zeit, Entstehungsort und Bewegung der Quellen (u.a. Chronologie, Metrologie, historische Geographie und Kartographie); Untersuchung des sozialen Klimas der Epoche, dessen Produkt die Quelle ist (Genealogie, historische Demographie, Volkspsychologie u.a.); Disziplinen mit archiv- und wissenschaftsinformatischen Funktionen (Archivwissenschaft, Dokumentenkunde, Institutionengeschichte u.a.) und schließlich Disziplinen von allgemein-heuristischer Bedeutung (Theorie der Systeme, Mathematik, Kommunikationstheorie u.a.).

Einen Überblick über Theorie und Methodik der Veröffentlichung moderner historischer Quellen in der Tschechoslowakei gibt I. ŠČOVIČEK (12, 3, S. 235-248). Er geht sowohl auf allgemeine methodische, methodologische und archäographische als auch konkrete editorische Fragen ein. Ein umfangreicher bibliographischer Fußnotenapparat bereichert den Beitrag.

Die Behandlung hilfswissenschaftlicher Themen ergänzt A. ZAPRĀNOVA-TODOROVA (12, 4, S. 299-311) mit einem Artikel zum Gegenstand der Genealogie. Einen Überblick über den Forschungsstand der historischen Metrologie in Bulgarien geben V. SARLANOVA und M. VEKOV (12, 3, S. 220-229). Interessante Untersuchungsergebnisse stellt A. ROŠKOVSKA (12, 4, S. 312-327) in ihrem Beitrag zur nationalen Befreiungsbewegung und der Verwendung von Siegeln in der Zeit der Wiedergeburt vor. Anhand von Siegeln aus der gesellschaftlichen und persönlichen Sphäre – von dörflichen, kirchlichen Siegeln, Siegeln von Lesehallen und von Einzelpersonen – verfolgt sie die Verbreitung nationaler und revolutionärer Symbolik und hebt die Kunstfertigkeit der bulgarischen Steinschneider hervor.

Institutionengeschichte und Quellenkunde

Persönliche Dokumente von Schriftstellern im bulgarischen Zentralen Historischen Staatsarchiv als Grundlage quellenkundlicher Forschungen untersucht St. PETROVA (12, 4, S. 277-287). Anhand der in diesem Archiv aufbewahrten 163 Nachlässe von bulgarischen und ausländischen Schriftstellern betrachtet sie vor allem folgende Archivatgruppen: biographische Materialien, Dokumente des Wirkens des Schriftstellers, Dokumente aus seiner dienstlichen und gesellschaftlichen Tätigkeit, Korrespondenzen, illustrierendes Material und Dokumente ihm nahestehender und bekannter Personen.

Über eine unbekannte Handschrift von E. Fermendzin zum Aufstand in Cipro und zu den Bulgaren im Banat berichtet P. PEJKOVSKA (12, 3, S. 229-234). Die Geschichte des Theaters in Sliven zwischen 1886 und 1944 ist Inhalt eines institutionengeschichtlichen Beitrags von I. TAMANKĀROVA (13, 1, S. 31-38). Ein Beitrag zur Erforschung der Geschichte einzelner Industriebetriebe ist der Artikel von St. MARINOVA (13, 2, S. 87-91) über die Gründung und Entwicklung des Werkes „Iskovič und Levi“ in Ruse von 1903 bis zum 23. Dez. 1947. Auf Grundlage der im Staatsarchiv Sliven überlieferten Quellen stellt A. BELO-MOROV (13, 2, S. 91-97) die Geschichte der Gesellschaft für Bulgarisch-Sowjetische Freundschaft in Sliven zwischen 1940 und 1956 dar.

Restaurierung und Konservierung

Neue Tendenzen in der Restaurierung von Papier und Pergament sind Inhalt des Berichts von G. K. ALBRECHTNÉ (12, 4, S. 359-364) über die 1988 durchgeführte Internationale Konferenz zur Restaurierung von Papier in Oxford. Über Erfahrungen, die in verschiedenen Ländern mit dem künstlichen Altern von Papier sowohl für den Schriftverkehr als auch für den Druck gemacht wurden berichten J. CVETKOV und C. PIŠMANOVA (13, 2, S. 78-86). Zur Sicherungsverfilmung der Dokumente in der BRD äußert sich H. WEBER (13, 1, S. 55-61) und gibt zugleich in knapper Form einen Überblick über den internationalen Stand auf diesem Gebiet.

Archivgeschichte Bulgariens

Anläßlich des 25jährigen Bestehens der Sektion „Archivistik“ in der Bulgarischen Historischen Gesellschaft gibt P. PEJKOV (13, 1, S. 67-68) einen Überblick über die Entwicklung der Gesellschaft von ihrer Gründung an und das Wirken der Sektion seit 1964.

Internationale Beziehungen der bulgarischen Archive und Archivwesen des Auslands

Die Archive und das Archivwesen in Albanien stellt der Generaldirektor der albanischen Archive, T. MURZAKY, (13, 1, S. 46-55) vor. Entstehung, Entwick-

lung und Struktur des Budapester Stadtarchivs und die in diesem Archiv aufbewahrten Quellen sind Gegenstand eines Beitrags von P. PEJKOVSKA (13, 2, S. 65-75). Der Direktor der Departementsarchive der Seine-Region in Nanterre, George WEIL, (12, 1, S. 56-62) vermittelt Einblicke in die Geschichte eines der berühmtesten Pariser Stadtviertel, des Viertels „La defense“. In informativer Weise beschreibt er die Baupläne und deren Verwirklichung von Heinrich IV. im 17. bis Charles de Gaulle im 20. Jh. Im Rezensionsteil der Zeitschrift werden wiederum archivwissenschaftliche Veröffentlichungen und Quellenpublikationen aus dem In- und Ausland vorgestellt.

Abschließender Teil der Hefte sind jeweils Informationen über Ereignisse im bulgarischen Archivwesen. So wird über Tagungen des Kollegiums der Archivhauptverwaltung, wissenschaftliche Konferenzen und Weiterbildungsveranstaltungen berichtet und werden Persönlichkeiten des bulgarischen Archivwesens gewürdigt.

Gerlinde Grahn (Potsdam)

✱

Izvestiā na dyržavnite arhivi. – Sofiā 57(1989). – 412 S.

Der vorliegende Band der Zeitschrift bietet für den Forscher zur Geschichte Bulgariens und des Balkanraumes eine Fülle anregender Informationen in Gestalt von Quellenwiedergaben, Bestandsinformationen und thematischen Beiträgen. Für die bulgarischen Archive bietet sie eine gute Möglichkeit, ihre Arbeitsergebnisse der interessierten Öffentlichkeit vorzustellen.

Thematische Quelleninformationen

Die umfassende Auswertung der Veröffentlichungen der Forschungsgemeinschaft „Geschichte des Kampfes der Arbeiterklasse und die Befreiung der Frau“ an der Pädagogischen Hochschule in Leipzig, anderer Literatur und von Quellen aus dem Zentralen Parteiarchiv beim Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU in Moskau ist die Grundlage der Arbeit von M. MARINOVA (S. 5-24) über die Entstehung der internationalen kommunistischen Frauenbewegung. Die Autorin geht, nach einer knappen Schilderung der Geschichte der proletarischen Frauenbewegung seit dem Ende des 19. Jh., vom Gründungskongreß der Kommunistischen Internationale 1919 aus. Sie untersucht die ersten Dokumente zur Organisation des Internationalen Frauensekretariats beim Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale und dessen Bedeutung für die Festlegung der Beziehungen zwischen den einzelnen Ländern. Sie verfolgt den Prozeß der Erarbeitung des Programms der kommunistischen Frauenbewegung und hebt die besondere Rolle Clara Zetkins hervor, die dem Frauensekretariat beim EKKI vorstand.

Einer in der bulgarischen historischen Literatur häufig behandelten Thematik, der Zeit der bulgarischen Wiedergeburt, wendet sich K. Šarova (S. 25-52) in ihrem Beitrag über die Aufgaben und Funktionen der Leitung des Bulgarischen Revolutionären Zentralkomitees (BRCK) im Zeitraum zwischen 1870 und 1872 zu. Nach längeren Vorbereitungsarbeiten durch G. S. Rakovski und andere Führer der bulgarischen Befreiungsbewegung, die sich z.T. im Ausland aufhalten mußten, kam es 1869 in Bukarest zur Gründung des Bulgarischen Revolutionären Zentralkomitees, das die Leitung des Befreiungskampfes übernahm. Es faßte in der ersten Phase alle in Rumänien existierenden Emigrantengruppen zusammen. Ab 1870 begann Vasil Levski in Bulgarien selbst mit der Organisation von Befreiungskomitees, und schließlich wurde 1871 die Bulgarische Provisorische Regierung gebildet. Sie fand ihren Sitz in Loveč und nannte sich von Mitte 1871 an Zentralkomitee in Bulgarien. Anhand vor allem von publizierten Quellen werden die Ausdehnung des Netzes der Komitees im Lande und die Entwicklung der Auffassungen Vasil Levskis im Verlaufe der praktischen Arbeit bis 1872 belegt, als das Komitee die Aufgabe stellen konnte, mit allen geistigen und materiellen Mitteln an die Vorbereitung der Revolution zu gehen.

Dokumentenveröffentlichungen

T. KOSTADINOVA (S. 53-72) belegt anhand von Dokumenten des bulgarischen Zentralen Staatsarchivs die Umwandlung der Vaterländischen Front in eine einheitliche gesellschaftliche Organisation. Die im antifaschistischen Kampf 1942 entstandene Vaterländische Front gab sich im Verlauf der Befreiung des Landes 1944 ein neues Programm und vereinigte in sich 1947 alle politischen Organisationen Bulgariens. Nachdem auch für Bulgarien die Nachkriegsgeschichte neu zu bearbeiten und den Ursachen für das Scheitern der sozialistischen Entwicklung auch in diesem Lande nachzugehen ist, scheint gerade der Zugang zu den Quellen der Anfangsjahre von großem Wert. Erwähnenswert ist vor allem der fast vollständig wiedergegebene Entwurf eines Statuts der Vaterländischen Front, der Charakter, Aufgaben, Mitgliedschaft und Organisationsfragen enthält. Der Anmerkungsapparat vermittelt Informationen über die politischen Organisationen in Bulgarien und ihre wichtigsten Funktionäre. C. V. BILĀRSKI (S. 73-138) ediert 62 Briefe aus der Korrespondenz des bulgarischen Historikers, Publizisten, Journalisten, Literaturkritikers und Diplomaten Simeon Radev (1879-1967), die im bulgarischen Zentralen Historischen Staatsarchiv und im Staatsarchiv Plovdiv aufbewahrt werden.

Unter den Korrespondenzpartnern finden sich viele bekannte Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens Bulgariens. Die Briefe widerspiegeln die Teilnahme Simeon Radevs an der Mazedonisch-Odrinischen Befreiungsbewegung, seine diplomatische Tätigkeit v.a. in Westeuropa zur Verteidigung der nationalen bulgarischen Interessen, seine Beziehungen zur kulturellen Entwicklung in Bulgarien und seine eigenen schöpferischen Pläne. Der publizierte Schriftwechsel umfaßt die produktiven Jahre Radevs zwischen 1902 und 1957. Die vorgelegten Dokumente ermöglichen außerdem neue Einsichten in die Biographie Radevs. Ebenfalls Briefe veröffentlicht B. DZIPALSKA (S. 139-148). Es handelt sich dabei um Briefe, die Krystû Rakovski an Freunde und Verwandte zwischen 1899 und 1905 richtete, die persönliche Mitteilungen enthalten. Sie werden im Bestand „Stefan und Georgi Bakalov“ im bulgarischen Zentralen Historischen Staatsarchiv aufbewahrt. K. Rakovski war einer der aktivsten Funktionäre der bulgarischen Arbeiterbewegung und der kommunistischen Internationale und fiel der Stalinschen Terrorwelle 1937/1938 zum Opfer. Den Mangel an zeitgenössischen Quellen vor 1878 gleichen die bulgarischen Archivare und Historiker durch Bestandsergänzung aus ausländischen Archiven und Bibliotheken aus. Von Interesse ob ihrer detaillierten Darstellungen, wenn auch nicht selten mit Ungenauigkeiten behaftet, sind Reiseberichte von Ausländern über Bulgarien. P. STEFANOV (S. 149-154) gibt den Bericht des englischen Missionars James Longe (1814-1887) wieder, der sich 1875 erstmals in der Stadt Russe aufhielt und ein lebendiges Bild über das Leben in dieser Stadt vermittelt. Einem äußerst interessanten, aber bisher kaum erforschten Abschnitt der bulgarischen Geschichte vor der Befreiung von der türkischen Herrschaft, der Aussiedlung von Bulgaren nach 1829, wendet sich O. V. MEDVEDEVA (S. 155-205) zu. Ihre Quellen entnimmt sie den Beständen der Kanzlei des Außenministeriums und Russische Botschaft in Konstantinopel des Archivs der Außenpolitik Rußlands in Moskau. Auf Grund des Friedensvertrages von Adrianopel 1829 zwischen Rußland und der Türkei mußten Bulgaren aus den ärmsten Schichten aus den südöstlichen und östlichen Landesteilen, die die von den Türken auferlegten Tribute nicht zahlen konnten, das Land verlassen. Sie siedelten sich in der Moldau, der Walachei und in Rußland an. Die Dokumente widerspiegeln v.a. die rechtlich-diplomatischen Voraussetzungen für die Übersiedelung, die Rolle des russischen Konsulats in Siliven bei der Beschränkung der Emigration, den Ablauf der Übersiedelung selbst und deren Umfang. Durch die Dokumente wird die bislang verbreitete Auffassung widerlegt, daß die russische Regierung die Übersiedelung angeht und organisiert habe. Im Gegenteil habe sie versucht, besonders über ihren Botschafter bei der Pforte, weitergehende Übersiedelungen zu verhindern.

Erinnerungen

Zwanzig Jahre nach der Befreiung Bulgariens bittet 1901 der Arzt Dr. Paraskev Ivanov Stoanov aus Loveč in einer Umfrage Zeitzeugen, ihre Eindrücke über diese Zeit schriftlich niederzulegen. Unter der Bezeichnung „Materialien zur Geschichte der Stadt Loveč“ werden die Erinnerungen von 36 aktiven Teilnehmern an den revolutionären Ereignissen heute im Bulgarischen Historischen Archiv der Volksbibliothek „Kirill und Metodij“ in Sofia aufbewahrt. V. TILEVA und Z. NONEVA (S. 207-322) edieren das 128 Seiten umfassende Material mit geringfügigen Kürzungen. Das Dokument illustriert wichtige Ereignisse und Persönlichkeiten bei der Organisation des bulgarischen Widerstandes gegen die türkische Herrschaft, so die Ankunft Vasil Levskis in Loveč und die Schaffung der revolutionären Organisation, die personelle Zusammensetzung des Zentralkomitees, die Wahl Loveč als Zentrum, die ersten Aktionen des Komitees, die Sicherung des revolutionären Archivs. Wichtige Angaben werden zur Beteiligung der Bürger von Loveč an den revolutionären Ereignissen gemacht.

Die erstmals 1961 und 1962 in der in bulgarischer Sprache in den USA erscheinenden „Makedonska tribuna“ veröffentlichten Erinnerungen des bulgarischen Lehrers Dimitry Kostadinov Mavrodiev ediert N. LIKOVSKI (S. 323-361). D. K. Mavrodiev war als Lehrer maßgeblich an der Organisation des Widerstandes der Bulgaren gegen die türkische Herrschaft in Ostrumelien nach 1878 beteiligt, wurde mehrere Jahre inhaftiert und lebte bis zu seinem Tode 1935 in Sofia.

Bestandsanalysen

M. JOVEVSKA-BODUROVA (S. 363-370) informiert über bulgarische Dokumente zur Gründung der Tschechoslowakischen Republik und zu den bulgarisch-tschechoslowakischen Kontakten in der Zeit zwischen 1918 und 1920. Grundlage sind die Bestände des bulgarischen Zentralen Historischen Staatsarchivs. Einen Überblick über das sog. Politische Archiv des Benjamin Kállay, das im Ungarischen Staatsarchiv in Budapest aufbewahrt wird, gibt P. KAMENOV (S. 371-383). Ausgewählt hat er die Dokumente über die Jahre 1878 und 1879, in denen besonders deutlich die Balkanpolitik Österreich-Ungarns deutlich wird.

Quellen sowjetischer Archive zur Tätigkeit slawischer Komitees in Rußland und Bulgarien zwischen 1858 und 1877 werden in einem Beitrag von M. TODORAKOVA (S. 385-398) analysiert. Für die Thematik in Betracht kommen

v.a. das Zentrale Staatsarchiv der Oktoberrevolution, das Zentrale Staatliche Historische Archiv, das Archiv der Außenpolitik Rußlands, das Gebietsarchiv Odessa, das Zentrale Staatsarchiv für Literatur und Kunst und das Zentrale Staatliche Militärgeschichtliche Archiv.

Der Band endet mit einem Rezensionsteil, in dem bulgarische und sowjetische Quellenveröffentlichungen zu historischen Themen publiziert werden.

Gerlinde Grahn (Potsdam)



Witbooi, Hendrik:

The Hendrik Witbooi Papers / transl. by Annemarie Heywood and Eben Maasdoorp. (Hrsg.: National Archives of Namibia. Annot. by Brigitte Lau. – Windhoek, 1989. – 213 S. : Ill.

(Archeia : Windhoek Archives Publication Series ; No 13)

Wohl kaum eine Form der Geschichtsdokumentation widerspiegelt mehr Realität als die Niederschriften aus dem unmittelbar Erlebten. Insofern nehmen Briefe und Tagebücher bei der Auswertung historischer Quellen einen besonderen Stellenwert ein. Interessant im vorliegenden Fall ist auch die Tatsache, daß Kolonialgeschichte ursprünglich in erster Linie von Vertretern der sogenannten Mutterländer niedergeschrieben wurde. Den Völkern in den Kolonien blieben infolge ihrer weitaus schlechteren Bildungschancen und der mangelnden Möglichkeit, sich international zu artikulieren, kaum Wege, ihre Geschichte mit eigenen Mitteln und aus dem eigenen Verständnis zu dokumentieren. Eine der Ausnahmen war Hendrik Witbooi, der zum Zeitpunkt der deutschen Kolonisation Namibias Führer der Witbooi, des bedeutendsten Namastammes war und im Konflikt mit den Herero den Kampf um die Vorherrschaft im Land ausfocht. Seine persönlichen Aufzeichnungen und Briefe bildeten die Grundlage für die Herausgabe von „The Hendrik Witbooi Papers“.

Herangezogen wurde Hendrik Witboois Journal, bestehend u.a. aus Tagebuchaufzeichnungen über verschiedene Gefechte, Unterredungen und Korrespondenzen mit deutschen Kolonialoffizieren und afrikanischen Stammesführern. Besagtes Journal wurde von Curt von François beim Angriff auf die Siedlung Hornkranz am 12.4. 1893 erbeutet. Zurückgegriffen wurde auch auf die 1929 von der südafrikanischen Van Riebeck Gesellschaft herausgegebene Publikation „Die Dagboek van Hendrik Witbooi“, welche seinerzeit inhaltlich durch die im deutschen Kolonialarchiv in Windhoek entdeckten Briefe von und an Hendrik Witbooi bereichert wurde. Hinzu kommt eine Auswahl des in weiteren Kolonialarchiven, Archiven von Missionsgesellschaften, privaten Dokumentensammlungen, Büchern und Zeitungen ermittelten Materials.

Eine Einführung von Brigitte Lau mit einer Reihe wertvoller historischer Angaben vermittelt dem mit der Geschichte Namibias weniger vertrauten Leser einen Einblick in das Geschehen vor und zum Zeitpunkt der Kolonisation des Landes. Ausgehend von biographischen Eckdaten zur Person Hendrik Witbooi umreißt sie sowohl die historische Rolle der Witbooi als auch die zeitlich abgegrenzten Phasen des Kampfes gegen die Konsolidierung kolonialer Herrschaftsstrukturen in Namibia.

Kernstück der Publikation bilden die Briefe und Aufzeichnungen Hendrik Witboois.

Im Anhang werden drei Quellengruppen aufgeführt, in welchen in verschiedener Weise zur Person Witboois und zur politischen Lage Namibias Aussagen getroffen werden.

Die mit zwei gezeichneten Karten und einer Reihe von Fotografien führender Persönlichkeiten und historischer Schauplätze Namibias ausgestattete Publikation stellt nicht nur für den regionalspezifisch interessierten Leser eine Bereicherung dar.

Kerstin Pfullmann (Potsdam)



Przybylski, Peter:

Tatort Politbüro : d. Akte Honecker / Peter Przybylski. – 1. Aufl. – Berlin : Rowohlt, 1991. – 426 S.

Der Titel klingt gut. Er assoziiert Verbrecher, politische Kriminalstory, Gerichtssaal. Hätte ich wirklich nicht mehr erwartet, wäre ich wahrscheinlich zufrieden gewesen. Der Ausgangspunkt der Lektüre war für mich allerdings die Nutzbarmachung aktueller publizistischer Quellen für die Arbeit im Archiv bzw. am Bestand.

Der Autor, 25 Jahre lang Pressesprecher des Generalstaatsanwaltes der DDR, erklärt im Vorwort haargenau das, was für uns den Wert zeitgenössischer Quellen ausmacht: „Gleichwohl glaube ich, daß besonders Insider des DDR-Staates, die mehr wußten als Normalbürger, die Pflicht haben, die Praktiken des vergangenen Machtapparates zu beleuchten, wenn die ganze Wahrheit in den Blick der Geschichte gerückt werden soll. Das wirkliche Täter-Opfer-Verhältnis wird immer erst deutlich, wenn beide Seiten zu Wort gekommen sind“ (S. 8). Der Versuch, Zeit oder Gesellschaft oder Geschichte und beson-

ders seine eigene Rolle in ihr zu begreifen, kann nur subjektiv sein. Seit der politischen Wende in der DDR und der Vereinigung beider Teile Deutschlands gab es unzählige solcher Versuche. Viele dieser Versuche wurden in der Presse publiziert: Interviews, Stellungnahmen, Verteidigungen und Rechtfertigungen, Klarstellungen. Eine andere Art der Verbreitung findet durch den Rundfunk statt. Aber auch auf literarischem Wege versuchen sich Opfer und Täter Aufmerksamkeit zu verschaffen – Aufmerksamkeit für ihre Sicht der Dinge. Für die Archivare ergibt sich die Situation, daß auf der einen Seite eine Unmasse von Akten und anderen Archivgutarten zu erschließen und auszuwerten sind, es im Gegensatz dazu aber auch zu Aktenvernichtungen gekommen ist oder daß der Wahrheitsgehalt des Materials in einigen Fällen anzuzweifeln ist. Auf der anderen Seite melden sich eine Vielzahl von Beteiligten zu Wort, die wegen ihrer Tätigkeit guten Einblick in die Verhältnisse hatten oder die Opfer und Mitwisser, die früher keine Gelegenheit (oder wie Herr Przybylski keine Veranlassung) hatten, ihre Kenntnisse öffentlich zu machen. Mit dem oben zitierten Anspruch nimmt es der Autor nicht so genau. (Gleichwohl verstehe ich nicht, aber das ist eine moralische Frage, warum Leute, die mehr wußten, erst jetzt die Pflicht haben, ihre Praktiken zu beleuchten.) Sein Eingeweihtsein hätte er uns Nichtwissenden auf zwei Arten plausibel machen können. Er hätte erstens ein Buch über sein Betätigungsfeld – die DDR-Justiz – schreiben können oder aber zweitens mit Erich Honecker vertraut oder wenigstens bekannt gewesen sein müssen – was er allerdings gleich nach den ersten Sätzen des Werkes dementiert. Jedoch scheint der von ihm genannte Fakt, daß Honecker sich als der Grundirrtum seines Lebens (S. 8) erwies, eine besondere Vertrautheit hervorzurufen. Immerhin wurde ihm sein eigenes Versagen bewußter – und wozu mit sich selbst abrechnen, wenn noch so viele andere da sind, zu deren Akten man Zutritt hat. Die bittere Frage bezüglich der DDR-Justiz beschränkt Peter Przybylski auf die „strafrechtliche Abrechnung der kriminellen Figuren des Regimes“ nach der Wende, was vielen Lesern zumindest ein bitteres Lächeln entlocken dürfte.

Was uns nun der Autor im ersten Teil seines Buches vorlegt, demonstriert zumindest einige theoretische Gesichtspunkte des möglichen Interesses der Archivare. Ein kurzer Blick auf den Anmerkungsapparat – und man erkennt seine Arbeit als Versuch dessen, wozu uns dieses Buch eigentlich verhelfen sollte – es ist eine Aus- und Wertung des Materials, d.h. der Ermittlungsakten der Generalstaatsanwaltschaft. Deutlich bemerkbar wird das immer dann, wenn man innerhalb der Honecker-Biographie auf interessante Fakten stößt, wie z.B. das Verhältnis SED und (DDR-)CDU. Vermutungen und Beweise des Autors lassen sich immer wieder auf Aussagen in den Dokumenten zurückführen. Eine bestimmte Art von Dokumenten spielt hierbei die Rolle, die das ganze Buch spielen sollte – ich meine die Aufzeichnungen und Vernehmungsprotokolle der führenden Parteimitglieder. Im Grunde genommen basiert ein großer Teil der Arbeit auf ebendiesen Notizen. Nur von Mitarbeitern und Vertrauten können für das Verständnis und die Beurteilung von Handlungen wichtige Mitteilungen kommen, die z.B. wären: Lag das Schriftstück dem entsprechenden Verantwortlichen überhaupt vor? Hatte er von dieser und jener Entwicklung oder Situation Kenntnis? Wenn ja, in welchem Umfang? In welchem Abhängigkeitsverhältnis standen bestimmte Personen? Was für ganz persönliche Charakterzüge kennzeichneten diese Personen? Was hatten sie für Freunde, für Bekannte? Gab es politische oder andere Gegensätze innerhalb einer Gruppe von Menschen? Was hatten sie für Erfahrungen?

Vielleicht hätten wir nach der Lektüre mehr brauchbare Informationen, wenn Herr Przybylski die Dokumente, denen die Zitate entstammen, anstelle des ersten Teils dieses Buches veröffentlicht hätte.

Damit komme ich zum zweiten – und brisanten Teil. Dieser enthält bislang in der Öffentlichkeit so gut wie unbekannte Dokumente, die wesentlich bestimmte Entwicklungen der Person Honecker, der SED- und DDR-Geschichte publik machen und nicht nur für die Anklage gegen Honecker, sondern auch für die wissenschaftliche Aufarbeitung unserer 40jährigen Geschichte von Bedeutung sind. Bei diesen Dokumenten handelt es sich zum großen Teil um sowohl innerparteiliche als auch subjektive Erklärungen seitens der Politbüromitglieder u.a. Das Vorliegen in gedruckter Form, das Vorhandensein in einer Akte oder die Beglaubigung des Gesagten durch Unterschrift schließt natürlich eine gründliche Quellenkritik nicht aus. Der allgemeine Ansatzpunkt für die Kritik von Selbstzeugnissen ist in menschlich und gesellschaftlich bedingten „Unzuverlässigkeiten“, wie Erinnerungsvermögen, Bildungsstand, soziale Herkunft, Beruf, Rechtfertigung, Über- und Untertreibung, Rache, Angst vor Rache u.ä. zu sehen. Das ist jedoch nicht der eigentliche Gegenstand meiner Betrachtung. Der Wert solcher Erklärungen, wie z.B. von Werner Krolikowski, besteht meiner Meinung nach unter anderem in ihrer Doppelfunktion als historisches Dokument, also z.B. innerhalb einer Justizakte, und in ihrer Funktion als Hilfsmittel für die Bewertung anderer historischer Dokumente. Um obengenannte Fragen zu beantworten, dürften für den Archivar auf dem Gebiet publizistischer und literarischer Quellen deshalb wohl eher die interessant sein, die aus dem Munde oder der Feder von Leuten kommen, die wirklich Einblick in die behandelten Ereignisse und nicht nur in die Akten hatten. Für den Archivar haben

außerdem wie für den Kriminalisten ganz unspektakuläre Dinge Bedeutung. Ich vermisse zum Dokumententeil ein paar erklärende Ausführungen über die Auswahl, die Aktenlage, die Herkunft, den Fundort der Schriftstücke etc. Ganz speziell wäre es z.B. interessant, für welchen Leserkreis die Notizen von Werner Krolikowski bestimmt waren oder wo das Protokoll der Unterredung zwischen L.I. Breshnew und E. Honecker aufbewahrt wurde und wer es gelesen hat bzw. für wen es bestimmt war.

Alles in allem – der zweite Teil hätte nicht der zweite, sondern der einzige sein sollen.

Den Archivaren gibt das Buch keine Hilfe für ihre konkrete Arbeit. Es stellt aber vielleicht eine Anregung dar, über die Bedeutung dieser Quellengattung und besonders der Selbstzeugnisse nachzudenken und in dieser Konsequenz über die aktive Teilnahme bei der Sicherung von Informationen.

Annett Bresan (Kamenz)

✱

Schabowski, Günter:

Das Politbüro: Ende e. Mythos; e. Befragung / Günter Schabowski. Hrsg. von Frank Sieren u. Ludwig Koehne. – Reinbek bei Hamburg: Rowohlt, 1990. – 199 S. – (rororo aktuell; 12888)

Wie war das denn nun wirklich, die Sache mit dem Politbüro? Durch Abschottung zum Mythos geworden, war es geheimnisumwittert und Objekt so mancher Spekulation, bedacht mit z.T. zynisch-bösartiger Beurteilung, aber auch Träger einer (naiven) Hoffnung und des Glaubens.

Einer, der dazugehörte, gibt nun Auskunft. Einer, der das Zentrum der Macht von innen her kennt, steht Rede und Antwort. Er weiß bescheid. Ist ihm zu glauben?

So eindeutig läßt sich die Frage (jedenfalls bei versuchter größtmöglicher Unvoreingenommenheit) nicht beantworten. Dazu ist dieses Problem viel zu komplex, viel zu verwoben, auf mehreren Ebenen ablaufend. Es ist zu unterscheiden zwischen mindestens zwei Aspekten, die sich aus einer Kernfrage ergeben: Worum bzw. um wen geht es bei der jeweiligen Darstellung? Steht also die eigene Person zur Diskussion, werden andere charakterisiert oder aber Gegebenheiten und Abläufe geschildert, die sich dem eigenen Wirkungskreis entziehen? Im letztgenannten Punkt werden Schabowskis Ausführungen denn auch am glaubwürdigsten, dazu noch am aufschlußreichsten. An den aufgezeigten Strukturen (S. 21-24) wird es kaum Zweifel geben, ebenso am prinzipiellen Verlauf der Politbüro-Sitzungen (S. 20 f. u.a. Vorlagen-Durchlauf). Auch wenn die dort herrschende Atmosphäre für den Außenstehenden kaum nachvollziehbar bleibt, so ist sie nicht unwahrscheinlich, wenn man im Hinterkopf dazu „Das Herrstadt-Dokument“ (1) gegenliest. In diesem Licht betrachtet werden auch andere Äußerungen (z.B. Privatleben in Wandlitz, S. 46 f., oder zum Sturz Honeckers, S. 83 ff.) verständlicher, wenn auch nicht moralisch akzeptabler. Interessant dürfte auch Honeckers Kaderpolitik (S. 26 f.) oder die Darstellung des ZK-Mechanismus zur Wirtschaft sein (S. 39). Doch gleich im Anschluß daran ist dann schon Vorsicht geboten, wenn es z.B. um die Rolle Günter Mittags in diesem Geflecht geht (S. 40 f.). Generell wohl nicht aus der Luft gegriffen, stehen diese Darstellungen doch immer im Verdacht der persönlichen Abrechnung, von der subjektiven Befangenheit ganz abgesehen. Auch eignen sie sich dazu, z.B. durch Schuldzuweisungen direkter oder indirekter Art, die eigene Haltung zu beschönigen. Überhaupt ist der Teil des Buches, welcher das eigene Tun bzw. Nichttun behandelt, mit Vorsicht zu genießen. Hier spielen zum einen noch die vitalen Interessen eine Hauptrolle (z.B. Reizthema Wahlen, S. 53-56, oder die Demonstrationen am 7./8. Okt., S. 78 f.). Zum anderen steht eben die eigene Person auf dem Prüfstand. Man kann Günter Schabowski aber auf jeden Fall zugute halten, daß er sich generell der Sache stellt und nicht versucht, sich auf oberflächliche Statements zurückzuziehen. Wie immer man zu seiner Selbstkritik oder seinem Lernprozeß (letztes Kapitel, S. 154-178) stehen mag, so dürfte ein Teil seiner Fehleranalyse durchaus zutreffend sein: Konzept- und Planlosigkeit (S. 111). Bleibt noch der formale Teil des Buches. Da es aus mehreren Gesprächen hervorging, unbequeme Fragen nicht umgangen werden konnten, blieb die blanke Selbstdarstellung aus. Ein Vorteil. Zwei weitere kommen noch dazu: die kurzen Kapiteleinleitungen durch die Herausgeber sowie die Kurzbiographien der Politbüromitglieder am Schluß des Buches. Beide tragen zum besseren Verständnis dieser komplizierten, durchaus nicht abgeschlossenen Problematik bei.

Matthias Schiller (Berlin)

(1) Herrstadt, Rudolf: Das Herrstadt-Dokument: d. Politbüro d. SED u. d. Geschichte d. 17. Juni 1953 / hrsg., eingel. u. bearb. von Nadja Stulz-Herrstadt. – Reinbek bei Hamburg, 1990. – 288 S. – (rororo aktuell; 12837).

✱ ✱
✱

Informationen

Dokumentarusbildung künftig in Potsdam

Seit dem 1. März 1991 erarbeitet Professor Dr. Thomas Seeger, Fachbereich Information und Dokumentation der Fachhochschule Darmstadt und Direktor des Lehrinstituts für Dokumentation (LID) Frankfurt/Main, im Auftrag des Ministers für Wissenschaft, Forschung und Kultur Brandenburg *Hinrich Enderlein* ein Konzept für die Ausbildungseinrichtung für Archivare und Dokumentare in Potsdam. Seeger wurde beauftragt vom Wissenschaftsminister des Landes Hessen zum Land Brandenburg abgeordnet. Vorausgegangen waren dieser Entscheidung Gespräche mit den Bundesministerien für Wissenschaft und Bildung und Forschung und Technologie und dem Hessischen Wissenschaftsministerium sowie dem Präsidenten der Deutschen Gesellschaft für Dokumentation, Arnoud de Kemp, und dem Präsidenten des Bundesarchivs, Prof. Dr. Friedrich P. Kahlenberg, in denen vereinbart wurde, die fachtheoretische Ausbildung wissenschaftlicher Dokumentare und Dokumentationsassistenten, die in den vergangenen 25 Jahren am Lehrinstitut für Dokumentation in Frankfurt/Main stattfand, von dort nach Potsdam zu verlegen und mit Ausbildungsgängen für Archivare zu verbinden. In diesem Zusammenhang spielt auch die Zukunft der bisher von der Fachschule für Archivwesen „Franz Mehring“ in Potsdam angebotenen Ausbildung eine Rolle.

Nachdem sich die Archivreferentenkonferenz des Bundes und der Länder, der Beirat der Archivschule Marburg und der Vorstand des Vereins deutscher Archivare positiv zu den Plänen vor Minister Enderlein geäußert hatten, wurden am 13. Februar 1991 im Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur die ersten Planungsschritte besprochen. An der Unterredung nahmen außer dem Minister die Herren Professor Dr. Kahlenberg, Präsident des Bundesarchivs, Ltd. Archivdirektor Dr. Hermann Rumschöttel, Vorsitzender des Vereins deutscher Archivare und stellv. Leiter der Archivschule München, Ministerialrat Dr. Hans Schmitz, Archivreferent im Kultusministerium von Nordrhein-Westfalen, und Wolfgang Hempel, Leiter der Hauptabteilung Dokumentation und Archive des Südwestfunks Baden-Baden, teil.

Die Gesprächsteilnehmer gingen davon aus, daß ab 1992 die Ausbildung wissenschaftlicher Dokumentare und Dokumentationsassistenten für die gesamte Bundesrepublik Deutschland zentral in Potsdam stattfindet und mit den Archivschulen Marburg und München koordinierte Ausbildungsgänge für Diplom-Archivare und Archivassistenten in Potsdam aufgebaut werden.

Seit einigen Jahren bietet die Arbeitsgemeinschaft „Umschulung zu wissenschaftlichen Dokumentaren“ unter der Federführung des Südwestfunks Baden-Baden und Beteiligung von Archiven, Bibliotheken, Dokumentationsstellen und Museen in allen Bundesländern, u.a. auch des Bundesarchivs, Parlamentsdokumentationsstellen, weiteren Rundfunkanstalten auf 24 Teilnehmer begrenzte zweijährige Umschulungslehrgänge für arbeitslose Hochschulabsolventen verschiedener Fachrichtungen an, in denen diese zu wissenschaftlichen Dokumentaren ausgebildet werden. Der praktische Unterricht findet in sogenannten Feldseminaren in unterschiedlichen Institutionen statt, die Theorie (insgesamt 13 Wochen) wurde bisher vom Lehrinstitut für Dokumentation (LID) in Frankfurt/Main angeboten, wo auch die Prüfungen abgenommen wurden.

Minister Enderlein, der die fachtheoretische Ausbildung für wissenschaftliche Dokumentare und Dokumentationsassistenten ab 1992 nach Potsdam holen wird, hat die Arbeitsgemeinschaft „Umschulung zu wissenschaftlichen Dokumentaren“ aufgefordert, Anfang 1992 speziell für Brandenburg einen zweijährigen Umschulungslehrgang für arbeitslose Hochschulabsolventen einzurichten und darüber hinaus über die Gründung einer Beschäftigungs-GmbH für den Informations- und Dokumentationsbereich in Potsdam nachzudenken, mit deren Hilfe im Rahmen von Arbeitsbeschaffungs- und Qualifizierungsmaßnahmen wichtige Projekte im Informations- und Dokumentationsbereich organisiert werden sollten.

(Pressemitteilung des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg, Nr. 8/91 vom 15.2.1991)

*

Abschlußarbeiten 1990 an der Fachschule für Archivwesen Potsdam

Nachtrag D 30:

Schneider, Marion: Katalogisierung der im Archiv vorhandenen Sachzeugen zur Geschichte des Deutschen Hygiene-Museums (Entwurf). – 85 S., 4 Anl. F 22:

Beck, Katja: Untersuchungen zur physischen und tontechnischen Beschaffenheit des Bandbestandes im Wortbandarchiv des Rundfunks der ehemaligen DDR (Funkhaus Berlin) unter besonderer Berücksichtigung der Qualitätserhaltung und Qualitätsverbesserung historisch besonders wertvoller Tondokumente. – 31 S., 2 Anl.

Böttcher, Kerstin: Erarbeitung eines Ordnungsschemas für den Bestandteil Oberbürgermeister des Bestandes Stadtverordnetenversammlung und Magistrat von Berlin. – 26 S., 11 Anl.

Braun, Karin: Bestandsübersicht für das historische Archiv der SED beim Landesvorstand der PDS Brandenburg, Potsdam. – 80 S., 1 Anl.

Brückner, Ramona: Chronik der Sektion Boxen des Sportclubs Dynamo Berlin des Zeitraums 1954 bis 1988. – 43 S., 5 Anl.

Denzer, Klaus-Dieter: Erarbeitung eines Schriftgutbewertungsverzeichnisses für den VEB Auto Trans Berlin. – 49 S.

Deterding, Gabriele: Aufgaben und Arbeitsweise des Verwaltungsarchivs im Klinikum Berlin-Buch und Vorschläge für seine Perspektive. – 25 S., 5 Anl.

Koch, Dirk: Der Magazindienst im Staatsarchiv Magdeburg – seine Aufgaben und Arbeitsorganisation. – 33 S., 3 Anl.

Köhler, Thomas: Untersuchungen zur Bearbeitung von technischen Dokumenten der Projektierung und Montage im Verwaltungsarchiv Montagewerk Leipzig GmbH. – 22 S.

Pansch, Sylvia: Institutionsgeschichte der Abschnittsverwaltung Transportpolizei Pasewalk. – 20 S.

Rohde, Klaus-Jürgen: Die archivische Behandlung der Dokumentenart Photographie anhand der Auswertung der Fachzeitschrift Archivmitteilungen, Jahrgänge 1 bis 40. – 28 S.

Semm, Ute: Zur Geschichte des Stadtarchivs Halle im 18. und 19. Jahrhundert. – 24 S., 19 Anl.

Sobolewski, Olaf: Konzeption der Sicherungs- und Schutzverfilmung im Stadtarchiv Berlin und im Büro für stadtgeschichtliche Dokumentation und technische Dienste (BSD). – 27 S.

Sommerfeld, Christine: Erfassung und Übernahme des Schriftgutes durch das Verwaltungsarchiv des Rates der Stadt Magdeburg und neue Möglichkeiten für die Sicherung des Zuflusses von archivwürdigem Schriftgut in das Archiv des Magistrats der Stadt Magdeburg nach der Strukturänderung. – 38 S., 5 Anl.

Thiel, Silke: Sicherung von dienstlichem Schriftgut und Archivgut durch die Staatsbank Berlin unter den Bedingungen der Bankenreform am Standort Schwerin. – 26 S.

Trittel, Gunnar: Aufbau, Entwicklung und Zustand des Musikarchivs im Rundfunk – Nalepastraße. – 26 S.

*

Ausschreibung eines Preises für 1992 von PRO CIVITATE AUSTRIAE

Die STIFTUNG PRO CIVITATE AUSTRIAE wurde 1987 begründet. Sie verfolgt den Zweck, stadtgeschichtliche Forschungen und Publikationen aus dem Bereiche Mitteleuropas, jedoch mit besonderer Berücksichtigung österreichischer Themen, vornehmlich durch Vergabe von Preisen zu fördern. Infolge dieser Bestimmung schreibt das Kuratorium der Stiftung für das Jahr 1992 einen Preis in der Höhe von 70.000 Schilling aus.

Prämiert wird eine hervorragende wissenschaftliche Arbeit über ein Thema der vergleichenden Stadtgeschichte aus dem Bereiche Mitteleuropas, wobei Darstellungen mit Bezug auf den Raum des „Alten Österreich“ Vorrang haben. Die Arbeiten sind in deutscher Sprache einzureichen, können maschinenschriftlich oder gedruckt vorgelegt werden und dürfen zum Einreichungstag nicht älter sein als drei Jahre. Dissertationen müssen approbiert sein und durch ein beigeschlossenes Gutachten eines Fachgelehrten empfohlen werden.

Die Bewerbung ist weder an eine bestimmte Staatsbürgerschaft noch an ein bestimmtes Lebensalter des Autors gebunden. Die Arbeiten müssen bis 31. Mai 1992 beim Kuratorium der STIFTUNG PRO CIVITATE AUSTRIAE, Römerstraße 14, A-4020 Linz, einlangen. Der Einreichung sind neben dem maschinenschriftlichen Manuskript oder einem Exemplar der gedruckten Arbeit ein Lebenslauf des Bewerbers und eine Kurzfassung der Arbeit beizulegen.

Für den Fall, daß die vorgelegte Arbeit auch bei anderen Institutionen, die Preise stiften, eingereicht oder aber bereits prämiert wurde, haben die Bewerber dies der Stiftung mitzuteilen.

Über die Zuerkennung des Preises entscheidet das Stiftungskuratorium. Das Kuratorium kann vor Zuerkennung des Preises die Meinung von anerkannten Fachleuten einholen. Es ist berechtigt, den Preis zu teilen, und kann auch von der Zuerkennung des Preises absehen, wenn es zu der Überzeugung kommt, daß keine preiswürdige Arbeit vorliegt.

Das Kuratorium entscheidet mit einfacher Stimmenmehrheit. Seine Entscheidung ist endgültig und kann vor Gericht nicht angefochten werden.

Die Verleihung des Preises wird in der zweiten Jahreshälfte 1992 in feierlicher Form erfolgen.

Das eingereichte Exemplar der prämierten Arbeit fällt der Stiftung anheim, alle anderen eingesendeten Arbeiten können nach Auslobung des Preises im Büro der Stiftung abgeholt werden.

Linz, am 15. November 1990

Der Kuratoriums-Vorsitzende:
Hon. Prof. Dr. Wilhelm Rausch

* * *

62. Deutscher Archivtag „Archive und historisches Erinnern. Zur Verantwortung des Archivars für die Sicherung und Nutzung geschichtlicher Quellen“ und 18. Tag der Landesgeschichte „Urbanisation während der Kaiserzeit im Ländervergleich“

7.-10. Oktober 1991 in Aachen

Aus dem Programm des 62. Deutschen Archivtages:

8.10.: 1. gemeinsame Arbeitssitzung zum Thema „Aspekte und Probleme der Bewertungstätigkeit des Archivars“ mit folgenden Beiträgen:

– Aktenkassation in Deutschland aus der Sicht eines niederländischen Kollegen

– Bewertungsdiskussion zwischen Archiven und Abgabebehörden in Bayern zwischen 1840 und 1890

– Schriftgutbewertung im Archivwesen der ehem. DDR. Theorie und Praxis

– Quantität und Qualität moderner Sachakten. Erfahrungen aus dem Bundesarchiv

8.10.: 2. gemeinsame Arbeitssitzung zum Thema „Dokumentationen über verfolgte Minderheiten im Dritten Reich“ mit den Beiträgen:

– Die Dokumentation der Staatlichen Archivverwaltung Baden-Württemberg über die Schicksale der jüdischen Bürger des Landes während der nationalsozialistischen Verfolgungszeit

– Von der Emanzipation zum Holocaust 1801-1942. Die Judendokumentation des Stadtarchivs Aachen – Die Verfolgung der Sinti und Roma. Eine Bestandsaufnahme der Quellen aus der Sicht des Bundesarchivs

– Quellen zur Zwangsarbeit während des zweiten Weltkrieges

– Psychiatriepatienten in der Rheinprovinz. Eine Dokumentation des Landschaftsverbandes anhand der Quellen des „Provinzialverbandes Rheinland“

9.10.: 3. gemeinsame Arbeitssitzung zum Thema „Berufsbild und Ausbildung der Archivare in der Bundesrepublik Deutschland mit den Beiträgen:

– Berufsbildanalyse „Gehobener Archivdienst“

– Zwischenbericht aus der VdA-Arbeitsgruppe

– Aktuelle Probleme der archivarischen Aus- und Weiterbildung aus der Sicht der neuen Länder

– Archivare ohne Fachausbildung. Probleme und Wünsche

9.10.: Aktuelle Stunde: „Die Lage der Archive und die Sicherung des Archivgutes in den neuen Ländern“

Veranstaltungen der Fachgruppen:

Fachgruppe 1 Archivare an staatlichen Archiven: „Bewertung von Personalakten“ (9.10.)

Fachgruppe 2 Archivare an Stadtarchiven und Archiven sonstiger Gebietskörperschaften: „Das kommunale Archivwesen in den neuen Bundesländern“ (9.10.)

Fachgruppe 3 Archivare an kirchlichen Archiven (9.10.)

Fachgruppe 4 Archivare an Herrschafts-, Familien- und Hausarchiven: „Spezielle Bewertungsprobleme in Privatarchiven“

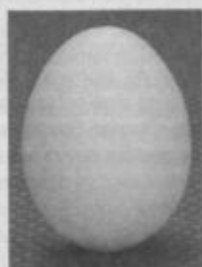
Fachgruppe 5 Archivare an Archiven der Wirtschaft: „Die Archivierung von elektronischem Schriftgut der Wirtschaft – rechtliche und technische Aspekte“ (9.10.)

Fachgruppe 6 Archivare an Archiven der Parlamente, der politischen Parteien, Stiftungen und Verbände: Besichtigung des Archivs des Europäischen Parlaments in Luxemburg (7.10); „Parteiarchive in Europa“ (9.10.)

Fachgruppe 7 Archivare an Presse-, Rundfunk- und Filmarchiven: „Datenschutzrecht im europäischen Rahmen“ (9.10.)

Fachgruppe 8 Archivare an Hochschularchiven und Archiven wissenschaftlicher Institutionen: „Hochschul- und Wissenschaftsarchive in den neuen Ländern“ (9.10.)

* * *



ALTE SCHINKEN SIND SO EMPFINDLICH WIE ROHE EIER

Wer sich in Archiven und Bibliotheken mit den gedruckten Zeugnissen vergangener Epochen beschäftigt, weiß, wie bissig der Zahn der Zeit sein kann.

Gegen diesen ungebildeten Appetit gibt es jetzt ein zuverlässiges Patent-Rezept: Regalanlagen von ARBITEC.

Mit „Konservierungs-Mitteln“, die alte Schinken so behutsam schützen wie rohe Eier.

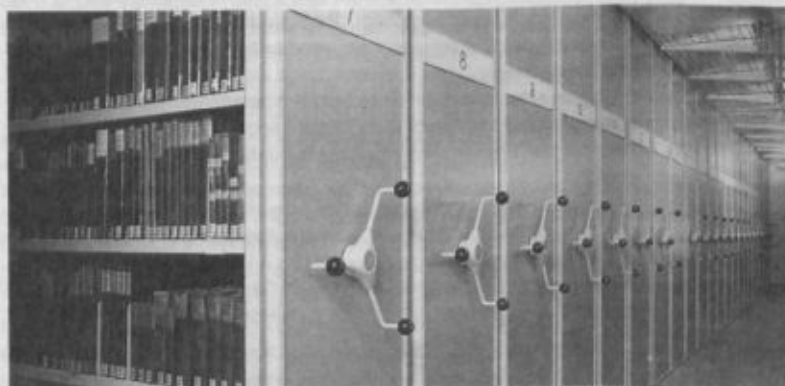
Zum Beispiel mit speziellen Lochblech-Wänden zur besseren Luftzirkulation. Oder mit staubdicht schließenden Regalzeilen.

Und mit einem bis ins kleinste Detail auf die Bedürfnisse von Archiven und Bibliotheken abgestimmten Zubehörprogramm.

ARBITEC – Lösungen für Spezialisten

ARBITEC
Gesellschaft für Archiv- und Bibliothekstechnik mbH

Forum Straße 12
4040 Neuss
Telefon 021 01/38 09-0



Contents

- Menne-Haritz, A.: Demands of practical appraisal as to archival theories and methods
Brachmann, B.: Theories, instruments, and practice of appraisal in former GRD and its critical consideration
Malek, R.: Experiences in using instruments of appraisal in the territory of competence of the Dresden State Archives
Eckardt, H. W.: Methods of selection and criterions of appraisal in the Archives of the city state of Hamburg
Papendieck, H.: The structure of the territory – methodical disposition of appraisal
Enders, L.: Challenge and upright walking. Remarks about appraisal
Tacenko, T. N.: The development of neo-Gothic italics in 16th-century Riga as exemplified by the municipal books of the Riga city council
Kiseleva, L. I.: Soviet research on Gothic script in western Europe.

Indice

- Menne-Haritz, A.: Qué exige la práctica de evaluación de los teorías y métodos de archivos?
Brachmann, B.: Teoría, remedios y práctica de la evaluación de la otrora R.D.A. y sus reparos críticos
Malek, R.: Experiencias durante de la aplicación de listast de evaluación de documentos y de la lista de casación simplificada de categorías de documentos típicos en la jurisdicción del Archivo de Estado de Dresde
Eckart, H. W.: Métodos y criterios de evaluación en el archivo del ciudad-estado Hamburg
Papendieck, H.: El perfil de la territorialidad – un enfoque de la evaluación
Enders, L.: Provocación y defensa – una sentencia sobre la evaluación
Tacenko, T. N.: Análisis del desarrollo de la cursiva neogótica en Riga durante el siglo XVI, sobre la base de los libros municipales del ayuntamiento de Riga
Kiseleva, L. I.: Investigaciones soviéticas sobre la escritura gótica en Europa Occidental

Autoren der Abhandlungen und Miszellen:

- Prof.Dr. Botho Brachmann, Leiter des Lehrstuhls Archivwissenschaft der Humboldt-Universität Berlin
Angela Buchwald, Archiv der Technischen Universität Dresden
Dr. Hans Wilhelm Eckardt, Staatsarchiv Hamburg
Dr. Liselotte Enders, O-1597 Potsdam, Otto-Haseloff-Str. 14/84
Dr. Ljudmilla I. Kiseleva, Institut für Geschichte, Leningrad
Mechthild Maeneke, Landeshauptarchiv Magdeburg
Regina Malek, Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden
Dr. Angelika Menne-Haritz, Studiendirektorin an der Archivschule Marburg
Herbert Papendieck, Landeshauptarchiv Magdeburg
Horst L. Petrak, Redakteur bei den ARCHIVMITTEILUNGEN
Christa Rudnik, Goethe- und Schiller-Archiv Weimar
Dr. Tamara N. Tacenko, Institut für Geschichte, Leningrad
Magdalena Wurzer, Stadtarchiv Rostock

Vorschau auf Heft 4/91:

- Quellen zur Geschichte der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945-1949, zusammengestellt und bearbeitet von Wolfgang Merker; Mit Beiträgen von Michael Müller, Wolfgang Hassel, Hans-Joachim Schreckenbach, Sigrd Fritzlar und Andreas Horn.
Rickmers, E. und Sparenberg, J.: Liegenschaftskarten in staatlichen Archiven

Sommaire

- Menne-Haritz, A.: Exigences de la pratique d'évaluation quant aux théories et méthodes de conservation en archives.
Brachmann, B.: Théorie, instruments et pratique d'évaluation dans l'ancienne R.D.A. – une réflexion critique.
Malek, R.: Expériences accumulées dans l'application de listes d'évaluation de documents écrits et de la liste standard de la cassation simplifiée dans le secteur relevant de la compétence des Archives d'Etat de Dresde.
Eckardt, H. W.: Méthodes de sélection et critères d'évaluation dans les archives de la ville-Land de Hambourg.
Papendieck, H.: Le profil régional – une approche d'évaluation méthodique.
Enders, L.: Le défi et la marche en station verticale. Quelques remarques sur l'évaluation.
Tacenko, T. N.: L'évolution de l'italique néogothique à Riga au cours du XVIe siècle Etude menée à la lumière des registres de la municipalité de Riga
Kiseleva, L. I.: Recherches soviétiques sur l'écriture gothique en Europe occidentale

Содержание

- Мэнне-Хариц, А.: Проведение экспертизы ценности и требования к архивной теории и методике
Брахман, Б.: Теория, инструменты и практика экспертизы ценности в бывшей ГДР – критические размышления
Малек, Р.: Опыт применения методических инструментов экспертизы ценности в госархиве Дрезден
Эккарт, Х. В.: Отбор и критерии экспертизы ценности в архиве города-государства Гамбурга
Палендик, Х.: Территориальный профиль – методический подход экспертизы ценности
Эндерс, Л.: Вызов и стойкий ход. Слово об экспертизе ценности
Таченко, Т. Х.: Развитие новоготического курсива в Риге XVI века. На основе городских книг рижского магистрата.
Киселева, Л. И.: Советские исследования готического шрифта в Западной Европе.

Hinweise für unsere Autoren:

Die Beiträge werden auf Disketten (5,25" oder 3,5") bei Verwendung gebräuchlicher Textverarbeitungssysteme (z.B. Word) erbeten. Druckhinweise bitte handschriftlich auf einem beigegebenen Ausdruck vermerken. Maschinenschriftliche Manuskripte können in zwei Exemplaren (zweizeilig, 30 Zeilen zu je 60 Anschlägen, Format A 4, einseitig beschrieben) eingereicht werden. Wissenschaftlichen Beiträgen ist ein Autorreferat im Umfang von 15-20 Zeilen beizugeben. Angaben für das Autorenverzeichnis (Name, Vorname, Titel und akademischer Grad, Dienststelle und Tätigkeit bzw. Anschrift) bitte korrekt und vollständig nennen. Die Autoren tragen die Verantwortung für diese Angaben selbst. Bei der Erarbeitung der Beiträge bitte die „Hinweise zur Manuskriptgestaltung“ (AM 39/1989/2.-S. 62/63) beachten, die auch bei der Redaktion als gesondertes Merkblatt angefordert werden können.

- Duškova, S.: Zur Problematik der vermeintlich aus dem 13. Jh. stammenden Urkundenfälschungen in den böhmischen Ländern
Bistrický, J.: Über Fälschate böhmischer Gründungsurkunden bis zum Ende des 12. Jhs.
Saal, W.: Die Geschichte einer Leipziger Gastwirtsfamilie
Amtliche Druckschriften deutscher militärischer Okkupationsorgane während des ersten und zweiten Weltkrieges im Bestand des Bundesarchivs, Abt. Potsdam, zusammengestellt v. Kurt Metschies

ARCHIV MITTEILUNGEN

Zeitschrift für Archivwesen,
archivalische Quellenkunde und
historische Hilfswissenschaften

Neueröffnung!

Neueröffnung!

ARCHIVSERVICE POTSDAM

Am 1. Juli 1991 nimmt der ARCHIVSERVICE POTSDAM seine Tätigkeit auf. Der ARCHIVSERVICE POTSDAM will Archiven, Archivaren und Archivbenutzern archivspezifische Dienstleistungen anbieten, darunter

- ☐ Beschaffung von Ausrüstungen (z.B. Regalanlagen) und Materialien (z.B. säurefreie Archivgutbehälter) bis hin zum Bürobedarf
- ☐ Herstellung von Publikationen und Drucksachen aller Art einschließlich Archivvordrucke
- ☐ Herstellung von Findbüchern (Schreiben, Vervielfältigen, Drucken usw.)
- ☐ Beratung auf dem Gebiet der archivischen EDV-Anwendung
- ☐ Herstellung von Materialien der Öffentlichkeitsarbeit (Broschüren, Poster, Diaserien, Siegelreproduktionen usw.)
- ☐ Beschaffung von Archivfachliteratur

Bitte schreiben Sie uns, wenn Sie nähere Informationen wünschen

ARCHIVSERVICE POTSDAM · Heckenstraße 5 · O-1572 Potsdam-Bornim

Jahresabonnement 54,- DM (incl. Jahresinhaltsverzeichnis und -autorenregister). Bei Bezug durch den Postzeitungsvertrieb in den neuen Bundesländern für 1991: 42,- DM.
Einzelverkaufspreis: 9,50 DM
Alle Lieferungen erfolgen unter Berechnung der Versandkosten (Verpackung und Porto)